



Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 180 30.6.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Frauen protestieren
gegen Brandanschläge
auf pro familia

In Bremen, Hamburg und Kiel verübte ein religiöser Fanatiker Brandanschläge auf Beratungsstellen von pro familia. Die Boulevard- und sonstige bürgerliche Presse sprach von der Tat eines isolierten „Iren“. Speziell die Springerpresse, gemeinsam mit der katholischen Kirche, bestritt die Verantwortlichkeit kirchlicher Abtreibungsgegner für die Taten. Umso deutlicher sprachen pro familia und viele Frauengruppen von dieser Verantwortung. In mehreren Städten gab es Protestdemonstrationen. Seite 21

Grüne Partei: Rechte springen ab

Nach dem Dortmunder Parteitag hat bei den Grünen ein organisatorischer Klärungsprozeß begonnen: Eine größere Zahl von Reaktionsären, die sich selbst für die einzig wahren Ökologen halten, „drohen“ mit Austritt oder haben diesen Schritt bereits vollzogen. Begründet wird dieser durchaus erfreuliche Auszug der Rechten mit Schauer Geschichten, daß in der grünen Partei „maoistische Kadergruppen“ die Macht übernommen hätten.

Die schleswig-holsteinischen Rechten hatten schon in Dortmund ein provokatorisches Flugblatt verteilt, in dem sie zur Spaltung der grünen Partei aufriefen. Gespött war dieses Flugblatt mit Phantastereien über die „Unterwanderung“ der Grünen durch die Z-Gruppe (ehem. „Zentrumsfraktion“ des KB). Unterschrieben war der Text von zahlreichen Funktionären der GLSH, darunter sämtlichen Kreistagsabgeordneten in Schleswig-Holstein.

Am 28. Juni wurde auf einer Delegiertenversammlung der GLSH bei knapp 50 Anwesenden gegen drei Stimmen (plus eine Enthaltung) formell die Abspaltung von den Grünen vollzogen. Die GLSH soll als Konkurrenzorganisation gegen die Grünen

weitergeführt werden. G.P. Werner (Pressesprecher der GLSH) beantragte sogar, die GLSH solle zur Bundestagswahl kandidieren, um den Grünen Stimmen wegzunehmen. Über diesen Antrag wurde nicht entschieden.

In Bayern haben Klaus Resch und zwei weitere Mitglieder des Landesvorstands der Grünen ihren Rücktritt und die Beendigung ihrer Mitarbeit bei den Grünen erklärt. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sie davon, nicht mehr für diese „weitgehend chaotisch gewordene Partei“ arbeiten zu wollen, in der das „ökologische Element“ zunehmend in den Hintergrund gedrängt worden sei.

Der Kreisverband Kitzingen (Unterfranken) sollte wenige Tage nach dem Dortmunder Parteitag von acht rechten Mitgliedern kurzerhand für aufgelöst erklärt werden. Das wurde aber dadurch verhindert, daß zehn neue Leute dem Kreisverband beitraten und die „Amtsgeschäfte“ übernahmen.

Diese Beispiele bilden mit Sicherheit nur einen kleinen Ausschnitt des Massenauszugs rechter Grünen. Beispielsweise ist mit Austritten auch von Anhängern des „Achberger Kreises“, Teilen der GAZ (oder der GAZ insgesamt) u.a.m. zu rechnen.

Darüber hinaus ist auch der Verbleib des Bremer Landesverbands (BGL) bei den Grünen nur noch rein taktisch; praktisch kommt das Vorgehen der BGL einem Austritt schon gleich.

Selten des Bundesvorstands der Grünen und großen Teilen der Partei (auch vielen Linken) wird immer noch versucht, Herbert Gruhl und die BGL bei den Grünen zu halten. Zumindest bis zum Wahltag (das scheint jedenfalls hinter dem Vorgehen mancher linker Grünen zu stehen), soll der ganz große Knall vermieden werden, der wahrscheinlich das Stimmenergebnis der Partei noch weiter nach unten drücken würde. Bei dieser Taktik gegenüber Gruhl und anderen Rechten wird aber riskiert, daß die unumgängliche Konfrontation lediglich verschleppt wird und dann zu einem späteren (noch weit ungünstigeren!) Punkt des Wahlkampfes voll zum Ausbruch kommt.

Wieder Krieg in Indochina?

USA und China drohen mit Krieg gegen Vietnam und Kambodscha. Als Vorwand dienen Gefechte an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha. Entstanden waren diese Kämpfe durch den Versuch des thailändischen Regimes, „Guerillas“ des gestürzten Pol-Pot gegen Kambodscha in Marsch zu setzen. Die Regierungen Chinas und der USA sprechen von einer „Invasion“ Vietnams gegen Thailand. Für eben diesen Fall haben China und die USA schon vor Monaten ihre „Hilfe“ für Thailand angekündigt. Ein neuer Krieg gegen Indochina – mit noch größeren Ausmaßen als die chinesische „Strafexpedition“ vom Frühjahr 1979 – droht. Seite 43

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg: Beachtliche Erfolge für Grüne

Am 22.6. wurden die Stadt- und Gemeinderäte in Baden-Württemberg gewählt. Die Grünen konnten beachtliche Ergebnisse erzielen und sind jetzt in zahlreichen kommunalen Parlamenten vertreten. Seite 3

Rock gegen Rechts vertreibt NPD

Keinen Platz fand die NPD für ihren „Deutschlandtag“, den sie am 17. Juni anfangs in Frankfurt und später in Nordhessen abfeiern wollte. In Frankfurt garantierten 50.000 beim Rock gegen Rechts, daß sich die Nazis dort gar nicht erst blicken ließen. In Nordhessen sorgten am 17. Juni Tausende von Antifaschisten dafür, daß den Nazis alle Straßen für ihre geplante „Kundgebung“ in Philippstal versperrt waren. Erfreulich war die Breite des diesjährigen Rock gegen Rechts-Bündnisses. Unvergleichlich war allerdings der Frust mit manchen DKPlern, Falken und Gewerkschaftsfunktionären, die offensichtlich noch einige Lektionen über antifaschistische Bündnispolitik und Aktion nachzuholen haben. Seite 4-8

»Therapie statt Strafe« — oder umgekehrt?

Am 26. Juni wurde ein neues Drogen-Gesetz vom Bundestag verabschiedet. Die Strafen wurden heraufgesetzt. — Unter dem scheinheiligen Slogan „Therapie statt Strafe“ wird die Verknastung der Langzeithherapie vorangetrieben. Neue „Verbrechenstatbestände“ analog den „Anti-Terror“-Gesetzen wurden verankert — und in der Linken rührte sich kein Protest. Seite 14-15

Asylrecht verschärft



Um das bundendeutsche Asylrecht „vor Ausdühlung zu schützen“, wurden am 16. Juni von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Die neuen Maßnahmen treten sofort in Kraft. Nach der Bundestagswahl soll über eine weitergehende Einengung und Verschärfung beraten werden. Fortsetzung auf Seite 2

Herr Apel, wo steht Ihr Bunker?

„Apel: Bunker überflüssig! Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) hat die Bundesregierung gegen den Vorwurf verteidigt, daß zum Schutz der Zivilbevölkerung bei Kriegseinsatz Auseinandersetzungen nicht genügend getrennt werden. Auf einer Versammlung Hamburgischer Bürgervereine meinte Apel am Wochenende, die häufig zu hörende Klage über die viel zu geringe Anzahl von Bunkern gehe von einem falschen Ansatz aus, nämlich vom Bild des letzten Weltkrieges“. Massive Bombenangriffe auf Städte wie damals werde es aber in einem kommenden Krieg nicht mehr geben. „Denkbar dagegen wäre ein nuklearer Einsatz. In einem solchen Falle helfen auch keine Bunker, weil 60 Millionen Deutsche darin nicht unterzubringen wären“ („Frankf. Rundschau“, 23.6.80).

Eine in sich runde Logik. Sie paßt allerdings auf den ersten Blick nicht zu Meldungen wie z.B. folgender: Im Neubau des U-Bahnhofes Niendorfer Markt (Hamburg-Nord) soll „ein öffentlicher Schutzraum entstehen, der 3.300 Menschen Platz bietet“. Ein entsprechender Beschluß wurde in der Hamburger Bürgerschaft einstimmig und ohne Debatte verabschiedet. Baukosten ca. 4 Millionen („Welt“, 20.6.80).

Entweder kennt in der Hamburger Bürgerschaft niemand die Prognose des Ministers Apel. Oder aber, wahrscheinlicher: Es wird davon ausgegangen, daß sich zwar 60 Millionen Menschen nicht in Bunkern unterbringen lassen, aber doch einige Hunderttausend. Daß dafür die Wichtigsten ausgewählt werden — Volksvertreter, Volkvermögen mehrende Unternehmer sowie unsere innere und äußere Sicherheit garantierende Polizei und Gendarmen — liegt auf der Hand. Daß die Kosten für den zukünftigen Schutz unserer Wichtigsten von den Steuern der Bevölkerung bezahlt werden, ist nur recht und billig. Schließlich haben wir hier Demokratie.

Allerdings ist das Bewußtsein für die Unvermeidlichkeit, im nächsten Krieg zig Millionen Deutsche als Atomtote einzukalkulieren, in der Bevölkerung bisher zu schwach entwickelt. Daher folgte der allzu lockeren Äußerung Apels sofort ein ungemein überzeugendes Dementi: „Bunker nicht überflüssig“. Das Verteidigungsministerium ist Meldungen entgegengetreten, wonach Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) Bunker zum Schutz der Zivilbevölkerung für überflüssig erklärt haben soll. Apels Hamburger Ausspruch sei „irreführend verkürzt worden“. (Was Apel jetzt wirklich gesagt haben will, geht aber aus dem Dementi nicht hervor. Schönheitsfehler). Schließlich würden ja Schutzräume gebaut. „Nicht möglich sei es allerdings nach Meinung aller Fachleute, für 60 Millionen Bundesbürger Bunkerplätze zu schaffen und gleichzeitig die Abschreckungsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten“. Deshalb müsse die weitere Aufrüstung der Bundeswehr Vorrang haben („Frankfurter Rundschau“, 24.6.80).

Daß bei diesem bedauerlichen Interessenskonflikt Sachentscheidungen getroffen werden müssen, sollte dem einsichtigen Teil der Bevölkerung verständlich zu machen sein. Immerhin wurden 1979 vom Staat für Schutzraum-Bauten fast 43 Millionen Mark ausgegeben (laut „KVZ“ vom 23.6.). Das ist fast halb soviel wie ein Exemplar des neuen Kampfflugzeuges MRCA kosten soll (laut „Spiegel“, 9.6.80).

Im übrigen: So trostlos, wie die Lage auf den ersten Blick für die Masse der Bevölkerung aussehen könnte, ist sie gar nicht: Schon heute stehen 1,8 Millionen Schutzraumplätze zur Verfügung, d. h. für 3 % der Bevölkerung. Und jährlich werden weitere 50.000 bis 70.000 Plätze fertiggestellt (laut „KVZ“, 23.6.80). In ca. 1.000 Jahren werden also genügend Plätze für uns alle zur Verfügung stehen — falls nichts dazwischen kommt.

Erneuter Atomalarm in Harrisburg!

Das AKW Three Mile Island nahe der amerikanischen Stadt Harrisburg ist durch einen weiteren, schwerwiegenden „Störfall“ in die Schlagzeilen geraten: Nachdem die US-Atombehörde die Genehmigung erteilt hatte, „mit Hilfe von Sauerstoffgebläsen und Spezialfiltern das im Reaktor enthaltene Krypton in einem für Lebewesen und Pflanzen ungiftigen Gemisch an die Luft abzugeben“, geriet den „Spezialisten“ diese Operation am 26. Juni außer Kontrolle und 40.000 Liter radioaktiv verunreinigtes Wasser wurde unkontrolliert freigesetzt. Nur einen Tag später wiederholte sich dieser „Störfall“ — und der dadurch abermals ausgelöste Atom-Alarm trieb noch mehr Menschen zur Flucht vor dieser „sicheren“ aller Kraftwerksanlagen.

IN DIESER
AUSGABE:

Asylrecht verschärft

Punks in Hamburg — Ärger mit Polizei und Zuhältern

Eine nicht zu überschende Zahl von Verletzten, davon mehrere im Krankenhaus: Ein mörderisch bewaffnetes Rollkommando von Zuhältern und sonstigen St. Pauli-Schlägern schlug zwei Kneipen in Hamburg zusammen, in denen sich vorwiegend Punks und Anarchos treffen. In diesem AK stellt ein Anarcho-Genosse dar, wie es zu dem Überfall kam und welche Schlußfolgerungen seiner Meinung nach zu ziehen sind. Außerdem mehrere Augenzeugenberichte über den Zuhälter-Terror.

Seite 18

Wer sind die Punks, was wollen sie, wie sehen sie die Welt? Darüber gibt es wahrscheinlich fast ebensoviel Ansichten, wie es Punks gibt. Drei Punk-Frauen erzählen in diesem AK, wie sie es sehen.

Seite 20

Kongreß und Festival „Jugend gegen Kriegsdienst“

Ausgerechnet zeitgleich mit dem Rock gegen Rechts in Frankfurt fand vom 13. bis 15. Juni ein Kongreß und Festival „Jugend gegen Kriegsdienst“ in Hamm statt. Die Veranstalter und Träger kommen aus dem bekannten Bündnispektrum der DKP. Mitglieder des KB waren beim Festival und beteiligten sich an den Diskussionsrunden zu Themen wie „Frauen und Bundeswehr“, „Stopp Strauß“, „Atomraketen — nein danket“, „Ökologie und Frieden“, „Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst“ sowie „Antimilitaristische Zeitungsbewegung“.

Seite 12,13

„Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst“ sowie „Antimilitaristische Zeitungsbewegung“.

Seite 12,13

Fritz Teufel: Nach dem A-libi ein B-libi

Nach seinem Alibi (er hatte zur Zeit der ihm vorgeworfenen Lorenz-Entführung in Nordrhein-Westfalen gearbeitet) legte Fritz Teufel vor Gericht eine Fortsetzung vor: sein B-libi, wie er sagt. Das Gericht will Fritz Teufel trotzdem für zehn weitere Jahre einsperren. Wir dokumentieren die wesentlichen Teile des B-libi in diesem AK.

Seite 8

Die Grünen nach Dortmund

Trotz erheblicher programmatheischer Zugeständnisse scheiterte auf dem Dortmunder Parteitag der Grünen (21./22.6.) der Versuch, die rechten Kräfte vom Grühl, Springmann und Dinné zufriedenzustellen. Nach Dortmund hat der Auszug der Rechten aus den Grünen begonnen. Für die Grünen könnte das eine Chance sein, ein klareres politisches und programmatheisches Profil zu gewinnen. Wir analysieren in diesem AK die in Dortmund verabschiedete Wahlplattform und berichten vom Verlauf des Parteitags.

Außerdem: Interview mit August Hausleiter (dem zurückgetretenen Mitglied des Bundesvorstands), Greta Thomas (in Dortmund auf Druck der Rechten abgewählte Kassiererin im Bundesvorstand), und mit Jürgen Reents (Z-Gruppe, Mitglied der Programmkommission und des Hamburger Landesvorstands der Grünen. Wilfried Maier (Komitee für Demokratie und Sozialismus) unterzieht die programmatheischen Ergebnisse des Dortmunder Parteitags einer sehr kritischen Analyse.

Seite 27-33

Die am 16. Juni beschlossenen Sofortmaßnahmen sind:

1. Einführung der Visumpflicht für Einreisende aus der Türkei, Indien und Bangla Desh. Für Einreisende aus Afghanistan, Äthiopien und Sri Lanka war die Visumpflicht schon im März angeordnet worden. Diese Maßnahme bedeutet, daß die Auslandsbotschaften der BRD als vorgeschaltete Station zum Ausfüllen von „unerwünschten Ausländern“ (außerhalb jeder rechtlichen Kontrolle) fungieren.

2. Asylbewerber erhalten für die ersten 12 Monate keine Arbeitslaubnis, sind also auf „Sozialhilfe“ angewiesen. Bei dieser 12-Monatsfrist handelt es sich, wie gesagt, um eine Sofortmaßnahme. Längerfristig sind Regelungen in der Diskussion, die Asylbewerber „generell“ (d.h. bis zum positiven Abschluß ihres Verfahrens) ein Arbeitsverbot erteilen sollen.

3. Die „Sozialhilfe“, d.h. die zukünftig einzige Existenz-Grundlage der Asylbewerber, soll nicht in Geld ausbezahlt, sondern in „Naturalien“ geleistet werden. Zu diesem Zweck sollen die Asylbewerber vorwiegend in „Gemeinschaftsunterkünften“ zusammengefaßt werden.

Die CDU/CSU fordert darüber hinaus, daß es sich um geschlossene und bewachte „Sammelager“ handeln müsse, da sonst das Arbeitsverbot nicht zu kontrollieren sei. Solche Lager lehnt die sozialliberale Koalition bisher mit dem Argument ab, daß dadurch zuviel „sozialer Sprengstoff“ geschaffen werde.

4. „Beschleunigung“ des Asylverfahrens durch Beschneidung der Einspruchsmöglichkeiten des Asylbewerbers. Diese Maßnahme ist innerhalb der Bundesregierung ein Kompromiß: Justizminister Vogel hätte eine noch schärfere Lösung bevorzugt — nämlich die sofortige Ausweisung eines einmal vom Verwaltungsgericht abgelehnten Asylbewerbers. Dieser könnte dann zwar noch in die Berufung gehen — aber von seinem Heimatland aus! Also ein glatter Hohn. Der Streit hierum zwischen Vogel und dem wieder einmal mit

seinem Liberalismus Kokettierenden Baum ist durch die nun beschlossene Sofortregelung nicht beendet. Weitere Verschärfungen (nach der Bundestagswahl) sind zu erwarten.

Der CDU/CSU geben diese Sofortmaßnahmen nicht weit genug: Zum einen hätte sie gern die totale Erfassung aller Asylbewerber in „Sammelagern“ verbindlich festgesetzt. Und zum zweiten strebt sie eine Regelung an, bei der spezielle Richter schon an der Grenze ein Auswärtigen von „offensichtlich mißbräuchlichen“ Bewerbern besorgen.

Tatsächlich werden diese weitergehenden Vorstellungen der CDU/CSU in den von ihr regierten Bundesländern bereits praktiziert. So verweist das Bayerische Innenministerium darauf, daß „die Grenzbehörden prüfen können, ob ein Asylantrag unachlässig oder offensichtlich rechtmäßig ist“. Es beruft sich dabei auf Dr. Fröhlich, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, der im Bundestag am 7.3.79 erklärte: „Es besteht die Möglichkeit — wir werden sie verstärkt durch den Ausbau der Grenzbehörden ausbauen — daß man Ausländer, die als sogenannte Scheintouristen in die Bundesrepublik einreisen, um sich dann hinterher auf das Asylrecht zu berufen, bereits an der Grenze zurückweist.“ („Frankf. Rundschau“, 25.8.79).

Die Verschärfung des Asylrechts wird durch systematische Panikmache der Politiker und Medien unterstützt: In Zusammenhang mit asylsuchenden Ausländern werden bewußt Begriffe eingesetzt, die Angst erwecken sollen: ungeheuerlich anschwellende „Flut“, „Springflut“, „Asylanten-Ström“, „Ansturm der Ausländer“, „überschwappende Welle“, einzelne Städte seien am „Ertrinken“.

Diese „Flut“ stellt sich real so dar: 51.500 Ausländer begeherten 1979 Asyl. Für 1980 wird die Zahl auf 100.000 bis 150.000 geschätzt. Gemessen an den 4,14 Millionen Ausländern, die in der BRD leben, handelt es sich also um eine kleine, keineswegs „besorgniserregende“ oder problematische Anzahl. Der

Anteil der Asylbewerber an der gesamten BRD-Bevölkerung: 0,2% — Die Kosten für den Staatshaushalt waren bisher äußerst bescheiden: 100 Millionen Mark im Jahr, also etwa der Preis eines modernen Kampfflugzeugs. Die neu beschlossene Regelung (Arbeitsverbot für ein Jahr, Versorgung durch die „Sozialhilfe“) wird — berechnet auf 100.000 Asylbewerber — die Staatsausgaben auf ca. 600 Millionen Mark steigen lassen. Das ist ebenfalls vergleichsweise ein recht kleiner Posten. (Zahlen nach „Welt“ vom 12.3.80 und 18.6.80).

Es bedarf einer faschistoiden Demagogie, wie sie in diesem Land traurige Tradition hat, um an diesem Punkt Panik vor einer „Flut von Schein-Asylanten“ zu schüren. Ein Beispiel: In Essen hat Oberbürgermeister Katzor (SPD!) im Mai angeordnet, daß in Essen gar keine Asylbewerber mehr aufgenommen werden dürfen. Seine markige Begründung: „Ich will Ordnung in der Stadt. Damit die Flut nicht über uns kommt.“ („Frankf. Rundschau“, 26.6.80). Und der Tatbestand: Essen, mit 660.000 Einwohnern die 5. größte Stadt der BRD, hat nur 580 Plätze für Asylbewerber zur Verfügung. Die sind alle belegt. Neue Plätze können angeblich nicht geschaffen werden! („FR“, 26.6.80).

Übrigens werden von den Asylbewerbern im Endeffekt nur 8,5 % anerkannt — der Rest wird abgeschoben. In absoluten Zahlen sieht das so aus: 1979 wurden nur 5900 Asylbewerber anerkannt. Und darunter waren auch noch 3500 Vietnam-Flüchtlinge, die im Blockverfahren (ohne politische Prüfung, versteht sich!) anerkannt wurden. („Spiegel“, 16.6.80).

Bei dieser Lage der Dinge hat die sozialliberale Koalition sogar noch die Unverschämtheit, die Asyl-Praxis in der BRD als eine der liberalsten der Welt darzustellen. Die Dimensionen dieser Liberalität werden deutlich, wenn man weiß, daß Großbritannien und Frankreich jeweils rund 150.000 Asylanten pro Jahr aufnehmen. (Baum vom Bundestag, „Frankf. Rundschau“, 19.3.80).

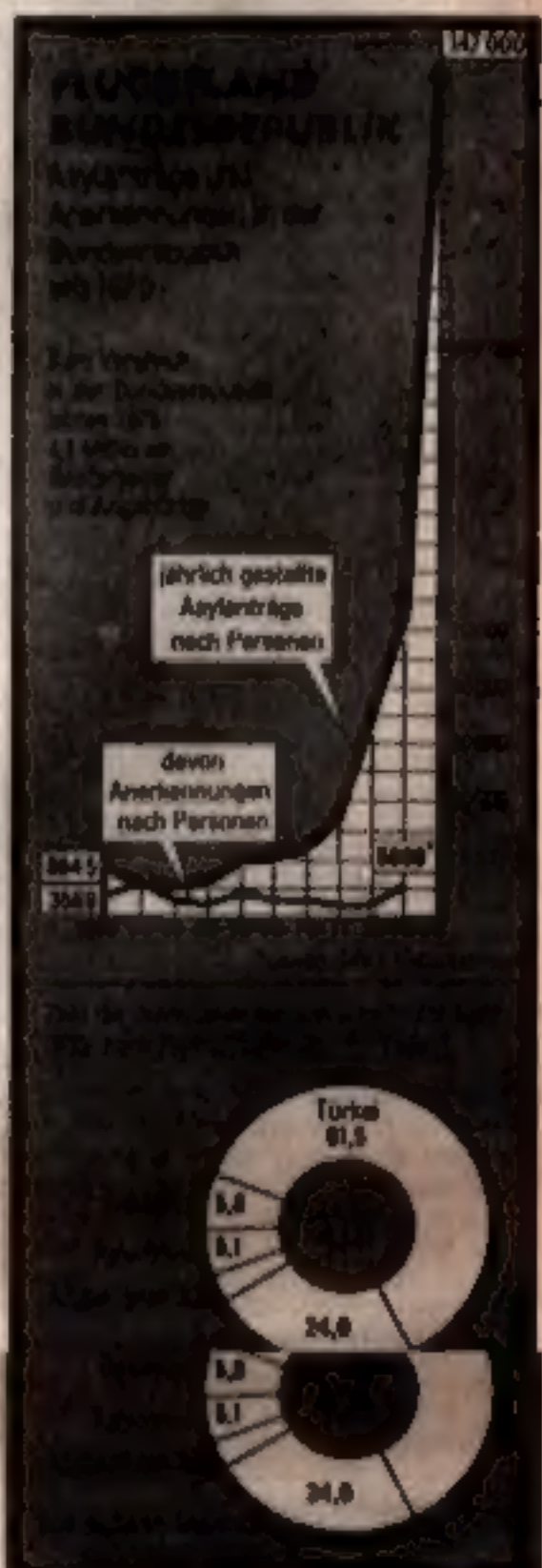
Schon vor der jetzt beschlossenen Verschärfung des Asylrechts klagten amnesty international und andere demokratische Stellen die Praxis der BRD — Behörden an:

Schon vor der jetzt beschlossenen Verschärfung des Asylrechts klagten amnesty international und andere demokratische Stellen die Praxis der BRD — Behörden an: So werden Flüchtlinge aus Vietnam oder den osteuropäischen Staaten meist ohne weiteres anerkannt, während Flüchtlinge aus dem reaktionären und faschistischen Ausland oft Schikanen ausgesetzt sind:

Nach einem Bericht von amnesty international ist es z.B. vorgekommen, daß Kurden und Türken mit der schlichten Begründung des Asylverweiger wurde, in den betreffenden Ländern herrschten „geordnete Zustände“. Bei Flüchtlingen aus Chile und Argentinien werde erst langwierig von den dortigen BRD-Botschaften die „Asylwürdigkeit“ vorgeprüft. „So sei es kein Wunder, daß die Quoten bei den Chilenen, wo sich die Bundesrepublik zur Aufnahme von 500 Flüchtlingen ver-

pflüchtet hatte, mit erst 77 keineswegs erreicht sei. Bei den Argentinern, wo erst etwa zehn von 400 eingetroffen sind, zieht es nicht besser aus...“ (ai, nach „Frankf. Rundschau“, 8.8.79). Ein Indiz sei z.B. abgewiesen worden, weil er Mitglied einer indischen ML-Organisation gewesen war: Das Asylrecht schütze nur „Kämpfer für Freiheit und Recht“, „nicht aber Personen, die die Diktatur des Proletariats errichten wollen.“ („Spiegel“, 16.6.80).

Die Verschärfung des Asylrechts wird es erleichtern, sozialistische und antifaschistische Ausländer „beschleunigt“ abzufangen und auszuordern. Wer dann noch übrig bleibt, wird in Lagern und sonstigen „Gemeinschaftsunterkünften“ total



entmündigt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Ihm wird der Status eines „Sozialhilfe“-Empfängers aufgezwungen — was zusätzlich den Effekt haben wird, politische Flüchtlinge als arbeitsunfähiges Gesindel zu diffamieren, das sich auf Kosten des Steuerzahlers in der BRD einen faulen Lohn machen möchte. Schon jetzt hetzt die „Welt“, es gehe darum, „die politisch Verfolgten von den Schmarotzern zu trennen“ („Welt“, 3.6.80).

Der sozialliberalen Koalition ist es wieder einmal gelungen, den Vorreiter für Reaktion und Chauvinismus zu spielen.



Resolution: Gegen eine weitere Aushöhlung des Asylrechtes — für

Resolution: Gegen eine weitere Aushöhlung des Asylrechtes — für die Aufnahme von asylsuchenden Eritreern

Resolution

Folgende Resolution ist von den genannten Organisationen bundesweit mitgetragen:

Amnesty International, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Eitrene, Gesellschaft für bedrohte Völker, Medico International, Terre des Hommes, Weltfriedensdienst, Klaus Vack, Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Wir, die Unterzeichnenden, wenden uns gegen die ZUNEHMENDE AUSHÖHLUNG des in unserem Grundgesetz garantierten Rechtes auf Asyl.

Trotz aller Beteuerungen und Beschwichtigungen unserer Politiker sind wir der Auffassung, daß bereits seit einigen Monaten Verwaltungsvorschriften erlassen werden und eine ASYLANTENFEINDLICHE EMOTIONALISIERUNG DER ÖFFENTLICHKEIT in Gang gekommen ist, die dem WILLEN DES GRUNDGESETZES in eklatanter Weise WIDERSPRECHEN.

Gerade an der Behandlung der Asylsuchenden aus Eritrea wird deutlich, wie unsere Politiker mit zweierlei Maß messen: Während „politisch genehme“ Flüchtlinge (z.B. aus Indochina) sofort und unter unbürokratischen Anstrengungen aufgenommen werden, wird nun Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet Eritrea der Weg in die Bundesrepublik durch Einführung einer Visumpflicht, deren Handhabung nicht offengelegt wurde, versperrt.

Unsere Politikern ist unbekannt geblieben, daß in Eritrea seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten ein erbitterter Kampf um die Unabhängigkeit der ehemaligen italienischen Kolonie tobt. DIESER KRIEG FORDERT ZEHNTAUSENDE VON TOTEN UND VERLETZTEN, HUNDERTTAUSENDE FLÜCHTETEN INS AUSLAND. Die Aufnahmekapazität des benachbarten Sudan, eines der ärmsten Länder dieser Erde, sind erschöpft. Die SPANNUNGEN zwischen Eritreern und Sudanern haben schon zu BEWAFFNETEN AUSEINANDERSÜTZUNGEN geführt. Der Sudan ist kein bleibender Zufluchtsort für die vom Krieg schwer betroffenen und von den äthiopischen Truppen hart bedrängten Eritreer! Drastische WILLKÜRMAßNAHMEN und ÜBERGRIFFE der Zivilbevölkerung bedrohen auch im Sudan das Leben der Eritreer!

Wir protestieren gegen die mehr als BESCHÄMENDE Bezeichnung der Eritreer als „Wirtschaftsflüchtlinge“. Die Menschen in Eritrea sind durch Krieg und Verfolgung akut an LEBEN UND LEBEN bedroht. SCHUTZUCHENDE Eritreer DÜRFEN NICHT an unseren Grenzen ABGEWIESEN WERDEN!

WIR APPELLIEREN AN UNSERE POLITIKER:

Unternehmen Sie unverzüglich alle erforderlichen Schritte, daß Asylsuchende Eritreer bei uns Aufnahme finden. MACHEN SIE DIE VISUMSPFlicht ZUGUNSTEN AKUT VERFOLGTER MENSCHEN RÜCKGÄNGIG.

Wir appellieren an alle mit diesem Problem befaßten Verwaltungsbehörden und ihre Mitarbeiter: Handhaben Sie Ihre Vorschriften nicht restriktiv und bürokratisch. Setzen Sie Ihre Autorität und Ihren Ermessensspielraum zugunsten der Flüchtlinge aus Eritrea ein.

Wir alle dürfen nicht vergessen:

FLÜCHTLINGE AUS ERITREA FLÜCHTEN VOR KRIEG UND VERFOLGUNG.

„Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße“

Zur Strategie des Polizeieinsatzes gegen die Hausbesetzung in Freiburg

Fünf Tage lang besetzten aus allen Teilen des Landes zusammengezogene Polizeieinheiten Freiburg, sperrten die halbe Innenstadt mit dreifachen Nato-Drahtrollen ab und errichteten dort ein Heerlager. 1.200 bis 1.500 Bullen exerzierten eine Bürgerkriegsübung vor, wie es sie in der Geschichte der Hausbesetzungen in der BRD noch nicht gegeben hatte. Der betriebene Aufwand war immens: Fünf Tage lang mußte der gesamte Bus- und Straßenbahnverkehr umgeleitet werden, die zentrale Verbindungsstraße vom Rheintal in den Schwarzwald und ins Schwäbische waren blockiert – morgens und abends regelmäßig das große Verkehrschaos. Auch viele Bürger fühlten sich an eine Besetzung durch fremde Truppen erinnert; früher, nach dem Krieg, die Franzosen, die seien aber trotz allem noch freundlicher gewesen ... Gekostet haben schließlich soll das ganze Spektakel über eine Million Mark. Warum dieser Aufwand gegen 60 bis 80 Leute im Dreimaß, die sich zudem schon lange vor der Räumung darauf geehrt hatten, den Räumkommandos nur Farne und Barrikaden entgegenzusetzen?

Der Freiburger Polizeichef Maier hat die Gründe für diesen Aufwand offen benannt: „Ausschlaggebend dafür war allein ... die taktische Überle-

genheit, daß durch zahlenmäßige Überlegenheit der Einsatzkräfte die Anwendung von Bruchialgewalt besser zu 'dosieren' ist und der Abschreckungs-

effekt zusätzlich genutzt wird“ („Badische Zeitung“, 9.6.80). Durch den „martialischen“ (so Maier selbst) Aufmarsch sollte jeder Widerstand im Keim erstickt werden; wenn einige „militante Chaoten“ das nicht hinnehmen, sollten sie mit „dosierter“ „Bruchialgewalt“ zur Raison gebracht werden. Den Unterstützern der Dreimaßbesetzung sollte angesichts der totalen Übermacht des Staates ihre Ohnmacht und die Sinnlosigkeit von Hausbesetzungen überhaupt eindringlich vor Augen geführt werden.

Das ist das gleiche Konzept wie bei der Räumung des Gorbien-Dorfes; ein Konzept, das im Baden-Württemberg schon bei den Iran-Solidaritätsaktionen Ende 78 und bei den seither gefahrenen Antifa-Aktionen praktiziert worden ist (zuletzt bei einer faschistischen „Heldengedenkfeier“ in Schöna, als 300 Antifaschisten 600 Bullen samt Pepper-Fog-Kanone, Hundestaffel und Hubschrauber gegenüberstanden).

Ein „Abschreckungseffekt“ verspricht man sich offensichtlich auch vom Einsatz des Göppinger Spezial-Einsatz-Kommandos (SEK), das in Bullenkreisen auch als „schwäbische GSG 9“ gehandelt wird. Mit Stahlhelmen, Kampfoveralls und langen Holzknüppeln bildete es die „Speerspitze“ der Bullenstreitmacht, sowohl beim Sturm auf die Häuser als auch bei den nächtlichen Schlägerei-Einsätzen gegen Demonstranten vor den NATO-Drahtsperrern.

Der Einsatz von Sonderkommandos bzw. die „Aufstellung, Schulung und Ausbildung von Spezialeinheiten (Eindringkommandos)“ ist übrigens schon mindestens seit 1977 fester Be-

standteil der „Einsatzgrundsätze“ der Polizei (vgl. „Die Polizei“, 5/77, S. 147). Spezialkommandos werden auch für die „Observation“ der Hausbesetzer empfohlen.

Ebenfalls fest zum Einsatzkonzept gehört der Einsatz von geheimdienstlichen Methoden: „Die Observation ist unter Einsatz von Nachtsichtgeräten und Richtmikrophonen so konspirativ durchzuführen, daß sich sowohl die Hausbesetzer als auch eventuelle Sympathisanten trotz entsprechenden Mißtrauens völlig unbeobachtet fühlen“ (ebd. S. 145). Derart will man Erkenntnisse gewinnen über die Besetzer selbst und „Sympathisanten“, „Radelführer, Mittelsmänner, Wachen, Bewaffnung und Ausrüstung, Art der Barrikaden, Verbindung nach außen, Schlafgewohnheiten, Verpflegungsbeschaffung, bauliche Veränderungen und Fluchtwege“. In direkter Zusammenarbeit mit der Bundespost sollen die Telefonanschlüsse überwacht werden. Darüber wird unter „Aufgaben der Polizei“ eigens aufgeführt: „3. Entwicklung konspirativer Einsatzmethoden, z.B. die Einschleusung von Beamten bzw. Verbindungsleuten als Handwerker, Lieferanten, Passanten“ (ebd. S. 146).

Der Aufmarsch und die Besetzung eines ganzen Stadtbezirks in militärischer Formation und Übermacht, der Einsatz von Menschenjagd-Kommandos gegen unbewaffnete Hausbesetzer und deren „Sympathisanten“ (der zugleich Schrittmacherfunktion für das Vorgehen der „normalen“ Bullen hat), die bedenkenlose Anwendung eines breiten Spektrums geheimdienstlicher Vorgehensweisen durch die Polizei sind Bausteine eines von

Polizeistrategen propagierten „operativen“ Konzepts, bei dem es nicht um die „Wiederherstellung verletzter Rechtszustände“ geht, sondern um die möglichst effektive Zerschlagung des Gegners.

Alle Reaktionen sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie nicht gar so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionen, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht

Mao-Tse-Tung

In der Praxis hatte der Bullenaufmarsch in Freiburg nicht eine allgemeine Demoralisierung zur Folge, sondern im Gegenteil die Mobilisierung von mehr als zehntausend Menschen gegen Wohnraumvernichtung und Polizeiterror. Die Bullen bekamen eine Militanz zu spüren, wie es sie in Freiburg noch nie gegeben hatte. Leicht geknickt mußte Polizeichef Maier vor der Presse eingestehen: „Einen so hohen Grad an Mobilisierung ... hat die Polizei nicht erwartet“. „Die Parole 'Freiburg – Polizeiburg' macht dem örtlichen Polizeiführer sichtlich zu schaffen. ... Dabei will Albert Maier gar nicht ausschließen, daß das massive Auftreten der Polizei durchaus zur Aufstockung des Protestpotentials beiträgt.“ Daß zudem als Ergebnis dieser Mobilisierung die erfolgreiche Besetzung des „Schwarzwaldhofes“ stand, macht die politische Niederlage der für den Polizeieinsatz Verantwortlichen komplett.

Ein Genosse des KB/Gruppe Freiburg

Adler-Brauerei geräumt

Wuppertal. Am 25.6. räumten 300 Bullen aus Wuppertal mit Unterstützung von Spezialeinheiten aus Durnburg die besetzte Adler-Brauerei. Die ca. 120 Bewohner waren auf eine Räumung nicht vorbereitet und mußten das Gelände verlassen. Mit den Abrißarbeiten wurde sofort begonnen.

Über 60 Gruppen, Vereine und Initiativen sowie über 6.000 Privatpersonen hatten sich in den ersten drei Wochen mit den Besetzern der ehemaligen Adler-Brauerei in Wuppertal solidarisiert.

Die Besetzer kämpften für den Erhalt des denkmalwürdigen Gebäudes und für eine sinnvolle, bürgerliche Nutzung. Sie hatten bereits angefangen und boten ein selbstorganisiertes Veranstaltungs- und Kursprogramm an. Die ersten Ausgaben einer eigenen Zeitung „Adlerflug“ forderten zur aktiven Mitarbeit auf.

Verhandlungen mit der Stadt haben kein greifbares Ergebnis gebracht. Die Stadt betonte zwar, daß ihr nicht an einem Abriss gelegen und sogar an einer Nutzung als Kulturzentrum interessiert sei, aber sie verschob sich hinter der Abrissgenehmigung, die der derzeitige Besitzer, die Wicküler-Brauerei, in den Händen hat. Und das Ordnungsamt forderte die Brauerei nach der Besetzung auf, das Gelände aus „bautechnischen Gründen“ zu schließen, „um die Besucher der Brauerei nicht zu gefährden“. Die Besetzer betonten, daß das Gebäude sicherer als in den Jahren zuvor war, als es leer stand. Gefährdete Räume und das Dach hatten sie gesichert bzw. gesperrt – behielten sich allerdings vor, im Falle einer Räumung durch die Polizei, sich auf

das Dach zurückzuziehen, um den Abruch zu verhindern. Wie üblich behauptete die Stadt auch, daß kein Geld für eine Instandsetzung vorhanden sei. Allerdings kostet es sich selbst gerade 60 Millionen für den Ausbau im Erdgeschoss.

Die Forderung nach Erhalt der Adler-Brauerei ist auch bei der SPD auf positive Resonanz gestoßen. So forderte der SPD-Ortsverein Uellendahl die SPD-Fraktion im Rat der Stadt auf, „eine Kriminalisierung der Besitzer der Adler-Brauerei (z.B. durch gewaltsamen Polizeieinsatz, Ordnungsverfügungen usw.) zu verhindern. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt wird aufgefordert, unverzüglich Gespräche mit den Besetzern und allen weiteren Interessenten, die die Adler-Brauerei als Kommunikationszentrum nutzen wollen, aufzunehmen und sich für die Anmietung oder den Ankauf der Adler-Brauerei einzusetzen. Ankauf und Umbau der Brauerei könnten – wenn der politische Wille vorhanden ist – z.B. durch Einsparung am Rathaus-Anbau oder am Straßenbau finanziert werden“ (nach „Stadtzeitung“, 6/1980).

Die Besetzer entwickelten selbst Vorschläge zum Umbau, z.B. wollten sie das klaffende Loch, das der Bagger unmittelbar vor der Besetzung am 30. Mai in die Wand eingerissen hat, verglasen. Zum einen, damit Licht in das Innere fällt, zum anderen auch als „Mahnmahl vorläufiger Zerstörungswut“.

Zu spät – die zweite Zerstörung Deutschlands hinterläßt keine Mahnmäler.

Die Besetzer entwickelten selbst Vorschläge zum Umbau, z.B. wollten sie das klaffende Loch, das der Bagger unmittelbar vor der Besetzung am 30. Mai in die Wand eingerissen hat, verglasen. Zum einen, damit Licht in das Innere fällt, zum anderen auch als „Mahnmahl vorläufiger Zerstörungswut“.

Zu spät – die zweite Zerstörung Deutschlands hinterläßt keine Mahnmäler.

Wohnungs-Kommission



Straßenschächten nach der Räumung der besetzten Häuser

Hausbesetzer als „kriminelle Vereinigung“ angeklagt

Während am 15. Juni Rock gegen Rechts auf heißen Touren lief, besetzten ca. 200 Leute die seit '74 leerstehende Prachtvilla Siesmayerstraße 2-4. Die Bullen, die seit 11 Uhr wußten, welches Haus besetzt werden soll, waren dann aus pünktlich mit einem Großaufgebot an Wasserwerfern und einem panzerähnlichen Räumungsfahrzeug anwesend. Als die Besetzer aufgrund der bisherigen Erfahrungen sofort anfangen Barrikaden zu bauen und auch vereinzelt Steine in Richtung Bullen fliegen, antwortete es plötzlich aus dem Lautsprecherwagen: „Achtung, hier spricht die Polizei, an eine Räumung ist nicht zu denken.“ Schutzpolizeichef Vogel meinte: „Nach unserem Eintreffen war die Besetzungsaktion schon abgeschlossen.“ Bei der Suche nach einem Bevollmächtigten der Eigentümer blieb die Polizei dann auch erfolglos und so waren die Leute erstmal drinnen.

Hausbesetzung - erstaunlich einfach?! Am 16. konnte man/frau dann aus der „Frankfurter Rundschau“ erfahren, daß die Siesmayer von der Polizei nicht geräumt wird, „jetzt müßten die Gerichte entscheiden“, so der Hauptjurist der Polizei gegenüber dem Anwalt der Eigentümer, der einen Antrag auf Räumung stellen wollte. Ein Polizeisprecher erklärte: „Nach dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei ein Polizeieinsatz ohne Räumungstitel nicht möglich.“ Sinn und Zweck dieser Besetzung – was entwickelte sich im Haus?

Zu den Besetzern gehörten die verschiedensten Leute: Anarchos, Punkies, Studenten, Schüler. Diese Struktur blieb auch unter den 78 Bewohnern weiterhin so, und der Groß-

teil der Leute kam aus anderen Städten. Sie selbst sagen, daß sie den 17. Juni nicht zufällig als Datum der Besetzung gewählt haben, sondern um Kritik an dem „zum Konsumspektakel verkommene RGR-Festival zu üben, welches sich nicht nur auf die Ausgrenzung von Neo-Nazis beschränken sollte, sondern auch gegen die alltäglichen Versuche unser Leben immer mehr einzuschränken, richten sollte“ (aus einem Flugblatt der Besetzer). Im Sinne der Besetzer sollte das Haus 2 Funktionen haben: zum einen Wohnraum zum anderen Räumlichkeiten für ein Zentrum zu schaffen, von dem sich wieder politische Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten entwickeln können. Dies ist auf dem Hintergrund der seit Wallmanns Regie konsequent betriebenen Zerstörungskampagne von Kita, TAT, AG... zu sehen! So hätten, laut Besetzerinfo, dann auch bereits Sonntag verschiedene Arbeitsgruppen begonnen, die sich mit Stadterhalt, Knastsituation und Aktionen zum 17. Juni, „die sich nicht in simpler Störung der staatsloyalen Römerbergveranstaltung erschöpfen sollen“, beschäftigen.

Die große Nacht- und Nebelaktion

Mit einem nächtlichen Kommando-Einsatz holten die Bullen im Morgengrauen zum Donnerstag jetzt zum großen Schlag aus. Das Haus wurde von Bulleneinheiten, Wasserwerfern und einem panzerähnlichen Räumungsfahrzeug umstellt. Die Leute, die draußen schliefen oder Wache schoben, wurden von mit gezogenen Pistolen bewaffneten Bullen (ab aus dem Schlaf gerissen. Wer vor Verwunderung den Kopf hob, bekam

eins drauf, so gabs dann auch zahlreiche Verletzte. Von hinten stürmten die Bullen dann den Wintergarten und schlugen alles kurz und klein, um sich Zugang zum Haus zu verschaffen. Die Leute im Haus wurden ebenfalls äußerst unsanft geweckt und mußten sich sofort mit erhobenen Händen an der Wand aufstellen. Alle 78 Insassen wurden verhaftet und zum Bullenrevier Klapperfeld abtransportiert. Rechtsgrundlage der Bullenaktion: Ein Durchsuchungsbeschuß des Amtsgerichtes. In der Zeit der scheinbaren Liberalisierungskampagne, „Entpolizeilichung“, wie sich der neue Bullenpräsident ausdrückte, war man hinterücks fleißig gewesen und hatte alles verfügbar strafbare gesammelt, um es nun den Hausbesetzern anzuhängen, sie zu kriminalisieren und „dingfest“ zu machen.

Den Besetzern wird vorgeworfen: - Baustellen geplündert zu haben; - 1000 Liter Heizöl gestohlen zu haben; - in der Nacht zum 17. Juni den Brandanschlag auf den SPD-Laden verübt zu haben (sechs wurden festgenommen); - am 17. Juni zahlreiche Scheiben in der Innentür demoliert zu haben. Die Bullen wollen beobachtet haben, daß die Sachbeschädigungen von einer Gruppe von 150 - 200 Leuten verübt worden sind, „die nach kleingefeststellten aus dem Haus in der Siesmayer 2 - 4 stammten“ („FR“, 18.6.). Es soll eine der Festgenommenen angeblich ausgesagt haben, daß die 3 „Mitläufer“ aus der Siesmayer kommen, und der Molly (eine mit Heizöl gefüllte Flasche) dort bestellt worden sei. Feinlich nur, daß die Bullen bei der

Durchsuchung keinen einzigen Liter Heizöl fanden – aber mehr da, eine „Waffenkammer“ mit Helmen, Knüppeln, Schindeln und ... massenweise Flaschen!! - genug Beweis für Mollies?! So wird dann auch gegen alle 78 wegen: Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt. Damit passiert das, wovon die Linke immer gewarnt hat, daß jeglicher kollektive Widerstand als „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ angeklagt werden kann.

Am Tag der Räumung wurde per Telefon zu einem Teach-In bzw. einer Demo am Nachmittag aufgerufen, an der sich ca. 600 Leute beteiligten. Nach einiger Diskussion darüber, ob es möglich und sinnvoll sei, gleich wieder zu besetzen – die meisten befruchteten Schilgerelen – wurde beschlossen, zur nahegelegenen Siesmayerstr. zu ziehen und vor Ort zu entscheiden, was „machbar“ ist. Wir zogen - ungehindert von Bullen - zum geräumten Haus. Ein zehnmündiges Aufnahmegerät wurde uns „gestattet“, danach sollten wir mittels Gewalt auseinandergetrieben werden.

Leider wurde aufgrund der Spaltung zwischen denen, die das Haus nicht „kämpflos aufgeben“ wollten und denen, die eine Prügelei angesichts der totalen Bullenübermacht nicht eingehen wollten, die „Galgengasse“ nicht dazu genutzt, z.B. auf der Kreuzung eine Erklärung oder ähnliches abzugeben. Wir standen verunsichert herum und zogen nach und nach zum Campus zurück. Dort wurde für Samstag eine weitere, größere Demo beschlossen, um eine breitere Öffentlichkeit von den unge-

heuerlichen Vorgängen zu informieren.

„Der Polizeistat marschiert“

Nun, Samstag morgen, alle waren auf alles gefaßt, nur nicht auf das, was kam:

Um 11 Uhr waren erschreckend wenig (ca. 30) Leute da und nur nach und nach tröpfelten weitere Demonstranten ein. Mit ihnen erreichte uns auch die Information, daß rund um den Campus Bullen stehen, die Leute anhalten, ihnen in die Taschen sehen, ihre Personalien aufnehmen...(!)

Vor verschiedenen besetzten Häusern standen Bullenwagen, die dort das gleiche machten. Etwa nach 1 Stunde waren wir 400 Demonstranten und die ersten Ulfen vom Campus Richtung Westend. Noch waren sie nicht vom Platz, wurde uns gesteckt: „Achtung, Achtung hier spricht die Polizei, diese Demonstration ist nicht angemeldet...“. Erstmal löste das einige Verwunderung aus, denn der Asta wollte die Demo anmelden - und gleich wurde uns mit drei verschiedenen Paragraphen deutlich gemacht, warum die Demo verboten sei. Falls wir den Campus verlassen würden, hätten wir mit dem sofortigen Einsatz des Wasserwerfers zu rechnen. Wurde am Donnerstag noch die spontane Demo „geduldet“ (so der Bullensprecher), wurde die heutige Versammlung und die geplante Demo als „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ angesehen. Die Versammlung wurde aufgelöst. Gegenwärtig läuft ein Diskussionsprozeß, wie auf diese neue Situation reagiert werden kann/soll.

SchülerInnen im KB/Frankfurt

RGR in Eschwege:

Wo will die NPD jetzt noch hin?

Kurz nach 11 Uhr am 17. Juni war es geschafft:

Bullenfunk und später dann die Nachrichten brachten die Meldung vom Verbot des NPD-Deutschland-Treffens in Philippsthal. An einzelnen Sperren, die die Antifaschisten rund um Philippsthal errichtet hatten und mit denen sie den personellen Nachschub der Nazis einschnürten, bestätigten die Bulleneinsatzleiter das Verbot; sie erzählten sogar die Mär von der Auflösung des 100 Mann-NPD-Treffens: „Alle NPDler sind auf Schleichwegen aus der Stadt geleitet worden...“ Natürlich ließen sie ihre Sperren stehen...!

Und doch wurde in diesem Moment klar, welchen Erfolg RgR an diesem 17. Juni in Eschwege, Philippsthal und Umgebung unter denkbar schwierigen Bedingungen errungen hatte. Zunächst sah es ganz so aus, als sei an der ersten großen Bullensperre die Aktion zu Ende; erst die Verbotsmeldung machte klar, wie erfolgreich und wirksam die spontan entwickelte Taktik - an allen Zufahrtswegen eigene Sperren zu errichten - die Nazis und die Bullen getroffen hatte: mangels Masse - so die späteren Nachrichten - mußte das diesjährige Deutschlandtreffen doch noch ausfallen! Gegen den erklärten Willen der Staatsmacht und ihrer Gerichte, gegen eine gut vorbereitete Bullen- und BGS-Truppe, die in den letzten Wochen nur ein Ziel kannten, nämlich die Sicherheit des Deutschland-Treffens auch im letzten Winkel der BRD zu garantieren, hatten Tausende von Antifaschisten in guter Tradition ihr Verbot der NPD-Großveranstaltung in eben diesem letzten Winkel durchgesetzt. Neben der bekannten allgemeinen Bereitschaft dieses Staates, die Faschisten zu schützen und zu decken, hat die RgR-Aktion noch einiges davon zu Tage gefördert, was die praktische Seite dieser Bereitschaft angeht:

- da gab es Ausweis- und Gesichtskontrollen durch die Bullen: Nazis durften durch;
- es gab jede Menge unterlassene Hilfeleistung, als bei Nazi-Angriffen Antifaschisten verletzt wurden;
- den Faschisten wurden Schleichwege und die notwendigen Bullen- eskorten angeboten;
- bewußt herbeigeführte Körperverletzungen - als z.B. ein Nazi mit Vollgas in Demonstranten hineinfuhr, wurden an Ort und Stelle in „Unfälle“ uminterpretiert (siehe dazu auch „Letzte Meldung“);
- nicht weiter verfolgt wurde eine Brandanschlag auf einen DDR-LKW, der in letzter Sekunde von Antifaschisten vereitelt wurde.

Brandanschlag auf einen DDR-LKW, der in letzter Sekunde von Antifaschisten vereitelt wurde.

1 Million Mark soll der Polizeieinsatz gekostet haben, erklärte ein Beamter gegenüber der „Frankfurter Rundschau“. Jeder der tausend erwarteten Teilnehmer des Deutschland-Treffens war dem Staat demnach 1000 Mark wert. Das zeigt sehr anschaulich, wie gut es dem Erben Hitlers und Goebbels heute noch geht.

Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den obersten Einsatzleiter wäre



Nazis verüben Brandanschlag auf einen DDR-LKW

Das Schicksal eines Nazi-Autos



schisten weder durch die heizige Bereitschaftspolizei noch durch

schisten weder durch die heizige Bereitschaftspolizei noch durch supermoderne BGS Hubschrauberstaffeln, noch durch prägeleide NPD-ler verschreckt.

RgR in Eschwege hat die Erwartungen vieler Linker weit übertroffen. Hatte man im Vorjahr der „Kampferproben“ Frankfurter Linken schon zugekratzt, mit nationaler Unterstützung das NPD Treffen zu verhindern, so zeigt sich aus, daß die Bereitschaft zum antifaschistischen Widerstand auch in der „Provinz“ stark genug ist, um mit den Nazis fertig zu werden. Mehr noch: überall wo NPDler auf die Sperren der Antifaschisten gestoßen waren und diese leichtfertig angegriffen hatten, muß-

ten sie schließlich in heller Flucht davonschießen. Und es gab nur eine ver-

ten sie schließlich in heller Flucht davonschießen. Und es gab nur eine verschwindende Minderheit, die diese Akte antifaschistischer Selbsthilfe mit dem Hinweis auf „Gewaltfreiheit“ kritisierten. Dieser Erfolg ist umso beachtlicher, als die Mehrheit der demokratischen und linken Organisationen es vorgezogen hatten, zur Teilnahme an einer DGB-Kundgebung im 30 km entfernten Sontra aufzurufen. Sie trafen erst dann vor Ort ein, als bereits alles gelaufen war (Jugend, DGB Jugend, DKP, KSW). Doch nur wenige ließen sich von ihrer Propaganda einfangen. RgR ist eben immer noch mehr, als der Konsum von antifaschistischen Sonntagsreden.

Nicht alle Wege führten nach Philippsthal

Rock gegen Rechts/Eschwege. Wie sich die Solidarität und Verlässlichkeit ungewohnter Bündnispartner in kritischen Situationen „bewährt“, zeigt ein Bericht aus Kamel über die Vorbereitung zur antifa-Demonstration in Nordhessen.

Auf dem ersten Treffen des Aktionsbündnisses, mit Beteiligung von DKP, VVN und SDAJ wurden mögliche Protestformen gegenüber dem Deutschlandtreffen der NPD diskutiert. In einer gemeinsamen Erklärung vom 20.5.80 wird als Diskussionsergebnis zusammengefaßt: Einigkeit bestand darüber, daß dort protestiert werden soll, wo die NPD ihr Deutschlandtreffen abhalten wird. Die Absicht, „vor Ort“ zu demonstrieren, da wo die NPD sich trifft, wurde in nachfolgenden Flugblättern immer

wieder bekräftigt. Ohne je ein Wort des Widerspruchs von DKP/VVN zu hören. In Gegenteil, das gemeinsame Flugblatt und Aufruf zur Demonstration wird auch von ihnen unterschrieben. Ein breites Bündnis scheint gesichert zu sein. Wie so oft, trägt auch hier der Schein. Nach Bekanntgabe des DGB-Kreis Werra-Meißner, am 17. Juni in Sontra eine Kundgebung durchzuführen, kommen die Freunde der DKP ins Rotieren. Werden erst zaghafte Argumente gegen die Demonstration ins Feld geführt, startet die DKP/VVN mit näher rückendem 17. Juni zu einem wahren Power-Play, um die Demonstration zu verhindern.

Noch am 15.6.80 unterstützt die DKP/VVN einen Plenarbeschluss, der lautet: „Unser Ziel ist es, so früh Fortsetzung nächste Seite



Eine alternative Band: Sector 27th

Glücklich waren sie sicher nicht, die Leute um Tom Robinson, als sie am Nachmittag des 17.6. in Eschwege eintrafen und statt der erhofften 10.000 nur noch 1500 bis 2000 Unermüdliche auf dem Platz waren. Viele Antifaschisten hatten schon den Heimweg angetreten, erschöpft, aber zufrieden darüber, daß das Nazitreffen verhindert war. Ohnehin ließ es ein mittäglicher Platzregen ungewiß erscheinen, ob Rock gegen rechts in Eschwege überhaupt noch fortgesetzt werden könnte.

Zusätzliche Ärgernisse: Die englischen Musiker waren wahlweise als „Tom Robinson Band“ (inzwischen aufgelöst) oder auch „Tom Robinson“ angekündigt, nie aber mit ihrem richtigen Namen, ein Teil der benötigten Instrumente fehlte und... und... Jedenfalls machten sich RGR-Organisatoren schon mal auf einiges gefaßt: Sector 27th würde den Auftritt herunterspulen, nachher fürchterlich fluchen und möglichst rasch verschwinden. Starallüren linker Rockmusiker (auch von weit weniger bekannten) ist man ja inzwischen gewohnt. Aber weit gefehlt.

Die vier Musiker machten vergessen, was sich in Frankfurt an unschönen Szenen ereignet hat. ROCK GEGEN RECHTS war wieder lebendig. Es war ein Auftritt ohne „Supermann“-Effekte, ohne künstliches Hochpuschen der Leute und - wie wohltuend, auch bei RgR - ohne eine Spur von Arroganz. Bezeichnend schon die Ankündigung der Gruppe durch einen RgRler: „Ich geh' hier über'n Platz, quatsch mit den Leuten... auf einmal ist der eine Tom Robinson... Also wer hat noch Mitfahrgelegenheiten nach Bremen“, fährt er schnell fort. Tom Robinson bemüht seine 15 Jahre alten Schulkennntnisse und spricht die Leute in deutsch an. Wo's nicht mehr geht, formuliert er so langsam, daß ihn möglichst viele verstehen können. „Wir haben gehört, daß es heute morgen Gewalt von Faschisten gegeben hat. Deshalb sind wir hier - um euch zu helfen.“ Und später, den Beifall für die Gruppe unterbrechend: „Klatscht nicht für uns. Es u c h muß geklatscht werden!“ All dies vorgetragen mit einer verblüffenden Art von Höflichkeit gegenüber dem Publikum, wie sie scheinbar überhaupt nicht in die rauhen Umgangsformen der Rockszene paßt. Es dauerte nicht lange, da war auch der letzte Zuschauer „erobert“. Alle schrien sich die Kehlen heiser, um noch zwei oder drei Zugaben herauszuholen. Das war der erste BRD-Auftritt einer Band, bei der Lippmann & Rau oder Mams-Concepts wohl Schlange stehen würden, um sie für Tourneen zu engagieren.

Die bürgerliche Presse nahm davon keine Notiz. Warum auch? Verstehen könnte sie's sowieso nicht. Wie dagegen können jetzt besser verstehen, warum gerade diese Musiker vor zwei Jahren die große Rock against racism-Bewegung mit aus der Taufe gehoben haben. Es war aber nicht nur Sector 27th gewesen, die das Eschwege-Konzert zu einem echten Kontrastprogramm im Vergleich zu Frankfurt gemacht hatten. Auch den anderen Gruppen gelang es scheinbar mühelos, die in Frankfurt verübte Kommunikation mit den Leuten herzustellen - ob nun Octopus mit ihrem neuen, größtenteils deutschsprachigen Programm, oder Hammerfest und die Straßengänge, die in der Nacht zuvor mit einer wilden Session erst vom Morgengrauen gebremst werden konnten. Daß es in Eschwege keine Riesen-Bühne und nicht einen einzigen Ordner gab, ist nur eine Erklärung dafür. Die andere ist, daß es - wie in Frankfurt ein Jahr zuvor - eine Einheit von alternativer Kultur und antifaschistischer Aktion gab.

Letzte Meldung

Dieter aus Nordheim wurde ziemlich schwer verletzt als ein NPD-PKW mit Vollgas in eine Gruppe von Demonstranten reinfuhr. Mit einem komplizierten Oberschenkelbruch wurde er nach Bad Hersfeld ins Krankenhaus gebracht.

Die Bullen am Tatort stellten sofort fest: „Unfall!“

Dieter erstattete Anzeige gegen den Nazi. Nach einigen Tagen erschienen Bullen am Krankenbett... Sie erklärten, daß seine Anzeige nach ihren Ermittlungen hinfällig sei und verzerrten sie vor seinen Augen... Überhaupt sei die Sache anders gewesen.

Er, Dieter, habe den Fahrer mit einem Stein bedroht und der habe sich dagegen gewehrt. Der Fahrer habe inzwischen mit 3 Zeugen Anzeige gegen Dieter erstattet! Das ganze ist reines Phantasieprodukt. Allerdings wäre es nicht der erste Meinel, den ein NPDler vor Gericht schwört...

Neben der schnellen Besserung, die wir Dieter über diesen Weg wünschen, fordern wir alle Augenzeugen dieses Vorfalls auf, sich bei RgR/Kassel oder der AK-Redaktion zu melden!



Dieser rechtsgerichtete Herr ist mit Vollgas in eine Demonstranten-Gruppe hineingefahren - er scheute sich später nicht, über seine Tat auch noch heruzutönen.

Fortsetzung von Seite 4

Der Jahrmarkt der Alternativen

wie möglich vom Industriehof (Festivalschiff in Eschwege) zu starten, um den Platz der NPD zu besetzen bzw. durch unsere Anwesenheit die Anwesenheit der NPD unmöglich zu machen. Als eine saubere, tragbare Lösung wird von DKP/VVN die Absicht bezeichnet, bei Verbot aller NPD-Aktivitäten bzw. bei Unkenntnis des Veranstaltungsortes der NPD an der DGB-Kundgebung teilzunehmen. Praktisch unterstützen die DKP/VVN die Demonstration (Lautsprecherwagen etc.)

Gleichzeitig verteilt die DKP Eschwege ein Flugblatt zu dem Rock-gegen-Rechts-Festival in Eschwege, verbunden mit einem Aufruf zur DGB-Kundgebung in Sontra. Kein Wort über die geplante Demonstration des RGR-Bündnisses. Erst am 16.6. mittags erklärt der DKP-Vertreter auf der Sitzung der Demoleitung, daß die DKP/VVN nach Sontra aufrufen. Trotzdem versucht er durchzusetzen, daß er in der Demoleitung vertreten sein möchte.

Am Morgen des 16. Juni wird endgültig bekannt, wo die NPD sich versammeln darf. So zerbrechen die Hoffnungen der DKP/VVN, das Aktionsbündnis kammheimlich für den DGB nach Sontra zu ziehen. Mit einer gezielten Gerüchtpolitik versuchen DKP/VVN auf dem Festplatz die Antifaschisten zu verunsichern. Im besten Bildzeitungsstil wird ein „Blutbad“ prophezeit, wenn zur NPD demonstriert wird. Gruppen und Personen des Aktionsbündnisses werden diffamiert, indem ihnen unterstellt wird, ausschließlich auf „Krawall“ aus zu sein. Jede Unterstützung der Demonstration wird eingestellt. Diese

Gerüchtpolitik war leider teilweise erfolgreich, die Leute auf dem Platz waren verunsichert, wußten nicht, wo sie nun am nächsten Morgen hinfahren sollten, hatten Angst, daß von der Demoanführungsleitung gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei eingeplant seien.

Daraufhin wurde für 23.30 Uhr noch eine Sitzung der Demoleitung einberufen. Hier starteten DKP/VVN noch einmal den Versuch, das RGR-Bündnis dazu zu bewegen, die Demo abzurufen und nach Sontra zur DGB-Kundgebung zu fahren - gegen den Willen aller anderen Teilnehmer des Bündnisses, für die klar war, daß wir nach Philippthal fahren würden. Es wurde vereinbart, noch einmal über Lautsprecher die Planungen der Demoleitung bekannt zu geben, um der Verunsicherung auf dem Platz entgegen zu treten. Noch am 17. Juni um 4.00 Uhr morgens (!!!) verteilten DKP/VVN ein Flugblatt, in dem nochmals zur Nichtteilnahme an der Demonstration aufgerufen wird. In diesem Flugblatt verurteilen sie dreist die Falschmeldung, daß der Kundgebungsort der NPD noch nicht bekannt sei! Antifaschisten, die erst auf dem Platz in Eschwege eintrafen, nachdem der Konvoi schon abgefahren war, erhalten von DKP/VVN die „Information“, der Konvoi sei nach Sontra gefahren!

Aber all die Mühe bleibt vergebens. Fast alle fahren nach Philippthal. Übrig bleiben DKP/VVN.

An der DGB-Kundgebung in Sontra nahmen 500 bis 800 Antifaschisten teil. Nach der Versammlung kam von dort eine Delegation von 120 Leuten nach Friedewald, einer der Polizeistationen. Hat die DKP/VVN buchstäblich bis zur letzten Minute mit Falschinformationen, Lügen etc. alles versucht, um die Demonstration zu verhindern, will sie nach der erfolgreichen Aktion zu den Gewinnern gehören. Als wäre es immer eine klare Geschichte gewesen, drucken sie Erfolgsmeldungen in ihren Zeitungen.

„Die Aktionen tausender Antifaschisten haben auch dort eine Atmosphäre geschaffen, die es der neofaschistischen NPD unmöglich gemacht hat, ihre Hetzkundgebung an der Grenze zur DDR wie geplant durchzuführen.“ (UZ, 19.6.80).

„Doch das politische Klima in Nordhessen - die Demonstration und die DGB-Veranstaltungserfolge es der Polizei nicht, ihre Strategie durchzuführen und die NPD zu schützen.“ (Tat, 20.6.80)

Eine kann man DKP und DGB nicht abstreiten: immerhin kam am 17. Juni Sontra als möglicher Ausweichort für die NPD nicht mehr in Frage!



Die Dokumentation zum verhinderten

Die Dokumentation zum verhinderten Deutschlandtreffen Der NPD 17. Juni 80

ausführliche
Augenzeugenberichte
viele, viele Fotos
Pressepiegel

A4 DM 2,50



ROCK gegen RECHTS

Aufkleber
gelb/violett
Folie DM 1,00

Bezug über:
Rock gegen Rechts
ASTA Uni G6
Nikolausberger Weg 9
34 Göttingen
Tel. 0551/394508

weichtort für die NPD nicht mehr in Frage!

Dieser Bericht ist der Kammer „Stadt-zeitung“ entnommen. Anschließend ist ein „persönlicher“ Beitrag einer VVN-Genossin abgedruckt, der relativ sachlich gehalten ist und in etwa den folgenden Tenor enthält: Eigentlich wäre ich ja auch lieber nach Philippthal gefahren, aber aus bündnispolitischen Überlegungen heraus war es doch richtig, dem DGB die Stange zu halten. - „unabhängig von der Wut, die ich mit über das Verhalten der DGB-Repräsentanten in der Vorbereitungsarbeit in Eschwege gefüllt habe“, wie es wörtlich heißt. Die Verfasserin spricht sich dagegen aus, an den zutagegetretenen Differenzen „die weitere Zusammenarbeit scheitern zu lassen“. Vielmehr habe ihr die gemeinsame Vorbereitungsarbeit „Mut gemacht“.

Auf den Sitzungen von Rock gegen Rechts- und Antifa-Gruppen in Hessen sind allerdings ganz andere Töne aus dem Mund von SDAJlern und DKP'ern zu vernehmen. Dort wird versucht, antikomunistische Stimmung zu schüren, indem behauptet wird, der KB habe die Demoleitung in Eschwege/Philippthal an sich gerissen. Richtig ist, daß zuletzt die Hauptlast bei der Organisation der Demo am KB hängen blieb. Außerdem ist es natürlich ein gewaltiger Fortschritt, daß die DKP'ern - wenn schon nicht in der Presse, dann wenigstens mündlich - Erklärungen dafür liefern, wie denn die „Tausende von Antifaschisten“ auf einmal nach Philippthal kamen. Der Vorwurf, unser Beitrag dazu sei „undemokratisch“ zustande gekommen, ist aber reichlich vermessend von Leuten, die in letzter Sekunde alle Beschlüsse umwarfen und sich aus der Verantwortung stahlen. Außerdem hatten sie ja bis zum Überdruß Gelegenheit, mit ihrer Landes- und bundespolitischen „Prominenz“ die Leute auf dem RGR-Konzert in Eschwege zu belästern. Da hilft alles nichts: DKP, SDAJ und VVN waren in Eschwege „wenig überzeugend“.

„Rock gegen rechts in Frankfurt - wer letztes Jahr dabei war, kriegt schon wieder glänzende Augen“. Die SDAJ Hamburg, die dies schrieb, war zwar letztes Jahr nicht dabei - bekam aber gleichwohl glänzende Augen. So ging es wohl allen, die irgendwo unter dem weiten Dach des Antifaschismus ein Plätzchen finden. Der Sog eines nach zehntausenden zählenden Publikums zog sie alle an - so gebrochen ihr Verhältnis zu Rock gegen rechts bis dahin gewesen sein mag. Die Jungsozialisten, obwohl sich ihre Aktivitäten darauf beschränkt hatten, dem Bündnis ihre hochgeschätzte Unterschrift zur Verfügung zu stellen; die DKP, die eine Teilnahme bei Rock gegen rechts eindeutig abgelehnt hatte, gleichwohl aber an ihren Ständen Sprüche klopfte: „Wir sind hier von den Veranstalter*innen (!)“; SDAJ und MSB, die zwar mitmachten, aber doch insgeheim gehofft hatten, daß eine Woche zuvor in Mainz stattfindende VDS-Studentenfestival werde RGR übertrumpfen und ihm den Wind aus den Segeln nehmen; die Spontis, die sich zum hundertsten Mal überlegt hatten, ob sie nicht doch eher gegen links als gegen rechts wären; das SB, das sich freilich wegen „personeller Lücken“ ganz auf die Vorbereitung des „Großen Ratschlags“ hatte konzentrieren müssen; die Grünen, die zwischen hochbrisanten Sitzungen ihrer Bundes- und Landeshauptversammlungen, Programmkommissionen und Vorstände auch mal den Kopf beim Aktionsbündnis hereinsteckten, um keine Pressekonferenz zu verpassen; schließlich die Buntten, die GIM und der KB, die sich zu verhindern mühten, daß eine noch junge Bewegung vollständig unter die Räder parteipolitischer Verwalter gerät... und jede Menge alternativer Kultur: Hunderte von Rockgruppen, zig Liedermacher und Tausende von Theatergruppen, aus denen in z.T. qualvoller Prozedur das Programm ausgewählt worden war. Auch bei denen das gleiche Bild: Die „Schneeball“-Szene, die über das letztjährige Festival nur vernichtende Worte gefunden hatte, war ebenso in Frankfurt wie die RGR-kritischen Punkbands, und Hannes Wader, der Rock gegen rechts 1979 noch ganz klar abgelehnt hatte, drängte sich diesmal nach einem Auftritt (sagte aber ab, als er „nur“ für eine der kleineren, dezentralen Veranstaltungen in Frankfurt eingestellt wurde...). Was sich da also am 14./15.6. auf dem Rebstock einfand, brachte höchst unterschiedliche Vorstellungen mit - was keineswegs ein Unglück ist und auch so sein soll. Das Unglück bestand vielmehr darin, daß das einzige Band, der Antifaschismus, die konkrete Aktion zur Verhinderung des NPD-Treffens, mehr und mehr in

ist und auch so sein soll. Das Unglück bestand vielmehr darin, daß das einzige Band, der Antifaschismus, die konkrete Aktion zur Verhinderung des NPD-Treffens, mehr und mehr in den Hintergrund trat und schließlich von einem beinahe schematischen Ringen um „Marktanteile“ verdrängt wurde. Denn der auf dem Rebstock versammelte „Alternativ-Markt“ mußte den kummergewohnten Linken wie auch den um ihre Existenz kämpfenden Rockmusikern geradezu paradiesisch erscheinen. Da sich das Frankfurter RGR-Aktionsbündnis über die politischen Konsequenzen, die es für den 17.6. zu ziehen galt (Teilnahme an der Veranstaltung des DGB und der Kirchen in Frankfurt oder Mobilisierung gegen das NPD-„Deutschlandtreffen“ in Philippthal), nicht einig war, andererseits diesen Streit vor den 50.000 auch nicht austragen wollte - zweifellos der größte Fehler, der in der Vorbereitung begangen wurde - wurde aus einem Festival der Aktion, was es im Vorjahr noch gewesen war, ein Festival des Konsums. Und dies nicht zu knapp: Der augenfälligste Rekord vor RGR Frankfurt war sicher die Zahl der „Alternativ“-Stände, die dicht an dicht die Umrandung des Rebstockgeländes säumten - ideales Betätigungsfeld für die Unternehmungen eines K.H. Roth. Coca-Cola für gefangene Gewerkschafter und Abkochen für die Ökologie - ein guter linker Zweck für die Umsätze war immer schnell gefunden. Nur in den seltensten Fällen waren allerdings die Preise „alternativ“ (sprich: niedrig). Unvergessliche Erlebnisse bot dieser „Bunte Bazar“, der in der „UZ“ wie auch im „Pflasterstrand“ gleichermaßen auf Wohlgefallen stieß, für die Vertreter des Aktionsbündnisses, die dort die verabredeten 10% zur Deckung der Festivalkosten kammieren wollten. Immer wieder als „Schwein“ oder „Faschist“(!) beschimpft waren sie bald und wirksam außer Gefecht gesetzt. Die wenigen aufrechten Linken, die so deppert waren, ihre Zahlen korrekt anzugeben, zahlten also für alle übrigen mit. So läuft es jedenfalls ganz bestimmt nicht noch einmal!

Der Verlauf des Samstags ist schnell erzählt. Kilometerlange Autoschlangen stauten sich bereits gegen mittag vor dem Rebstockgelände. Die Zahl der Festivalbesucher war mit rund 50.000 die gleiche wie 79 geblieben. Bei brütender Hitze nahm das Ganze den Charakter eines Massen-Sonnenbades an. Aber: Der Jazz-Rock von „Checkpoint Charly“, „Munju“ und einer Sessionband, den den Nachmittag bestritten, wirkte recht abgründig. Die Anti-Straßbekenntnisse, die sich ständig wiederholten, trafen auf so hundertprozentige Übereinstimmung, daß die Leute eher teilnahmslos und schlaf reagierten. Einzig den Hanauer Gruppe „Müll“ sorgte für Aufregung, als sie überraschend mit Rudolf Raabe auf die Bühne trat, der dort öffentlich ankündigte, daß er sich der Polizei stellen werde. Immerhin ein Positivum des Festivals: Die Öffentlichkeit, die auf diese Weise hergestellt wurde, mag dazu beigetragen haben, daß der Haftbefehl gegen Raabe zunächst außer Vollzug gesetzt wurde. Der Zusammenhalt des Aktionsbündnisses wurde durch diesen Auftritt noch nicht gefährdet. Diejenigen Gruppen, denen diese Art von Solidarität gegen den Strich geht, zogen es vor, stillschweigend darüber hinwegzugehen: Für die „UZ“ hat Rudolf Raabe bei Rock gegen rechts „nicht stattgefunden“.

Als jedoch am Sonntag morgen vorwiegend von Anarchos und Spontis ein Haus im traditionsreichen Frankfurter Westend besetzt wurde, brachte dies die Widersprüche zum Tanzen. Allzu glatt war bis dahin das Festival verlaufen. Was eigentlich die selbstverständliche Sache hätte gewesen sein müssen, wurde von den Falken und der SDAJ zum Problem Nr. 1 für dieses Festival hochstilisiert: Die Hausbesetzer aus Mikrofon zu lassen, um über das zu informieren, was sich in ein bis zwei Kilometer Entfernung vom Rebstock aktuell abspielte. Bürokratisch pochten die beiden Vertreter dieser Organisationen in der Festivalleitung auf die Einhaltung eines Beschlusses, den das Aktionsbündnis mit ganz anderer Stoßrichtung zuvor gefaßt hatte: keine „politischen Reden“ zuzulassen in dem Sinne, daß dort nicht die Parteiprogramme von DKP bis TLD vorgetragen werden. Dieser Beschluß, der mittlerweile allgemein als Fehler angesehen wird, hatte auf Antrag der Grünen eine Mehrheit erhalten. Da eine Einigung über eine wie immer geartete „politische Moderation“ nicht möglich war, sollten die vorhandenen gegensätzlichen Positionen per Stillhalteabkommen zum Schweigen verdonnert werden.

Für die Vertreter der Falken und der SDAJ war die Berufung auf

handenen gegensätzlichen Positionen per Stillhalteabkommen zum Schweigen verdonnert werden. Für die Vertreter der Falken und der SDAJ war die Berufung auf diesen Beschluß freilich nur Vorwand für ihre totale Feindschaft gegenüber Hausbesetzungen. Insbesondere der Vertreter der Falken gab sich in den hektischen Debatten hinter der Bühne ganz als Sachwalter der offiziellen SPD-Politik: Hausbesetzungen seien eine „völlig verfehlte Politik“, eine „Strategie der Gewalt“, die „von den Kollegen in den Betrieben nicht mitgetragen“ werden könne; sie schaden nur dem Kampf gegen die Wohnraumzerstörung, und überhaupt sei den Hausbesetzern ein „berechtigtes Anliegen“ abzusprechen. Gerade für Frankfurt ist es wichtig, diese Aussagen von einem Vertreter des „linken“ SPD-Flügels („stamokap“) in vollem Umfang zur Kenntnis zu nehmen: Zeigen sie doch, daß sich die SPD für den Fall eines Sieges bei den nächsten Kommunalwahlen nicht anders verhalten würde als zu Arnolds Zeiten.

Dabei ging es aktuell nicht einmal darum, die volle Unterstützung von

DKP-Ordner langen wieder zu!

Frankfurt, 29.6. Wenig überzeugend wirkt die von der DKP in letzter Zeit zur Schau getragene „Offenheit“ und „Diskussionsbereitschaft“ gegenüber anderen Linken. Als fünf Frankfurter KB-Mitglieder eine in einem DKP-Flugblatt zum „Großen Ratschlag“ des SB's ausgesprochene „herzliche Einladung“ zu einem Besuch bei den parallel stattfindenden „Zeittagen“ dieser Partei ernstnahmen und dort erschienen, wurde ihr kleiner Stand sofort mit roher Gewalt abgeräumt. 30 (!) primitive Schlagtypen taten wieder einmal ihr Werk. Ein Tapetiermesser ging zu Bruch, zahlreiche Zeitungen und Broschüren wurden „unschädlich“ gemacht. Zum Vergleich: Bei Rock gegen Rechts war auch beim SB-Ratschlag was es der DKP in äußerst großzügiger Weise gestattet worden, Stände zu errichten.

Rock gegen rechts für die Politik der Hausbesetzungen zu erklären, sondern lediglich darum, einer Gruppe R e d e r e c h t zu gewähren, die unmittelbar von einer Polizeireaktion bedroht war. Doch diese minimale Geste von Solidarität war für Sozialdemokraten wie auch die DKP-Jugend zuviel. Nachdem gegen mittag behelfsweise „Pimpanella Paprika“ die Erklärungen der Hausbesetzer vorgetragen hatte, fanden sich anderthalb Stunden später 50 bis 80 Leute am Bühnenaufgang ein, um mit „Basisdruck“ den Hausbesetzern zu ihrem Recht zu verhelfen. Mehrere Beiträge - zur Hausbesetzung, zur Kritik am Festival und zu Gorbien - wurden gefordert. „Schröders Roadshow“ solidarisierte sich, KB- und AStA-Leute überredeten die Protestierenden, auf eine „Bühnenbesetzung“ zu verzichten. Man einigte sich darauf, daß vier Leute unzensuriert die Kritik vortragen sollten. Als die besagten Vier jedoch am Bühnenaufgang festgehalten wurden und sich die letzten Stufen bis zur Bühne durchschlagen mußten, war das Chaos perfekt. Falken und SDAJ hatten in der Zwischenzeit „Ihre Leute“ unter die Ordner lanciert, um den Konflikt auf die von ihnen gewohnte Weise zu „lösen“. Nun zeigte sich aber doch der Unterschied zu einem „UZ-Presefest“ oder einem „SDAJ-Sommerlager“. Die Mehrheit der Ordner war nicht bereit, solche Methoden mitzumachen und wohnte Weise zu „lösen“. Nun zeigte sich aber doch der Unterschied zu einem „UZ-Presefest“ oder einem „SDAJ-Sommerlager“. Die Mehrheit der Ordner war nicht bereit, solche Praktiken mitzumachen, und Schröders Roadshow weigerte sich solange zu spielen, bis nicht jeder sein Anliegen vortragen könne. Eine längere Aussprache wirkte befreiend, und traf, wie der Beifall zeigte, auf Zustimmung bei den Festivalteilnehmern. Von der Indianerkommune bis zu Cohn-Bendit erhielt jeder das Wort; Sinniges (Kritik am Bürokratismus und am Versuch, die Widersprüche zu vertuschen) konnte ebenso ungestört verkündet werden wie Unsinniges (Cohn-Bendit: „Jede Massenbewegung trägt den Keim des Faschismus in sich“). Zum Teil verkniffen, ja habergefüllte Gesichter bei der SDAJ, denen dieses „Chaos“ zu tiefst zuwider war, aber - auch das muß gesagt werden - nicht alle Mitglieder dieses Verbands reagierten so.

Anschließend bedurfte es keiner Ordner mehr, um die Bühne zu „sichern“ - jedenfalls bis zum späten Abend, als der Punk seine Präsenz

Fortsetzung nächste Seite



Antifaschisten schließen den Nazi-Laden in Frankfurt

Zumindest für einige Wochen dürfte die von der „Antifaschistischen Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen in Bornheim“ gestellte Forderung nach Schließung dieser NSDAP-Absteige erfüllt sein: Am 16. Juni, durchaus passend zu den dezentralen Aktivitäten von Rock gegen Rechts an diesem schönen Frühsommertag, stürmten etwa 15 beherzte Antifaschisten den Laden, verschafften dem Grundgesetz auf ihre Weise Geltung auch im Nazi-freundlichen Frankfurt und verpöbten einem 38 Jahre alten Angehörigen des NSDAP-Büros, der glaubte, sich wehren zu müssen, „ein blaues Auge, das ambulanter Behandlung im Krankenhaus bedurfte“ („FR“, 18.6.). Hernach sah es im und um den Laden aus, als sei der mythologische Vorfahre seines Betreibers Platzdachs, der altgermanische Kriegsgott Wotan, in heiligem Zorn hindurchgefahren (Wer weiß!). Die Auslagen fanden sich mit dem Schaufensterscheibe im Rinnstein wieder und das nach Germanenart robust gebaute Inventar war wohl doch nicht aus Kruppstahl gefertigt. Nach dieser ebenso schnell wie erfolgreich abgeschlossenen antifaschistischen Aktion blieb der Polizei für ihre Ermittlungen als Zeuge nur der 38-jährige „Angestellte“ des Ladens. Ob der aber auf dem einen Auge viel gesehen hat, ist zweifelhaft, da die Antifaschisten sich vornehmlich mit Helmen und Tüchern getarnt hatten. Dagegen dürfte die sicher nicht unerhebliche Schwellung am rechten Auge des „Angestellten“ kaum dessen verblüffende Ähnlichkeit mit einem der (damals der Poli-

zei entkommenen) „VSB“-Schläger vom 12. Januar verdeckt haben. Und falls doch: Die Broschüre der Bürgerinitiative zeigt ihn auf der Titelseite mit Stahlhelm und in einem Video-Film der BI ist deutlich zu sehen, wie er zusammen mit dem Oberschläger Frank Schubert auf eine unbeteiligte Passantin eintritt. In Frankfurter antifaschistischen Kreisen war die Freude über die Aktion klammheimlich bis offen. Und nicht einmal die CDU glaubte die Stunde für gekommen, Hetze gegen linke „Terrorakte“ betreiben zu können. Allein die Bürgerinitiative meinte, sich gebührend von der Aktion absetzen zu müssen: In einer Pressekommunikation legte sie großen Wert auf die Feststellung, „daß ihre Mitglieder nicht identisch sind mit den Akteuren des gestrigen Anschlages“ („FR“, 18.6.). Nur, niemand hatte etwas Gegenteiliges behauptet und auch hätte die politische Zusammenfassung der BI kaum eine solche Aktion ermöglicht. Offenbar hatte sich bei der Formulierung der Pressekommunikation der penetrante Distanzierungswille einiger Freunde des „real existierenden Sozialismus“ durchgesetzt. Der BI stünde es gut zu Gesicht, offen auszusprechen, daß eine Schließung der Nazi-Ladens auch dann ihren Zielen entspricht, wenn sie durch antifaschistische „Dienststellen“ erfolgt, die mit anderen Mitteln vorgehen als die BI selber. Wenn das eine gut ist, muß das andere doch nicht schlecht sein. In diesem Sinne wünscht der BI in Zukunft mehr Selbstvertrauen die

KB-Gruppe Ffm

Der große Fortschritt: DGB und Kirchen bekennen sich zum Antifaschismus

Am 17. Juni veranstaltete der DGB gemeinsam mit der Evangelischen und Katholischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde und dem Stadtjugendring eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg: „Demokratie verpflichtet zu Frieden, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Solidarität“. Es kamen 20 000, 15 000 davon trafen allerdings etwas verspätet ein: Sie waren auf Sternmärschen des Aktionsbündnisses Rock gegen Rechts aus Frankfurter Stadtteilen zum Römerberg marschiert. Als die „FR“ jedoch schrieb, drei Viertel der Teilnehmer seien von Rock gegen Rechts gestellt worden, handelte es sich um einen schiefen Leserbrief aus dem DGB-Hausein. Auch im Werra-Meißner-Kreis rief der DGB – parallel zur Anti-NPD-Aktion in (bzw. vor) Philippsthal – zu einer antifaschistischen Veranstaltung in Sontra auf. Einige hundert Menschen fanden sich dort ein. Bis auf etwa hundert „richtige Kollegen“ waren es Jungs, DKP/SDAJ/VVN und der KBW, die sich dort versammelten (zum Vergleich: Die Teilnehmerzahl des Rock gegen Rechts-Konzerts nach Philippsthal ist einigermaßen schwer zu schätzen; 5000 bis 6000 brachen am frühen Morgen gemeinsam aus Eschwege auf – ca. 2000 Antifaschisten trafen zusätzlich zu diesen, aus allen möglichen Orten kommend, an den Straßenperren ein).

Die Veranstaltungen des DGB, besonders die Frankfurter, haben in vielen linken Blättern eine begeisterte Resonanz gefunden. Dabei wird ganz übersehen, daß den Nazis ihre dies-Reaktion gefunden. Dabei wird ganz übersehen, daß den Nazis ihre dies-jährige Niederlage keineswegs auf dem Römerberg zugefügt wurde.

Die „UZ“ der DKP verkündete bereits am 9.6., die Frankfurter Veranstaltung werde zum „Höhepunkt“ antifaschistischer Aktivitäten am 17. Juni werden. Die ungeduldige Vorfreude trübte dem Verfasser (Rudi Maurer, Frankfurter DKP-Kreisvorsitzender) den Blick für die Vergangenheit: Bereits im vergangenen Jahr habe sich der DGB „an die Spitze (1) dieser Bewegung zur Verteidigung der Demokratie“ gesetzt. Mehrfach wiederholte die „UZ“ die Versicherung, daß von solchen Veranstaltungen „eine solche Kraft“ ausgehe, „daß sich die Neonazis nirgends mehr an die Öffentlichkeit trauben“.

Nach dem 17.6. fand sich die „UZ“ bestätigt. Die allzu breite Berichterstattung über die Römerberg-Veranstaltung wollen wir den AK-Lesern ersparen; sie schweigt geradezu in Begriffen wie „machtvoll“, „entschlossen“, „einig“. Interessant sind jedoch die begrifflichen Schöpfungen, mit denen die „UZ“ die Verhinderung des Nazi-Treffens in Philippsthal umschreibt. Demnach haben „die Aktionen tausender Antifaschisten aus Nordhessen auch dort eine Atmosphäre geschaffen, die es der neonazistischen NPD unmöglich gemacht hat, ihre Hetzkundgebungen (?) „durchzuführen“ („UZ“, 19.6.). Konkret erwähnt wird im folgenden nur eine Aktion, die DGB-Kundgebung in Sontra, deren Teilnehmerzahl mit „1500 Bürgern“ auch gleich etwas „machtvoller“ gestaltet wird. Antifaschistische „Atmosphäre“ verhindert NPD-Treffen... – was es alles gibt! Im übrigen erwähnt die „UZ“ ebenso wie die „tat“ an keiner Stelle, daß Gruppen wie der KB, die GIM oder die Spontis an den Aktionen (ob in Frankfurt oder Eschwege) beteiligt waren.

Daß Jungs, Jungs, Falken, Grüne u.a. kaum anders als die DKP agierten, ist nicht weiter überraschend. Erstaunlich ist jedoch, daß sich auch der KBW und die KPD/ML in die Streitmacht der „gewerkschaftlich orientierten Linken“ einreihen. Vor lauter Euphorie über das antifaschistische DGB-Engagement in Frankfurt vergaßen „KVZ“ und „Roter Morgen“ ganz und gar, die in Nordhessen geplanten antifaschistischen Aktivitäten anzukündigen. Belde haben offenbar auch schon mal bessere Zeiten gesehen! Die „KVZ“ (19.5) bescheinigte dem DGB Standhaftigkeit gegenüber den Bedrängnissen der CDU und die Kapitalistenverbände und sorgte sich ansonsten darum, daß es auch Lösungen gegen die „Aggressionskriege der Sowjetunion“ am 17.6. geben müsse. Als sich der DGB auf Druck der CDU von Rock gegen Rechts distanzierte, aber großzügigerweise hinzufügte, er sehe sich außerstande irgendjemandem die Teilnahme an seinen Veranstaltungen zu verweigern (!), kommentierte die „KVZ“ kurz und bündig: „Damit kann man leben“ (Aug. v. 16.6.). In demselben Artikel – also einen Tag vor dem 17.6. – erweckt die „KVZ“ immer noch den fatalen Eindruck, als käme die NPD eventuell doch noch nach Frankfurt – eine Methode, mit der auch die anderen Unterstützer der Römerberg-Veranstaltung in letzter Sekunde noch versuchten, Antifaschisten von der Fahrt nach Nordhessen abzuhalten (so erschien beispielsweise die Abendausgabe der „FR“ am 16.6. mit der dicken Schlagzeile: „Gericht: NPD darf in Frankfurt demonstrieren“).

Mißt man die Römerberg-Veranstaltung am grauen Alltag des Modell-Deutschlands, so sticht sie in der Tat als beachtliches Novum hervor. Immerhin hatte Wallmann noch vor einem Jahr eine DGB-Veranstaltung zum gleichen Anlaß verboten, was er sich 1980 nicht leisten konnte. Immerhin sehen auch wir Gewerkschaften und Kirchen lieber auf antifaschistischen Kundgebungen denn auf solchen „zur deutschen Einheit“. Doch reicht das aus, um in gänzlich unkritischen Jubel zu verfallen?

DGB und Stadtjugendring wissen erfolgreich das Ansinnen der CDU zurück, „die Parteien“ oder „die Stadt“ an der Veranstaltung zu beteiligen. Aber schon bei der Forderung, dann wenigstens die „Vereinigung heimischer Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände (VHAW)“ mitmachen zu lassen, scheint man sich nicht mehr ganz einig gewesen zu sein. So berichtet die „Neue Presse“ (18.6.), der Frankfurter DGB-Vorsitzende Kleewetter habe einer „Beteiligung der Wirtschaft“ anfänglich „positiv gegenübergestanden“. Dann hätten sich jedoch die IG Druck, die Postgewerkschaft und die GEW mit der Auffassung durchgesetzt, die Haltung der Kapitalisten zur Aussparungsfrage verbiete derzeit eine Zusammenarbeit. Der DGB widersprach dieser Meinung nicht – obwohl er sonst mit dem Demonstrieren ja nicht sehr zaghaft ist (s.o.). Jedenfalls macht sich die VHAW Hoffnung für zukünftige derartige Anlässe. Doch auch ohne die VHAW mobilisierte das Römerberg-Bündnis mit schwarz-rot-goldenen Plakaten für seine Veranstaltung... Gegenüber der Katholischen Kirche übrigens nahmen es DGB und Stadtjugendring nicht so genau: Deren Haltung zur Abtrei-

bung war kein Hindernis für das Bündnis. So war es eine glatte Provokation, als die Sprecherin des „ZKA der Deutschen Katholiken“, Frau Barbara Krause-Schmid-Egger, unter den Pfiffen der Zuhörer, „den Schutz des ungeborenen Lebens“ propagierte und gegen Abtreibungen hetzte.

Das Unternehmen Römerberg bekam einen besonders unangenehmen Beigeschmack, als die Veranstalter – allen voran Kleewetter – ausdrücklich davor warnen, dorthin zu demonstrieren, wo die NPD ihre Veranstaltungen abhalte. Wer dies tue, suche nur die Konfrontation mit der Polizei.

Noch drastischer äußerte sich in Nordhessen der DGB-Vorsitzende des Werra-Meißner-Kreises, Theo Eichenberg. Er befürchtete „ein zweites Bremen“, weil „nach seinen Informationen zahlreiche Linkswildkale aus allen Teilen des Bundesgebietes in den Raum Eschwege kommen wollen“ („Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“, 3.6.). Aus diesen Gründen lehnte der DGB eine Zusammenarbeit mit Rock gegen Rechts ab. Wenige Worte sagen in diesem Fall sehr viel über die Haltung dieser „Kollegen“ aus:

1. Der DGB akzeptiert, daß Nazi-Treffen von der Polizei geschätzt werden.
2. Wer das nicht akzeptiert, sucht die Konfrontation mit der Polizei – ist mithin „Gewalttäter“.
3. „Gewalt“ und „Unruhe“ seien von den „Linkswildkale“ zu befechten. „Linkswildkale“ zu befechten, (anscheinend) nicht von der NPD.

Was speziell Kleewetter angeht, so liegt in seinen Aussagen nicht nur eine allgemeine Distanzierung von RGR, sondern auch konkret von denjenigen Demonstranten, die im Vorjahr Wallmanns Demonstrationsverbot durchbrachen und schließlich auch dem DGB eine Kundgebung bei RGR auf dem Rebstock ermöglichen.

1979 hatte der DGB einen ganz anderen Schritt zu weit getan, ein modicum ziviler Solidartät geübt. Dafür war er prompt mit dem Hammer des Verbots bestraft worden. In diesem Jahr hielt er sich sehr präzise an die Spielregeln dieses Staates. Welche Partei dies mit sanftem Nachdruck erreicht haben dürfte, ist klar: Die selbe, die auch in diesem Jahr – für den Polizei- und BGS-Einsatz in Philippsthal verantwortlich – durchaus entschlossen war, den Nazi-Aufmarsch stattfinden zu lassen. In diesem Sinne fügen sich die gewerkschaftlichen Appelle, keinen Versuch zur Verhinderung des „Deutschlandtreffens“ zu machen, nahtlos in die sozialdemokratische Regie ein, die ihrerseits elegant im Hintergrund blieb. Jedoch: Der Plan war gut, nur er klappte nicht.

Hätte die Römerberg-Veranstaltung tatsächlich ein Spektrum von Teilnehmern erreicht, das demjenigen der Veranstalter entspricht – also im wesentlichen bürgerliche Kräfte – dann wären wir sicherlich die Letzten, die diesen Versuch tadeln würden. Keinen Fortschritt können wir allerdings darin erkennen, einem zu über 90 % linken Publikum lauwarmer antifaschistischer Sonntagsreden vorzuführen. Für die eigenen Leute hätte Rock gegen Rechts sicher selber passendere Worte finden können.

KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von Seite 5

mit einer Bühnenbesetzung untermalt. Aufgefordert von der Gruppe „Hansaplast“, ohne daß es dazu einen konkreten Anlaß gegeben hätte, kletterten an die hundert Punks in z.T. akrobatischen Aktionen von vorne auf die Bühne. Diese freilich hielt die Belastung kaum aus, und der Aufbau der light-show fing an, bedrohlich zu schwanken. Daß „Hansaplast“ dann erklärte, nun sei es aber zuviel, und sie würden nicht weiterspielen, bevor die Punks nicht wieder runter seien, machte die Situation auch nicht einfacher. Diesmal waren es die „Charge“-Leute, die mit den Punks redeten und die Situation retteten – ein ziemlich solidarischer Akt gegenüber RGR, wenn man bedenkt, daß „Charge“-Mitglieder am selben Nachmittag ebenfalls „Ordnungsgewalt“ zu spüren bekommen hatten... Auch diese abschließende Szene wurde im Aktionsbündnis Rock gegen Rechts durchaus unterschiedlich verarbeitet. Die einen wunderten sich über unsere Unfähigkeit, auf die Punks einzugehen, und wußten immerhin von einzelnen Gesprächen zu berichten, wo man mit diesen reden konnte (offenbar sind es tatsächlich Angehörige der Gattung Mensch!). Für die anderen ist Punk „schwarzer Block“, Hausbesetzer usw. doch mehr oder weniger ein und dasselbe Schreckgespenst für linke Politik (bemerkenswerter Weise gerade für diejenigen, die sich die Zusammenarbeit mit „Wertkonservativen“ zur Lebensaufgabe gemacht haben).

Uns als KBlern wird man kaum widersprechen können, wenn wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir gemeinsam mit anderen dieses Festival gerade in den kritischen Situationen „gerettet“ haben. Hätten nicht KB-ler(innen) wechselweise wütende SDAJler oder empörte Hausbesetzer von der letzten Konsequenz abgehalten, wäre eine Massenschlägerei durchaus drin gewesen. Doch wozu? Organisiert man ein solches Festival, um nachher alle Hände damit zu tun zu haben, das „Schlimmste zu verhindern“? Unser erklärtes Ziel war es gewesen, auch in diesem Jahr das „Deutschlandtreffen“ der NPD zu verhindern. Dieses Ziel wurde erreicht, aber der Beitrag des Frankfurter RGR-Festivals dazu war – gemessen an dem Aufwand – zu gering. Zwar gab es eine Ankündigung der in Eschwege und Philippsthal geplanten Aktivitäten an den beiden darauffolgenden Tagen; zwar verteilte der KB am Sonntag ein Flugblatt (Auflage: 20 000), in dem – im Gegensatz etwa zur „FR“ – eine goldrichtige Einschätzung gegeben wurde (daß die Verwaltungsgerichte der NPD ihr „Deutschlandtreffen“ in Nordhessen genehmigen würden, und daß man dies gleichwohl verhindern könne, „wenn wir genügend Leute sind und klug handeln“). Die

laufenden Konflikte auf dem Rebstock drängten dies jedoch in den Hintergrund und wirkten sich eher demobilisierend aus. Dennoch: Eine Rock gegen Rechts-Veranstaltung hat sicher auch ohne direkten Bezug zur antifaschistischen Aktion ihren Stellenwert. Zweifelloser war die Masse der versammelten Leute eine eindrucksvolle Manifestation; zweifellos beeinflusste dies auch den Verlauf der folgenden Tage. Aber die Festivalteilnehmer mußten doch den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß es bei Rock gegen Rechts ebenfalls handfeste Rechte Praktiken gibt, was der Glaubwürdigkeit der Bewegung einen schweren Schlag versetzt hat. Sozialdemokraten und DKPler haben es diesmal noch nicht geschafft, dem Festival ihren Stempel aufzudrücken und „Störungen“ durch „chaotische“ oder gar „soziale“ Elemente auf administrative Weise zu unterbinden. Aber sie stehen mit großem personellen und materiellen Einsatz bereit, um Rock gegen Rechts unter ihre Kontrolle zu bringen und in eine harmlose, staatlloyale Reformbewegung zu verwandeln. Rock gegen Rechts steht an einem Wendepunkt. In Frankfurt denkt der linke Flügel des Aktionsbündnisses nicht daran, eine derartige Entwicklung als radikales Feigenblatt abzudecken. Das Minimum, was von den Falken und der SDAJ erwartet wird, ist, daß sie die von der Mehrheit der Festivalleitung am Sonntagabend vorgetragene Selbstkritik übernehmen und zusehern, daß politische Konflikte zukünftig nicht bürokratisch und schon gar nicht gewalttätig „gelöst“ werden. Sonst fliegt das „breite Bündnis“ auseinander, und keiner soll ihm eine Träne nachweinen.

KB/Gruppe Frankfurt

DDR-Schweigen zu Rock gegen Rechts

Gar nichts bekamen die Fernsehschauer in der DDR von dem Rock gegen Rechts-Konzert in Frankfurt mit. Weder wurde das Konzert überhaupt erwähnt, noch kam man auf die Idee, etwa Teile des Konzerts als Live-Mitschnitt zu senden. Stattdessen berichtete die „aktuelle Kamera“ („Tagesschau“ der DDR) am 14. 6. recht ausführlich über ein Konzert des (DKP-nahen) Antimperialistischen Solidaritätskomitees in Düsseldorf zur Solidarität mit dem ANC Südafrika. Und statt Rock gegen Rechts bekamen die DDR-Zuschauer am Samstagabend die Sendung „Ein Kessel Buntes“ serviert, in der sich allerlei mehr oder weniger abgetakelte Schlagerstars aus Ost und West dem Publikum präsentierten...

RGW-Kommission



»Theater« bei Rock gegen Rechts

Frankfurt. Eigentlich sollte dieser Bericht ein ganz anderer werden - eigentlich sollte an dieser Stelle nur noch einmal inhaltlich auf das Theaterprogramm während RgR vom 14.6. bis 17.6.80 eingegangen werden. Eigentlich hätten die Theatermacher, sprich „Initiative Freiheit der Theaterarbeit IFTA“, mehr Solidarität und weniger „Theater“ von einigen Mitgliedern des Frankfurter Aktionsbündnisses erwartet - jedoch: dies scheint so manchen politischen Vorstellungshorizont überlegen zu haben. Daran zu erinnern, daß Theater sehr politisch und eine weitere Variante zur Vermittlung politischer Inhalte sein kann, hätte sich an dieser Stelle erübrigen sollen, zu ramponiert und abgegriffen ist dieses Thema, ob Theater politisch ist und es sein darf.

Daß Theater bei RgR mehr sein sollte als der Griff in das Schminktöpfchen des politischen Alibis war von der IFTA vorprogrammiert und gewollt. Hier sollte nicht der alternative Jahrmarkt um eine weitere Attraktion interessanter, um einen politisch motivierbaren Farblecker bereichert werden, sondern es waren vielmehr andere Überlegungen Anstoß zu einer Beteiligung der IFTA an RgR.

Entstanden ist die IFTA am 17.6.1977 in Wiesbaden aus der sich zuspitzenden Situation im Kulturrektor, insbesondere wegen der sich häufenden Repressionen, Reglementierungen und Zensuren im Theaterbereich.

Der Kampf gegen derartige Maßnahmen ist ein legitimer Kampf der Theatermacher gegen den Abbau demokratischer Rechte und muß mit anderen gegen Repression und politische Unterdrückung kämpfenden Organisationen und Personen gemeinsam geführt werden. Das RgR-Bündnis bot ein breites Spektrum politisch aktiver Organisationen und Personen an, zu dem die IFTA von ihrem Verständnis her nur ja sagen konnte. Das war der eine Beweggrund. Der andere war, daß immer mehr freie Theatergruppen auf vielfältige Weise daran gehindert werden, ihre Programme einem Publikum vorzustellen, passen diese doch zu einem sehr hohen Prozentsatz nicht in das Konzept des herrschenden Kulturbetriebes. RgR bot eine Möglichkeit, sich einem breiten Publikum zu stellen und über den reinen Kulturgenußcharakter hinaus mit diesem Publikum ins Gespräch zu kommen.

RgR konnte für die Theatermacher nicht bedeuten, nur die Stimme gegen die Nazis und Strauß zu erheben, sondern RgR sollte ein Podium gegen politische Unterdrückung und Repression, gegen Diskriminierung und geforderte Leibesretter von Minderheiten sein. Darum war die IFTA bemüht und hat ein entsprechendes Programm gestaltet. Für Kinder, die bei vielen linken und alternativen Festen zwar in grosser Anzahl anzutreffen sind, doch denen man in seltenen Fällen ein „kindergemäßes“ Kulturprogramm anbietet, spielten das KLAPPMAUL-THEATER und die BAUSTELLE/mobiles Kinder- und Jugendtheater Stücke wie „Ich such und... Wie schämt man einen Drachen?“ im Theaterzelt auf dem Rebstock. Gezeigt wurde, wie von den Erwachsenen eingetragene Vorurteile abgebaut und wie dies zu einem größeren Verständnis füreinander führen kann; wie schlimm es für den einzelnen werden kann, wenn jeder gegen jeden kämpft, anstatt sich gegen einen Unterdrücker gemeinsam zu wehren.

Begeisterung und spontaner Mitwirkung der Kinder zeigten die Aktualität dieser Stücke. Man kann begreifen, warum die hiesigen Kulturbereiche Feuer spucken, wenn das SOG 2/ Kinder- und Jugendtheater im JUZ Gallus „Was heißt hier Liebe?“ spielt und damit die Diskussion um dieses Stück erobert entfacht wird. Die „TÜRKISCHE FOLKLOREGRUPPE“ und das Schwalbentheater „ROSA LÜSTE“ fanden nicht zuletzt auch deshalb Einzug in das Theaterprogramm, da Minderheiten zunehmend größer werdenden Repressionen ausgesetzt sind. „Fünf Jahre nach Beendigung des 3. Reiches war die Schonzeit für Minderheiten in dieser Republik beendet, fünf Jahre waren für dieses Volk genug der Scham, die Schonzeit war zu Ende, die Jagd wurde wieder eröffnet und ardet heute mehr und mehr zu einer Treibjagd einer blutrünstigen und blindwütigen Meute aus.“ Dieser Äußerung eines vom Südfunk Stuttgart befragten Sinti wollen wir nicht mehr hinzufügen als soviel:



Der politische Kampf kann nicht vor

Der politische Kampf kann nicht vor gesetzten moralischen und ethischen Grenzen Halt machen. Da wegen eines in „letzter Sekunde“ durch einen städtischen Boten überbrachten Verbotes im JUZ Höchst keine Theaterveranstaltung abgehalten werden durfte, mußte die NACHTSCHICHT-THEATERROCKGRUPPE ihr Stück „Was' hier los? - Müll 80“ in der Puppille spielen - eine der vielen Improvisationen, mit denen man diese „Verbote“ umging. Dieses von CDU-Dezernent Trageser ausgesprochene Verbot hat den Müll 80 nur um eine weitere Eskapade der Christdemokraten vergrößert. Daß das Programm der Nachtschichtleute bei der CDU nicht Halt machte, sondern die Widersprüche und schon hinreichend bekannten politischen Bocksprünge der DKP ebenso aufs Korn nahm wie das Larifari der Jusos oder die paradiesischen Sozialismus-Vorstellungen so mancher Linken anprangerte, machte diese Vorstellung zu einer aktuellen Geschichtsstunde.

Einhard Klucke, der „CLOWN GEGEN RECHTS“, wie er sich nennt, reizte mit seinen kabarettistischen Einlagen nicht nur die Geistes- und Bauchmuskeln seiner Zuschauer, sondern forderte spontane Reaktionen und Diskussionen beim Publikum heraus. Vergleiche der Wahlprogramme mit der Fernsehwerbung einschlägiger Konsumgüter waren nicht Zufall, sondern beobachtete Stiche in das Publikum, was auch von diesem aufgenommen wurde und zu einer inhaltlichen Diskussion über RgR führte. Einhardt war auch spontan am 15.6. im Theaterzelt auf dem Rebstock aufgetreten - ebenso wie eine Schülertheatergruppe aus Wilhelmshaven, die mit ihrem Stück „Schneewittchen - oder immer noch werden Hexen verbrannt“ aufzeigten, wie von Justiz und Presse der Terroristinnen-Schreck aufgebaut wird. Ebenfalls im Theaterzelt trat Martina als „EIN FRAU THEATER“ aus dem Publikum auf die Bühne, um mit wenigen Mitteln, dafür aber einer sehr einprägsamen Gestik die „Rolle Frau“ vorzuspielen. All dies belegte das gegenseitige Bedürfnis von Theatermachern und Publikum, sich miteinander zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

„ASSEMBLE MUSICALE THEATRALE“, eine Theatergruppe aus Genes, die eigene aus Solidarität für RgR nach Frankfurt reiste, trat gleich dreimal für RgR in Ffm auf und konnte bei jeder Vorstellung mit ihrem Programm das Publikum zu Begeisterungstürmen herausfordern. Scheinbare Banalitäten des täglichen Lebens wurden zu einer Kette politischer Aussagen, zeigten, daß nicht nur Wahlprogramme die Politik bestimmen, sondern daß der Umgang untereinander schon konkreter, politischer Alltag ist.

Die erste Fahrrad Bühne entwickelte das „MOBILE EINSATZ THEATER ESSEN“ und spielte darauf und davor „Der Dre-Dre“ mit Musik, Masken, Puppen und Menschen. Daß das Stück quasi bei RgR seine Premiere feierte, kann die Solidarität des Mobilen Einsatztheaters mit RgR nur hervorheben und fand auch bei



den Zuschauern Beachtung und Anerkennung. Es wäre müßig, hier nun bemüht zu sein, eine gängige Theaterkritik herunterzuschreiben zu wollen, zumal ich mich nicht hierzu berufen fühle. Beachtung sollte die Bereitschaft aller Theatermacher in gleichem Maße finden, sich an RgR zu beteiligen und dafür auch einige kreative Auftrittsangebote eingeschlagen zu haben. Es kann nicht darum gehen, das Gute ins Töpfchen und das weniger Gute ins Kröpfchen zu werfen, gut war die Solidarität, und wichtig war die politische Aussage und Stellungnahme der Theaterleute. Daß „ERICH SCHAFFNER“ ebenso dazu beitrug wie „CAPTAIN SPERRMÜLL“ mit ihren Programmen, sollte als weitere Aussagen bewertet werden, ohne daß man eine ewige Laudatio hierüber abhält.

Freie Theatergruppen sind unmittelbar politischen und ökonomischen Repressionen ausgesetzt, und das Politiker die im Grundgesetz verankerte „Freiheit der Kunst“ in ihrem Sinne interpretieren, ist ein bekannter Hül nicht nur unter den Theatermachern. Erstausen muß es jedoch, mit welcher Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit einige Mitgliederorganisationen des RgR-Bündnisses dem Theaterprogramm Beachtung schenkten. So fand in der endgültigen RgR-Konzeption der SDAJ das Theaterprogramm nicht eine Silbe Beachtung, obwohl doch die „Jungen Pioniere“ parallel zum Kindertheater ein Kinderfest veranstalten wollten (was dann allerdings fünf Minuten vor Beginn des Festivals aus „personellen

Die alten Leiden des Mathias Beltz...

In seiner Rubrik „Jedem seine Chance“ stellte die allseits geschätzte theoretische Freizeitschrift „Pflasterstrand“ in ihrer 82. Nummer den frankfurter Stadtphilosophen Mathias Beltz vor.

Anlaß: Rock gegen Rechts '80. Thema: „Faschismus, Antifaschismus und die geistige Auseinandersetzung mit denselben“.

Leut Selbstdarstellung hapert es bei den PS-Leuten „am richtigen Begriff von links und rechts“, weiß sie „einfach ein falsches politisches Bewußtsein“ haben.

Drum sprang ihnen M.B. zur Seite. Ist ja eigentlich alles ganz einfach, versucht man nur seinen Kopf von allen möglichen Klischees, Tabus und übrigen entstickenden Mist zu befreien. Also Freaks - denkt mal nach: Ist euch diese „antifaschistische Mode“ nicht auch schon lange ansekt? Es kommt ja noch so weit, daß der Bicker um die Ecke einen für „ne Anti-NPD-Demo agitieren will, und man nicht mehr in Ruhe seine Brötchen einkaufen kann! Man muß nur die Sachen radikal in Frage stellen. Es gibt 'ne Menge Leute, die meinen halt, vielleicht hätte man den Faschismus verhindern können, wäre man '33 mehr und konsequenter gewesen.“

Vom allgemeinen Menschenverstand her gesehen, erstmal ganz plausibel. Die Wirklichkeit ist aber komplexer und widersprüchlicher: Ist der Faschismus nicht vielmehr an die Macht gekommen, weil es zu viele Antifaschisten gab? Köpfechen muß man haben, Leute, nicht immer mit den einfachsten Erklärungen von wegen 1+1=2 abgeben! (Nobanbei gesagt: klingt zwar flott, habe ich aber von meinem Opa; der hat immer gesagt, wenn ich zu Demos wollte: „Jungs, geh nicht hin! Gegenstreite putzen sich gegenseitig hoch!“). Nun, ich kann es für die Studenten und SB-Sympis unter euch auch vornehmer ausdrücken: „Der Antifaschismus gehört zu den Konstitutionsbedingungen des Faschismus“. Aber klar!

Oder, wenn ihr's noch raffinierter serviert haben wollt: „Zu fragen wäre, in einer kritischen Theorie, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzt, welche Bedeutung die innerstaatliche Feindeserklärung gegen den Nationalsozialismus in den zwanziger Jahren für dessen Stärkung hatte.“ (Die neue philosophische Grundfrage: Was war am Anfang? Der Faschismus oder der Antifaschismus?).

Das klingt vielleicht etwas abgehoben, unvermittelt - ich will es euch klar machen, wo es euch selber betrifft. Vorweg ein Hinweis: konzentriert euch jetzt gut, denn es ist doch einigermaßen kompliziert.

Gründen“ ausfiel). Theaterplakate und Flugblätter wurden nicht mehr verteilt bzw. geklebt, weil man hierfür keine „Verantwortlichkeit“ verspürte oder einfach die „Zeit nicht mehr fand“. Bis auf zwei Ausnahmen machte in der Festivalleitung niemand die anrückende Presse auf das Theaterzelt bzw. das -programm aufmerksam, ja ein großer Teil der eingesetzten Ordner stand ratlos vor der Frage von Festivalteilnehmern, wo denn das Theaterzelt sei, geschweige denn, daß in den Publikationen der an dem Bündnis beteiligten Organisationen das Theaterprogramm nur eine Zeile Beachtung fand (so suchte man z.B. vergebens in der „TAZ“, „UZ“ und der „TAT“ nach Beiträgen über das RgR-Theaterprogramm).

Alles rannte, rettete, flüchtete sich in die Nähe und Arme der Rockmusiker, Bühne und Presse. Die Festivalleitung tanzte den Reigen des Narzissmus, so mancher wollte doch allzugern als „Mach(k)e“ anerkannt werden. Charakterliche und politische Fehleinschätzungen konnten natürlich die schon weit vorher verlorengegangenen politischen Inhalte nicht wiederbringen, alles war durchorganisiert, der bürokratische Gang nahm seinen Lauf. Wehe dem, der es wagte, vielleicht auf den dummen Gedanken zu kommen, etwas politisch Ak-

Fortsetzung nächste Seite

Wenn ihr z.B. zu so 'nem „antifaschistischen Zirkus“ wie RgR hinget, dann stärkt ihr die „innerstaatliche Feindesbildung“ (wäre sie doch zumindest außerstaatlich), das heißt, ihr macht bei der „Vereinfachung“ mit, „sich am gemeinsamen Feind widerspruchsfrei aufzurichten“ (also gegen „Rechts“, gegen „Neonazis“).

Was dabei herauspringt, habe ich auch schon weiter oben gesagt: wie schon die Geschichte bewiesen hat, wird der Faschismus um so stärker, je mehr man ihn bekämpft. Das allein wäre nicht schwer zu kapieren, es kommt aber noch was anderes hinzu:

Obendrein stärkt ihr noch die Linke, denn diese wiederum lebt davon, daß ihr gegen Rechts protestiert, bzw. besser ausgedrückt davon, daß Neonazis existieren: „Der Neonazismus muß stark sein, sonst kann die Linke sich nicht einigen. Was noch schwach ist, kann kräftig werden, wenn es ordentlich bekämpft wird“.

So ist es, Leute, und nicht anders. Wenn nichts ein K-Gruppen-Mitglied im Bett liegt, dann träumt es nicht von roten Fahnen, Kulturrevolution und den ganzen Schikaken, nein, was ein scharfsinniges, erfolgsorientiertes K-Gruppen-Mitglied sich wünscht, das sind Hakenkreuze noch und nöcher.

Eigentlich logisch, nicht? Wenn keine Ausbeuter existieren, braucht man keine Kämpfer gegen die Ausbeutung, also brauchen die Kämpfer die Ausbeutung (ich muß euch sagen: ich habe mal lauter Seminare in formaler Logik belegt, das formiert den Geist!).

Nun, was ist die Schlussfolgerung? Macht ihr was gegen die Rechten, stärkt ihr gleichzeitig zwei Übel, die Linke und die Rechten. Wenn ihr mich fragt: „Ich liebe lieber im undemokratischen Parlamentarismus, als in der demokratischen Diktatur des Sozialismus“. Aber, Kopf hoch, wir sind nicht machtlos, ihr braucht nicht traurig, wütend und betroffen zu reagieren. Denn eines gibt's noch: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Wohlgemerkt: mit, nicht über. Es ist eigentlich eine Schande, daß „die Linke“ es zugelassen hat, daß in der Bundesrepublik Bücher der Nazizeit verboten bleiben. Warum diese Zensur? „Es würde sich lohnen, den Nationalsozialismus als Ideologie und Theorie kennenzulernen“!

Also Freaks: Geht nicht zu den antifaschistischen Zirkusveranstaltungen, lost lieber „Mein Kampf“. Right on! Im übrigen bleibt es dabei: Wir stehen nicht links, wir stehen nicht rechts, wir stehen in der Mitte! Es sprach heute zu euch die Bißte der geistigen Elite Frankfurts. Verantwortlich für den Mitschnitt: E., KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von Seite 7

tuelles mitteilen zu wollen, der bekam die Beschuldigung der Organisation im Nacken zu spüren.

Rudolf Raabe ließ den Kreislauf so mancher „Mach(k)er“ auf höhere Frequenzen schnellen, und das Herr-Frequenz setzte erst wieder mit der Mitteilung Raabe's, sich in Karlsruhe stellen zu wollen, aus. Herr bei Dank, das Konzept stimmte wieder, der Brei blieb noch einmal im Topf. Mitteilungen aus Einzelnen hatte man noch einmal durch kräftiges Rühren verhindern können, doch - Scheiße - da war's passiert, die Anarchos wollten mit Unterstützung der Spontis auch etwas von dem Brei abbauen, und als man sie an den Topf nicht ranließ, machten sie das, was ein Hungernder macht, wenn er was zu essen haben will: er holt sich, was er braucht, um satt zu werden. Das nahmen ihnen einige, die genug zu essen hatten und ihren schwerfälligen Hintern zuhause im weichen Bett wärmten, sehr übel. Man ist ja für Hausbesetzung und Erachtet es auch als notwendig, aber die? Und so?

Diesmal machte es nicht Neckermann möglich, sondern „Schröders Road Show“, und so kam doch noch zur Zufriedenheit und Freude des zum linken Konsum verurteilten Publikums etwas Politisches über.

Die Festivalleitung übte in braver sozialistischer Tradition lapidare Selbstkritik, die Sonne schien dazu, und der Brei blubberte weiter gemächlich vor sich hin.

Einige der zur Leitung gehörenden hatten zwar noch Hornissen im Herzen und Bis in ihren politischen Hirnwindungen, was sie dazu hinriß, eine polemische Presseerklärung, die mit Angriffen gegen bestimmte Musiker und die Hausbesetzer nur so gespickt war, herauszugeben zu wollen. Erst als klar wurde, daß ihre Hornissen sich gegen sie selbst kehren und so manchen schmerzhaften Stich hinterlassen könnten, zogen sie flugs ihre Presseerklärung zurück.

Was hat dieses „Theater“ mit Theater zu tun?

Die da scheinbar mit den Honigschleckern der Hochkultur in Fehde liegen, verloren ihren politischen Anspruch zwischen den Grashalmen des Reibstockgeländes, waren bemüht, eine spontane Protestbewegung abzurufen und in geordnete Bahnen zu lenken, wie schon so viele alternative und linke Kulturangebote und politische Aktionen rechtzeitig „salonfähig“ gemacht wurden, um durch eine scheinbar liberale Kulturtoleranz der Sache die politische Brisanz zu nehmen.

Was hat dieses „Theater“ mit Theater zu tun?

Die da scheinbar mit den Honigschleckern der Hochkultur in Fehde liegen, verloren ihren politischen Anspruch zwischen den Grashalmen des Reibstockgeländes, waren bemüht, eine spontane Protestbewegung abzurufen und in geordnete Bahnen zu lenken, wie schon so viele alternative und linke Kulturangebote und politische Aktionen rechtzeitig „salonfähig“ gemacht wurden, um durch eine scheinbar liberale Kulturtoleranz der Sache die politische Brisanz zu nehmen.

Das waren die offenen Formen politischer Unterdrückung und Zensur. Daß dabei das Theaterprogramm eine Prise Pfeffer im linken Auge so mancher „Mach(k)er“ war, machte es doch bei der Pflichtkritik an Strauß und der CDU nicht halt, sondern waren seine Programme weiter, politischer, tiefer und historischer gefaßt, konnte an dem beherrschenden Versprechen des Theaterprogramms abgelesen werden.

Eine Zensur findet nicht statt, die überläßt man der bürgerlichen Seite und deren Institutionen. Man verschweigt einfach einen Zustand, um ihm auf diesem Weg die Aktualität und die Luft zu nehmen. Man entschuldigt sich artig, eine Erwähnung des Theaters völlig vergessen zu haben. Es war selbstverständlich „toll“ und „beachtenswert“, mit welcher Energie sich die Theatermacher an R&K beteiligten hatten. Allenfalls quälte man sich dann noch eine solidarische Botschaft ob des Trübsal'schen Verboths ab, Theater sollte man und zwar politisches und zwar gefälligst gegen Rechte.

Nichts vergessen blieb das Theaterprogramm beim Publikum. Dieses nahm dankbar die Möglichkeit auf, auf einer anonymen Kulturkonsumveranstaltung doch noch politische und inhaltliche Diskussionen führen zu können.

„Über den Protest hinaus“, so die Überschrift eines Artikels der „FR“ vom 18.6. über das Theaterprogramm bei R&K, soll auch dieser Artikel verstanden werden. Hier beklagt sich nicht eine elitäre, mimosenhafte und rampenlicht-süchtige Zunft über mangelnde Beachtung, hier wird nicht moralisierend der Zeigefinger erhoben (was übrigens keine Gruppe in ihren Programmen tat), sondern hier sollen eine Kritik und ein berechtigter Kampf auch in die „Linke“ getragen werden. Es geht nicht an, Theater zu fordern mit der stillen Hoffnung und der deutlichen Erwartung, daß unsere sich seine Grenze schon zu setzen weiß, und überschreitet es diese Grenzen - schweig über!

Eine Zensur fand nicht statt - nein!

Andreas/IFTA Rhein-Main-Saar

Verfassungsschutz gegen antifaschistische Türken

Vor kurzem wurde vom Amt für Verfassungsschutz ein Bericht über den „türkischen Extremismus in der BRD“ vorgelegt. Es geht bei diesem Pamphlet unserer Meinung nach hauptsächlich darum, Argumentationen für Propaganda und Maßnahmen gegen linke Türken anzubieten.

Dabei wird vor allem auf das bewährte Schema „links gleich rechts“ gesetzt, wobei selbstverständlich behauptet wird, daß die linken türkischen „Extremisten“ wesentlich stärker, aggressiver und gefährlicher seien als die Rechten. Für die Zukunft wird diagnostiziert, daß sich aus dem „heftigen und schwer disziplinierbaren Volkscharakter“ der Türken eine „hochbrisante Mischung ergibt“, die „unsere innere Sicherheit“ bedroht.

So klingt es für links

- Zuwachs bei den linken Gruppen um etwa die Hälfte auf etwa 29.000 Mitglieder;
- der Zuwachs komme vor allem von den „Scheinasylanten“ (gleich ein Argument für die neue Asylregelung);
- Gruppen der türkischen „Neuen Linken“ hätten zum Teil gemeinsam mit Gruppen der deutschen „Neuen Linken“ einen „aggressiven Aktionismus“ entwickelt, der sich bei „gewaltsamen Demonstrationen“ gezeigt habe;
- zur Taktik der türkischen Linken gehöre es, Aktionen gegen die türkische Rechte als „Kampf gegen den Faschismus in der BRD“ darzustellen; daran blieben sich auch „Teile deutscher demokratischer Organisationen beteiligt“. Dies habe wiederum die türkischen Linken zu „Gegenleistungen veranlaßt“: sie hätten ihrerseits „bei Wahlveranstaltungen der CDU im Strauß im September in Essen und Köln mit zu den Sichern gehört“.

Mahlzeit! Was hat die CDU mit China-Restaurants zu tun?

In Westberlin erscheint eine Zeitschrift mit dem Namen „Die Weltkugel“. Der Untertitel ist vielversprechend: „Zeitschrift für Völkerverständigung und Weltfrieden“. In der „Weltkugel“ schreiben CDU-Politiker wie der ehemalige Gefangene des 2. Juni, Peter Lorenz, und Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft; außerdem tauchen viele chinesische Namen auf. Gegenstand der Zeitschrift ist anscheinend in erster Linie die Förderung der wirtschaftlichen und aussonpolitischen Beziehungen zur VR China.

Mahlzeit! Was hat die CDU mit China-Restaurants zu tun?

In Westberlin erscheint eine Zeitschrift mit dem Namen „Die Weltkugel“. Der Untertitel ist vielversprechend: „Zeitschrift für Völkerverständigung und Weltfrieden“. In der „Weltkugel“ schreiben CDU-Politiker wie der ehemalige Gefangene des 2. Juni, Peter Lorenz, und Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft; außerdem tauchen viele chinesische Namen auf. Gegenstand der Zeitschrift ist anscheinend in erster Linie die Förderung der wirtschaftlichen und aussonpolitischen Beziehungen zur VR China.

Bei näherer Betrachtung kann man feststellen, daß die Anschrift der „Weltkugel“ (Berlin 30, Budapest Str. 50) identisch ist mit dem China-Restaurant TAI-TUNG. Überhaupt scheinen gastro-ökonomische Interessen bei den Unternehmern eine große Rolle zu spielen: Als Hintergrund der Zeitschrift stellt sich eine „Union der China-Restaurants eG“ mit Hauptsitz in Düsseldorf vor. Eine Übersicht über die Mitglieder des Verbandes nennt allein in Düsseldorf neun Restaurants, zwölf weitere im übrigen NRW, sowie u.a. das PEKING in Frankfurt und in Göttingen sowie das NANKING in Hannover.

Chefredakteur der „Weltkugel“ ist ein Dr. Hsiao Yun-lay. Dieser Herr ist gleichzeitig einer der drei Vorsitzenden der Kuo-Min-Tan in der BRD

»MLD« bei CDU-Rechtsaußen hoch im Kurs

„Das alles hat zwar nichts mehr mit dem Marxismus-Leninismus zu tun, aber die Zeitung der MLD veranschaulicht, daß aus den Trümmern der 68er Studentenbewegung mehr zuoberst als nur ein Bedürfnis nach alternativem Leben im Winkel. Die nationalen Antriebe, die damals unter einem Wust von vulgärmarxistischen Phrasen zutage traten, sich aber immerhin gelegentlich in dem Eintreten für die Belange fremder Völker manifestierten, werden wieder freigespielt.“ Zu dieser bemerkenswerten Aussage kommt das am rechten Rand der CDU/CSU angesiedelte Magazin „Criticon“ in seiner Mai/Juni-Ausgabe 1980.

Herausgeber von „Criticon“ ist Kaspar Freiherr von Schrenck-Notzing, ehemals Autor in der „Deutschen National-Zeitung“, in „Nation Europa“ wie auch im „Bayernkurier“, ehemals Mitarbeiter der „Studien-Gesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“, über die Kontakte zwischen CSU und NPD gemangelt wurden.

Autoren in „Criticon“ sind u.a.: Armin Mohler, ebenfalls Autor in der

- die Linken seien auf dem „Feld der politischen Agitation stärker engagiert als die Rechten“
- Eine besondere „Kunstfertigkeit“ wird den linken Gruppen unterstellt, „mit der sie den politischen Gegnern Straftaten unterstellen, um diese dann, wenn sie von einer aufnahmebereiten Presse veröffentlicht worden sind (man beachte den rechten Haken gegen die Presse - die Schreiberin), als Beweis für schuldhaftes Tun des politischen Gegners auszugeben“;
- Bei 107 „angeblichen“ Straftaten, die die Linken den Rechten vorwarfen, „fand das Bundesamt für Verfassungsschutz aber nur in drei Fällen die Beschuldigungen eindeutig bestätigt“;
- Schlußsatz: „Die linken extremistischen Organisationen sind nach wie vor in der Offensive“.

— und so für rechts

- Zuwachs bei den rechten Gruppen um etwa 25% auf etwa 29.000 Mitglieder;
- Als Gegensatz zu den stark engagierten Linken seien die „Kräfte der politischen Rechten nur einmal zu einer großen Demonstration zusammengekommen“;
- der „Eindruck von Ruhe und Disziplin“ bei den Rechten dürfe allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch dort eine „grundtätige Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt vorhanden ist“;
- Schlußsatz hier: für die Behauptung, die Rechten „terrorisieren mit Billigung ihrer Regierung den politischen Gegner, hätten sich bislang keine Beweise gefunden. Die Mitglieder der Verbände seien angewiesen, sich strikt an die Gesetze des Landes zu halten.“ (alle Zitate nach FAZ vom 10.6.)

zu halten.“ (alle Zitate nach FAZ vom 10.6.)

Verfassungsschutz verteilt Noten

Nach dem offiziellen Verbot der MHP-Auslandsorganisationen haben die MHP-Kader Tarnorganisationen aufgebaut, u.a. die „Idealistenvereine“. Die Tatsache, daß ab 1978 die Behörden die Mitglieder einiger dieser Organisationen zurechneten, wird vom Verfassungsschutz zu folgender Zurechtweisung an die Bundesregierung genutzt: „Kritiker stellen sich die Frage, ob hier der Versuch der Bundesregierung erkennbar wird, dem Block der türkischen Linken in der Bundesrepublik westwärts stattlich einen gleich starken Block türkischen Rechten gegenüberzustellen, um vom Ausmaß der kommunistischen Aktivitäten unter den Türken in der BRD abzulenken“.

Ein Lob bekommt dagegen die DGB-Spitze. Mit Hinweis auf das Rundschreiben des DGB zur FIDE vom 12.9.89 (s. AK 179) spricht der Verfassungsschutz immerhin „von ersten Ansätzen einer deutlichen Distanzierung von den orthodoxen türkischen Kommunisten“.

Eine Hamburger Lehrergenossin

Drei Jahre Strafverfolgung wegen überklebtem Nazi-Plakat

Im August 1977 überklebten der Buchhändler Christian L. und seine Frau drei Plakate der faschistischen Deutschen Volksunion (DVU), deren Vorsitzender der berüchtigte Gerhart Frey ist. Die Plakate riefen zu einer Veranstaltung mit Frey auf. Die beiden Antifaschisten wurden erwischt und wurden wegen Sachbeschädigung verfolgt. Durch 4 Instanzen schleppte sich das Verfahren, nachdem die Antifaschisten gegen den Strafbefehl von 2400 DM Einspruch eingelegt hatten. Aus formaljuristischen Gründen stellte das Gericht jetzt das Verfahren ein. Ganz ausgetanzen scheint die Geschichte aber immer noch nicht, denn der Staatsanwalt Götlich hat Revision angekündigt. Man/frau vergleiche diese Hartnäckigkeit einmal mit dem Einsatz bei Prozessen gegen Nazis.

(Nach „SZ“, 20.6.80)

IKAH

Kongreß der »Islamischen Kulturzentren« in Hagen

Etwa 3000 türkische und westdeutsche Antifaschisten demonstrierten am 26. Mai in Hagen gegen den Kongreß der „Islamischen Kulturzentren“. Diese „Kultur“zentren - sie haben inzwischen 211 Zweigstellen in der BRD - sind religiöse Tarnorganisationen der islamischen türkischen Partei MHP (Vorsitzender: Türke) und deren Organisation „Graue Wölfe“.

Während außerhalb die Antifaschisten von „dem bisher größten Polizeiaufgebot, das in den letzten zehn Jahren bei Demonstrationen auf die Beine gebracht worden war“ („Westphalenpost“, 27.5.), in Schach gehalten wurden, versammelten sich drinnen 2000 Delegierte. Der erste Teil des Kongresses war nicht öffentlich; Besucher wurden erst zum zweiten, dem „offiziellen“ Teil zugelassen; vorher wurden sie allerdings noch gründlich nach Waffen untersucht. Dieser Teil war deutlich auf Zurückhaltung und Seriosität getrimmt. Dazu trug besonders die Anwesenheit von offiziellen BRD-Vertretern bei, dem CDU-Abgeordneten Reddemann

aus Hagen und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hasinger. Zumindest Hasinger ist in der Szene nicht unbekannt; er hat gute Kontakte zu türkischen Faschisten und läßt keine Gelegenheit ungenutzt, um sie hoffentlich zu machen. Zu seinen Verbindungen nennt die HDF („Föderation Progressiver Volkvereine“) u.a. den „Hör-Türk-Bund“, in dessen Vorstand die CDU-Abgeordneten Hasinger und George sitzen, zugleich auch ein Mann von den „Islamischen Kulturzentren“. Diese gehören zu den Basisorganisationen der MHP und MSP (nach „TAT“, 28.3.).

Die Vertreter der „Islamischen Kulturzentren“ setzen sehr stark auf diese hochoffiziellen Begegnungen, hoffen sie doch nachweislich, daß ihrem Antrag zugestimmt wird, sie als „öffentlich-rechtliche Körperschaft“ anzuerkennen. Sie könnten dann jährlich in etwa eine „Kirchensteuer“ von 200 bis 300 Millionen Mark kassieren.

Eine Hamburger Lehrergenossin

schisten von „dem bisher größten Polizeiaufgebot, das in den letzten zehn Jahren bei Demonstrationen auf die Beine gebracht worden war“ („Westphalenpost“, 27.5.), in Schach gehalten wurden, versammelten sich drinnen 2000 Delegierte. Der erste Teil des Kongresses war nicht öffentlich; Besucher wurden erst zum zweiten, dem „offiziellen“ Teil zugelassen; vorher wurden sie allerdings noch gründlich nach Waffen untersucht. Dieser Teil war deutlich auf Zurückhaltung und Seriosität getrimmt. Dazu trug besonders die Anwesenheit von offiziellen BRD-Vertretern bei, dem CDU-Abgeordneten Reddemann

ein Mann von den „Islamischen Kulturzentren“. Diese gehören zu den Basisorganisationen der MHP und MSP (nach „TAT“, 28.3.).

Die Vertreter der „Islamischen Kulturzentren“ setzen sehr stark auf diese hochoffiziellen Begegnungen, hoffen sie doch nachweislich, daß ihrem Antrag zugestimmt wird, sie als „öffentlich-rechtliche Körperschaft“ anzuerkennen. Sie könnten dann jährlich in etwa eine „Kirchensteuer“ von 200 bis 300 Millionen Mark kassieren.

Eine Hamburger Lehrergenossin

Anti-BILD-Initiative

BILD-Journalismus ist Rowdytum

BERLIN-WEST (NEUE) - In einem „Offenen Brief wider das journalistische Rowdytum“ haben die Professoren Petzsch, Flechtner, Völler, Günter Graß und andere „die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft“ aufgefordert, den von BILD praktizierten „schändlichen Journalismus durch öffentliche Kritik unmöglich zu machen“. Angeregt wird, der BILD-Zeitung Interviews zu verweigern.

Der Text des Offenen Briefes lautet: „Der Fakt, daß G. Wallraff in seinem zweiten Buch über den BILD-Journalismus (Zeugen des Anklage...) zusammengetragen hat, haben ein journalistisches Rowdytum (DIE ZEIT v. 16. 11. 79) in der Praxis der BILD-Zeitung aufgedeckt, das nach übereinstimmendem Urteil der Kritik in renommierten Zeitungen ungeheuerlich ist.“

Menschen werden wegen der tödlich-diffamierenden BILD-Berichterstattung in den Selbstmord getrieben; Menschen die sich hilfesuchend an die BILD-Aktion „BILD kämpft für Sie“ wenden, werden statt Hilfe zu finden, die gemeinten Wege in die Schlagzeilen gezeit und verhöhnt; mit kriminellen Mitteln (z.B. Einbruch, Nötigung) wird versucht, Nachrichten von Menschen zu beschaffen, um nur die schlimmsten von Wallraff nachgewiesenen Untaten zu erwähnen.

Insgesamt zeigt der bislang in keinem wesentlichen Punkt widerlegte Tatsachenbericht Wallraffs, daß Springers BILD-Zeitung Schindluder mit Menschen und ihren Schicksalen treibt, um auflagensteigernde Sensationsmeldungen produzieren zu können.

Wie tragen den Multimillionär Axel Springer, was er zu tun gedankt, um - auch auf Kosten immer höherer Profite! - dem unangenehmsten journalistischen Rowdytum ein Ende zu bereiten, das alle seine vielen Bekanntheits-„christlichen Worten“ und „journalistischer Verantwortung“ Lügen straft.

Wir fragen unsere Mitbürger, ob sie durch Kauf oder kritische Hinnahme dieser BILD-Zeitung länger dafür verantwortlich sein wollen, daß solches menschenverachtende „journalistische Rowdytum“ auch noch „belohnt“ wird.

Wir fragen die verantwortlichen Politiker, Gewerkschafter, Verbandfunktionäre und alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, ob sie weiterhin solchen journalistischen Rowdytum einen Ansehen von Seriosität verleihen wollen, indem sie der BILD-Zeitung Interviews geben, statt einen solchen schändlichen Journalismus durch öffentliche Kritik unmöglich zu machen.

Unterschiedet haben den Brief bisher unter anderem:

Dr. Gerhard Beier, Prof. Dr. Theodor Bergmann, Josef Beuer, Prof. Dr. Willy Berger, Prof. Dr. Günter Brakelmann, Hans Brandt, Peter Conrad (MdB), Prof. Dr. Horst Denkler, Dr. Karlheinz Deschner, Prof. Dr. Jörg Drews, Prof. Dr. Hermann Eismann, Prof. Dr. Carl-Heinz Evers, Prof. Dr. Walter Fabian, Prof. Dr. Jürgen Fichtelberg, Prof. Dr. Immanuel Geiss, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. Martin Grellmann, Prof. Dr. Norbert Greinacher, Dr. Rud. Hartung, Prof. Friedrich Heer, Gün. Harburger, Prof. Dr. Michael Herth, Prof. Dr. Karl Otto Hondrich, Prof. Urs Jürg, Prof. Dr. Martin Juchacz, Prof. Dr. Walter Jurek, Prof. Dr. Jiri Kosta, Franz Kaser-Kröner, Janus Leubke, Siegfried Lanz, Prof. Dr. Peter Lösche, Dr. Dr. Hans Meyer, Dr. Reinhold Neuen Du Muen, Hans A. Nisse, Dr. Heinrich v. Nothmann, Prof. Dr. Rolf Rindhardt, Prof. Dr. Richard Risse, Volker Schindler, Dr. Wolfram Schütte, Prof. Dr. Karl Theodor Schütz, Siegf. Schütte, Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Prof. Ulrich Stegner (MdB), Prof. Dr. Bernhard Störck, Völler Sturm, Karsten Vogt (MdB), Martin Walser, Prof. Dr. Ernst W. Werscheck, Gabriele Wolfram, Prof. Konrad Wülfel, Prof. Dr. Thomas Zacharias, Heidemarie Wierckow-Zeit (MdB) und Prof. Dr. Ralf Georg Zinn.

Vom A-Libi zum B-Libi

Fritz Teufels „alibidinöse Erklärung zur Frage der Beteiligung an zwei Sparkassenüberfällen und zum unflüchtigen Alibizwang durch die moderne Inquisition – aus dem Hut gezaubert in Moabit am 25.6.1980“

Nachdem Fritz Teufel dem Westberliner Kammergericht ein Alibi für die Zeit der Lorenz-Entführung präsentiert hatte, mußten die, die ihn dafür fast schon zu 15 Jahren verurteilt hatten, den Haftbefehl gegen ihn aufheben. Doch Verfolgerwahn kennt keine Grenzen: Die Richter erlebten gleichzeitig einen neuen Haftbefehl, diesmal wegen der zwei Banküberfälle der sogenannten „Negerkußbande“ am 30. und 31.7.1975, so als müsse Fritz seine Unschuld und nicht das Gericht seine Schuld beweisen. Dagegen haben seine Anwälte am 16.6.80 beim Bundesgerichtshof Beschwerde eingelegt. Der BGH entschied am 20.6.80: „Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft stützt das Kammergericht auf den von ihm befohlenen dringenden Verdacht, der Angeklagte habe sich als Mitglied an einer kriminellen Vereinigung beteiligt ...“ wiederholte den Tatvorwurf und verkündete: „Die Beschwerde des Angeklagten hat keinen Erfolg“. Basta! Hierzu zauberte Fritz Teufel eine neue Erklärung „aus dem Hut“, demselben des ersten A-Libi, den er wieder mit zum Prozeß bringen wollte, der zuvor aber auf Beschluß von Richter Geus – kaum zu glauben, aber wahr – beschlagnahmt wurde. Im folgenden Auszüge aus der Erklärung.

IKAH

„... Das B-Libi ist kein A-Libi, sondern sozusagen ein A-Libi minderer Qualität. Das B-Libi ist eine Geschichte, die der Angeklagte nicht beweisbar dem sozusagen ein A-Libi minderer Qualität. Das B-Libi ist eine Geschichte, die der Angeklagte nicht beweisen kann. Es steht im Be-Liben des Gerichts, ein B-Libi zu akzeptieren oder zu verwerfen. Darin besteht die unheimliche Macht des in der bürgerlichen Verfassungstheorie „unabhängigen“ Richters in dieser Gesellschaft ... Genauso Theorie wie die Unabhängigkeit des Richters ist der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ ... Im Zweifel für den eingetragenen Staatsfeind oder, wie die Staatsanwälte gerne sagen, „Feind unserer freiheitlichen Rechtsordnung“? Wie sieht denn die Wirklichkeit aus?“

„Das Schweigen eines Beschuldigten oder Angeklagten darf nicht gegen ihn verwendet werden. Darf es nicht? Ist es in meinem Fall in Bezug auf die Lorenz-Entführung nicht geschehen?“

„(...) Nehmen wir einmal an: Der Teufel war zur Zeit der Negerküsse in einer anderen westdeutschen Großstadt. Er war in Köln. Als ich das letztemal eine Erklärung aus dem Hut zog, habe ich bereits meinen Freund Leo erwähnt. In den Akten heißt es Werner Seuber. Die Akten über Leo sind geschlossen. Sein Beispiel bleibt. Wäre Leo nicht abgeknallt worden, er könnte neben mir auf der Anklagebank sitzen oder wir beide woanders. Leo braucht keine Alibis mehr nachzuweisen. Nehmen wir einmal an: Nach Leos Tod, nach der Kündigung beim Pfeifwerk und dem Intermezzo im Bochumer Studentenheim war ich in Köln. Versteckt. Im wahren Sinne des Wortes. Arbeitslos. Kein Kollege, kein Nachbar, der sich an mich erinnern könnte. Es waren ja auch nur noch etwa vier Wochen. Ab und zu irgendwo eine Begegnung mit Genossen, die mich unterstützten. Oder mit ebenfalls stechbriefflich Gesuchten. Was hätte es für einen Zweck, Namen zu nennen von Leuten, die als mutmaßliche Terroristen gelten oder wegen der Unterstützung von mir und anderen Gefahr liefen, für Monate und Jahre im Gefängnis zu verschwinden wie Walter Slepert, Eberhard Dreher, Christina Dömeland, Erhard Österreich und viele andere. Nehmen wir an: Ich habe noch einen Abstecker nach Frankfurt gemacht und bin von dort Mitte August nach Berlin geflogen.“

Und noch eine Bemerkung zu Fingerabdrücken: Soweit ich mich erinnere, ist es nicht unmöglich, daß überall dort, wo Fingerabdrücke von mir gefunden worden sein sollen, tatsächlich auch ich sie verursacht habe. Umso mehr als sich diese Fingerabdrücke meistens auf beweglichen Gegenständen fanden. Es ist aber merkwürdig, daß die Kölner Polizei meine Fingerabdrücke nicht entdeckt hat in der Wohnung, in der Leo unter dem Namen Tangermann gewohnt

hat, und in der ich mich noch am Tage von Leos Tod – bemerkt habe – aufgefunden habe. Hat der perfekte Staatsschutzapparat diese Fingerabdrücke nicht gefunden oder hat man sie im BKA verschwinden lassen? In irgendwelchen Bet-Akten, die nicht passend zu den für die Erfolgsstatistik günstigen Gruppentheorien? ... Ausschließen kann ich auch nicht, daß die Fingerabdrücke von Ralf Reinders auf einer Bierflasche zwar echt sind, die Bierflasche selbst aber von einem ehrgeizigen Staatschützer von irgendeiner konspirativen Wohnung, in der sie keinen besonderen Beweiskraft gehabt hätte, in das mutmaßliche Lorenz-Versteck gebracht wurde, wo sie zum einzigen Beweismittel gegen Ralf Reinders wird. Wer kontrolliert den Staatsschutz? ...

Wie vereinbaren es Richter mit ihrem Gewissen, Haftbefehle aufrechtzuerhalten, wenn sie ernsthaft mit der Möglichkeit eines Alibis rechnen, wie beispielsweise Herr Geus persönlich dies letzte Woche in der Hauptverhandlung deutlich zu verstehen gab? Und auch Dr. Wolldecke hat sich verraten: Wenn es die Zeugen gäbe, dann bitte möglichst rasch benennen – schließlich sei die Frage der Haft dann neu zu prüfen. Vielleicht bereitet es auch Verdruß, wenn man dauernd das fertige Urteil umschreiben muß. Ist die Frage der Haft nicht auch zu prüfen im Zweifelsfall? Schämten sie sich nicht? ... Der neue Haftbefehl gegen mich, dieses Spitzenprodukt juristischer Kunstfertigkeit, wird sozusagen gekrönt durch eine Aussage über mich, die die Wahrheit ein bißchen er ignoriert: „Er hat sich in seinen Einlassungen während der Hauptverhandlung bis zuletzt zu den Zielen der Bewegung 2. Juni bekannt.“ Welches sind denn die Ziele der Bewegung 2. Juni? Und wer ist überhaupt die Bewegung 2. Juni? Ich habe niemals und dann die Ziele der Bewegung 2. Juni? Und wer ist überhaupt die Bewegung 2. Juni? Ich habe niemals behauptet, ich sei „Mitglied“ der Bewegung oder „Gefolgsmann“ aus der Bewegung 2. Juni. Nach meinem politischen Selbstverständnis bin ich vielmehr (mehr oder minder isolierter) Teil der revolutionären Bewegung in den Metropolen insgesamt – so verwaschen sich das in Hinblick auf die gerichtliche Verwertbarkeit und die Zwecke des linken Vereinslebens anhören mag – wer schon aus dem SDS rausgefallen ist wie ich, eignet sich nicht für irgendwelche noch weitaus sektiererlicheren und elitäreren Vereine als den damaligen SDS. Und auch diesem Gericht müßte doch bekannt sein, daß erst vor kurzem in einem Parallelverfahren ... die Angeklagte Gabriele Rollnik eine Erklärung verlesen hat, wonach sich die „Bewegung 2. Juni“ zum letztenmal zu Wort meldet, sich mit einem anti-imperialistischen HURRA in die RAF aufgelöst und sich unter anderem von mir und meinem Konzept Spießbürger distanziert ...

Und entsprechend schief liegt das Gericht mit seiner Einschätzung (letzter Satz des Haftbefehls vom 11.6.80): „Es ist somit zu erwarten, daß er im Fall einer Freilassung sofort wieder in den Untergrund gehen und sich dem Strafverfahren entziehen würde.“ Ich bin doch kein Idiot, der sich ohne zwingende Notwendigkeit immer wieder in den Untergrund begeben würde. Tatsächlich habe ich mich in meinem gefängnisreichen Leben dreimal illegalisiert lassen. Lassen müssen. (Fritz zählt hier eine Reihe seiner APO-Aktivitäten auf, für die er verurteilt wurde, die dann aber unter die Amnestie fielen, die „der sozialliberale Osterhase den lieben Kleinen von der APO beschert hatte“). Dann doch zwei Jahre Knast – aufgrund fragwürdiger Indizien – wegen milderer Brandstiftung im Münchener Amtsgerichtsbau; nach der Entlassung dann Haftbefehl vom BKA gegen ihn als einer der „16 meistgesuchten mutmaßlich bewaffneten anarchistischen Gewalttäter“, weil er angeblich eine kriminelle Vereinigung unterstützt habe und unflüchtige Parolen an die Gefängnismauer von Aichach gesprüht habe. Dieser Vorhaftung entzog er sich, Anm. IKAH).

Ich werde es den Herren des Morgenraums nicht mehr so einfach machen, mich zu illegalisieren wie im August 1973. Hätte ich gehaut, was mir bevorstand, vielleicht hätte ich mir ... die Sache gründlicher überlegt.

Um aber meine Ankündigung wahr zu machen: Ich, Fritz Teufel, war an Vorbereitung, Planung und Ausführung der Sparkassenüberfälle vom 30. und 31. Juli 1975 nicht

beteiligt ... Ich war in der fraglichen Zeit rauschgiftwütig und auf dem Trip. Shit und LSD taten mir nicht weh. Aber ich habe auch schon ein oder zweimal das Falsche genommen. Fixer sind meine unglücklichen Brüder. Ich war zu dieser Zeit nicht in Berlin. Übrigens hat die Hauptverhandlung ergeben, daß keiner der hier Angeklagten in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Überfällen zweifelsfrei erkannt wurde und daß somit von Rechts wegen alle freigesprochen werden müssen. Auch erhebt sich die Frage, ob Bundesanwälte und Richter bis drei zählen können. Ergebnis der Beweisaufnahme war, daß die Negerkußverteilungen jeweils von zwei Männern und drei Frauen ausgeführt wurden. Trotzdem hat die Bundesanwaltschaft in ihren Blödsen für die männliche Angeklagte jeweils zehn Jahre gefordert als Einzelstrafen für die Negerküsse, nämlich für Ralf Reinders, Andreas Vogel und mich. Wenn diese Logik eine ist, dann die des Beweismaterials ...

Es ist der Bundesanwaltschaft mit Unterstützung der Medien gelungen, Zeugen aufzutreiben (mindestens zwei), die in verschiedenen Phasen des Verfahrens mich im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung gesehen haben wollen. Zu einer Zeit, als ich nachweislich nicht in Berlin sein konnte. Und diese Zeugen wurden sehr ernst genommen. Nicht nur von Herrn Widere (Bundesanwalt, Anm. IKAH). Deshalb die Bitte an meine Todfeinde vom BKA und der Bundesanwaltschaft, an Axel Springer und Edward Zimmermann: Laßt Euren Apparat spielen! Helft mir, unverdächtige Zeugen aus dem Volk zu finden, die bezeugen können, daß ich mich in der letzten Juli- und der ersten Augustwoche, und auch am 30. und 31. Juli 1975 in Köln aufgehalten habe! Oder soll ich allein aus'm Hut stehen? ...

(Zu dem Vorwurf, Fritz habe bei allen Haftprüfungen zu allen Anklagepunkten geschwiegen!) Daß ich bei Haftprüfungen immer wieder auf die Haltlosigkeit der Vorwürfe gegen mich hingewiesen habe, daß ich Richter und Staatsanwälten ihre Blamagen angekündigt habe, daß sich mein damaliger Rechtsanwalt Spangenberg den Mund füllig geredet hat, ist Ihnen allerdings entgangen. Und ist auch in den Protokollen der Haftprüfungen nicht festgehalten worden. Über das Protokoll bestimmt der Haftprüfer genauso diktatorisch wie Herr Geus in der Hauptverhandlung. Ich sehe das als Beweismittelvernichtung von Amts wegen. Alle Anträge auf Tonbandprotokoll sind abgelehnt worden ...

Ich stehe tief in der Schuld der Genossen, die, weil sie mich angeblich unterstützten, im Zuge der Vorab-Verurteilung jahrelang im Knast saßen. Waldtraud Siebert saß fast fünf Jahre unter den furchterlichsten Haftbedingungen und Erhard Österreich hat länger als ein halbes Jahr gesessen und wurde zu einem Jahr verknackt. In seinem Urteilspruch hat der Richter gesagt, ich sei einer der meistgesuchten und gefährlichsten Gewaltverbrecher gewesen und im Slepert-Urteil steht, meine Beteiligung an der Lorenz-Entführung stehe fest. Rechtskräftiges Moabiters Staatschutzurteil! Ich weiß nicht, was dem Jörg Rasche noch alles passieren wird, Herr Österreich hat im Zusammenhang mit seinem Strafverfahren mindestens einmal seine Arbeit verloren. Ich muß davon ausgehen, daß Genossen dieser Qualität, die Alibizeugen benannt, zusammengerechnet mehr Knast riskieren würden als ich ohne Alibi. Sie würden als Verbrecher behandelt, die im Gegensatz zu gut präparierten Staatschützern nicht glaubwürdig sind.

Der unflüchtige Aufforderung zum fortgesetzten Alibi beuge ich vorerst mit dem B-Libi. Um meine eigene Haut zu retten, soll ich andere anschießen? Nein! Danke, Herr Frank! Mit mir nicht, Herr Geus! Kommt nicht in Frage, Herr Weiß! Kommt gar nicht in die Tüte, Herr Wolldecke! So haben wir nicht gewartet, Herr Bauer! Das könnte Ihnen so passen, Herr Weichbrodt! Lecken Sie mich doch am Arsch, Herr Völs!

P.S. Als Kampfmethode in den Metropolen empfehle ich nach wie vor die Spießbürger, von der kein Mensch weiß, was ich damit meine. Vielleicht komme ich im Schlußwort in diesem Prozeß darauf zurück ...



Rudolf Raabe ist wieder da!

Daß Rudolf Raabe uns am 14.6. in Frankfurt auf dem Rock gegen Rechts-Festival seine freiwillige Rückkehr in die BRD mitteilen konnte, ist allein der Unterstützungsarbeit seiner Freunde, seiner Anwälte und der Initiativgruppe Rudolf Raabe zu verdanken, nicht aber – wie in der bürgerlichen Presse jetzt zu lesen – ein Erfolg Baumscher 'Liberalisierung'. Wir freuen uns mit Rudolf und seinen Freunden über diesen schönen Erfolg ihres langen und zähen Kampfes.

Es ist aber noch nicht an der Zeit, daß wir uns zufrieden im Sessel zurücklehnen; Rudolf braucht weiterhin unsere Unterstützung, damit er jetzt die ärztliche Behandlung bekommt, die er schon seit langem braucht. Daß die Bundesanwaltschaft schon wenige Tage nach seiner Rückkehr einen Arzt ihres Vertrauens bestellt, der prüfen soll, ob Rudolf heftfähig ist, zeigt, wie wichtig diese Unterstützung gerade jetzt ist.

Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB

Erklärung der Initiativgruppe Rudolf Raabe:

Wie Rudolf Raabe sich seine Rückkehr selbst gestaltet

Nämlich wie es die „WELT“ anderntags beschrieben hat: „Am Abend begab sich zwei Besuche der Bundesanwaltschaft, unter anderem Bundesanwalt HARMS, in die Klinik (...) des Prof. J. Schirmer. Sie trafen den Patienten an, der aber jede Vernehmung zur Sache ablehnte. Er sagte lediglich, er wisse, daß ein Haftbefehl gegen ihn bestehe, aber er bleibe hier (1).“ Und so „begab“ er sich nicht nur zu der Zeit, so geschah es auch, nachdem zuvor die Herren HARMS & FRECHTEL, bewaffnet mit großkalibrigem Regenschirmen und ganz allein gegen 20.30 Uhr, dem Gewitter eines bedächtigen Platzregens und dem einer dpa-Eilmeldung trotzend, verstorben und unvorberichtet in der schmerzmittelischen Klinik eingetroffen waren.

Zuvor war RUDOLF RAABE – saß auf der Kanonenkugel, saß an Bord des yellow submarine – auf dem ROCK GEGEN RECHTS Festival in Frankfurt eingetroffen, während ihn zur selben Stunde immer noch ein „hochqualifiziertes Team“ des BKA in Dublin suchte. Vor den 20.000 RGR-Teilnehmern erklärte Rudolf, warum er überhaupt und wegen er auf die s e Weise seine Rückkehr realisiert wissen wollte. Er betonte, daß er tatsächlich freiwillig zurückkehre, nicht etwa nur seiner Krankheit wegen. Und das diese Freiwilligkeit gerade darin bestehe, einen offen aufrechten Gang öffentlich zu wählen, weil e r diejenigen, die ihn derart inhaft verfolgen und aufzubeugen wollten, anzuklagen habe, und nicht etwa umgekehrt. Darin habe ihn die enorme SOLIDARITÄT der vielen Menschen bestärkt, die seine Kampagne unterstützt hätten: die zehn-tausende von Protestbriefen, der Einsatz seiner Bürger, die ihm alle geholfen hätten, die oft schon dunklen Stunden & Situationen von Niedergeschlagenheit in der Immigration zu überwinden. Mit denen wolle er sich jetzt, bei diesem günstigen Anlaß, verbunden erklären in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der politischen Justiz und aktuell besonders den Hochstufstrakten. Derart sei seine selbstgestaltete Rückkehr kein Akt der Unterwerfung, sondern ein bewußter Aufakt!

Und wer dabei war, wie der Rudolf danach ein wenig zittig die riesige Bühne verließ, als die Zwanzig-tausend ihm spontan ihre Sympathie bekundeten, wird tatsächlich erlebt haben, daß für einen Moment – wenn

auch nur moralisch – die Macht der Bundesanwaltschaft gebrochen war.

Das alles gab dem Rudolf viel Mut. Der ging nämlich jetzt erst recht daran, das Arrangement seiner weiteren Rückkehr selbst zu bestimmen, als er dann – völlig ungehindert – mit seinen Anwälten unter grotesken Bedingungen in der Karlsruher Klinik eintraf. Kein Polizist, kein Bundesanwalt weit & breit, sondern ihm-mende Überraschung und die ganze Nation ungeschützt vor dem frei umherstreifenden „metatragischen Terroristen“, waren nicht Rudolf und die perplexen, aber patente Oberschwester Erika gewesen, die die Sache resolut in die Hände nahmen.

Von wegen nämlich „monatelangen VERHANDLUNGEN“ – wie dann Stunden drauf von einer verlegenen BAW behauptet wurde. Nicht nur, daß es diese nicht gegeben hat, wie auch keine „Zwänge“: das ganze Klinikum war unvorberichtet, in keinem Tagebuch des Hospitals, in keiner Klinikakte irgendein Vermerk, und selbst der angeblich informierte Prof. Schirmer wußte von gar nichts und schimpft heute auf alles, was Bundesanwaltschaft heißt. Kurs, man wollte energisch den Rudolf „nach Hause (1)“ schicken, wozu es in Ermangelung eines jeden Politisten auch gekommen wäre, hätte das ganze Oberschwester nicht ein Einsehen mit „dem jungen Mann“ gehabt.

Später ereigneten sich einige festzuhaltende Merkwürdigkeiten: Um möglichst rasch aus dem grellen Licht der Überraschung, der Fataleität und des totalen Versagens herauszukommen, besaß sich die BAW, den RUDOLF RAABE als „kleinen Fisch“ (ARD-Tagesschau) herunterzuspielen.

Jene Leute nämlich, die den Rudolf fest einhalb Jahre lang auf eine beispiellose Weise als hochkarätigen Terroristen und Carlos II verfolgt, illegalisiert und an einer freigeordneten medizinischen Behandlung gehindert hatten. Diese Herrschaften, die bislang für Rudolfs Krankheit nur zynische Sätze übrig hatten wie: „Was wollen sie denn, dem geht doch gut“ (Bundesanwalt HARMS), sorgten nun in aller Eile dafür, daß Rudolfs Rückkehr ein s i g unter dem Gesichtspunkt der Krankheit verstandbar sei: Von „WELT über BILD bis FAZ“ eine Orgie von „Todeskrank über sterbenskrank bis schwerkrank“. Ja, warum ist auch das denn nicht vorher eingestiegen? Es m u s s e nun plötzlich um jeden Preis so sein, daß nur ein „sterbenskranker kleiner Fisch“ aufgetaucht war – und er

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

innert uns nicht an unser dummes Geschwür von gestern.

Dementiert werden sollte so, daß Rudolf gerade bewußt freiwillig zurückgekehrt war, daß er sich offen gegen alle Vorwürfe stellen will und gegen die, die sie erhoben.

Derum hat er seine Sache selber in die Hand genommen und damit die Bundesanwaltschaft, die an ihm auch zukünftig kein Glück erleben wird, zu ebenso dümmlichen wie verlegenen Reaktionen gezwungen. Weil es eben zuvor keine Kugelien mit der BAW gegeben hat und auch nicht geben wird.

Deher ist auch der nun gestalt verzeute Verdacht falsch, mit Rudolf Raabe sei nun „alles in Ordnung“. In der Karlsruher Klinik wird Rudolf nämlich nicht behandelt, sondern nur untersucht. Ob er, wie er und wo er behandelt wird, darüber entscheiden erst noch die Bundesanwälte; d.h. daßes nun nicht etwa einen therapeutischen Automatismus gibt, sondern daß die aufmerksam gewordene Öffentlichkeit weiter dafür sich einsetzen muß, daß ihm eine freigeordnete medizinische Behandlung zuteil wird. Auch der pausenlos erwähnte „Arzt des Vertrauens“ ist - wenn überhaupt - dann nur zur Diagnose zugelassen, nicht zur Behandlung, auf die es doch gerade ankommt. Und gewiß dürfen diese Bundesanwälte, die bisher ohnehin an RR nicht glücklich wurden, nach dieser neuerlichen Schlappe einiges gegen ihn aufwenden, um hell aus der Schluppe herauszukommen, was nur dadurch geht, daß Rudolf einfährt. Das dies so weit nicht hergehoht ist, geht auch daraus hervor, daß wir - Mitglieder unserer INITIATIVE - in den nächsten Tagen bei Bundesrichtern & Bundesanwälten vorgeladen sind.

Es wäre ganz schlimm, käme nun eine Stimmung auf, Rudolfs Sache ad acta zu legen, die längst keinen „Einzelfall“ mehr widerspiegelt, sondern einen handfesten politischen & justiziellen Skandal, dessen Klage-schrift von uns verfaßt werden muß. Vor allem braucht Rudolf jetzt eine FREIGEWÄHLTE MED. BEHANDLUNG. Das setzt voraus Gutachter & Ärzte, die tausende von Mark kosten. Die nur dann zur Stelle sind, wenn jeder Leber(in) rasch einen Hundert aufreibt und überweist, aus dem eigenen Budget oder aus dem bessergestellten von anderen. Rudolf hat sich auf die SOLIDARITÄT berufen, die bestimmend gewesen sei für seine Rückkehr und hat seine Sache gut gemacht, und wir dürfen ihn nun nicht im Stich lassen, dh. denen, die in Karlsruhe wieder nichts an Medizin vorbereitet hatten. Wir wollen auch eine ganz neue umfangreiche DOKU drucken, mit viel offensivem Material & interessanten Geschichten aus dem Hintergrund: die kosten auch GELD, was grad deshalb gebraucht wird & wichtig ist, weil der Rudolf sich in Ffm. politisch erklärt hat - nicht als „krankes Opfer“. Und allerdings braucht der Rudi weitere Anwälte, die auch leben & arbeiten müssen.

Und - wie immer - bitten wir um feed back und Zuschriften von Menschen, die bei der Verbreitung des Materials & an der Fortführung der Kampagne mithelfen wollen, die sich weiter dafür einsetzen, daß der - **HAFTBEFEHL AUSSER VOLLZUG GESETZT WIRD, daß** - **RUDOLF EINE FREIGEWÄHLTE MEDIZINISCHE BEHANDLUNG ERFÄHRT,**

daß man ihn freiläßt! Die Forderungen sind also kein Jota überholt oder veraltet; es kommt im Gegenteil jetzt gerade darauf an, sie erneut, verstärkt & unüberhörbar zu veröffentlichen und diesen öffentlichen Druck auf die verantwortlichen Instanzen zu fixieren.

Bis jetzt haben wir alle ganz schön gekämpft, und daher stehen jetzt auch nicht w i r dumm da; daran wollen wir weitermachen: ein Erfolg für RUDOLF ist ein Erfolg für uns alle.

FREIHEIT UND GLÜCK FÜR RUDOLF RAABE UND FÜR ALLE ANDEREN

Initiativgruppe RAABE c/o CORNELIA BRANSCHIEDT - 637 OBERURSEL 5 - PF 35 | 06171 | 73212

(Manchen dieser INFOS liegen Zahl-konten bei. Wo nicht, hier das SPEN-DENKONTO: Postcheck Frankfurt, Cornelia Branschiedt, 1990 61 - 608. Und bitte, wir benötigen wirklich Geld und das auch noch ganz schnell.

Die Rudolf Raabe Initiative trifft sich am 30.6.80 um 19.30 Uhr in den Räumen der TAZ - Hamburger Allee 45 - Frankfurt-Bockenheim, 1. Stock, Frontgebäude)

Lebenslängliche Haftstrafe für Irmgard Möller endgültig - Bundesgerichtshof schafft neues Anti-Terrorismus-Recht

Am 11.6.80 verabschiedete der Bundesgerichtshof ein neues Grundsatzzurteil in Sachen „Anti-Terrorismus“, das in der bundesdeutschen Presse völlig unkritisch unter dem Stichwort „Strafklageverbrauch“ gewürdigt wurde.

Eine Mehrfachverurteilung für „Terroristen“ ist nun Recht in diesem Staat.

Irmgard Möller und Bernhard Braun wurden Anfang 1976 in getrennten Verfahren zu jeweils vier einhalb Jahren Knast verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF (§ 129). Am 13.12.76, also nach ihrer rechtskräftigen Verurteilung, erging gegen beide ein neuer Haftbefehl wegen Mordes und Mordversuchs in mehreren Fällen (Sprengstoffanschlag gegen das US-Hauptquartier in Heidelberg 1972), angeblich begangen während ihrer RAF-Mitgliedschaft. Der Revisionsantrag der Verteidiger, daß nach einer Verurteilung nach § 129 eine weitere Anklage der angeblich während der Zeit der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ begangenen Einzeltaten nicht zulässig sei, wurde vom BGH (Bundesgerichtshof) abgewiesen.

Begründet wird diese Entscheidung des BGH damit, daß das Verbot der Doppelbestrafung (Grundgesetz Art. 3, Abs. 3) im Fall Möller und Braun nicht angewendet werden könne, weil der Sprengstoffanschlag in Heidelberg während der RAF-Mitgliedschaft eine so schwerwiegende Tat sei, daß sie mit der „Dauerstrafe“ „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ nicht erfaßt sei. „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ nicht erfaßt sei. Eine Verurteilung zu einigen Jahren Knast nach § 129 kann also zukünftig schnell ein Lebenslängliches folgen, finden sich nur nach der Erstverurteilung für Staatsanwaltschaft und Gericht ausreichende „Indizien“ oder gar ein endlich produzierter Kronzeuge für Einzeltaten.

„Mit dieser Rechtsauffassung ist ein Grundsatzzurteil gefällt worden, das den Strafbehörden jederzeit erlaubt, Gefangene hinter Gitter zu bringen, indem sie kleinere Verfahren zur Aburteilung bringen und nach Opportunismus, vor Beendigung dieser Haftstrafe, neue Strafverfahren eröffnen“ (TAZ, 13.6.80).

Wie's gemacht wird, wurde bei Irmgard Möller bereits exemplarisch vorgeführt. Während des Verfahrens nach § 129 gemeinsam mit Ex-RAF-Mitglied und Kronzeugen Gerhard Müller, wurden dessen bereits damals



Irmgard Möller bei der Festnahme.

gemachten Aussagen - auch zum Heidelberger Sprengstoffanschlag „auf Weisung der Bundesregierung unter Verschluss gehalten und sogar den Richtern im Prozeß gegen Möller (und Irmgard Möller, Anm. AK) vorenthalten“ (Spiegel 20/79).

Für die zweite Verurteilung von Irmgard Möller und Bernhard Braun waren eben diese Aussagen Müllers ausschlaggebend; der Kronzeuge jedoch für das Kreuzverhör der Verteidiger in diesem Verfahren (man höre und staune!) „nicht mehr auffindbar“. So der Sachverhalt, vom BGH als „Grundsatzzurteil zur Frage des

Strafklageverbrauchs“ abgeurteilt (Tsp., 12.6.80).

Bernhard Braun sitzt somit die nächsten 12 Jahre im Knast, Irmgard Möller als die einzige Überlebende der Stammheimer Todesnacht vom Oktober '77 ist lebenslänglich „sicher untergebracht“. Die unpopuläre Sicherheitsverwahrung für „Terroristen“, seit langem im Gespräch kann mit diesem Grundsatzzurteil (noch) umgangen werden, das Ergebnis ist daselbe.

„Wohl vor jedem deutschen Schwurgericht wäre Gerhard Müller unter normalen Umständen die le-

benslange Freiheitsstrafe wegen mehrfachen Mordes sicher gewesen - aufgrund seiner eigenen Aussagen. Doch es ging nicht nicht mit rechten Dingen zu. Das Lebenslang wurde ihm geschenkt. Es war der Kaufpreis, um seine Zunge zu lösen... Das Geschäft mit Gerhard Müller war ein planmäßig vollzogener Rechtsbruch. In die Affäre verstrickt sind Justizangehörige und Politiker von hohem Rang. Gesetzliche Bestimmungen wurden verletzt, rechtsstaatliche Prinzipien unterlaufen und der Verdacht auf Bestechung im Amt reicht bis in Bonner und Karlsruher Chefetagen“ (Spiegel 20/79).

Den Medien in diesem Land ist das neue Grundsatzzurteil in Sachen „Anti-Terrorismus“ nur ein paar Spalten wert, getreu dem Wahlspruch: ich sehe nichts, ich höre nichts, ich sage nichts.

Die Verteidigung von Irmgard Möller und Bernhard Braun hat bereits Klage beim Bundesverfassungsgericht angekündigt. Hieran sind sicherlich keine großen Hoffnungen zu knüpfen; zumindest die Presse der Linken allerdings sollte ihre (begrenzten) Möglichkeiten nutzen, das BGH-Urteil als das anzuprangern, was es ist: die juristische Handhabe, Gefangene hinter den Mauern des Knastes und Hochsicherheitsstrakte für immer verschwinden zu lassen. Heute die RAF, 2. Juni und morgen?

Westberliner Anti-Repressionskommission des KII

Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen der BRD



Öffentlichkeitsaktion von Angehörigen von politischen Gefangenen in Stammheim vor dem Prozeßgebäude. Bei dieser Aktion wurde auch nebenstehende Erklärung verteilt.

Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen, protestieren gegen die Maßnahmen, die seit den letzten Monaten vor Beginn des Prozesses gegen Knut Folkerts verhängt wurden, um seine Verteidigung massiv zu behindern:

- Zwei Anwälte wurden gegen den ausdrücklichen Willen von Knut Folkerts verpflichtet, während die Verpflichtung des Verteidigers seines Vertrauens abgelehnt wurde, wodurch die finanzielle Absicherung wegfällt, ohne die kein Anwalt in einem solchen Großverfahren tätig sein kann.

- Die Briefzensur wurde weiter verschärft, Bücher und Zeitungen zensiert oder gänzlich zurückgehalten.

- Die vollständige Isolation zielt darauf ab, seine Konzentrations- und Arbeitsfähigkeit im Hinblick auf den Prozeß zu zerstören, ebenso die verstärkt gegen ihn laufenden Strafmaßnahmen, wie z.B. die Anordnung einer allabendlichen Entkleidung und körperlichen Durchsuchung. Als Knut sich weigerte, diese entwürdigende Maßnahme freiwillig mitzumachen, wurde er von einem Rollkommando zusammengeschlagen.

- Seit seiner Verlegung nach Stammheim wird ihm auch der Hofgang verweigert, so daß er 24 Stunden in der Zelle verbringen muß.

- Alle diejenigen Besucher, mit denen Knut eine politische Auseinandersetzung über den Prozeß führte, wurden abgelehnt. Diese Besuchsverbote gipfeln darin, daß selbst dem Bruder von Knut jeder weitere Besuch für immer verboten werden soll!

Wir betrachten dieses Besuchsverbot gegen einen Angehörigen als einen exemplarischen Angriff auf alle Angehörigen, um somit uns alle Schritt für Schritt von dem Kontakt zu den Gefangenen abzuschneiden. Selbst in lateinamerikanischen Militärdiktaturen bleibt das Recht auf ungehinderte Angehörigenbesuche weitgehend unangestastet, die BRD scheint jedoch auch in dieser Hinsicht richtungsweisend zu sein.

In das wissenschaftliche Hirnwasche- und Konditionierungsprogramm, das gegen die politischen Gefangenen läuft, sollen damit auch die Angehörigen miteinbezogen werden, um die Zellen weiter dicht zu machen. Die Erschwernisse, wie weite Anreise über hunderte von Kilometern, die

teilweise Anwendung der Trennschleibe, das Verbot des körperlichen Kontakts (Umarmung etc.), Beschränkungen des Gesprächsthemas, Schikanen durch die Beamten vor und während der Besuche, entwürdigende Behandlung bei der körperlichen Durchsuchung, sowie die vielfältigen Einschüchterungsversuche, die Androhung von Kriminalisierung, polizeiliche Überwachung und beobachtende Fährdung sogar über die Grenzen des europäischen Auslands unter Einschaltung von Interpol, haben uns nicht abhalten können und werden uns auch künftig nicht abhalten, die solidarische Beziehung zu unseren gefangenen Angehörigen aufrechterhalten, und weiterhin um den Kontakt mit ihnen zu kämpfen!!!

Abkündigung der Isolationsfolter! Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen zu 15! Ungehinderte Besuche für Angehörige!

Verpflichtung des Vertrauensanwalts von Knut Folkerts!

Westberlin: BUG-Info-Prozeß eingestellt

Das Westberliner Kammergericht hat mit Beschluß vom 2. Juni 1980 den sogenannten „BUG-Info-Prozeß“, in dem sich zwei angebliche Mitherausgeber des Sponti-Blattes „BUG-Info“ wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ und ähnlichen mehr verantworten sollten, eingestellt.

Der Einstellung war vorausgegangen, daß das Gerichtspräsidium das Verfahren einem anderen als dem eigentlich zuständigen Strafsenat zugewie-

sen wissen wollte und die Akten deshalb seit dem 30. August letzten Jahres erstmalig liegengeblieben waren. Der dann für den Prozeß vorgesehene - vermeintlich besonders geeignete - Richter Zelle, der durch den Agit-Umgang mit Sponti-Zeitungen hatte (Urteil: Knast ohne Bewährung) entpuppte sich dann freilich als besonders ungeeignet: Seine eigenen Richterkollegen mußten einem Befangenheitsantrag der Verteidigung stattgeben, der auf Zelles Richtertätigkeit

im Agit-Drucker-Prozeß gestützt war. Und über diesem ganzen Hin und Her ist der Vorwurf gegen Gert Müller und Gerald Endres schließlich verjährt!!

Merke (und das gilt besonders für das Westberliner Teufel-Gericht): Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Im nächsten AK folgt ein längerer Prozeßbericht.

IKAH

Santa Fu: Interne Gefangenen Selbsthilfe gegründet

„Am 16.2.1980 haben wir, eine Gruppe Gefangener der JVA II, Hamburg-Fuhlsbüttel (Santa Fu), als Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit den Verein **INTERNE GEFANGENENSELBST-INITIATIVE e.V.** gegründet.“

Diese Gründung wird von der Hoffnung getragen, daß wir Gefangenen uns nunmehr besser und effektiver gegen jegliche Art von „Unrecht“, wie u.a. Willkürmaßnahmen und Repressalien wehren können.

Dies ist von elementarer Bedeutung, da allein schon der Verdacht gegen einen Insassen ausreicht, um ihn auf unbestimmte Zeit in der Isolationsstation oder dem Hochsicherheitsstrakt verschwinden zu lassen.

Für Gerechtigkeit im Strafvollzug und seine Humanisierung werden wir energisch kämpfen - unter Berufung auf § 160 Strafvollzugsgesetz.

Dieser Paragraph bietet die Beteiligung der Gefangenen an der Lösung von Problemen im Vollzug, welche von gemeinsamen Interessen sind, an - aber auch die Mitverantwortung.

Wir setzen uns ein für einen sinnvollen, menschlichen Strafvollzug, in welchem die Rechte tatsächlich beachtet werden und der Gefangene in optimaler Weise auf ein Leben in Freiheit vorbereitet wird.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen, innerhalb der Gesellschaft mehr Verständnis und auch „aktives“ Interesse für den Gefangenen und seine Situation aufzubringen.

Wir bitten um Solidarität und ideale sowie materielle Unterstützung.

Hamburg, den 9. Juni 1980

INTERNE GEFANGENENSELBST-INITIATIVE e.V.
Am Hasenberge 26
2000 Hamburg 63

Kongreß und Festival „Jugend gegen Kriegsdienst“ der DFG/VK in Hamm 13.-15. Juni

Wäre es als eines jener Festivals angekündigt worden, bei dem sich all die Gruppen in trauriger Eintracht treffen, die sich schon seit Jahren in allen wichtigen Fragen völlig einig sind und immer wieder mit sich selbst Bündnisse eingehen - ich glaube, wir wären nicht nach Hamm gefahren, zumal der DFG/VK-Kongreß ja (peinlicherweise!) parallel stattfand zu Rock gegen Rechts in Frankfurt. Aber die Ankündigung, dieser Kongreß solle zum „Treffpunkt für alle Rüstungsgegner werden, bei dem Erfahrungen des Friedenskampfes ausgetauscht und neue Anregungen gesammelt werden können“, („TAT“, 4.6.80), hatte uns gespannt gemacht, und auch das Programm für die 3 Tage ließ Interessantes erwarten: Diskussionsrunden zu Themen wie Ökologie und Frieden, Frauen und Bundeswehr mit Podiumsteilnehmer(innen) mit unterschiedlichen politischen Standpunkten, ein antimilitaristischer Info-Markt mit 15 verschiedenen politischen Gruppen und Organisationen, ein Musik- und Kulturprogramm, wo sogar Ins Deter mit engagierten Frauenliedern nicht fehlte. Sollte es wirklich so sein, daß der traditionelle Teil der Friedensbewegung erste Ansätze macht zu einer solidarisierenden Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit anderen Strömungen der antimilitaristischen Bewegung?

Die Diskussionen: Frauen und Bundeswehr

Gleich zu Beginn des Festivals, am Freitagabend, gab es die erste spannende Kontroverse zum Thema „Frauen

Freitagabend, gab es die erste spannende Kontroverse zum Thema „Frauen und Bundeswehr“ war Alice Schwarzer geladen, und sie stellte sich der Diskussion. Etwas verwunderlich, daß sie einen ganzen Abend allein zur Verfügung hatte, während sich am nächsten Abend sieben antimilitaristisch engagierte Frauen gemeinsam das Podium teilen mußten. Nun ja, als Star hat seine/ihre Ansprüche bzw. Vorgaben.

„Ich habe nie gesagt, „Frauen in die Bundeswehr“, wie es mir so häufig in der Presse unterstellt wurde“, argumentierte Alice Schwarzer, denn „ich wäre natürlich die erste, die den Kriegsdienst verweigern würde“. Ihr Interesse sei es vielmehr, ohne ständige Diffamierungen einmal öffentlich darüber nachzudenken, warum Frauen der Zugang zur Bundeswehr verweigert wurde.

Andererseits stellte sie dann wieder ihre (altbekannte) Forderung, den Frauen selbstverständlich den Zugang zu eben dieser Bundeswehr zu ermöglichen: „Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens für die Frauen zu öffnen, daß ist mein radikalfeministischer Anspruch“ (Zitate: Westfälischer Anzeiger, 14./15.6.).

Als ihr Ziel formuliert sie dann, „Sind das Getriebe dieses Systems zu streuen“ und forderte deshalb, „eine ganz eingeschlossene Bewegung zur Abschaffung der Bundeswehr“. Etwas kurzschichtig (gerade angesichts der aktuellen Kriegsvorbereitungen) meinte sie, daß es sexistisch sei, den Frauen den Zugang zum Bund zu verweigern. Es müsse ihnen erst Mal dieses Recht zugestanden werden, und dann können sie es ja verweigern. Daß aus dem Recht sehr schnell eine Pflicht werden kann, die das Gros der Frauen ausführen müßte, fällt ihr anscheinend nicht ein.

Im Saal war die Stimmung 90 zu 10 Prozent. Nachdem Alice immer wieder in Frage gestellt wurde, verstieg sie sich schließlich wütend zu der Behauptung, sie hätte in die Frauen aufgefordert, zum Bund zu gehen. Und wenn man ihr nicht zuhören würde, wäre das ein „faschistischer Umgang“ mit ihr, was sie sich nicht bieten lassen würde.

Nach 2 Stunden stellte sie fest, daß alles gesagt sei und verließ den Saal, ohne sich um die vielen Rednerinnen zu kümmern, die sich noch zu Wort gemeldet hatten.

Bei einem weiteren Gesprächsforum zum Thema „Frauen und Bundeswehr“, diesmal ohne Alice, konnte frau/man dann schon eher die Meinung von engagierten Teilen der Frauenbewegung erfahren: Sabine Zurmühl von der Courage kontierte gegen die „scheinbar emanzipatorische Arbeit an der Waffe“, denn schließlich hätte es keine Kriege gegeben, wenn nicht Frauen Infrastrukturarbeit dazu geistet hätten. Außer dem hätten Militär und Krieg negative Auswirkungen auf Familien - und

Liebesstrukturen, denn „Frauen versuchen dem zu entkommen, was Männer im jeweils feindlichen Land anrichten“. Auch den Begriff „Friedensdienst“ stellte Sabine als falschen, harmonisierenden Begriff heraus, denn ihrer Meinung nach sollte es überhaupt nicht akzeptiert werden, einen Dienst zu leisten, der unter Umständen das „Inganghalten“ einer Kriegsmaschinerie erst möglich macht. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die Kurzausbildung der Schwesternhelferinnen hin, die sich verpflichten müssen, im Krisen- und Kriegsfall Dienst zu tun. Sabine folgte daraus: „Krieg hat geschlechtsspezifische Formen“, d.h. es gibt eine zivile Seite des Kriegs, der andererseits mit Waffen geführt wird. Wenn die zivile Seite des Kriegs nicht abgebaut ist, werden keine Kriege geführt werden können. Dies heißt natürlich umgekehrt auch, daß Frauen bislang an jedem Krieg beteiligt gewesen sind. Soll der Krieg verhindert werden, brauchen sich die Frauen ihrer Meinung nach nicht zu „scheinmanipulieren“, indem sie sich durch Verweigerungsverfahren vom Kriegsdienst befreien lassen, dann aber vielleicht einen Zivildienst leisten müssen, der genauso den Kriegsvorbereitungen diene!

Ruth Gruber, Landesfrauenleiterin der IG Druck und Papier, stellte es als einen Erfolg heraus, daß die Bundesfrauenkonferenz ihrer Organisation im März einen Antrag formuliert hat, der entschieden sein sagt zur Wehrpflicht für Frauen und auch zum „freiwilligen“ Eintritt von Frauen in die Bundeswehr Bundeswehr und Unternehmerverband gehe es ihrer Meinung nach darum, „Arbeitslose von der Straße zu bekommen“, andererseits die durch die Auswirkungen des sogenannten „Pillenknicks“ (der allerdings erst in 10 Jahren eintreten werde) entstehenden Rekrutierungs-lücken beim Militär zu ersetzen. Statt Raketen sollten Kindergärten und Kinderkrippen, statt Rekrutierungsplätze sollten lieber Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bernadette Ridard von den Graswurzel-Revolution kam zu dem Schluß, daß nur die Totalverweigerung sinnvoll sein könnte, damit Brüder und Schwestern nicht aufeinander schießen.

Mechthild Jansen (DFJ) wies auf die aktuelle Kriegsfahr hin, die von Carters Ölkriegsplanen ausgehe; dies werde auch durch den NATO Rüstungsbeschluß und die Militäraktion im Iran deutlich. Deshalb sei es heute die wichtigste Aufgabe, den Krieg zu verhindern, denn die BRD und die DDR seien die ersten Opfer eines solchen Krieges. Die Entspannungspolitik müsse fortgesetzt werden, d.h. auch, daß die Rechtskräfte, die die Unterordnung unter die USA gefordert haben, sich bei uns nicht weiter durchsetzen dürfen, denn das würde auch zu einer weiteren Militarisierung unserer Gesellschaft führen, in der dann auch bedingungsloser Gehorsam gefordert würde. Deshalb gelte es, Strauß zu verhindern, und „nein“ zum Frauenwehrdienst und zu jeder weiteren Militarisierung zu sagen.

Ähnlich allgemein behandelte Renate Jandien (DFG/VK) das Problem. Sie sprach sich dafür aus, gemeinsam mit den Männern Alternativen zu entwickeln und stieß grundsätzliche Forderungen nach Abrüstung in Ost und West. Renate betonte: „Die Sicherheit wird nicht durch den Pillenknick, sondern durch das Vertrauen gefährdet.“

Eva Quistorp von der „Anstiftung der Frauen zum Frieden“ meinte schließlich, daß es schon fast zu spät sei für gemeinsame Aktionen und skizzierte den Anspruch nach einer möglichst breiten Protestbewegung. Sie rief zur Solidarität mit den Gorlebenfrauen auf. Frau war sich in dieser Diskussion einig, daß jegliche Kriegsdienste für Frauen abgelehnt werden müssen.

Am Rande des Kongresses fand schließlich noch ein Arbeitstreffen von aktiven Frauen aus der antimilitaristischen Frauenarbeit statt. Neben einem Erfahrungsaustausch und Informationsaustausch über die verschiedenen Ansätze der örtlichen Arbeit wurde hier angeregt, zu Beginn des nächsten Jahres ein Arbeitstreffen von möglichst vielen aktiven Frauen zu organisieren.

Jugend gegen Rechts - Stoppt Strauß

Wie im Programmheft des Kongresses angekündigt, trafen sich verschiedene

Anti-Strauß-Initiativen im Rahmen des Kongresses. Allerdings wurde nicht angekündigt, daß es sich hierbei weitgehend um die „Stoppt Strauß - Jugend gegen Rechts“-Initiativen handelte. Reinhard Opitz (Köln-Initiative-VVN) betonte zwar in seinem Einführungsreferat die Notwendigkeit, die Anti-Strauß-Bewegung nicht mit einer Wahlinitiative zu verwechseln. Auf die Frage allerdings, nach welchem Modus denn die Anti-Strauß-Initiativen eingeladen worden seien, bekam ein Diskussionssteilnehmer zu hören, daß es sich hierbei weitgehend um die Initiativen handelte, die den Köln-Aufruf unterstützen würden. „Begründet“ wurde dies damit, man habe die Adressen der anderen Initiativen eben nicht gehabt.

In der Diskussion wurde problematisiert, ob die Anti-Strauß-Initiativen sich nicht zum Wahlhelfer der SPD machen würden; so berichtete ein Vertreter einer Neuer Initiative, daß sie kurz davor stünden, sich aufzulösen, da man nicht Schmidt unterstützen wolle; schließlich sei auch unter der SPD-Regierung die Demokratie weiter abgebaut worden. Von einem Diskussionssteilnehmer wurde dann noch der desolate Zustand einiger Anti-Strauß-Initiativen bedauert. Dies liegt oft daran, daß man Schwierigkeiten habe, sich inhaltlich zu fassen. Es gäbe aber da doch die Möglichkeit, sich zum Beispiel an die SDAJ oder an andere Verbände zu wenden, die mit der Organisation solcher Initiativen mehr Erfahrung hätten. Er könne eine Initiative, die

waren“ („UZ“, 16.6.). Der Widerstand gegen die NATO-Beschlüsse, so meint die „UZ“ vom 18.6., sei das „Hauptthema“ des Festivals der DFG/VK gewesen. Schade nur, daß es kaum dazu kam, über konkrete Perspektiven und Möglichkeiten dieses Kampfes zu diskutieren.

Ökologie und Frieden

Pluralistisch besetzt war das Podium bei diesem Gesprächsforum: Roland Vogt (BBU-Vorstand), Gunnar Matthiesen (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit), Hans Bubenzer (DFG/VK), Terry Provance (Koordinator der amerikanischen Ökologie- und Friedensbewegung) diskutierten über die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktionen von Friedensbewegung und Umweltschutzorganisationen. Roland Vogt meinte, die NATO-Raketenbeschüsse hätten auch in der Ökologiebewegung einen Bewußtseinswandel bewirkt. „Die Gefahren der atomaren Rüstung, der Vorbereitung auf die chemische Kriegsführung, die Vernichtung von Erholungsgebieten durch Truppenübungsplätze - all das sind Berührungspunkte für den gemeinsamen Kampf“ („UZ“, 18.6.). Für das KOFZ bezeichnete Matthiesen Krieg und Rüstung „als die höchste Form der Umweltvernichtung überhaupt. Das bedeutet, daß wir zusammengehen müssen, wenn wir gemeinsam überleben wollen“. Die neuen amerikanischen Atomraketen, die in Europa Millionen Menschen vernichten können, sind die größte Bedrohung, der wir ausgesetzt sind.“

Entscheidungen würden nach militärischen Gesichtspunkten getroffen, nicht nach der Glaubwürdigkeit einer Gewissensentscheidung. Die Möglichkeiten, dort als Betätigter wirkungsvoll einzugreifen, sieht er inzwischen als aussichtslos an, denn selbst wenn in der ersten Instanz einmal positiv entschieden würde, hätte die nächsthöhere Instanz die Möglichkeit, diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Aus all diesen Erfahrungen heraus stelle er die Forderung nach vollständiger Abschaffung des diskriminierenden Prüfungsverfahrens auf.

Coppik versuchte es gleich zu Beginn mit einem „appritigen“ Linksausschlag. Er begrüßte den VS, der sich ja sicherlich auch im Saal befände. Er charakterisierte die heutige Situation als eine Phase, in der es Kriegsfahr und eine zunehmende Militarisierung gäbe, deswegen sei die Krepalionsverweigerung heute so wichtig. Schwierig sei heute allerdings die Verteidigung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, da zunehmend konservative Verfassungsrichter am Werk seien. Das wichtigste am Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei es, daß jetzt nur noch ein neues KDV-Gesetz mit Zustimmung einer Altparteienkoalition gemacht werden könne. Dies sei eine sehr schwierige Situation, und er bat das Publikum, doch bitte selber Vorschläge zu machen, wie dies denn gelöst werden könne. Seiner Meinung nach gebe es nur zwei Alternativen: Entweder man akzeptiere ein Gesetz, mit kleinen individuellen Verbesserungen für die Kriegsdienstverweigerer, was insgesamt allerdings die Kriegsdienstverweigerung diskriminiert; oder aber man gehe grundsätzlich in Konfrontation.

In der Diskussion wurde Coppik dann allerdings auf die Mitverantwortung der SPD am BVO-Urteil „aufmerksam“ gemacht: Schließlich habe sie die (gefälschten) KDV-Zahlen, mit denen das Bundesverfassungsgericht gearbeitet hätte, nicht richtig gestellt. Coppiks Antwort: Dieser Vorwurf treffe die Bundesregierung, aber nicht die SPD, da müsse man unterscheiden.

Und dann wurde er ganz grund-sätzlich: Die stärkste Linke innerhalb der BRD sei schließlich immer noch die Linke in der SPD; es seien 40 % in der SPD, die sich gegen die Militarisierung, für die Rücknahme der Rüstungsbeschüsse und der Militärhilfe für die Türkei einsetzen würde. Wenn diese auch so starke Linke in der SPD als „Alibi“ bezeichnet werde, dann müsse noch viel mehr Teilen der übrigen Linken Alibifunktion zugesprochen werden.

Eine weitere Diskussion stand unter dem Thema: Zivildienst 1970 - 1980: Bestandaufnahme. Hier gab es ein fast schon bunt besetztes Podium: Gerd Bauz (Sprecher der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, 1970); Henning Schierholz (Friedensforscher, Referent für staatsbürgerliche Bildung im Zivildienst); ein Vertreter der heutigen SÖDZDL; Vertreter der „Gruppe kollektiver gewaltfreier Widerstand/Totalverweigerer, ein Vertreter des Sozialistischen Büros (SB).

Gerd Bauz stellte die Entwicklung des Zivildienstes (ZD) seit der Studentenrevolte dar: Die ersten Versuche des Bundesamtes für Zivildienst, Kasernen für Zivildienstleistende (z.B. in Schwarmstedt) zu bauen und wie es den damaligen ZDLs gelang, durch Streiks und Öffentlichkeitsarbeit diese Pläne teilweise zu durchkreuzen.

Henning Schierholz stellte einige Thesen in den Raum - unter den Zivildienstleistenden ist kaum Bewegung zu erkennen; - die Orientierung, daß Zivildienst Friedensdienst bedeute oder bedeuten kann, ist nach wie vor richtig; - Hauptaufgabe der ZDLs im kommenden Jahrzehnt sollte die Arbeitsplatzgestaltung an ihren Dienststellen sein (Slogan: „arbeitsmarktpolitische Neutralität“). Die restlichen Thesen waren noch gewagt:

- diejenigen, die dem Zivildienst jegliche friedenspolitische Bedeutung absprechen, haben zur Desorientierung der ZDLs beigetragen (speziell waren die Totalverweigerer angesprochen); - das Konzept der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SÖDZDL) hält er für gescheitert und schlägt die Auflösung der SÖDZDL in die DFG/VK vor.

Fortsetzung nächste Seite



sich einfach dem Köln-Aufruf angeschlossen habe, mit der Begründung: „Der gefällt uns!“ Damit könne man sich eben viel Streit und Arbeit ersparen und schneller zur praktischen Arbeit kommen (... und ich mich versch“, schwups bin ich in der DehKahPeh).

Bei dieser Mentalität sicherlich nicht verwunderlich, daß die großen Erfolge der Anti-Strauß-Bewegung - nach Reinhard Opitz beispielsweise die Wahlserdlage der CDU in Nordrhein-Westfalen ausschließlich dem eigenen Bündnis zugeschrieben wurden.

Atomraketen - nein dankel

Viel Prominenz, aber leider wenig inhaltlich Neues, gab es bei diesem Diskussionsforum, bei dem es vor allem um den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO und die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa ging. „Prominente Referenten wie der französische Admiral a.D. Antoine Sanguinette, wie der Wissenschaftler Professor Hufschmidt und Professor Boos machten die Gefahren des NATO-Beschlusses über die Stationierung der neuen US-Atomraketen in Westeuropa deutlich, wiesen die Lüge von einer sowjetischen Bedrohung und Überrüstung zurück und ermunterten zu Aktionen, um die Vorhaben der NATO zu verhindern. Deutlich wurde bei dieser Diskussion der einheitliche Wille aller Teilnehmer, sich entschieden und gemeinsam gegen die neuen Raketen einzusetzen, auch wenn unterschiedliche Motivationen und Begründungen vorhanden

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst

Zwei Podiumsdiskussionen und eine KDV-Scheinverhandlung gaben zu diesem Thema; geplante Arbeitskreise mußten leider mangels Interesse ausfallen. Über die weiteren Perspektiven der neuen KDV-Gesetzgebung diskutierten am Samstag Manfred Coppik (SPD), Sigfried Stasig (Sozialarbeiter und Ex-Besitzer in einem Prüfungsausschuss und als Diskussionsleiter Heinrich Häberlein (DFG/VK). Die FDP und die Junge Union hatten ohne Begründung abgesagt, die CDU hielt es gar nicht erst für nötig zu antworten. Auch die „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer“ hatte abgesagt - wegen starker Belastungen sei niemand in der Lage zu kommen.

Häberlein meinte in seinem kurzen Einführungsbeitrag, es sei eine Tendenz zum Arbeitsdienst im Zivildienst erkennbar; deutlich werde dies z.B. in den Versuchen, Zivildienstleistende zu kasernieren und den Einsatz im nicht-sozialen Bereich auszudehnen. Stasig berichtete von seinen Erfahrungen bei den Anerkennungsverfahren: Er war Besitzer, weil er gedacht hat, er könne dort, von seiner Position als Antimilitarist aus, die Konflikte zu spüren; aber er habe die Erfahrung gemacht, daß dies vor den Prüfungs-kammern nicht möglich sei. Die Menschen würden dort mit Fäulen getrieben, vergewaltigt durch die Militärenten, die die Gewissensprüfungen durchführen. Mit einer Darstellung einer Gewissensentscheidung habe das Ganze überhaupt nichts zu tun; die

Friedenstreffen in Mainz

Am 16. und 17.6. trafen sich in Mainz verschiedene Gruppen aus der Friedens- und Ökologiebewegung zu einer „Koordinierungskonferenz Aktionen gegen Rüstung und Atom“ (vgl. auch AK 178, S. 2). Dieses Treffen geht zurück auf eine Initiative des Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gemeinsame Aktionen gegen Aufrüstung und Militarismus sowie gegen „zivile“ Nutzung von Atomenergie durchzuführen. Im Hintergrund steht dabei die Vorstellung, zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Ökologie- und Friedensbewegung zu kommen.

An der Podiumsdiskussion vor ca. 150 Personen (16.6.) nahmen teil: Eva-Maria Bannach-Epple und Hans Bubbenzer von der DFG/VK, Uwe Stehr (SPD), J. Bernd Runge (LDP), Karl Kerschke (Die Grünen), Solange Fernex (Famnes pour le paix), Wolf Schenke (Neue Politik) und Wolfgang Harich. Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die verschiedenen Modelle zur Friedenssicherung. Sie reichte von der Abschreckungsphilosophie (SPD, FDP) über die Forderung nach Blockfreiheit bis zur Idee, die Politik von der militärischen Gewalt abzukoppeln.

Dem Koordinierungstreffen am 17.6., an dem sich zur Hauptsaße Bürgerinitiativen aus dem BBU (Rheinland-Pfalz, Emsland) und Gruppen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (z.B. DFG/VK, DFL, DFU, DKP) beteiligten, insgesamt etwa 150 Personen, lagen Vorschläge von BBU und DFG/VK für eine Herbstaktion gegen „zivile“ und militärische Atomanlagen vor.

Hans Bubbenzer (DFG/VK) hatte in einem Aufruf Entwurf des ursprünglichen Motto einer solchen Aktion: „Atomanlagen und Atomwaffen - gemeinsam abschaffen! umgewandelt in „Atomketten verhindern - Kernkraftwerke stilllegen“. Kontroversen tauchten daran auf, daß in seinem Entwurf speziell zum „Sonnen Atomprogramm“ die Rede ist, daß F.J. Strauß als „Wortführer“ einer Kalten Krieg-Politik hervorgehoben wird (während die SPD gar nicht erwähnt wird) und daß der Streit um Atomwaffen als zentral auf die Forderung: „Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und BRD“ reduziert wird. Das Annehmen der KOFAP-Gruppen, die sonst so gern vom „Konsens-Prinzip“ ausgehen, den Entwurf mit ihrer Mehrheit einfach zu verabschieden, ihn zumindest aber zu Grundlage der weiteren Diskussion zu machen, konnte vom BBU vereitelt werden. Insofern ist für den Aufruf noch so ziemlich alles offen.

Neben Vorschlägen zu diversen Friedenskampagnen im Herbst einigte man sich vorläufig auf eine zentrale Demonstration im September zwischen dem 13. und 28. an einem Samstag oder Sonntag von einem „zivilen“ Atomprojekt zu einer Militäranlage (entweder im Emsland oder vom AKW Mülheim-Kärlich nach Koblenz).

Über Ort und Zeit der Aktion soll endgültig auf einer erweiterten offenen Koordinierung am 12. und 13. Juli in Bonn (ab 10 Uhr, Gaststätte Rheinterrasse, Estermannstr. 133) entschieden werden. Anmeldung beim BBU, Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21.

Bereits am 29.6. soll ein „Arbeitsausschuß“ einen Konsens für den Aufruf finden. Dieser Ausschuss ist zugleich Trägerkreis für die Aktion (Die Zusammensetzung des Ausschusses (8 Gruppen aus der Ökologiebewegung, 3 Gruppen der Friedensbewegung, 3 Gruppen der Frauenbewegung, 2 Gruppen der Menschenrechtsbewegung) war von dem Willen geleitet, ein möglichst pluralistisches Bild ohne Dominanz eines Teils zustande zu bringen. Das Feldchen um einzelne Gruppen (deren Mehrheit übrigens noch gar nichts von ihrem Glück weiß!) hinterließ dabei einen bitteren Nachgeschmack. Das mag aber vor allem daran liegen, daß bislang diese an sich unterstützenden Initiativen gemessen an der anzureisenden Breite der Aktion noch nicht aus ihrer Hinterzimmer Diskussion herausgekommen ist. Die Einladungen waren bislang entweder sehr kurzfristig und/oder sehr begrenzt ausgesprochen worden. Insofern kann zur Zeit noch nicht die Rede davon sein, daß die Umweltschutz- und die Friedensbewegung die Aktionsvorschläge wirklich tragen. Bislang dominierten BBU und DFG/VK noch eindeutig die Szene.

Jedoch verdient es die Initiative dieser beiden Gruppen, stärkeres Interesse bei Initiativen aus Umwelt- und Friedensbewegung zu finden, zumal es wichtig ist, vor den Bundestagswahlen ein deutliches Zeichen gegen den Ausbau des Atomprogramms und gegen die Kriegsvorbereitungen zu setzen.

Das neue BtmG Anatomie eines Gangsterstücks

Am 26. Juni 1980 wurde vom Bundestag das neue Betäubungsmittelgesetz (BtmG) verabschiedet, das allerdings erst ab 1. Juli 1981 in Kraft tritt und das alte Gesetz von 1972 ablösen wird.

Damit ist nach knapp einjähriger Debatte im Hau-Ruck-Verfahren die gesetzliche Grundlage staatlicher Drogenpolitik als weiteres „sozialliberales Reformwerk“ Recht geworden. Begleitet wurde dies von einer Propagandakampagne, deren Kernsatz „Therapie statt Strafe“ die öffentliche Diskussion nachhaltig prägen konnte und hinter dem sich das gesamte Gegenteil verbirgt.

Seit dem Opiumparagrafen von 1928 hat die Vermengung von Polizei- und Drogenpolitik Tradition. Sämtliche Drogengesetze werden seitdem von dem staatlichen Anreiz durchgezogen, Verbraucher und Opfer illegaler Drogen seien ein Fall für die Strafverfolgungsbehörden anstelle einer unterstützenden Behandlung.

Der direkte äußere Anlaß für die Reformierung des BtmG sind zwischenzeitlich in Kraft getretene Übereinkommen. Diese Verträge jedoch regeln ausschließlich die Verkehrsfähigkeit psychotroper Substanzen; die strafrechtliche Fassung ist Aufgabe der nationalen Gesetze. Bei ihnen haben die bundesdeutschen Gesetzgeber allerdings davor hingelenkt, wie es nur unter den Bedingungen eines perfekten Zusammenstoßes, in enger Linie von Regierung, BKA und Pharmakonzernen, stattfinden konnte.

Chronologie des neuen innenpolitischen Schwerpunktprogramms

Bis 1978 war es still um die Drogenszene geworden. Zwar hatte sich von Jahr zu Jahr die Zahl der registrierten Heroinintoxikationen verdoppelt, aber im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen andere Themen. Nicht zuletzt durch die „Stern“-Serie „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ wurde eine publizistische Drogenwelle angeheizt, die den Boden für die folgenden politischen Schritte bereitete. Nach der Erledigung des Kapitels „Terrorismus“ wurde dem neuen Thema der innenpolitischen Vorrang gegeben. Die sogenannte Heroinwelle bot einen günstigen Anlaß. Der Polizeisystem war in diesem Bereich offensichtlich ineffizient, Gerichte und Käste meldeten Überlastung durch kriminalisierte Drogenabhängige, die Hauptanbaubetriebe für Mohn hatten sich aus Südatasien in Einflußbereiche bundesdeutscher Wirtschaft und Außenpolitik verlagert, und es wurden Rekordzahlen gemeldet. Eine aufgeschreckte Öffentlichkeit verlangte Maßnahmen. Gleichzeitig stieß der Ausbau des Modells Deutschland mit Begründung „Terrorismusbekämpfung“ auf zunehmenden (internationalen) Protest. Ein neues Drogen-Gesetz, flankiert von einem Bündel sicherheitspolitischer Maßnahmen, wurde vorbereitet. Der Bundestag beschloß am 26. Juni 1980 das neue BtmG, flankiert von einem Bündel sicherheitspolitischer Maßnahmen, wurde vorbereitet.

Febr. 79: Staatssekretär von Schäfer (FDP) fordert vor dem Innenausschuß des Bundestages, das Augenmerk stärker auf den Rauschgiftbereich zu richten.

März 79: Das Gesundheitsministerium legt einen ersten Referentenentwurf vor. Er sieht die Straffreiheit bei Besitz einer berechneten Menge zum Eigenverbrauch vor (wird später fallengelassen), ansonsten bestimmen erweiterte Straftatbestände und Anhebung der Mindeststrafen den Inhalt. Das BKA hält im Jahresbericht für 1978 die gesetzlichen Bestimmungen für ausreichend + Türkei werden als Haupt-Schmugglergruppen benannt + Todeszahl für 1978 430 + Erste völlig unkoordinierte Programme verschiedener Behörden und Ministerien.

Juni 79: Die hundertsten Verurteilungen türkischer Fachkriminalisten in den Heroinhändeln werden gerichtlich, die Vorsitzende der „Heiße Hand“ Erbekan, wird als Großdealer namentlich genannt.

Juli 79: Der christdemokratische Ministerpräsident Dr. Oskar Schröder vom Gesundheitsministerium legt nach „Einsatzzeit und mit ungetrübten Überstunden“ das sozialliberal reformierte BtmG als Entwurf vor + Der Heroinerzeugungspreis sinkt zeitweilig unter 100 Mark.

August 79: Todeszahl der gesamten Vorjahreszeit erreicht + Das BKA legt ein Sofortprogramm vor + Zahl der Heroinabhängigen 48.000 (neut. Gesetzesentwurf) 80.000 (lt. BKA), 160.000 (lt. vertraulicher Verschlusssache des Gesundheitsministeriums). Die Jugendminister fordern „kein Krieg für Heroin“.

September 79: Der Slogan „Therapie statt Strafe“ wird in der Öffentlichkeit vorgetrieben + Rauschgiftbekämpfung erhält den gleichen politischen Stellenwert wie Terrorismusbekämpfung (Innenminister Baum) + Das BKA gibt den Aufbau mehrerer Computerprogramme (FROS etc., siehe AK 173) bekannt + In Hessen wird eine „generelle Medikamentierung“ der Polizei gegen Rauschgift bekanntgegeben.

Der auch Chef der Zollbehörden und im weiteren Verlauf auch Verhandlungsführer in der Türkei und mit Kolumbiens Regierung regt eine Gesandtschaftsreise der nebenstehenden stehenden Programme an + Innenausschuß regiert Maßnahmen-Katalog zur Aufrüstung der Polizeibehörden ab + Herold spricht vom „Krieg an den Dardanelen“ + BKA gibt Jahresverbrauch an Heroin mit 10 Tonnen an + Zur „Reinigung“ der heroinverkauften Kisten werden von Regierungswegen Inspektionseinheiten vorgeschoben + CDU/CSU: Strafmilderung für Drogenabhängige nur bei Ausweisungsscheitern + Interne Familien seien keine Prävention + Koordinierung der US-Rauschgiftbehörden mit dem BKA, Einrichtung eines gemeinsamen Büros und Computers + Kabinett verabschiedet den Gesetzesentwurf.

November 79: Jugoslawien und andere Balkanländer langjährige Transaktionswege werden in die Verkleidung einbezogen und mit westdeutscher Technik sowie Computertechniken ausgerüstet + Der Zollcomputer „Jasol“ zur Erfassung aller Zollverfahren wird aufgebaut + „Links“ im Bundestag protestieren gegen den Verherrlichungsgehalt im neuen BtmG, als Kirchen um Bundesrats + Lt. Gesundheitsministerium „steigert“ die Drogensituation (48.000 konst.) +

Dezember 79: Der Bundestag (CDU/CSU-Mehrheit) setzt Strafen im Entwurf hoch + Innenministerkonferenz beschließt gemeinsames Konzept auf Länderebene und Einrichtung einer Arbeitsgruppe für „Sonderprogramme Rauschgift“ (Vorsitz: A. Stämpfer) + Drogenberatungsstellen sprechen sich bundesweit gegen die Vorlage aus und bestimmen die Zahl der Abhängigen auf 160.000.

Januar 80: Herointote 1978: 615 (lt. BKA), 3.000 bis 5.000 (Hochrechnung unter Einbeziehung der Dunkelziffern, AK) + Baum distanziert sich vom Entwurf, da Therapieparagrafen fehlen + Jahresverbrauch lt. „Spiegel“ 16 Tonnen + Justizminister Vogel meldet juristische Bedenken an: „keine Sonderregelungen (so genanntes Therapie) für Drogenabhängige“ da 1. Schuld und Strafbuch nicht getrennt werden können und 2. für Alkoholiker auch keine Ausnahmegesetze bestehen, solange Therapieplätze fehlen (Ländersache), muß eben weiter bestraft werden + Gesundheitsministerium bezeichnet Drogenabhängigkeit als „abweichendes Verhalten“ + 1. Lesung im Bundestag + BKA Jahresbericht für 79: 80.000 ermittelte Straftäter (unter 1 Tausendstel mittlere und Großdealer), 207 kg Heroin beschlagnahmt (entspricht 2% des Gesamtverbrauches nach BKA-Zahlen in Wirklichkeit unter 1%) + Innenministerium keine Anzeichen für Drogen-Tendenzwende.

Februar 80: Zulieferung an Heroin refinanziert durch bundesdeutsche Chemikonzerne werden bekannt (siehe AK 172) + Baum in USA, informiert sich über Knochentherapie, grenzübergreifende Aufklärung und Methadon-Programme + Umsetzung bzw. Gleichstellung der Polizeiprogramme von Terrorismus auf Rauschgift in vollem Gange + Studie der FU-Berlin schätzt doppelte Anzahl von Abhängigen als von Senatssatz angegeben; Hauptanteil der Abhängigen kommt aus der „Unterwelt“ + Die Auslandspresse berichtet von steigenden Rebellengruppen, die Waffen mit Opiem beziehen.

März 80: Junes lehnen BtmG ab + Drogenentwurf für Auslandsvertretungen vor den vorgeschlagenen + Dörries: täglich 250 Suchtkranke mehr (Alkohol, Medikamente und Opiate) + 8,6 Tonnen Jahresverbrauch Heroin lt. Baum + Gesundheitsministerium schmettert alle Bedenken hinsichtlich ei-



Die Gleichstellung von Heroin und Opiaten ab (siehe dazu AK 178) +

Ein Volk von Kriminellen?

April 80: Im Zusammenhang mit Rauschgiftbekämpfung legt Baum den „konsequenzen Ausbaues des BGS zur Bundespolizei“ + Gesetzverabschiedung gerät unter Zeitdruck + Einigkeit zwischen Huber, Vogel und Baum hinsichtlich Strafmilderung, Therapieparagrafen gelten nur bei Strafen unter zwei Jahren + Therapie-Einrichtungen der Bundestage mit einem Drittel Bußen und Ministerpräsidenten, 80% Mediziner, Psychologen und Drogenbeauftragten, 3 Drogenberatern (davon zwei aus repressiven Einrichtungen), kein Betroffener, kein Sozialarbeiter +

Mai 80: Heroinhändler wählen Zollcomputer ein + Durchleuchtung von Post- und Gepäckstücken aus „Drogenländern“ mit speziellen Wächterstrahler-Geräten + Einigung über Therapieparagrafen + Hamburg: Hälfte der Vorjahreszahlen bereits überschritten + SPD-Initiative für lebenslange Freiheitsstrafe für Großdealer +

Juni 80: BGH regnet Spitzelwesen und agentenprocurator-Tätigkeit von Rauschgiftbullen höchstzulässig ab + CDU/CSU: Kampf gegen Drogenmissbrauch dient dem „Schutz der gesunden jungen Menschen“ + Berliner Untersuchung rechtfertigt Gesamtzahl der Heroinabhängigen in der BRD mit 160.000 hoch, Jahresverbrauch deshalb 30 Tonnen + Bundesweit scheitern Abmachungen über die Nichtveröffentlichung von Todesfällen getroffen zu sein + Rechtsausschuß für lebenslang, Jugendausschuß dagegen, es bleibt bei 15 Jahren Höchststrafe + Antwort von Baum auf Anfrage der CDU/CSU: 45.000 Filer, Hauptimport aus Nord- und Mittelamerika, Einflußnahme auf Polizeibehörden im Ausland wird weiterhin verstärkt, leider aber unter „Jugendschutz“ Verheimlicht in den betreffenden Ländern (Türkei u.a.), keine „Drogenentwurf“, dafür weiterhin BKA-Experten im Ausland +

28. Juni 80: Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag + Frau Huber bezieht die Zahl der Abhängigen auf 48.000, für 1980 gibt das BKA voraussichtlich unter 500 Herointote an + Auf Empfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit entfällt der Verherrlichungsparagraf (§ 28.11) +

1. Juli 1981: das Gesetz tritt in Kraft (kann im Wahlkampf also noch als sozialliberales Reformwerk angepöbeln werden, bevor die praktische Umsetzung auf Länderebene geklärt ist) +



„Vorbeugung...“

meinechten und Freundeskreise, in denen mindestens ein Mitglied bekanntermaßen kiffte oder fixte; Verherrlichung des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln (neu, gilt für Monas, Beatles, Jefferson, Easy Rider usw. auf, Hanfbücher, „TAZ“ und AK, z.B. wegen differenzierter Darstellung der Auswirkungen von Hanf). Dieser Abschnitt wurde kurz vor Beschlussfassung gegen den Willen der CDU/CSU zurückgezogen, vor kurzem erfolgte Beschlagnahmen zeigen jedoch, daß meine praktische Anwendung durch andere Strafrechtsabgedeckt ist.

Vorverurteilung einer Betäubungsmittelähnlichen Wirkung bei Abgabe bzw. Handel (in dieser Form neu, bisher als Betrug bestraft, wenn einem V-Mann statt Haschisch beispielsweise Knetgummi verkauft wurde oder auch als strafbares Verbrechen bei Verkauf von Puderrucker statt Heroin, ...)

Rechtschwere Fälle sind beispielsweise in den Augen des Gesetzgebers, wenn jemand Betäubungsmittel in den Verkehr bringt und dadurch die Gesundheit anderer Menschen gefährdet (also auch Junkies, die untereinander unruhiges Heroin weitergeben) oder wenn jemand über 11 Jahre BTM an unter 18-Jährige abgibt (betrifft z.B. Fixierpärchen). Strafe nicht unter einem Jahr. Weggefallen ist der „moralische Zuschlag“-Paragraph, der früher aus Grenzüberschreitung mit besonders vertriebenen Drogen einen besonders schweren Fall machte.

In weiterer Paragraph (§ 29) beinhaltet die Verbrechenstatbestände, nämlich den Begriff der Bandenbildung (alt) und das Kronzeugenprinzip (neu). Die Mindeststrafe beträgt zwei Jahre (bisher ein Jahr), Höchststrafe 15 statt 10 Jahre Freiheitsentzug. Banden sind demnach nicht nur örtliche Unterweltkartelle oder gewissermaßen türkische Gruppen, die am Heroinhandel beteiligt sind, sondern in Zukunft möglicherweise auch Wohngemeinschaften, die gemeinsam ein paar Hanfpflanzen im Fenster ziehen haben und sich mehr als einmal erwischen lassen. Dieser Tatbestand trifft bei scharfer Gesetzesauslegung ebenso auf Fixier-Cliques zu. „Trotzdem“ ist, daß milder schwere Fälle mit drei Monaten bis fünf Jahren davonkommen können.

Wer nun allerdings „freiwillig sein Wissen einer Behörde offenbart, so daß Straftaten anderer Bandenmitglieder verhindert werden können“, bei dem kann wiederum das Gericht die Strafe nach seinem Ermessen mildern. Dazu ein Beispiel aus der bestehenden Rechtspraxis: Unter dem Druck der Vernehmung und sich einstellender Entzugserkrankungen gab in einer westdeutschen Stadt ein Junkie eine Reihe Namen von Fixern und Kleinen, selbst süchtigen Händlern an, er wurde trotzdem verurteilt, das Gericht hatte ein eigenes Ermessen ...

Mit zwei Paragraphen sind im Handumdrehen also 150.000 Fixer, ein bis zwei Millionen Kiffer und al-

kümmert euch nicht um Fixer!“ Endlosungspolitik 1980. Ganz abgesehen davon eröffnet dieses Gesetz polizeilicher Willkür Tür und Tor.

Das „Herzstück“ des BtMG - Auswahl zwischen Fest und Choler

Wenn man den Aussagen der beteiligten Minister Glauben schenken dürfte, dann wären die genannten Paragraphen ja gar nicht so schlimm. Es ist ihnen schließlich gelungen, in knapp vier Monaten die „Vorrangigkeit des Therapiegedankens“ gesetzlich zu fassen, für diese Premiere hatte es seit dem Opiumgesetz von 1929 immerhin 50 Jahre benötigt.

Dieser Therapiegedanke ist immer wieder von den zuständigen staatlichen Stellen groß herausgestellt worden, auch bevor er überhaupt existierte, um ihr soziales Engagement in der Drogenfrage zu beweisen. Auch Hoffnungen von Betroffenen, daß der Gesetzgeber nun doch von der reinen Strafverfolgung abkommen könnte, knüpften sich gerade an diesen Gesetzestext.

Doch bei einer genaueren Betrachtung dieser Vorlage (am 24. 5. 80 in der „Frankf. Rundschau“ abgedruckt - alle weiteren Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich hierauf) bleibt lediglich, daß dieser Staat auf den anschwellenden Drogenkonsum wiederum nur mit Unterdrückung der Opfer reagieren will.

... trägt die Formulierungshilfe (gemeint ist die gemeinsame Vorlage der drei Minister - AK) der Erwägung Rechnung, daß der Drogenabhängige unter dem Druck einer drohenden Freiheitsstrafe eher bereit sein wird, sich einer Therapie zu unterziehen.“

Dies ist der Grundgedanke der vielgerühmten Therapieoptionen: Durch Strafandrohung soll der Drogenabhängige dazu „motiviert“ werden, sich medizinisch und psychisch behandeln zu lassen. Diese „Einrichtung“ zur Therapie will die Ministercrew „auf zweifachen Weg erreichen, indem sie einerseits dem Abhängigen in Aussicht stellt, im Falle einer freiwilligen Therapie auf die Vollstreckung der Strafe zu verzichten, andererseits aber zugleich auch deutlich macht, daß dort, wo eine solche Bereitschaft nicht besteht, die Verhängung der Strafe unvermeidlich ist.“

Bei der alleinigen Alternative Knast kann wohl kaum noch von einer freiwilligen Therapiemotivation gesprochen werden.

Ebenfalls einmal können überhaupt nur diejenigen in Therapie gehen, die eine Strafe bis zu zwei Jahren haben. Schon wenn die Gesamtstrafe bei Zusammenziehung von mehreren Strafen länger als zwei Jahre wird, ist die Möglichkeit nicht mehr gegeben.

Daraus folgt, daß alle, die nach § 29 verurteilt sind (d.h. nicht unter zwei Jahren) nur in den Genuß einer Therapie kommen, wenn sie das Strafmaß dadurch drücken, daß sie vom Kronzeugenprinzip Gebrauch machen, also sich vor Gericht soweit erniedrigen, gegen ihre „Bandenmitglieder“ auszupecken. Dadurch erhöht sich natürlich der Druck auf die Angeklagten, andere zu denunzieren.

Andererseits wird durch diese neue gesetzliche Möglichkeit, Therapie erzwangsweise zu verordnen, die Chance, Bewährung zu bekommen, immer weiter eingeschränkt. Mit dem Argument, Drogenabhängige von der Szene „rauszubekommen“ zu wollen und ihnen als Chance ihren Lebens ohne Langzeittherapie zu verordnen, wird sich ein Strafmaß von zwölf bis achtzehn Monaten einpendeln (allgemein übliche Zeitdauer bei Langzeittherapien).

Gefangene, die kein Interesse an einer Therapie haben, z.B. weil sie befürchten, dort in ihrer Persönlichkeit gebrochen zu werden, können sicherlich nicht mit Milde rechnen.

Bemerkenswert sind auch die Regelungen zur Durchführung dieser Absichten: Zunächst wird nämlich bei Therapieauflage die Strafverfolgung lediglich zurückgestellt, also keineswegs aufgehoben. Weiter heißt es unter § 31a (3): „Der Verurteilte ist verpflichtet, zu Zeitpunkten, die die Vollstreckungsbehörde festsetzt, den Nachweis über die Aufnahme und über die Fortführung der Behandlung zu erbringen, die behandelnden Einrichtungen teilen der Vollstreckungsbehörde einen Abbruch der Behandlung mit.“ D.h. nicht nur, der Therapiewille muß ständig Rechenschaft ablegen, nein, nun sollen auch die Behandlungseinrichtungen total in den staatlichen Vollzugsapparat miteinbezogen werden. Nach der Meldung eines Abbruchs führt der Betreffende zunächst wieder in den Knast ein, ein Widerspruch gegen den Vollzug hat keine aufhebende Wirkung (siehe § 31a (6)).

In der Begründung zu dieser Vorschrift liest sich das sehr menschenfreundlich: „Bricht er wegen eines Rückfalls die Behandlung ab, so muß es darum gehen, sofort die Stra-

fe weiter zu vollstrecken, um nicht zuletzt auch im Interesse des Verurteilten zu verhindern, daß er wieder über einen längeren Zeitraum der Droge ausgesetzt wird.“

Ein kleiner historischer Rückblick mag verdeutlichen, welchen Claqueur der Staat beabsichtigt. Bisherien noch Anfang der 70er Jahre alternativen Therapieeinrichtungen, die z.B. zur Wahrung des Freiwilligkeitsprinzips keine Leute aus Haftanstalten aufnahmen, so versucht der Staat nun, diese freien und andere Einrichtungen zu Handlangern seines Justizapparates umzufunktionieren, sie gesetzlich zu verpflichten, Betroffene zu denunzieren und damit wieder in den Knast zu befördern.



... Therapie und Rehabilitation müssen im Vordergrund stehen.

Bislang haben nur sehr wenige Therapieeinrichtungen sich auf eine derartige Zusammenarbeit mit dem Justizapparat eingelassen. Umso mehr gilt es zu erreichen, daß sich alle Einrichtungen geschlossen gegen ein derartiges Ansinnen wehren, andernfalls könnten die Gerichte zukünftig entscheiden, denjenigen, die sich unbotmäßig verhalten, die Aufnahme von Klienten nach diesem Paragraphen zu verweigern. Interessant ist, daß in dieser Vorlage offensichtlich von zwei verschiedenen Formen der Therapieeinrichtung ausgegangen wird. So heißt es z.B. unter § 31b (1): „Ist die Vollstreckung zurückgestellt worden und hat sich der Verurteilte in einer staatlich anerkannten Einrichtung behandeln lassen, in der die freie Gestaltung seiner Lebensführung erheblichen Beschränkungen unterliegt, so wird die vom Verurteilten nachgewiesene Zeit seines Aufenthaltes in dieser Einrichtung auf die Strafe angerechnet, bis infolge der Anrechnung zwei Drittel der Strafe erledigt sind.“

Diese Formulierung beschreibt nicht anders als Knastbedingungen, also z.B. die jetzt überall in der BRD geplanten Drogenknäste.

Liebt sich der Betroffene in einer anderen als oben beschriebenen Einrichtung behandeln, so setzt das Gericht die Vollstreckung der Freiheitsstrafe oder der Strafrestes zur Bewährung aus, sobald verantwortet werden kann zu erproben, ob er keine Straftaten mehr begehen wird.“ Hier finden wir also nur eine K a n n -Vorschrift. Oder wie es in den Ausführungen zu den Paragraphen heißt: „... wird die Anrechnung allerdings nur für den Fall zwingend vorgeschrieben, daß der Aufenthalt in der Einrichtung dem Vollzug der Strafe oder Maßregel in seiner Wirkung nahekommt.“ In anderen Fällen der Behandlung muß es dem Gericht überlassen bleiben anzuordnen, daß die Zeit der Therapie ganz oder zum Teil auf die Strafe angerechnet wird, wenn dies unter Berücksichtigung der Anforderungen, welche die Behandlung an den Verurteilten gestellt hat, angezeigt ist.“

Der Eindruck, daß mit den sogenannten Einrichtungen die Drogenknäste gemeint sind, drängt sich auf. Diese Drogenknäste und hochverschuldeten Psychiatrien werden mit dem Ziel eingerichtet, drogenabhängigen Gefangenen jeglichen Zugang zu Drogen unmöglich zu machen, was natürlich nur unter den besonderen Bedingungen der Isolation möglich ist. D.h. die wenigen Errungenschaften des modernen Strafvollzuges wie z.B. Urlaubsberechtigung müssen abgeschafft werden. Deutlich hat dies Baden-Württemberg Justizminister Lyrich am 25. 1. 80 in der „Welt“ gesagt: „Das Sicherheitsproblem ist enorm. Aber wir werden damit fertig werden.“ Er verwirft auf „keine Erfahrungen, die wir in Stammheim gesammelt haben.“ Hochsicherheitstrakt nun auch für Drogenabhängige!

Mit einigen Psychologen und Sozialarbeitern soll hier Trennscheibe und bei Bewucherverbot Therapie im Knast gemacht werden. Schon allein die Rahmenbedingungen und die Personalsituation lassen gar nichts anderes als ein durchorganisiertes Anpassungsprogramm zu. Wer nicht mitmacht, wird in den Normal-

vollzug zurückverlegt.

Das ganze Gerede um „Therapie statt Strafe“ verkehrt sich bei genauer Betrachtung ins Gegenteil: Zwangstherapie als Strafe. Die Betroffenen werden gezwungen, sich völlig vor den Gerichten zu demütigen, der Denunziation wird noch gesetzlich nachgeholfen. Dann landen sie in staatlichen Anpassungsanstalten, die viel weitreichendere Einschränkungen ihres Lebens beinhalten. Falls ihnen dieses „Zuckerbrot“ nicht schmeckt, dürfen sie wieder in den Normal-Knast zurück, ohne daß ihnen irgendwas geholfen wird.

Die freien Therapieeinrichtungen sind gleichfalls im hohen Maße von diesem staatlichen Unterdrückungsprogramm bedroht. So heißt es in der Vorlage: „... Im übrigen erscheint es unerlässlich anzunehmen, der Straf- und Maßregelvollzug werde von seiner personellen wie sachlichen Ausstattung her in absehbarer Zeit in der Lage sein, die für die Behandlung aller Therapiebedürftigen erforderlichen Voraussetzungen zu erfüllen, schon deshalb wird die Strafschuttpflege auf lange Sicht auf die Hilfe der einer Langzeittherapie dienenden Einrichtungen freier Träger angewiesen sein.“

Andererseits sind per Gesetz diejenigen Einrichtungen, b e t r o f f e n z u s e i n, in denen „die freie Gestaltung seiner Lebensführung erheblichen Beschränkungen unterliegt.“

Es bleibt also abzuwarten, ob der Staat aufgrund der knappen Therapieplätze und der überquellenden Knäste zukünftig noch stärker als bisher die freien Träger unter Druck setzen wird, auch hier knastähnliche Bedingungen zu schaffen. Eindeutig vorgeschrieben ist die Verknüpfung der Therapieeinrichtungen bereits durch die enge Einbindung in den Strafvollzug durch die Abbruchmeldepflicht. Zur Vervollständigung der staatlichen Kontroll- und Reglementierungsmöglichkeiten besteht natürlich auch wie vor kein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter, d.h. ggfs. müssen die Sozialarbeiter gegen ihre eigenen Klienten aussagen. So hat der Staatsapparat beide - Klient und Sozialarbeiter - immer schon am Kanthaken.

Nicht alle, deren Tun und Lassen im Gesetz geregelt wird, dürfen unzufrieden damit sein. Ganz gewiß jedenfalls hat die Lobby der Pharmaindustrie rechtzeitig Einfluß genommen. Nicht nur, daß sie ihre Bestände an neu unter das Gesetz fallenden Produkten noch innerhalb der Schonfrist veräußern können (siehe AK 178), sondern insgesamt ist auch die Liste der nicht verkehrsfähigen bzw. verschreibungspflichtigen Stoffe so angelegt, daß lediglich einzelne Präparate und Substanzen anstelle ganzer Stoffgruppen aufgenommen worden sind. Bei einigen von ihnen reicht schon eine kleine Veränderung der Zusammensetzung aus, sie als „neue“ Stoffe zu behandeln, obwohl ihre betäubende Wirkung dieselbe geblieben ist.

Nicht nur, daß sie ihre Bestände an neu unter das Gesetz fallenden Produkten noch innerhalb der Schonfrist veräußern können (siehe AK 178), sondern insgesamt ist auch die Liste der nicht verkehrsfähigen bzw. verschreibungspflichtigen Stoffe so angelegt, daß lediglich einzelne Präparate und Substanzen anstelle ganzer Stoffgruppen aufgenommen worden sind. Bei einigen von ihnen reicht schon eine kleine Veränderung der Zusammensetzung aus, sie als „neue“ Stoffe zu behandeln, obwohl ihre betäubende Wirkung dieselbe geblieben ist. Obendrein sind eine Reihe als Ersatzstoffe bekannte Mittel gar nicht erst mit aufgenommen worden, so wird also weiterhin profitträchtig über Arztpraxen- und Apothekentische geschoben werden. Zwar wird der Bundesminister ermächtigt, durch Verordnung die Liste zu ändern, aber wir wissen ja nicht erst seit dem Chemikaliengesetz, was in solchen Fällen die Entscheidungen von Ministern lenkt.

Auch für den Verteidigungsminister gelten Sonderregelungen: Wenn „zwingende Gründe der Verteidigung“ es erfordern, können einzelne Ausnahmen von diesem Gesetz zugelassen werden, können also die Angehörigen der Streitkräfte vollgepumpt mit angstvertreibenden Medikamenten in den Krieg geschickt werden. 1870/71 war es Morphium, 1914-18 Heroin, 1939-45 Pervitin...

Kriegsdroge Opium

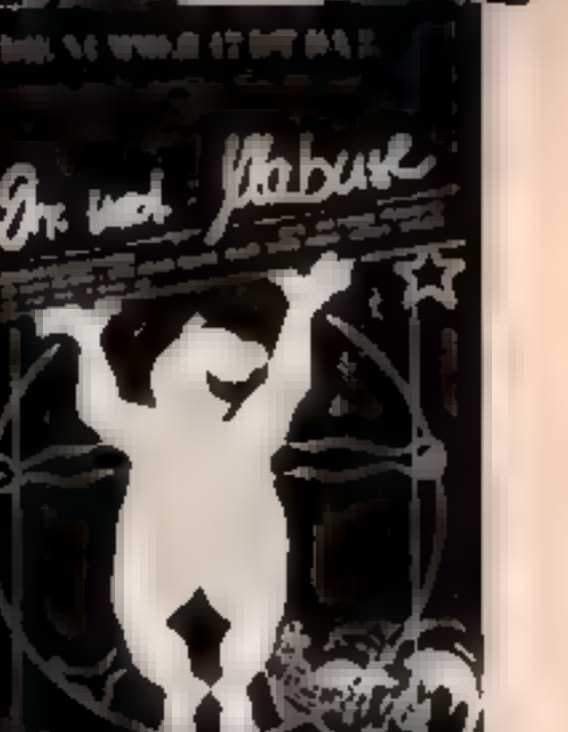
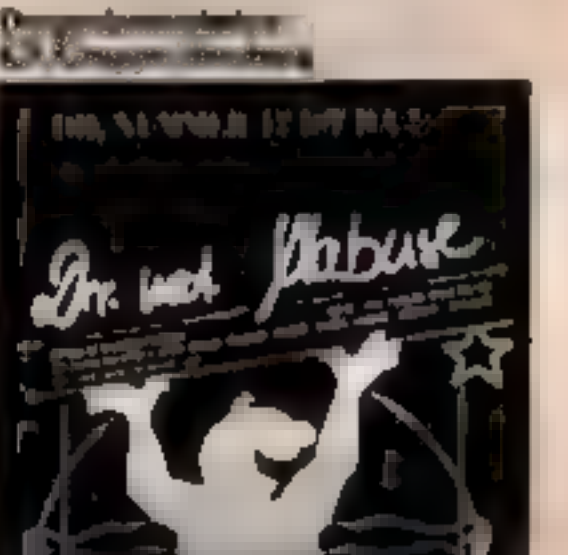
Die Bundeswehrschutzdirektion (Federal Emergency Management Agency) will die nationalen Vorräte an Opiumsalzen verdoppeln. Die Behörde ist zuständig für die Finanzierung von Materialien für den Katastrophen- und Kriegsfall. Opiumsalze sind Grundlage vieler Medikamente, insbesondere von Schmerzmitteln. Die Maßnahme wird begründet, eventuelle Überlebende nach Nuklearkriegen ausreichend mit diesen Medikamenten versorgen zu können (aus „Newsweek“ nach „TAZ“ 13.5.80). Zum Vergleich: Die Opiumimporte des Deutschen Reiches vor und nach dem ersten Weltkrieg (1912: 87 t; 1933: 162 t; 1920: 79 t) laut Lohm, „Pharmazie“, zweites erweiterte Auflage, 1927, Berlin).

Ein nicht geführter, verllorener Kampf

Das neue Drogen-Gesetz, das laut Begründung „dem Schutzgut Volksgesundheit“ dient, für das es „keine Alternativen“ gibt, und für dessen Durchführung obendrein „keine Kosten entstehen“, unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht besonders auffällig von einer Reihe anderer sozialistischer Reformwerke, bei denen die Kompromißbereitschaft vor noch reaktionären Vorlagen bei gleichzeitiger Beachtung möglichst billiger Umsetzung ja auch Triumph feierte. Zudem ist es nicht gerade einer der Hauptanliegen der linken Politik, in die sogenannten sozialen Fragen aktiv einzugreifen (z.B. „Wir sind ja schließlich keine Organisation von Sozialarbeitern“). In diesem Fall jedoch hätte es weitaus früher klingeln müssen.

Die gesetzliche Fassung der Straftatbestände „Gewährung“ und „Bereitstellung von Geld“ bzw. des Verbrechenstatbestandes „Bandenmitgliedschaft“ und des „Kronzeugenprinzips“ zeigen schon unübersehbare Parallelen zu den Tarpotismus-Gesetzen auf. Die kurz aufeinanderfolgende Installation von fünf Computerprogrammen bei gleichzeitiger Umorientierung des Polizeisystems sowie die Einrichtung von Hochsicherheitstrakts für Drogenabhängige weisen in die gleiche Richtung. Wenn darüberhinaus die Grundgesetzeartikel hinsichtlich des Postgeheimnisses und der Unverletzlichkeit der Wohnung (§ 30 (1) - 14 und § 21 (3)) eingeschränkt werden und das Arztgeheimnis durch die ebenfalls im BtMG geregelte Einrichtung eines Zentralcomputers zur Erfassung aller BtM-Rezepte (Vorwort zum Gesetz, Absatz D) im Bundesgesundheitsministerium unterlaufen wird, dann hätte eine Kampagne ähnlich der zur Zeit des Russell-Tribunals gegen die Entdemokratisierung ins Haus stehen müssen.

Bis auf den Widerstand des Großteils der Beratungs- und Therapieeinrichtungen, einzelner Mediziner und Juristen sowie von Gefangenengruppen hat sich bis heute allerdings fast nichts gerührt. Das Inkrafttreten des Gesetzes ist jetzt kaum mehr zu verhindern, aber gegen seine Anwendung läßt sich vielleicht etwas in Bewegung bringen.



Dr. med. Mabuse
Postfach 700 747
6 Frankfurt 70

Aufkleber



Schrift schwarz, Zeichnung gelb auf hellblau



Schrift weiß, Zeichnung gelb auf hellblauem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund

Diese Aufkleber (Ø 10 cm) sind zum Stückpreis von DM 1,- (+ Porto, auf Nachfrage Mengenrabatt) zu beziehen über:

Kinderhaus in der Heinrichstraße
Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Tel. 040/433949

Sind wir zu hart zu unseren Kindern?

„Kinder von Genoss/innen haben ein Recht auf Liebe, Zuwendung und eine Erziehung, die sie in die Lage versetzt, an unsere politische Arbeit (sofern sie gut war) anzuknüpfen und weiterzumachen.“

„Kinder im KB haben das Recht auf emotionale Sicherheit. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Rahmen für diese Sicherheit... Sicherheit gewinnen Kinder in solchen Verhältnissen, wenn sie sich auf deren Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit verlassen können.“

Als wir u.a. im November 1979 auch diese beiden „Thesen zum Leben und Arbeiten mit Kindern und ihren Interessen“ zur Diskussion stellten (AK 168, S. 33), kamen neben Zustimmung vor allem zwei Kritiken. Die einen meinten, das sei doch selbstverständlich im Umgang mit unseren Kindern. Mit den Thesen werde der Eindruck erweckt, als herrsche ein recht lieblosler Umgang mit Kindern im KB vor.

Ganz anders die zweite Kritik. Die „Thesen“ würden überhöhte Anforderungen an die Eltern stellen. Besonders vorläge diese Genoss/innen über die kritische Auseinandersetzung mit dem häufigen Auseinanderbrechen von „Beziehungen“, in denen Kinder leben. Dies sei nun einmal, zumindest für die Linken, natürlich, zu Beziehungen auf Neigung und nicht irgendwelchen Zweckerwägungen basierten, mithin also beim Ende der Zuneigung auch aufgelöst würden. Hier werde Familienideologie betrieben, ja, insbesondere die Mutterideologie verbreitet. Diese Kritik war schon vielfach in schriftlicher Form angekündigt, ist bislang aber noch nicht vorgelegt worden. Wir wollen diesmal darauf deswegen nicht näher eingehen.

Stattdessen wollen wir anhand einiger Beispiele aus jüngerer Zeit versuchen aufzuzeigen, wie notwendig die eingangs zitierten „Thesen“ sind, und hoffen dazu auf zahlreiche Reaktionen, insbesondere natürlich von Eltern. Vorausgesetzt sei noch die Vernichtung, daß wir uns keines der folgenden Beispiele ausgesucht haben Ehrlich

Fraueninteressen gegen Kinderinteressen

Fraueninteressen gegen Kinderinteressen

Im AK 167 hat eine Genossin, Mutter eines kleinen Kindes, in einem Erklärungsbericht sehr anschaulich geschildert, mit welcher Wucht die nach der Geburt ihres Kindes in die Mutterrolle hineingedrängt worden ist und sich plötzlich in einer Situation befand, von der sie sich längst schon emanzipiert glaubte. Sie hat die Babywäpche im Kopf, sein Essen, sein Bauchweh, und, und, und Sie geht in die Baby-Initiative, auf die Elternabende. Nicht, daß er nichts macht. Aber eben nicht so viel. Und er denkt eben auch nicht an all die Sachen, die Frau, jahrelang zur „Mutter“ erzogen, im Zusammenhang mit dem Kind bewegen. Die Genossin hat sicherlich recht mit massiven und hohen Ansprüchen, die sie dann an ihn stellt.

Besonders problematisch wird diese Situation, wenn Frau nicht nur Frau und Mutter ist, sondern zudem noch Erzieherin und den ganzen Tag mit ganz Kleinen (oder anderen Kindern) zusammen ist in solchen Fällen hat sich in den letzten Monaten eine Position entwickelt, die wir für schlicht kinderfeindlich halten. Frau, Mutter eines ganz kleinen Kindes und Erzieherin in einer Kleinkinder-Initiative will nach Ablauf des Mutter-schutzes in ihrer Initiative weiterarbeiten (logisch!). Ihr Kind jedoch soll in eine andere Kleinkinder-Initiative. Begründung 1: Es soll keine „zu starke“ Fixierung zwischen Mutter und Kind aufkommen. Begründung 2: Frau will nicht den ganzen Tag mit dem eigenen Kind zu tun haben.

Unser Meinung nach wird das Kind nach einiger Zeit dahinterkommen, daß die Mutter, mit der es gern zusammen ist (das setzen wir voraus), jeden Tag in eine andere Initiative geht, um mit Babys zu spielen. Kind selbst aber wuschelnd hin und her. Wir halten es für ausgeschlossen, daß

Kind dem irgendwelche positiven Aspekte abgewinnen wird. Es wird sich wohl eher die Frage stellen hat mich noch lieb? Denn diese Frage ist kein Privileg von Kindern nicht-linker Eltern.

Wir bringen dieses Beispiel nicht, um die betreffenden Mütter in die Ecke „Rabenmutter“ zu stellen. Wir bringen es, weil diese Lösung des Problems „Mutter-Kind-Fixierung“ auf einige Zustimmung stößt.

Da wird darauf verwiesen, daß die Erfahrung beweise, daß Kinder und Eltern in eine Initiative immer Probleme aufwerfen. Eine Reihe von Eltern weigern sich, darüber zu diskutieren, ob und wie diese Probleme überhaupt irgendwo innerhalb der Initiative zu lösen sind. In einem anderen Elternkreis raten dann einige gar einer Erzieherin, die ihr Kind mit in diese Initiative nehmen will, sich das doch noch einmal zu überlegen. Sie könnten sich ja zu sehr ans eigene Kind binden und klüme nicht mehr mit den anderen Kindern zurecht. (Da spricht der Arbeitgeber. Vor einigen Jahren wurde für eine Initiative sogar ausdrücklich eine „Erzieherin ohne Kind“ gesucht).

Wir sind noch nicht einmal so sicher, daß die Erfahrung dafür spricht, daß Eltern und Kind in einer Initiative miteinander gehen. In einer großen Initiative haben wir gesehen, daß Eltern sehr beschränkte Einsicht in solche Fälle nach war es eher so, daß es die Probleme gab, wo es schon Bezugsgänge, Verlustängste der Kinder bestanden. Wenn nun aber tatsächlich die Erfahrung dafür spricht, daß hier ein massives Problem besteht, dann erhebt sich doch die Frage, was bisher unternommen worden ist, diesem Problem beizukommen. Die Verpflichtung dazu hat die Initiative doch doppelt, einmal gegenüber der Mutter/Frau/Erzieherin, weil sie in der Initiative arbeitet, und gegenüber dem Kind, das ein Anrecht auf einen Platz in der Initiative hat. Diese Diskussion allerdings ist im Zusammenhang der „Zwei-Initiativen-Lösung“ (Mutter hier, Kind da) unseres Wissens nach nicht geführt worden.

Stattdessen wird das Problem zu Lasten des Kindes gelöst, die Lösung als „pädagogisch sinnvoll“ bezeichnet. Unserer Meinung nach ist das kinderfeindlich. So richtig es ist, bei der Lösung des Problems, Mutter geworden zu sein, Ansprüche an Männer an die Initiative zu stellen, also an die Stärkeren in dieser Situation, so falsch ist es, das Kind hier zu „for-

Lasten des Kindes gelöst, die Lösung als „pädagogisch sinnvoll“ bezeichnet. Unserer Meinung nach ist das kinderfeindlich. So richtig es ist, bei der Lösung des Problems, Mutter geworden zu sein, Ansprüche an Männer an die Initiative zu stellen, also an die Stärkeren in dieser Situation, so falsch ist es, das Kind hier zu „for-

Kollektive Erziehung richtet Kinder auf

Im Zusammenhang dieser Situation wird von Befürwortern der „Zwei-Initiativen-Lösung“ angeführt, Kritiker unterschätzen einfach die Bedeutung der Initiativerziehung für die Kinder, die eventuell entstehende emotionale Defizite zu Bezugspersonen zu Hause schon wieder wettmachen würde. Ein Argument, das im übrigen auch gegen unsere kritische Auseinandersetzung mit dem häufigen Auseinanderbrechen von Bezugsrahmen für Kinder, im wesentlichen Beziehungen, aber auch Wohngemeinschaften u.a. angeführt wird. Motto: Zu Hause bricht zwar manches zusammen, aber die Initiative steht.

Dann scheint uns ein grundlegendes Mißverständnis der Möglichkeiten der derzeit bestehenden Kinderinitiativen zu sein. Das sind keine Initiativen, in denen die Kinder rund um die Uhr leben und nur, z.B. am Wochenende, ihre Eltern oder jeweils ein Elternteil besuchen. Ein solches Projekt derzeit zu machen, erscheint leider wohl auch ziemlich verwegen, weil die materiellen, aber wohl auch pädagogischen Voraussetzungen mit den derzeitigen Kräften alternativer Erziehungsprojekte kaum zu schaffen sind.

D.h. solange Kinder tagüber in einer Initiative sind, abends, nachts und am Wochenende bei Eltern oder Elternteilen, brauchen sie in beiden Bereichen „emotionale Sicherheit“ nicht abends oder am Wochenende, wird kind ärgerlich und mies-



gelaunt in die Initiative kommen. Wenn das, montags z.B. bei fünf von zehn Kindern passiert, dann spitzt sich da der Alltag mächtig zu. Und abends ist Kind dann sauer über die Initiative, wo es Streit und Ärger gab.

Natürlich kann, gerade über den Kontakt zu anderen Kindern, in der Initiative einem Kind, das Ärger mit den Eltern, mit den Verhältnissen zu Hause u.ä. hat, der Rücken gestärkt werden. Mut gemacht, kann's geträstet werden. Was die Initiative aber nicht leisten kann, ist den Ärger, die Angst des Kindes ganz zu nehmen. In dem schiefen Bild über Initiativen als „Allheilmittel“, das gemeinhin mit der „Überlegenheit kollektiver Erziehung gegenüber individueller Erziehung“ begründet wird, wird sich diese linke Tradition fort. Die Kinder werden nicht mehr „jgendwo“ abgegeben, wie KB-Kinder in den ersten Jahren, sie werden in einer „Reparaturwerkstatt“ abgegeben. Der entscheidende Punkt ist unserer Meinung nach, daß das Abgeben aufhört.

In krassem Gegensatz zu dieser hohen pädagogischen „Wertschätzung“ steht das Abgeben.

In krassem Gegensatz zu dieser hohen pädagogischen „Wertschätzung“ steht das Abgeben. In den Initiativen, steht dabei allerdings, wieviel (bzw. wie wenig!) die dort von Erzieherinnen und Erziehern geleistete Arbeit manchen, gerade linken Eltern konkret wert ist. Einerseits werden von den Erziehern/innen Wunderdinge erwartet, auf der anderen Seite erwartet man von ihnen „selbstverständlich“ mit erheblicher geringerer (ehat) als in anderen Betrieben auszukommen, an Urlaubsgeld und sonstigen „Sozialleistungen“ wird ebenso selbstverständlich gespart. Einige linke Eltern haben es schon fertiggebracht, Arbeitszeitberechnungen vorgelegt haben zu wollen, um zu überprüfen, ob nicht hier und da noch ein Mitarbeiter „eingespart“ (vor die Tür gesetzt) werden kann.

In München hat's übrigens mal das Modell gegeben, daß die Erzieher das Durchschnittsalter der Eltern bekommen. Ein allemal interessanter („utopistischer“?) Gedanke!

Tatsache ist, Leute, die in alternativen Projekten arbeiten, sind erfahrungsgemäß leicht bereit, im Interesse des Projektes auf „Annehmlichkeiten“ zu verzichten. Überstunden unentgeltlich zu machen etc., um so ihren Beitrag zum Überleben zu leisten. Ärgerlich ist nur, wenn das von den an der Initiative beteiligten Eltern als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Besonders verneinlich - so daß der Spaß an der Arbeit teilweise flöten geht - wird's, wenn erzieher/in auch noch automatisch für alles Mögliche, was „mit dem Kind nicht stimmt“, verantwortlich gemacht wird.

„Ich weiß selbst, was gut für mein Kind ist...“

sagen unsere Eltern, sofern sie überhaupt die Mühe machten

Schikanen zu begründen. So ganz sind wir davon auch noch nicht weg. Ein paar Beispiele.

Die langen Haare - bei den meisten unserer Kinder beliebt. Und plötzlich läuft dann - und das ist kein Einzelfall - das Kind mit den gestern noch langen Haaren heute kurzgehackt herum. Nicht weil es mal kurze Haare haben wollte. Sondern weil's Erwachsene so wollten. „Ein kleiner Punkt? Da sollte man doch mal 10, 15 Jahre zurückdenken, an die Auseinandersetzungen mit den eigenen Eltern um die langen Haare, an die persönliche Bedeutung, die dieser Clench für viele hatte. Unsere Eltern hatten damals, wenn sie sich Mühe gaben, auch die Begründung zu Hand: die felsen so schnell, die fliegen in die Augen und rufen Entzündungen hervor. Naja, heute argumentieren linke Eltern, die verzweifeln, dann tut das Kämmen weh. Es lebe der Fortschritt der Argumentation.“

Der „Süßigkeiten- und Gesundheitskrieg“ - auch ein unangenehmes Thema für unsere Kinder. Zucker soll nicht gut sein für die Zähne, neue Theorien sprechen gar davon, daß heutzutage - auch ein unangenehmes Thema für unsere Kinder. Zucker soll nicht gut sein für die Zähne, neue Theorien sprechen gar davon, daß dieses Teufelszeug „abhängig“ macht („Zuckerabhängiger Süßling tot auf dem Topf aufgefunden - das 30 Zuckeropfer dieses Jahres im Rhein-Main-Gebiet“, „FZZ“, 31.6.80).

Aber auch „GZZ“, 31.6.80: „Was verboten ist, das macht uns gerade scharf“ (Wolf Biermann).

Und es wird viel verboten in diesem „Krieg“. Opas Pädagogik tobt sich aus. Ich weiß, was besser ist für mein Kind! Also kein Zucker im Haus, der ewige Zeigefinger, der vor dem Zeug warnt. Und in der Initiative wird allen Ernstes von den Erziehern/innen verlangt („selbstverständlich“) auch gegen ihre Überzeugung den Kindern keine Süßigkeiten zu geben und sie am Kauf von Süßigkeiten zu hindern!

Häufiger als direkte Verbote wird es mit Tricks versucht (wie latsch ich mein Kind unsuffällig an den 23 Kaugummiautomaten auf dem Nachhausweg vorbei), oder man/frau hat „Jeder“ kein Geld bei sich, um Kind noch was zu kaufen.

Oder - höchstes Pädagogenglück - Kind hat sein Taschengeld zu Hause vergessen. Originalbeispiel: Kind steht mit Elternteil im Laden, Taschengeld ca. 100 m und vier Stockwerke entfernt, möchte aber trotzdem was kaufen. Leihen kommt natürlich nicht in Frage, Kind kann ja erst einmal nach Hause gehen, Geld holen, wieder herunterkommen und dann einkaufen. Welcher Erwachsene würde das machen? Der/die würde in den Haushaltsgeldtopf langen und das Geld „auslegen“ - oder kind armpumpen (was Kind sein Taschengeld dabei hat).

Sind wir zu hart zu unseren Kindern?

Das ist zum ersten oftmals unheimlich hart (meißt dann, wie oft

Fortsetzung von Seite 16

auch Kinder von Linken bei solchen Sachen weinen) Zum zweiten ist es pädagogisch meistens auch erfolglos, weil man dann eben umso mehr Süßes in sich hineinstopft, wenn elternteil nicht dabei ist. Zum dritten ist es auch fehlendes Vertrauen zu Kindern. Warum sollten sie nicht begreifen, daß es Gesünder als Bonbons gibt, wenn man versucht, sie ohne Tricks und Verbote davon zu überzeugen? Das ist zum vierten oftmals auch politisch unglaublich. Denn während auf der einen Seite mit dem Kind das „Füt und Wider“ von Bonbons, Brötchen (sollen auch ungesund sein) u.s. ausgiebigst erörtert wird (und so manches Kind „zu seinem Glück gezwungen“ wird), ist elternteil vielfach erheblich zaghafter, wenn's darum geht, mit den Kindern über sehr viel größere Gefahren für Leben und Gesundheit, z.B. Atomkraftwerke oder gar Krieg zu sprechen („Das versteht Kind noch nicht“).



Kinder auf der Bühne

Bei Veranstaltungen, die vom KB getragen oder unterstützt werden (- Bei sonstigen linken Veranstaltungen ist es sicherlich ähnlich -), ist es üblich, daß 5 bis 10 Kinder auf der Bühne herumtollen. Also je nach Alter angeregt und neugierig herumkrabbeln, sich gegenseitig fuchsend über die „Bühne“ herumtollen. Also je nach Alter angeregt und neugierig herumkrabbeln, sich gegenseitig fuchsend über die Bühne gegen usw. auf. Man/frau findet das wohl in der Regel ganz lustig, kinderfreundlich und Links sowie, autoritär ist man/frau je selbst schon genug erzogen worden, und stundenlang Stillstehen hält kaum ein Kind aus. Nicht problematisiert wird allerdings die Tatsache, daß das Treiben der Kleinen speziell bei langen und komplizierten Ansprachen die Konzentration auf die Inhalte zusätzlich erschwert. Da erzählt dann z.B. ein ausländischer Genosse gerade vom faschistischen Terror in seinem Land, während ein paar putzige Kinderchen auf der Bühne mit irgendwelchen Streichen für Heiterkeit im Publikum sorgen.

Besonders ärgerlich ist mir das beim letzten Konzert der Genoss(inn)en von Karaxu/MIR in Hamburg aufgefallen. Da ritten ein oder mehrere Süßchen fröhlich auf der Bühne hin und her, während die Genoss(inn)en von Karaxu in einer Haltung kämpferischer Trauer zwei Lieder zu Ehren gefallener und ermordeter Genoss(inn)en vortrugen. Dabei rannten die Kinder den Genoss(inn)en mehrmals fast über die Füße, kamen wiederholt den Mikrofonen bedrohlich nahe - bis schließlich ein Kind gerade im „Finale“ der Sängerin das Mikro wegschlug.

Klar, Linke sind kinderfreundlich. Chilenische Linke sind besonders kinderfreundlich. Aber das war meinem Eindruck nach selbst den Genoss(inn)en von Karaxu etwas zu dick.

Es gibt Situationen, wo Kinder auf der Bühne voll im Recht sind, wenn sie z.B. zu fröhlicher Musik tanzen, mitlangen, kistchen, toben und was ihnen sonst noch alles gerade einfallen mag.

Es gibt Situationen, wo sie als bißchen die Konzentration stören. Und es gibt Situationen - und das schreie ich so eine gewisse Zeit - wo die Eltern/genoss(inn)en genügend Sensibilität und Voraussicht haben sollten, die Kleinen mal ein paar Minuten fest bei sich zu halten und ihnen dies bitte sehr auch inhaltlich zu erklären. Oder versteht das Kind das noch nicht?

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

„Da kriegt Kind Angst“). Zum fünften sind die meisten Erwachsenen auch persönlich unglaublich. Die verzichten nämlich durchaus nicht auf Gesundheitsschädigendes. Manche Kinder haben das glücklicherweise schon herausgefunden.

Insgesamt ist das vielfach eine völlig unnötige Kraftprobe, mit der sich Kinder und Eltern die Zeit klauen, in der man schöne Sachen miteinander machen kann, und zudem auch noch die Sympathien, die dafür nötig gebraucht werden.

Der Süßigkeiten- und Gesundheitskrieg erfüllt manchmal eine „antikapitalistische Abwandlung“. Die argumentiert elternteil damit, daß die Kapitalisten mit den verfluchten Süßigkeiten nur den Kindern das Taschengeld abblutschen wollen. Die Kinder sollen aber konsumkritisch werden. Die Methoden sind dann die gleichen wie bei den Süßigkeiten. Die Glaubwürdigkeit der meisten Erwachsenen ist auch mit diesem Argument nicht größer. Und wie beim Süßigkeitenkrieg wird ein wohl noch eher berechtigtes Anliegen mit völlig falschen Mitteln zu erreichen versucht. Dann welches Kind wird durch die „harte Hand“ konsumkritisch (oder elternteilkritisch)?

Unserer Meinung nach wird man auch hier nur etwas erreichen, wenn man Kind die Freiheit läßt, teilweise nicht konsumkritisch zu sein, und versucht, vor diesem Hintergrund Erfahrungen und Wissen zu vermitteln.

Das letzte Beispiel mutet etwas mittelalterlich an. Ein ganz kleines Kind (einge Monate alt) freundet sich mit einem wenige Wochen älteren Kind in der Initiative an. Das Kind hat bei seinen Eltern keinen guten Ruf, es ist seit Geburt ein bißchen krank. Auch Freundes Eltern sind nicht begeistert (zuwenig). Da heißt es dann „Argumente“ suchen. von schlichten „Ich will nicht, daß mein Kind mit dem Kind befreundet ist“ über „Rom ist ein Mädchen, Karl ist ein Junge, das reicht nach Frauenunterdrückung“ bis zum pädagogisch ausgefeilten „Man soll Kinderfreundschaften im dem Alter nicht zu viel Bedeutung beimessen“ reicht da die Palette. Mit Franz Josef Degenhardt könnte man ergänzen: „Spiel nicht mit den Schmutzkindern“. Es soll ja Zeiten gegeben haben, wo Kinder schon vor der Geburt mit anderen Ungeborenen verheiratet wurden, damit auch wirklich nichts schief geht.

Aus solchen Beispielen spricht un-
terstützung nach eine rechtliche
Unterstützung nach Überheblichkeit,
zeigen sich „Erziehungsmethoden“,
gegen die wir bei unseren Eltern frö-
her angegangen sind.

„Konsequenz“ - Debatte

„Konsequenz“ - Debatte

In gewissem Widerspruch zum sonst in vielen praktizierten Nicht-Er-
nehmen der Kinder steht die derzeit
recht lebhaft geführte „Konsequenz-
debatte“. Da werden die Kinder näm-
lich, im Gegensatz zu den oben ge-
brachten Beispielen, vielfach von den
gleichen Eltern „für voll genommen“.

Z.B. das Kind, das sich für abends
mit einem Freund verabredet hat und
nun beim Abholen auf einmal nicht
mehr will. „Aber Friedrich, du hast
doch heute morgen gesagt, du gehst
mit zu Karl“ Eltern(teil) haben/das
sich am Ende schon etwas vorgenom-
men, und nun schießt dieses ver-
fluchte Kind quer. Abgemacht ist ab-
gemacht, heißt es dann!

Nun ist es unserer Erfahrung nach
aber nicht so, daß Kind seine Pläne
so einfach über den Haufen gewor-
fen hat, weil seiner Spontilität oder
ihren/ihnen Spontilität hat (ob-
wohl's auch das gibt, wie bei den
Erwachsenen).

Viele Kinder, gerade von Genos-
sen, werden morgens mit der Anwei-
sung losgeschickt, sie müssen
heute mal woanders schlafen, weil el-
ternteil etwas Wichtiges vorhat. Oft
haben diese Kinder Angst, abgeschoben
zu werden. Logisch, daß das in der
Situation, wo es „ernst“ wird,
ebenso, aufricht, und Kind seine Zu-
sage vom Morgen, woanders zu über-
nachten, nicht mehr wahrhaben will.

Zum anderen haben gerade solche
Kinder oft genug die Erfahrung ge-
macht, daß elternteil selbst getrof-
fene Verabredungen über den Haufen
wirft. Verständlich, daß Kind da nicht
viel Verständnis entwickelt, Abspre-
chen einzubringen.

sich nicht an Verabredungen zu halten,
wird zu selten gefragt, welche durch
Erwachsene verursachten Ängste da
durchbrechen, sondern nur argumen-
tiert: „An Verabredungen muß man
sich halten!“ Ganz schlaue Eltern sind
sogar schon auf die Idee gekommen,
prompt dann eben die nächste Verab-
redung mit dem Kind platzen zu las-
sen, „damit das Kind mal merkt, wie
das ist“.

Um nicht mißverstanden zu werden:
Wir halten es auch für sinnvoll, wenn
ein Kind lernt, sich an Absprachen,
Verabredungen zu halten. Die sind da-
gar nicht so uneinsichtig. Voraussetzung
ist allerdings, daß Kind sich auch
darauf verlassen kann, daß erwachse-
ner hält, was er verspricht. Voraus-
setzung ist weiter, daß erwachsender
sich fragt, ob er nicht Anlaß gegeben
hat, daß Kind nun auf einmal nicht
mehr will wie verabredet.

Und außerdem ist das „Wort hal-
ten“ eine Sache, die Kind lernt,
wie tausend andere Sachen auch. Da-
zu braucht man/frau nicht Holzham-
mer, Sturkellen oder die modernen
Varianten dieser traditionellen Erzie-
hungsmethoden.

Erziehung - nein danke! oder: Zurück zur antiautoritären Erziehung?

Im Zwischenbericht an den I KB-Kon-
gress zur Kinderfrage wurde angekün-
digt, sich mit der Frage verständig
zu beschäftigen, ob bei uns genug von
der antiautoritären Erziehung übrig
geblieben ist, und es wurde die Be-
fürchtung geäußert, daß da zuviel
„verloren gegangen ist“.

Die hier zusammengestellten Bei-
spiele bestätigen unserer Ansicht nach
diese Befürchtung. Die Ursachen da-
für sind sicherlich vielfältig.
- Es ist für uns, die wir kaum eine
sonderlich freie Erziehung bekom-
men haben, sicherlich ein Problem,
das, was von der „Autorität“ un-
serer Eltern gehalten geblieben ist,
aus unserem eigenen Verhalten her-
auszukriegen.

Der harte Kurs ist sicherlich auch
eine Begleiterscheinung der Schwie-
rigkeiten, mit der Vierfach- bzw. Fünf-
fachbelastung zurechtzukommen. Bei-
ruf Privatsachen - (Frauenunter-
drückung) - Kinder - Politische
Arbeit, über die im Laufe der Debatte
um Kinder im KB schon einiges ge-
schrieben und diskutiert worden ist.

Die politische Geschichte unseres
Verhältnisses zu Kindern ist kurz
und wechselhaft. Der kurze Aufbruch
antiautoritärer Erziehung, allzu schnell
beendet durch die Erkenntnis, Kinder-
erziehung sei nur eine unwichtige
„Nebenfront“ des Klassenkampfes,
mit der man sich jetzt nicht befassen

beendet durch die Erkenntnis, Kinder-
erziehung sei nur eine unwichtigere
„Nebenfront“ des Klassenkampfes,
mit der man sich jetzt nicht befassen
könne. Die Negation des Kinderha-
bens und -kriegen in den ersten Jah-
ren unserer Organisation, weil Kinder
beim Klassenkampf behindern, er-
preßbar machen. Die daraus abgelei-
tete Position, unsere Kinder sollten
von früh auf vor allem „KAMPFEN“
lernen (im Kindertagesheim, in der
Schule usw.), ohne einen ausre-
chenden Beitrag dazu zu leisten, ihnen
die Stärke und das Selbstbewußtsein
zum Kämpfen zu geben (z.B. so et-
was wie „Lebengenie“, man er-
wähle uns für diesen „jugendlichen
Begriff“).

Die Erziehungsvorstellungen der
20er und 30er Jahre, unter ganz an-
deren Bedingungen entwickelt, wenig
schöpferisch auf die Gegenwart über-
tragen, vielfach auch nicht hinter-
fragt. Der Anspruch, daß Kinder sich
aktiv mit den beschriebenen gesell-
schaftlichen Zuständen auseinander-
setzen müssen, und die Ungeduld,
wenn sie da nicht schnell genug die
erhofften Fortschritte (z.B. im Kampf
gegen den Konsumismus) machen. In
den letzten Jahren dazu der Irrtum,
mit Kinderinitiativen derzeit so viel
„kollektive Erziehung“ betreiben zu
können, daß kaum noch was schief-
gehen kann.

Man mag jetzt die Befürchtung
äußern, daß wir einer Art „Diktatur
der Kinder“ das Wort reden (Motto
Kindern ist alles erlaubt, was ihnen
Spaß macht). Das wäre eine andere
Variante, ihre Fähigkeiten, die Schritt
te, die sie machen, zu übergehen,
nicht ernst zu nehmen.

Und gerade darum, Kinder ernst
zu nehmen, sollte es mit diesem Dis-
kussionsbeitrag gehen. Die „Antipa-
dagogen“, deren Ansichten wir dem
nächst auch kritisch beleuchten wol-
len, machen derzeit eine Kampagne
„Erziehung - nein danke!“ (vielleicht
besser bekannt in der englischen Über-
setzung von Pink Floyd: „We don't
need no education“). Wenn damit ge-
meint ist, mit erwachsener (ber-
eblichkeit „harten Erziehungsmetho-
den“ und Psycho-Druck aufzuheben,
solte diese Leitlinie auch auf die Zu-
kunft unserer Kinder zutreffen.

Ein Genosse und ein Genosse des
Kinderkomitees (Hamburg)

Kontaktadressen des KB

ARBEITERKAMPFES
Lärchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Ver-
lags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040 / 43 63 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schillerstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 41 88 16

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peer Petersen
Postfach 996348 A
2300 Flensburg

Kiel
H. Lindow
Postfach 88 88 83 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postfach 952 314 A
24 Lübeck 1

Oldenburg
(Kiel, Flensburg, Lübeck)
Postfach 952 314 A
2420 Oldenburg
Jeden Sonntag von 10 - 12 Uhr
am Markt / Poststraße in Oldenburg

Pinneberg/Steinburg
Postfach 952 314 A
2000 Pinneberg

Bremen

Bremervorort
KB c/o Arbeiterbuch
Schneidersstraße 8
2000 Bremerhaven
Tel.: 0471/47807

ARBEITERKAMPF-Vertriebsstelle
Am Schwarzen Meer 104
20 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niederrhein

20 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niederrhein

Bremerhaven
Postfach 952 314 A
20 Bremen 1
Jeden Sonntag von 10 - 12 Uhr
am Markt / Poststraße in Oldenburg

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonntag
10 - 12 Uhr vor Karweid
Norddeichmole

Emden
Postfach 952 314 A
20 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Camen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Münster
Postfach 952 314 A
3200 Münster
Verkauf: Fußgängerzone/Hofweg

Lüneburg
Postfach 952 314 A
314 Lüneburg
Sonntag Buchstube 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonntag von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Wasser-Elbe-Quadrat
Postfach 952 314 A
20 Oldenburg

Wahlburg
Verkauf jeden Sonntag
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Baden
G. Wilmshier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Rauten Vertriebsstelle
Buddensstraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 30 Uhr

Bochum
Postfach 952 314 A
463 Bochum
Jeden Sonntag von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Buchstube
Große Holstraße 63
46 Dortmund 1

Duisburg
Postfach 952 314 A
41 Duisburg

Essen
Jeden So. 11 - 13 Uhr Kortumstr.
Nähe Kurpark.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Helms, Vinkler Pl. 8 und
Buchladen Buchstube, Thuesstraße 39
Stöppelberger Str. 13-18

Karlsruhe
Jeden Sonntag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 18-30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Münchener Buchstube 2
Postfach 952 314 A
4000 Münchener Buchstube
Verkauf jeden Sonntag
von 11 - 13 Uhr im Rhynd
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostamt
Postfach 952 314 A
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Rauten Vertriebsstelle
S. Lissner
Rödelstraße 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Proke
Kirchweg 77
3400 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Mittwoch über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunikations Bund
Wilhelmstraße 16

Heidelberg
AK-Leserclub jeden Montag und
Dienstag jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postfach 952 314 A
AK Verkauf: Dienstag 12 - 14 Uhr
Mensa Trippel

Karlsruhe
Postfach 952 314 A
75 Karlsruhe
Mittwoch 12 Uhr

Karlsruhe
Postfach 952 314 A
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postfach 952 314 A
7000 Stuttgart 1

Bayern

Berchtesgaden
Verkauf jeden Dienstag
Buchstube 11 - 13 Uhr
Gemeinschaftshaus

München
P. Tröster
Postfach 150 473
85 München

Postfach 952 314 A
8000 München
Mittwoch mittwochs nach
AK-Erscheinung, Altes Museum

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lärchen-
straße 75, 2000 Hamburg 50;
Fernruf Hamburg 43 53 06 oder
43 53 20; Redaktion Hamburg
43 54 15, V.i.S.d.P. H. Eckhoff,
Verlagsanschrift, Abonnemen-
tenspreis jährlich DM 55, im Ab-
druck DM 55,00; Hamburg 27175-
203 (BLZ 200 100 20) oder
Dresden Bank Hamburg
4810 68500 (BLZ 200 800 00);
Einzelpreis DM 2,-; erschein-
t 14-tägig. Bei Nichterscheinen
durch höhere Gewalt kein Ent-
schädigungsanspruch. Auflage
dieser Ausgabe 8.800.
Eigentumsvorbehalt: Nach die-
sem Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des
Abonnenten, bis sie dem Gefan-
genen persönlich ausgehändigt
worden ist. „Zurücknahme“
ist keine Aushändigung im Sinne
des Vorbehalts. Wird die Zeit-
schrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie
dem Abonnenten mit dem Grund
der Nichtauslieferung zurück-
zugeben.

Grüne Hochschulpolitik in Hamburg:

Linke Phrasen, rechte Politik und keine Ahnung

Seit einigen Wochen gibt es auch an der Hamburger Universität eine Grüne Hochschulgruppe. Ganz undogmatisch und "basisdemokratisch" hatte es begonnen mit einem Aufruf an alle, die sich für die Zusammenarbeit in einer solchen Gruppe interessieren. Der erste Erfolg war beachtlich, es versammelten sich ca. 20 Interessierte. Man kann sicher sagen, daß dies nur ein kleiner Ausschnitt des Spektrums ist, das für eine solche Gruppe (gegenwärtig) zu gewinnen wäre. Aber es wurden nicht mehr, sondern beständig weniger, so daß heute ganze fünf Leute an den Sitzungen teilnehmen. Dies liegt wesentlich darin begründet, daß von den Initiatoren eine rigide Ausrichtung auf die "reine ökologische" Linie gefahren wurde. Den Anfang bildete eine Sitzungsdiskussion, durch die die Hochschulgruppe auf Mitglieder der Grünen eingeschränkt werden sollte. Dies wurde von der Mehrheit nicht gebilligt. Der nächste Akt war der Versuch, die Mitarbeiter programmatisch auf die Grünen festzulegen, womit die Mitarbeit von Linken ausgeschlossen werden sollte. Auch dies fand keine große Begeisterung. Erreicht wurde durch diese Wiederholung der Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen jedoch, daß der größte Teil der Interessierten auf den Hacken kehrt machte.

So verblieb vom anfangs formulierten Anspruch, eine grüne Hochschulpolitik zu entwickeln, allein eine Arbeitsgruppe zur Frage der Ökologie.

Vollends deutlich wurde der Kurs der Macher dieser Hochschulgruppe an den Studentenparlamentswahlen. Dies sollte der große Einstieg der Grünen an der Uni werden. Das SP wird gegenwärtig beherrscht durch

die Koalition aus Jusos, MSB und SHB. Die linke Opposition bildet die Fraktion der Linken Liste (LIL), bestehend aus Mitgliedern des SSB und unabhängigen Linken, hinzu kommt als liberale Opposition der LHV.

SSB und LIL bieten den Grünen an, eine gemeinsame Liste zu den SP-Wahlen zu bilden, um durch ein einheitliches Auftreten eine größere Chance bei den Wahlen zu haben. Die Grünen lehnten dies mehrheitlich mit der Begründung ab, sie wollten nicht ins linke Fahrwasser geraten und dies würde rechte Stimmen kosten, also die Grundsätze Argumentation.

Die jetzt veröffentlichte Wahlplattform der Grünen Hochschulgruppe hat dabei verdeutlicht, daß es dabei weniger um eine inhaltliche Abgrenzung geht, sondern um die formale Abgrenzung gegen Links. In der Wahlplattform sind alle gängigen linken Argumente gegen die AStA-Politik phrasenhaft zusammengefaßt, ohne auch nur in Ansätzen eigene (grüne) Vorstellungen zu entwickeln.

Die einzige Kritik am AStA besteht darin, daß seine Politik „keinen ausreichenden Bezug zur Basis hat“. Inhaltlich wird nichts kritisiert. So vorgetragen, ist dieser Vorwurf sogar unsinnig, denn natürlich hat die AStA-Politik ihre Basis unter den Anhängern von Jusos, MSB und SHB. Phrasenhaft wird damit lediglich ein Vorwurf von basisbezogenen Basisgruppen aufgeführt, daß die AStA-Politik an ihren Bedürfnissen und Vorstellungen vorbeigeht.

Vollends daneben liegen die Grünen, wenn sie weiter behaupten, daß dies „zu einem Rückzug ins Privatleben und genereller Interessiertheit

gegenüber den hochschulpolitischen Problemen“ führt. Dafür sind die Ursachen natürlich in erster Linie in den gesellschaftlichen Veränderungen, in der Durchsetzung der kapitalistischen Hochschuleform (trotz aller Kämpfe der Studenten) zu suchen. Aber es macht sich eben im Wahlkampf put, der 'verfälschte' Politik der Linken alle Übel zuzuschreiben.

In der gleichen Phrasenhaftigkeit wird die AStA-Politik der bundesweiten Großaktionen kritisiert. An der Uni gibt es einen breiten Unmut über die Politik des AStA, unweitere oder sogar bundesweite Aktionen festzulegen, ohne daß darüber in der Studentenschaft diskutiert werden kann. Dies hat dazu geführt, daß bei Aktionen dieser Art in den vergangenen Semestern nur noch MSB-Mitglieder als Aktivisten auftraten. „Streikaufrufe“ völlig ignoriert wurden usw. Das haben auch die Grünen mitbekommen, verstanden haben sie aber nichts, denn ihre „Perspektive“ (so ist dieser Teil der Wahlplattform überschrieben) beschränkt sich auf den glotzigen Vorschlag: „Wir schlagen derhalb vor, in Zukunft die Prioritäten auf regionale Aktionen zu legen, ohne damit zentrale Aktionen auszuschließen“ - als wüßte nicht jeder, daß ein wenig Ahnung von der Situation an der Uni hat, daß in regionalen Aktionen die gleichen Differenzen gegenüber dem AStA auftreten.

Die einzige positive Aussage unter der anspruchsvollen Überschrift „Perspektiven“ (der Hochschulpolitik) ist: „Die Entfremdung und Verunsicherung des Einzelnen an der Massenuniversität ist ein Thema, mit dem sich noch keine Organisation und kein Gremium ausreichend befaßt hat.“ Wer nun erwartet hätte, daß



Karikatur aus der Wahlplattform der Grünen Hochschulgruppe, aus dem Repertoire des RCDs entnommen.

sich die Grünen damit befassen, liegt fehl. Es bleibt bei dem Hinweis auf dieses Problem - soweit sind die Linken (und zwar alle) allemal schon gekommen.

Aber dann fällt noch das Reizwort „Kommunikation“. Die Grünen meinen: „Der Aufbau einer funktionierenden Kommunikationsstruktur ist unserer Ansicht nach die entscheidende Voraussetzung für eine Unipolitik mit 'massenhafter' Unterstützung und damit auch mit Aussicht auf Erfolg.“ Damit ist man bei einer weiteren dem linken Spontijargon entlehnten Phrase, daß die Strukturen der entscheidende Faktor zur Gewinnung der Studenten sind. Aber unter Studenten hört sich das allemal gut an. Kommunikationsstrukturen schaffen! Nun könnten die Grünen es ja damit versuchen, aber es folgt nicht ein konkreter und machbarer Vorschlag, wie diese Strukturen aussehen sollen. Das einzige, was dazu konkret überhaupt gesagt wird, ist, die Zeitung des AStA

zu einem Kommunikationsorgan zu machen - wofür aber erstmal dieser AStA gestürzt werden müßte!

Auffallend ist, daß in der gesamten Wahlplattform nicht ein einziges Wort zur Anti-AKW-Bewegung gesagt wird, ebenso wenig zu anderen demokratischen und sozialen Bewegungen.

Die Wahlplattform richtet sich mit den verschiedenen Versatzstücken linker Kritik an von der AStA-Politik frustrierte Linke, wobei jedoch gleichzeitig die Abgrenzung gegen die radikale Linke erfolgt. Der totale Mangel an konkreten, inhaltlichen Alternativen reduziert das Ganze zudem noch auf einen einzigen Zweck. Die Macher möchten ganz einen Posten haben. Was die Karrieristen bei den Grünen für eine wichtige Rolle spielen, hat selbst an so untergeordneter Stelle wie dem SP schon durchgeschlagen. (Ein Wort zur Rettung der Ehre der Gruppe Z: Sie hat sich wacker mit ihrem einzigen Vertreter gegen diese Richtung gestemmt.)

Bunt-grüner Wahlsieg in Marburg

Eine Liste bestehend aus Mitgliedern der GLH (Grüne Liste Hessen, die sich selbst den bunt-alternativen Listen zuordnet), der Grünen, des Marburger Sozialistischen Zentrums örtlicher Bürgerinitiativen und der Spontis ist als stärkste Fraktion aus den Studentenparlamentswahlen

hervorgegangen. Sie erreichte insgesamt 1320 Stimmen und 11 Sitze. Die weiteren Ergebnisse: Jusos 4 Sitze, MSB 6, SHB 4, RCDs 7, SLH 4 (Angaben nach „tar“, 24.6.). Damit hat die bisherige AStA-Koalition (Jusos, MSB und SHB) im Studentenparlament keine Mehrheit mehr.

CDU will »Göttinger Nachrichten« verbieten lassen

Der Präsident der Universität Göttingen hat in einer Verfügung gegen den AStA die letzte Ausgabe der AStA-Zeitung „Göttinger Nachrichten“ - „gn“ benannt, dem AStA „erneut untersagt, Erklärungen allgemein-politischen, nicht hochschulbezogenen Inhalts abzugeben“ und den AStA-Referenten auferlegt, zwei Drittel der Druckkosten aus eigener Tasche zu bezahlen.

Das Titelblatt der Inkriminierten „gn“ präsentiert einen mild lächelnden F. J. Strauß, über dessen Konterfei ein Auszug der berühmten Souffler-Rede montiert ist, sowie die Bildunterschrift: „Ein Gespenst geht um in Deutschland...“. Die Zeitung selbst enthält - ebenso wie die beiden vorhergehenden Ausgaben - u. a. einige Beiträge verschiedener linker Gruppierungen zur Diskussion um die Bundestagswahlen.

Diese Artikel sind im allgemeinen weit weniger heikel, als das Thema an sich, und die Debatte über Strauß, die Grünen, große und kleine Übel etc. in der „gn“ eher gemäßigter als engagierter geführt, wie es eigentlich angesichts marodierender CDU-Ortsgrößen angebracht wäre. Denn es ist nicht das erste Mal, daß diese Kreise, im Verbund mit den Uni-Bürokraten, überaus empfindlich auf Aktivitäten zur Bundestagswahl reagieren, bei denen sie selbst naturgemäß schlecht wegkommen:

- Die Universität wollte Miete für einen Raum kassieren, den der AStA für eine Veranstaltung der SPD-Mitglieder „Freiheit statt Strauß“ angemeldet hatte.
- Für eine Ausstellung mit politischen Plakaten der Künstler Staack und Voland wurden dem AStA die Räumlichkeiten in der Uni verweigert. Begründung: es handele sich um Wahlkampf.

- Kurz danach überschlugen sich die Zensuren wahrhaft, als im Rahmen des Göttinger Kunstmarktes (unter dem brandaktuellen Motto: Kunst und Obrigkeit) der Film „Der Kandidat“ gezeigt werden sollte. Die Absetzung desselben sowie die Ausladung von Prof. Peter Brückner von einer Podiumsveranstaltung zum Thema „Zensur“ (!) verlangte der Göttinger CDU-Rechtsaußen und MdB Klein, was der zuständige SPD-Dezent auch umgehend vollstreckte.
- Kaum war die letzte Ausgabe der „gn“ auf dem Markt, meldete sich

der CDU-Ortschef Fischer mit einer Presserklärung zu Wort und forderte die Uni-Leitung auf, gegen diese „Wahlkampf-Postille“ einzuschreiten - was nun geschieht ist.

Fischer kündigte zugleich an, daß er auch die Landesregierung in Kenntnis setzen und um Maßnahmen ersuchen werde, da „Aufmachung und Inhalt dieser bereits mehrfach ins Zweifels gerathenen AStA-Information zeigen, daß der Göttinger AStA nicht gewillt ist, die ihm übertragenen Aufgaben nach Recht und Gesetz wahrzunehmen“ („Göttinger Tageblatt“, 18.6.). Daß Fischer hier eine Umschreibung wählt, anstatt das Stichwort zu geben, nämlich den „Buback-Nachruf“ (in der „gn“ vom April 1977), mag wohl daran liegen, daß es damals - trotz einer bundesweiten Hetzkampagne gegen den sogenannten „Terroristen-AStA“ - nicht gelang, dem AStA eine Distanzierung von dem Mescalero-Artikel abzupressen. Diese und viele andere Auseinandersetzungen, bei denen es auch um das Politische Mandat ging, haben dazu beigetragen, daß bisher (nicht nur) der Göttinger AStA faktisch das Recht auf allgemeinpolitische Meinungsäußerung hat behaupten können. Die Uni-Spitze hat dies über lange Zeit stillschweigend „toleriert“ bzw. nur selten mehr oder weniger dezent um die Einhaltung der Gesetze gebeten.

Ob hier nun eine generelle Kurskorrektur eingeleitet werden soll, wird sich noch zeigen.

Abgesehen davon, bleibt es indes fraglich, ob die Rechte auf diesem Weg ihr Ziel erreichen, den Wahlkampf, d. h. in erster Linie eine Anti-Strauß-Kampagne, aus der Uni zu verbannen. Schließlich führen die Strauß-Apostel und ihre Gefolgschaft in der Uni-Verwaltung mit jeder Aktion erneut vor Augen, mit welchen Verhältnissen bei einem Sieg der Unionsparteien auch an den Hochschulen zu rechnen ist. Andererseits bedeutet dies aber auch eine Politisierung (nicht nur) des Wahlkampfes von rechts her, die die Linke, legt sie nicht bald Akademismus und provinzielle Trägheit ab, unter Umständen zu überfluten vermag. So oder so: Die Wahlen und die Strauß-Kandidatur werfen ihre schwarzen Schatten auch an der Uni schon seit langem voraus.

KHB Göttingen

Schwarzbraune Wege aus der Orientierungskrise der Jugend

Nun bemüht sich auch der „Ring Christlich Demokratischer Studenten“ um „Wege aus der Orientierungskrise“ der Jugendlichen. In der RCDs-Hauptzeitschrift „Demokratische Blätter“ 2/80 analysiert Jürgen Fuchs die Lage der Jugendlichen aus schwarzbrauner Sicht und bietet erste Lösungsvorschläge für eine Bewältigung des Vertrauenschwundes - den er als „Krankheit“ ansieht - der jungen Menschen in dieser Gesellschaft an.

Die Kluft zwischen den Generationen wird immer größer. Die Jugend wird der Erwachsenenwelt ferngehalten. Es „bleibt ihnen eine frühzeitige Erfahrung von den Problemen, Schwierigkeiten, Nöten und Zwängen eben dieser Welt erspart. Sie können, von Verantwortung weitgehend entlastet, Kenntnisse und Fähigkeiten einfließen...“. Dieser „Schutz- und Schonraum“ hat sich in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt. Bis zum 25. Lebensjahr und länger werden die Jugendlichen unselbständig und abhängig „auf der Spielwiese der Erwachsenen und oft praxisfremden Ausbildung festgehalten“. Die Herabsetzung der Volljährigkeit ist angesichts dieser Tatsachen der reine Hohn.

Allein aus diesem Grund war die CDU schon immer gegen die Herabsetzung dieser Altersgrenze.

Es geht um die Anerkennung, um die Selbständigkeit unserer Jugend. Wir können und müssen ihr mehr zutrauen, mehr Verantwortung für diesen Staat. Aber wir sagen es ganz offen, die Jugend kann nicht nur bekommen, sie muß auch geben. Mehr Verantwortung - daß „meint eben nicht nur die Rechte, sondern auch die Lasten und Pflichten“.

Der Schonraum darf nicht weiter ausgedehnt, er muß im Gegenteil eingegrenzt werden. Vielleicht mag dies für unsere jungen Menschen anfangs etwas härter sein, aber wäre dies nicht einfach eine angemessene Vorbereitung auf die Realität des Erwachsenenlebens? Schließlich ist das Leben kein Kinderspiel, sondern beinhaltet zahlreiche Nöte und Probleme. Sie früh erdulden zu lernen, ist besser für unsere Jugend, als plötzlich und unvorbereitet mit dem Ernst des Lebens konfrontiert zu werden.

In diesem Sinne haben doch die vielen tausend jugendlichen Arbeitslosen anderen Gleichaltrigen sogar etwas voraus. Sie erfahren nicht erst mit 30 oder kurz vor der Rente, daß es

Arbeitslosigkeit gibt, sie können sich schon in jungen Jahren auf diese Zustände einstellen. In gewisser Weise sind im Verlauf der letzten Jahre auch schon positive Schritte in Richtung Abbau des übermäßigen Schonraums festzustellen gewesen. Die Schüler erfahren stärker und früher, daß ihnen das Leben nicht automatisch einen Platz an der Sonne beschert. Sie wissen schon in der Grundschule, daß sie arbeiten müssen und sich gegen ihre Mitschüler durchsetzen müssen, wenn sie mal aufs Gymnasium wollen. Und auch ein Studienplatz kostet Mühe; es kann nicht mehr einfach jeder studieren, unabhängig von Leistungsbereitschaft und Begabung. Und wer von zu Hause wegziehen will, erfährt schon früh, daß er viel Geld braucht, um eine Wohnung zu bekommen; Wohnungen können schädlich nicht so zahlreich und billig vorhanden sein wie Sand am Meer. Weitere Schritte in diese Richtung wären wünschenswert und würden das Verantwortungsbewußtsein unserer Jugend fördern.

Doch gleichzeitig muß ein weiterer Mangel behoben werden, welcher daraus entspringt, daß „die moderne Gesellschaft kaum noch in der Lage ist, jungen Menschen Orientierungen und Werte zu vermitteln, die ihnen bei aller Vorläufigkeit und Korrekturbedürftigkeit Halt und Richtung geben können“. Diese Schwierigkeiten der Wertevermittlung beruhen nicht zuletzt auf der „johannischen emanzipatorischen Erziehung“. Diese hat den bestehenden gesellschaftlichen „Konzepts über Erziehungsziele“ bewußt abgelehnt, sie hat die ihr anvertrauten Kinder von dieser Gesellschaft „entfremdet und isoliert“, sie hat das Vertrauen der jungen Menschen in diese unsere Gesellschaft geschwächt. Damit ist sie „Mitverursacher von Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen“. Denn „gerade junge Menschen brauchen solche Orientierungen“. Sollen wir ihnen in ihrer Jugend und Unfreiheit etwas zutrauen, sich allein für einen Lebensweg zu entscheiden, allein ihre Identität zu finden? Früher war das alles ganz anders. Da gab es nicht diese pluralistische Vielfalt von nebeneinander stehenden Werten. Da konnte man noch eindeutig unterscheiden, die mit den langen Haaren sind die Mädel und die mit den kurzen die Jungs, und die Jugend wußte, wozu sie sich zu halten hatte. Diese Ordnung, Beachtlichkeit und Ehrlichkeit - das waren von der Volksgemeinschaft allgemein anerkannte Erziehungsziele. Da gab es



„Klein-Chicago“ oder politischer Kampf?

Die „Nacht der langen Messer“ und ihre Folgen

keine roten Kinderkaderschmieden. die diesen gesellschaftlichen Konsens einfach über den Haufen werfen könnten.

Wir sehen ja heute, wohin Orientierungslosigkeit und der ausgedehnte Schonraum führen: Es bilden sich eigenständige Jugendkulturen. Sie bilden ihre „eigenen Ideologien“, die „der Erfahrungs- und Wirklichkeitskontrolle entgleiten“. „Verunsicherten Weltbildern“ wird auf den Leim gegangen. Der Schonraum produziert auch seine „eigenen Pathologien“ (Krankheiten) benennen nicht nur „Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen“, sondern auch „Neurosen, Hysterie und Fanatismus“. Schon haben diese Krankheiten Verbreitung gefunden. Neurotische Punks, hysterische Feministinnen, triebhafte Schwule, fanatische Kommunisten sind keine Seltenheit mehr.

Manche folgen dann zu einer Flucht vor dieser Welt, indem sie sie „zerstören wollen oder sich ausschließlich parasitär zu ihr verhalten“. Natürlich greifen linke Theorien diese Situation auf und versuchen, die jungen Menschen „für politische Zwecke (zu) mißbrauchen“.

Es gilt, diese Entwicklung aufzuhalten! Man sollte nicht denken, die Lebenskrise junger Menschen sei durch ökonomische Mittel zu lösen, denn sie „beruht nicht auf wirtschaftlicher Not“. „Sowohl der theoretische Materialismus als auch der praktische Materialismus der westlichen Industrienationen führen Irrwege. Trotz unbestrittenen Schwerepunktes ist die Bundesrepublik Deutschland eine der reichsten Nationen der Welt.“ Zumindest einige Bewohner des freien Teils Deutschlands können sich zu den reichsten Menschen der Welt zählen. Und außerdem: „Wohlstand befriedigt nicht.“ Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise zählen vielmehr das „Leben an der Komplexität und am gesellschaftlichen Wandel“.

Es muß endlich Schluß sein mit der Verantwortungslosigkeit und Unruhe stiftenden Reformpolitik! Verschaffen wir den alten Traditionen wieder ihre Gültigkeit!

Eine menschliche Politik muß die Orientierungsfähigkeit der Menschen fördern, „indem sie auf die Grenzen der Neuorientierungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Menschen Rücksicht nimmt.“ Hat die Gesellschaft nicht immer wieder erwiesen, daß die Menschheit wesentlich fähiger ist, sich an alle Wertvorstellungen anzupassen als an neue? Im Sinne einer Stabilisierung sollte es darauf ankommen, diese Fähigkeit zu stärken, anstatt ständig eine Orientierung auf neue Experimente zu fordern. Auch die Politiker müssen ihre Haltung ändern. „Mehr Mut zu klaren Entscheidungen“ müssen sie aufweisen, klar machen, daß politische Entscheidungen immer „Entscheidungen für das kleinere Übel“ sind, und sie dürfen „nicht jede Frage zur Schicksalsfrage hochstilieren“. Wenn es kein Geld gibt für ein Jugendzentrum oder eine bessere Ausbildung, dann müssen sie dies klar und deutlich, ohne Entschuldigung sagen. Das mag Einzelne hart treffen, doch vom Standpunkt der Gesamtheit, des Gemeinwohls aus betrachtet sind dies nur kleinere Probleme; schließlich muß der Staat immer irgendwo streichen. Und zuletzt sind es die Bildungspolitik, die sich gegen eine weitere Ausdehnung des Schonraumes erklären müssen. So ergeben sich aus dem oben Gesagten „erhebliche Bedenken gegen die Einführung des 10. Pflichtschuljahres wie auch gegen eine weitere Ausdehnung von Studienzeiten“. Dagegen zeigt sich unter diesen Gesichtspunkten der „Vorteil des betrieblichen Teils der dualen Berufsbildung“. Denn dadurch erlebt der Jugendliche den Eintritt in die Berufswelt nicht so abrupt als unzumutbar und entfremdet. „Jungen Menschen mehr Verantwortung übertragen“, heißt die Parole, die dazu beitragen soll, Jugendliche wieder zu einem reibungslosen Funktionieren in dieser Gesellschaft und für diese Gesellschaft zu bewegen.

Ist der RCDS im allgemeinen als konservativ-reaktionär zu charakterisieren, so zeigt dieser Aufsatz, wie fließend die Grenzen zwischen reaktionär und faschistoid sind. Denn was anderes ist es, wenn Jugendliche, denen die beschworenen Verhältnisse in dieser Gesellschaft stinken, als pathologisch bezeichnet werden? Was sollte es anderes sein als der faschistische Gedanke von der „Volksgemeinschaft“ wenn in diesem Zusammenhang von „Gemeinschaft und Solidarität“ die Rede ist?

55B/Hamburg

Der folgende Beitrag eines „anarchistischen Genossen“ über die Vorfälle im Hamburg-St. Pauli hat in der Redaktion des AK erheblichen Widerspruch hervorgerufen. Wir halten die hier von Teilen der Anarcho-Punk-Szene eingeschlagene Linie für ziemlich selbstmörderisch und politisch blind. Was in Bremen und im Freiberg richtig und politisch gewinnbringend war, muß es im Krieg mit Hamburg Zuhälter noch lange nicht sein! Wenn soll die hier verordnete Schlacht gegen die Zuhälter sitzen? - Wir haben uns trotzdem entschlossen, den Artikel zur Diskussion zu stellen, weil wir eine Auseinandersetzung darüber für dringend notwendig halten, insbesondere wenn man bedenkt, daß z.B. die „Ist“ - sonst eher dem gewaltfreien grünen Weg zugehörig - die Linie der gewalttätigen Konfrontation mit der Hamburger Zuhälter-Mafia rückhaltlos propagiert. Wir hoffen auf eine bewegte Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb unserer Organisation.

AK-Redaktion

In der Nacht von Freitag auf Samstag (20./21. Juni) ging es in Hamburg gehörig rund. Nach 3.00 Uhr nachts machten ca. 30 Zuhälter die Flohmarktkneipe am Fischmarkt „platt“.

Die 20 Fischmarktleute, Rocker und Punks, konnten nur noch flüchten, bzw. es wurden mit Stahlruten, Eisenstangen und Schlagstöcken brutal zusammengeschlagen. Dabei gab es vier Schwerverletzte (Krankenhause) und mehrere Leichtverletzte auf Seiten der Fischmarktleute, Rocker und Punks.

Nebenbemerkung: Bei dieser Auseinandersetzung waren nur wenige Punks dabei - die bürgerliche Presse machte daraus einen Privatkrieg zwischen Zuhältern und Punks.

Wie kam es nun dazu?

Am Freitagabend hatten sich Zuhälter durch Punks und spielende Kinder provoziert gefühlt und wollten diese verprügeln. Sie wurden aber von mehreren Fischmarktleuten vertrieben, so daß sie mit ihrem Luxusauto mit Vollgas im Rückwärtsgang flüchten mußten. Am Abend und in der Nacht fuhr dann einige Zuhälterwagen mehrmals um die Flohmarktkneipe, trauten sich aber nicht hinein, weil 40-50 gutausgestattete Fischmarktleute, Rocker und Punks sie abwehrten. Diese machten um 1.30 Uhr die Flohmarktkneipe dicht und begaben sich in ihrer Ausrüstung zur Schicklerkneipe „Lorette“ in der Thadenstraße und schlugen dort alles zu Bruch „bravo“!

Dann machten sie jedoch einen für sie verhängnisvollen, ja unglaublich törichten Fehler. Ein Teil von ihnen (ca. 20 Leute) gingen wieder zur Flohmarktkneipe zurück (der andere Teil ging in eine Kneipe im Schanzenviertel) und machten die Flohmarktkneipe wieder auf!!!

Das war dann für die Zuhälter eine günstige Gelegenheit, Rache zu nehmen und ihre Macht zu demonstrieren!

Daneben trafen sich Fischmarktleute, Rocker und Punks in eben erwähnter Kneipe im Schanzenviertel und berieten, wie man sich um die Verletzten im Krankenhaus am besten kümmern könnte.

Die „Nacht der langen Messer“ endete damit, daß um 5.00 Uhr morgens zwei besoffene Typen (mitte 30, Arbeiter?), die sich im Suff fühlten und einen Rocker vor der Kneipe anpöbelten, gehörig verprügelt wurden. Ein Typ mit Frau, der aus einer Nachbarin in der Nähe kam und in ein davor wartendes Taxi einsteigen wollte, wurde als „Schweiß-Zuhälter“ angesehen und er antwortete mit „Schweiß-Punks“. Daraufhin wurde das Taxi angegriffen und der Taxifahrer funkte Notruf. So gleich kamen ca. 40 Taxis an und „begleiteten“ die Fischmarktleute, Rocker und Punks bis 6.00 Uhr morgens durchs Schanzenviertel.

Am Sonntag fuhr die Zuhälter vom „Gewinde“ vor, vor dem einige Punks saßen und fragten diese, wer von ihnen der Boß sei. Sie forderten Geld für die Schäden an der Schicklerkneipe „Lorette“ - weil dies nämlich ihr Revier sei! Auf die Antwort der Punks, daß niemand hier der Boß sei, schlugen die Zuhälter die Punks brutal zusammen und stürmten das Gewinde. Ein Genosse, der in einem Imbiß in der Nähe war, wurde dort von Zuhältern derartig brutal zusammengeschlagen (er bekam mit einem „Morgenstern“ einen Schlag auf den Kopf!), daß er jetzt mit schwerer Gehirnerschütterung im Krankenhaus liegt und noch in Lebensgefahr schwebt!

Die Folgen aus diesen Ereignissen

Es ist zu erwarten, daß die Zuhälter sich nördlich von St. Pauli ausbreiten wollen und dieses Gebiet zu ihrem festkontrollierten Revier machen wollen: Trinity, Lorette und Picken Pack (alles drei neuangelegte Schicklerkneipen in einem Stadtteil

Bericht 1

Wir, ca. 10-15 Punks, saßen gerade vor dem Imbiß, da kamen ungefähr 10 Wagen, so große Straßenkreuzer, und hielten vor dem Imbiß. Lauter Zuhälter mit Knüppeln, Pistolen und so etwas stiegen aus und kamen auf uns zu und haben zu uns gesagt, daß sie mit unserem Anführer reden wollen. Wir haben gesagt, daß wir keinen Anführer haben. Daraufhin hat er gesagt, wenn er nicht mit irgendeinem redet, auf den wir hören, dann will er uns alle „niedermachen“ und will keinen übriglassen und das ganze Karrenviertel auseinandernehmen. Er meinte, er will in einer Stunde wiederkommen mit 30 Wagen. Er hat eben immer gesagt, daß er mit uns reden will. Er sei der Anführer von den ganzen Zuhältern und wir hätten seinen Laden zusammengeschlagen. Wir haben gesagt, wir wissen davon nichts, weil wir in Kiel waren aber er meinte, das sei ihm völlig egal. Er wolle mit einem von uns reden, sonst macht er eben alle kaputt. Denn sind die ganzen Zuhälter alle eingestiegen. Einer von uns hat gesagt „Mit wem willst er denn von uns reden?“ Da dreht sich der Anführer von den Zuhältern um und sagt „Warum grinst du mich an?“ und dann ist er zurückgekommen und der Typ hat zu ihm gesagt „Ich hab dich nicht angegrinst, ich hab nur was gesagt.“ Da meinte der Zuhälter „Spin nicht rum“ und dann hat der Typ oben eine sitzen gehabt und die ganzen Zuhälter sind aus dem Wagen gekommen und auf uns zu. Viele von uns sind abgelaufen und da haben sie eben welche verprügelt. Einen „Beetzel“ haben sie zusammengedrückt und eine Frau. Und sonst weiß ich nichts, ich weiß nur, daß einer einem Zuhälter mit einem Brett ins Gesicht geschlagen hat.

Der Imbißbesitzer und die anderen Leute wollten uns alle nicht reinlassen, um die Polizei zu rufen. Die haben also Angst gehabt. Und sonst ist der Imbißbesitzer immer der Erste, der die Bullen ruft, wenn wir irgendwas machen. Die Aktion hat höchstens zwei Minuten gedauert, danach waren die Zuhälter weg. Und als die weg waren, bin ich in eine Kneipe und habe die Polizei gerufen. Das war so richtig Klein Chicago.

Als die Zuhälter dann alle weg waren, kamen zwei Wagen mit höchstens 6 Bullen. Die haben nichts weiter gemacht.

Als die Zuhälter dann alle weg waren, kamen zwei Wagen mit höchstens 6 Bullen. Die haben nichts weiter gemacht. Ich hab nur gesehen wie sie auf einen von uns losgesturmt sind, der einen Knüttel in der Hand hatte und sagte „Schmeiß das Ding weg!“ Und kein einziger Mensch hat etwas gemacht.

Vor allem finde ich das so witzig, was die Leute von uns wollen, wir können das effektiv beweisen, daß alle Hamburger Punks in Kiel waren, bis auf einige wenige.

Die Chance, daß einer von uns tödlich verletzt wird, besteht auf jeden Fall. Die Schlagwerkzeuge, die sie benutzt haben, gingen vom Stuhlbein bis zum Kegel, und so ein Kegel vom Bowling besteht aus massiv Holz

und so ein Ding wiegt gut und gerne 1-2 Kilo. Und wenn man das mit aller Wucht über den Schädel kriegt, ganz klar, daß der platzt wie 'ne reife Wassermelone. Und da die Leute auch keinerlei Skrupel gehabt haben, diese „Werkzeuge“ einzusetzen, bin ich voll der Überzeugung, daß diese Leute auch mit Leichtigkeit einen von uns umbringen. Und daß wir ihnen auch nichts entgegenzusetzen haben, wissen sie auch.

Da hat der Anführer zu uns gesagt „Wenn keiner mit uns redet, dann müssen wir eben ... Entweder ihr bezahlt den Schaden oder wir mähen Euch alle um.“

+++

Das zweite Mal kamen sie mit mehr, da waren mindestens 14 bis 15 Autos und über 50 Leute. Alle mit Helmen und Knüppeln, also Armbrüste. Und diese Aktion hat mindestens fünf Minuten gedauert. Und ich finde das komisch: Zur Wache Budapester Straße führt man mit Blaulicht keine Minute. Die Polizei kam aber erst, als sämtliche Autos verschwunden waren, und sie sind nicht im Selbstmordtempo durch die Straßen gefahren. Die sind in Kolonne da raus gekommen und weg waren sie. Vielleicht drei bis vier Minuten später kam erst die Polizei. Also ich finde das alles ein bißchen merkwürdig... Die zweite Kneipe gab's im Gewinde - die hatten wohl gesehen, daß in der „Marktkneipe“ keiner war - mit Leuten, die absolut nichts mit uns zu tun haben. Das sind alles ganz friedliche Hippies, die da rumhängen und ihren Dope rauchen. Hinterher war ich im Gewinde, dort sind also Gläser, Flaschen, Vasen von den Tischen geschlagen worden, die Scheiben wurden eingeschlagen, und da lagen auch mehrere Verletzte, z.T. mit ernsthaften Gesichtsverletzungen. Ich hab' einen gesehen, dessen Gesicht konnte man vor Blut nicht mehr erkennen.

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++

+++



Alltägliches Bild im Karolinen-Viertel: Polizei gegen Punks

Punks

ein Interview mit 3 Frauen

ARBEITERKAMPF: In letzter Zeit hört man viel über Punk, vor allem viel Unsinn und Hetze. Deshalb zuerst: Was ist eigentlich Punk?
Punk: Punk ist in England entstanden aus einer Arbeitslosenbewegung und von Leuten, die aus dem Ghetto kamen und hat sich dann eben weiterentwickelt. Heute sind nicht mehr nur Arbeitslose Punks, sondern auch Leute, die aufs Gymnasium gehen oder die arbeiten. - Wann Punk entstanden ist? - So 1977 kam es mit den Sex-Pistols hierüber. Fast gleichzeitig brachte der „Spiegel“ als erster einen Artikel, der schon damals ziemlich gehetzt hat. Wir wurden abgestempelt als Modewelle und idiotische Bewegung, die nur zerstört. Langsam entstand Punk auch hier. Punk ist eine musikalische und politische Bewegung von Jugendlichen, die angekotzt sind, die aber irgendwie noch nicht genau wissen, was sie machen sollen.

ARBEITERKAMPF: Wist ihr, wie es in anderen Städten damit ist?
Punk: In Berlin, Bremen und Hannover sind auch ziemlich viele Punks, in Wien auch. Soweit ich gehört habe, soll es aber zum Beispiel in London die Punk-Szene ziemlich tot sein. Da sind ja auch die ganzen Punk-Läden aus dem Boden geschossen, und damit ist es jetzt irgendwie kaputt.

ARBEITERKAMPF: Gegen Punks laufen ja im Moment eine ganze Menge Razzien, Verhaftungen von der Straße weg u.s. Wir möchten gerne wissen, was da im Moment vor sich geht und warum das jetzt so knallt.

Punk: Ja, die Punks sind im Moment aktiver. Noch vor einem Jahr oder so haben sie noch nichts gemacht und sind in den Kneipen rumgehangen. Jetzt gehen sie auf die Straße und machen mal was. Zur Zeit ist der Treff an der Mönckebergstraße. Außerdem machen wir jetzt auch was gemeinsam mit den Teds. Vorher ging das ja immer gegen die Teds, da haben sich die Jugendgruppen gegenseitig auf die Bräse gehauen. Und jetzt ist es eben so, daß sich zwei Jugendgruppen - oder drei sogar mit den HSV-Fans - zusammengesetzt haben, um gemeinsam etwas gegen die Bullen zu machen und gegen das, was uns ankotzt. Auch gegen diese ganzen Spieler auf der Straße, die einen immer nur dumm von der Seite anlabern.

Deswegen werden die Bullen wohl auch so aggressiv jetzt.

ARBEITERKAMPF: Geb es in anderen?

Deswegen werden die Bullen wohl auch so aggressiv jetzt.

ARBEITERKAMPF: Geb es in letzter Zeit auch Fraktionen mit der Polizei oder Verhaftungen?

Punk: Neulich wurden 40 Punks im Karolinenviertel verhaftet auf dem Weg zu einem Stadtfest. Ein paar Leute hatten wohl Bierflaschen auf die Straße geworfen und sollen einen Kioskbesitzer bedroht haben. Da ist der wohl durchgedreht und hat die Bullen gerufen, und die kamen so mit mehreren Mannschaftswagen und Hunden. Sie haben alle festgenommen, auch die, die nicht beteiligt waren und die um den Imbiß herumsaßen. Auch ein paar hundert Meter weiter haben die zwei oder drei Leute festgenommen.

ARBEITERKAMPF: Wie wehrt ihr Euch gegen die Polizei. Habt ihr da schon etwas unternommen?

Punk: Also meine Eltern haben eine Klage oder eine Dienstaufsichtsbeschwerde gemacht. Da habe ich jetzt einen Wächter gekriegt, daß mein Foto vernichtet worden sei, daß ich aber an einer vorbereiteten Sache gegen Popper teilgenommen hätte, was überhaupt nicht stimmt. Ich war da so mehr oder weniger zufällig in der Stadt und bin festgenommen worden. Und dann habe ich eine Vorladung gekriegt, wohl auch wegen der Dienstaufsichtsbeschwerde. Da ruft mein Anwalt aber erst an, warum ich da erscheinen soll. Mehr ist noch nicht gelaufen.

ARBEITERKAMPF: Wist ihr, ob noch mehr Punks juristisch etwas gegen die Polizei unternommen haben, z.B. wegen der Vorbeugehaft gegen Euch?

Punk: Meia Typ, mit dem ich zusammen festgenommen worden bin, da ist die Mutter bei den Bullen gewesen, aber sie hat nichts erreicht. Mehr ist da wohl nicht gelaufen, wohl auch weil wir ziemlich resigniert sind und nicht glauben, juristisch etwas gegen die Bullen erreichen zu können.

ARBEITERKAMPF: Was macht ihr denn zusammen?

Punk: Wir treffen uns, meinetwegen an der Mönckebergstr. und machen so ein bisschen die Leute an und hängen da so ein bisschen herum und fahren auch irgendwie mal gemeinsam weg. Aber sonst, ich meine, was soll man machen? Ein Jugendzentrum ist nicht da für die Punks, wo wir nicht gleich rausfliegen. Und irgendwelche Kneipen, wo man hingehen kann, gibt es außer der Markttube auch nicht in Hamburg.

ARBEITERKAMPF: Gibt's bei Euch feste Gruppen, seid ihr richtig organisiert oder trifft ihr Euch mehr zufällig?

Punk: Also organisiert sind wir nicht, aber es ist eben bekannt, daß wir uns in der Mönckebergstr. treffen und jeder, der davon hört, kommt eben hin. Da sind immer ein paar Leute. Es gibt natürlich auch so Cliques bei uns, aber nicht so fest, daß jeder zu einer Clique gehört. Man trifft sich eben am Mönckebergbrunnen. Dort sind dann auch Teds.

ARBEITERKAMPF: Warum bist Du eigentlich zu den Punks gegangen und nicht zu irgendeiner anderen Gruppe?

Punk: Bei mir kam es aus dem Gefühl heraus, weil mich alles so angekotzt hat, was überhaupt so abläuft. Auch weil die Musik voll meinen Gefühlen entspricht. Ich war früher mehr mit linken Leuten zusammen und mir ging das ein bisschen auf den Keks, daß die Leute zum Teil immer so ein bisschen rumlallen, also rumdiskutieren um jede Sache. Das geht mir so ein bisschen auf den Wecker. Und da bin ich zu den Punks gegangen. Das sind Leute, die auch irgendwie mal was machen, wenn sie etwas ankotzt oder die irgendeinen Haß auf jemanden haben. Die etwas machen, wenn sie angegriffen sind von irgendwelchen Spielern, die in ihr Auto steigen. Daß sie da auch mal gegen das Auto treten und nicht Diskussionen anfangen mit den Leuten.

Ja eben aus dem Gefühl heraus ist das bei mir gekommen.



ARBEITERKAMPF: Du meinst also, daß Du zu den Punks gegangen bist, weil Dir viele Sachen stinken. Was stinkt Dir und was nicht?

Punk: Also erst einmal die Bullen natürlich, die wie gesagt jeden Samstag in der Innenstadt einsperren, die auch andauernd im Karo-Viertel (Karolinenviertel, die Rad) rumfahren und nachts Leute einsperren. Oder die in der Markttube Razzien durchziehen. Aber auch die Leute, die einen auf der Straße andauernd anmachen wegen des Aussehens. Und daß man total von der Gesellschaft abgestempelt wird, z.B. von der Springerpresse, die Sachen über uns schreibt, die an den Haaren herbeigezogen sind.

Und dann eben meinetwegen so verschiedene Jugendliche, wie z.B. die Popper, die sich nur unterordnen und überhaupt nichts machen, sondern nur auf ihre Kleidung abfahren. Uns stinkt, daß man von denen andauernd angepöbelt wird. Auf der anderen Seite finde ich es auch doof, daß viele ihre ganzen Aggressionen an den Popper auslassen, obwohl sie

vielleicht über die Bullen oder den Staat meckern. Daß die Popper so zum Buhmann aufgebaut werden.

Ja, das stinkt uns eben, Leute, die sich unterordnen und auch nichts akzeptieren, was irgendwie mal ausgefallen ist.

ARBEITERKAMPF: Ihr lebt die Popper auch deswegen ab, weil sie so viel auf ihre Kleidung achten. Ihr habt aber doch auch eine ganz bestimmte Art, Euch zu kleiden und achtet da doch sicher auch sehr drauf?

Punk: Ich sehe da schon einen Unterschied. Die Popper kleiden sich z.B. so, wie es von irgendwelchen Modzeitschriften und Modemachern vorgeschrieben ist, aber bei uns ist es so, daß wir zum Teil unsere Kleidung selber nähen oder irgendwie abändern. Jedenfalls sind wir kreativ in unserer Kleidung und nicht so wie die Popper, die nur vorgegebene Sachen anziehen. Wir färben uns auch die Haare so, wie es uns paßt und tragen nicht so einen Seitenscheitel. Da sehe ich schon einen Unterschied.

ARBEITERKAMPF: Was für Erfahrungen habt ihr denn zum Beispiel in der Schule, wenn mit euch umgegangen wird - mal abgesehen von der Polizei?

Punk: In der Schule wird man unfreilich ein bisschen dumm angepöbelt, auch von den Lehrern. Wenn man im Unterricht irgendwas sagt, heißt es gleich „ah, die Punkerin wieder“ und so, aber das ist so das kleinste Übel.

Mir ist gestern etwas passiert, da war ich auf dem Bahnhofs Hauptbahnhof und hatte mich hingeseht. Da kam gleich einer von der HVV und fragte, ob er meinen Fahrausweis sehen könnte. Ich war die einzige, die kontrolliert worden ist! Den Fahrausweis hat er mir abgenommen, weil ich meinen Antrag nicht dabei hatte und ich mußte wieder nach Hause turnen und meinen Antrag holen. Das hat er richtiggehend gezielt gemacht, ich schließe daraus, daß Punks nicht mal mehr U-Bahn fahren dürfen ohne ständige Kontrollen. Das war gestern wieder so ein Beispiel, das mich mal wieder hochgetrieben hat. Das hat mich in meiner Meinung bestätigt, daß die Springer-Presse „gute Arbeit“ geleistet hat.

ARBEITERKAMPF: Wirst Du in der Schule angemacht, weil Du anders aussehst oder weil Du eine andere Meinung hast als die anderen?

Punk: Erstmal natürlich, weil ich anders aussehe. Und weil mich viele Leute auch gar nicht alther kennen, nur so vom Sehen. Natürlich werde ich auch angemacht, weil ich andere Meinungen habe. Aber da bin ich nicht die Einzige. Angemacht werde ich hauptsächlich wegen meinem Aussehen.

ARBEITERKAMPF: Ich habe von einem Streit zwischen Rockern und Euch gehört. Was ist eigentlich damit?

Punk: Die Rocker sind im Moment ziemlich sauer auf uns, weil wir in der Presse immer als „Punk-Rocker“ beschrieben werden, obwohl wir das nicht wollen. Wir sind keine Rocker und verstehen uns auch nicht so. Die sind sauer auf uns, weil wir auch in Lederklamotten rumrennen, mit Hüten und so. Da meinen sie eben, wir sind ein Abklatsch von ihnen. Im Fernsehen, in der Nordschau, sind wir einmal verglichen worden mit den Rockern der 60er Jahre. Da war direkt der Vergleich von heute zu den Rockern jetzt und sie ziemlich sauer auf uns und drohen auch schon immer damit, in die Markttube zu kommen und den ganzen Laden auseinanderzukloppen.

Am Mönckebergbrunnen auch manchmal so komische Sachen, die auch einem schon mal fast eine in die Fresse gehauen hätten. Das wäre für uns natürlich das Tollste, was uns passieren kann. Jetzt mit der nächsten Gruppe vollkommen Streit zu haben, das ist irgendwas schwachsinzig, da hab ich auch keinen Bock mehr drauf, man sollte lieber irgendwas zusammen machen oder so.

ARBEITERKAMPF: Was ich noch fragen wollte. Wollt ihr, daß alle Leute Punks werden, oder wenigstens ganz viele, und seht ihr Euch als politische Bewegung an?

Punk: Ich nehme wohl kaum an, daß alle Leute Punks werden von ihrer

Art und Weise her, wie sie Sachen sehen, aber es können ruhig noch etwas mehr werden. Aber ich finde z.B. ätzend, wenn irgendwelche Pseudopunks rumrennen, die 20 Plaketten an der Jacke haben aber nach Jonny Rotten überhaupt nichts mehr kommt in der Birne. Aber ein paar Punks mehr könnten wir schon werden, das wäre ganz geil.

Ich meine, eine politische Bewegung ist es schon irgendwie. Sie ist zwar noch nicht groß, aber politisch ist die Sache schon. Aber ich weiß nicht, ob es noch weiter ansteigen wird und noch viele zu uns kommen. Denn in der Presse wird alles völlig falsch dargestellt, was wir genau denken, dabei kommt nichts politisches raus. Sondern wir werden praktisch als idioten dargestellt mit bunten Haaren und Sicherheitsnadeln.

ARBEITERKAMPF: Ihr habt also alle eine zumindest ähnliche politische Richtung?

Punk: Ja, das würde ich schon so sehen. Die Punks sind eben gegen den Staat und gegen die Regierung. Es ist ja praktisch hier so wie 1933, Polizeistaat, daß man nicht mehr auf die Straße gehen kann. Die Punks sind wohl anarchistisch, nicht organisiert in irgendwelchen anarchistischen Gruppen oder so, aber jedenfalls sind die meisten anarchistisch eingestellt. Es tragen auch viele den schwarzen Stern.

ARBEITERKAMPF: Arbeitet ihr sonst mit politischen Gruppen und Organisationen zusammen?

Punk: Einzelne Punks arbeiten in - wenn dann anarchistischen - Gruppen mit. Aber die meisten sind unorganisiert und haben auch keinen Bock mehr auf irgendwelche Organisationen, weil in vielen Organisationen immer um Sachen drumherum geredet wird und wochenlang irgendwas vorgeplant wird wird, entsteht mal spontan eine Aktion zu machen.

ARBEITERKAMPF: Wie ist es dann, mit einer kommunistischen Zeitung ein Interview zu machen?

Punk: Ich hab' öfter mal 'nen AK gelesen. Zum Teil finde ich es ganz gut, was drin steht und ich meine, daß es besser ist, dem AK ein Interview zu geben als der Springer-Presse, die jeweils die Sachen verdreht. Und da der AK fortschrittlich ist, steht mir ja nichts im Weg.

ARBEITERKAMPF: Wie ist es denn so als Frau? Man wird doch als Frau dazu erzogen, hübsch auszusehen und ich glaube, daß es ein ganz schön großer Schritt ist, als Frau und Punk zu sein.

Punk: Man wird doch als Frau dazu erzogen, hübsch auszusehen und ich glaube, daß es ein ganz schön großer Schritt ist, als Frau und Punk eben ganz anders auszusehen.

Punk: Ja, so ist es bei mir auch, daß auch das eben ansteht, wie meinetwegen die Popper-Frauen rumrennen. Mir bringt es auch Spaß, z.B. meine Haare zu färben, um gerade gegen dieses Klischee anzugehen. Oder auch mit Lederjacke rumzulaufen, was ja aggressiv ist, z.B. auch die Bullen tragen. Das wirkt irgendwie aggressiv und abschreckend. Und das ist für mich auch ein Grund, Punk zu sein. Mal völlig ausgefallen auszusehen und mal was gegen die Klischees zu machen, in die Frauen eingedrängt werden.

ARBEITERKAMPF: Habt ihr als Frauen bei den Punks besondere Schwierigkeiten?

Punk: Besonders Schwierigkeiten würde ich nicht sagen, es sind Schwierigkeiten, die einem überall begegnen, daß man als Frau immer zu kämpfen hat, man akzeptiert zu werden. Ich finde es nur doof, daß es auch bei den Punks so ist, denn man hängt eben jeden Tag mit denen zusammen und merkt, daß man von machen Typen überhaupt nicht akzeptiert wird. Also in keiner Weise, sondern man ist nur so für Bett da. Da haben wir es eben so gemacht, daß wir immer so mit 6 bis 7 Mädchen zusammenhängen und immer zusammen losgehen, ins Karo-Viertel z.B. und auch immer zusammenhalten. Denn man muß sich da tierisch durchsetzen. Die haben so Gruppenverhalten, wenn sie in der Clique sind, dann müssen sie den Mätker runthalten lassen. Das ist natürlich nicht so bei allen, es gibt manche die ganz korrekt sind, aber bei den meisten ist es so, daß man sich ganz schön durchsetzen muß. Wells eben so Cliques sind, wo z.T. nur Typen drin sind. Wenn also dann so auf einem Haufen sind, kann man schon

ARBEITERKAMPF: Wie ist es dann, wenn man zusammenkommt?

Punk: Wir haben uns so zusammenge-

schlossen, weil es nicht so viele Punk-Frauen gibt wie Typen. Ich finde es da schon wichtig, daß man zusammenhält. Weil die Frauen manchmal, wenn sie keine Lust haben mit einem Typen ins Bett zu gehen, tierisch angemacht werden von der ganzen Clique, das geht dann manchmal ne Woche lang so. Wenn man da nicht zusammenhält als Frau, ist man die gelackmeierte. Denn alleine kann man gegen so eine Clique von Typen nichts anrichten.



Arbeiterkampf: Ich habe neulich einen Punk mit einem Hakenkreuz gesehen. Wie geht ihr dann mit so etwas um?

Punk: Wir haben eigentlich nur einen Punk, der mit Hakenkreuz öffentlich rumrennt. Der ist zwar in der Gruppe drin, bzw. bei den Punks akzeptiert, aber eben nur so als Kumpel, politisch wird der z.T. nicht akzeptiert, wenn er so sagt, Nazis waren geil. Da sagt man dann „ja, ja“, geht aber nicht weiter auf ihn ein. Das hat keinen Zweck, da weiter mit ihm zu reden, er steht da dahinter.

Die Faschos verrücken, bei uns Fuß zu fassen. Es waren schon irgendwelche Hanse-Banden-Leute in der

redet, er steht da dahinter. Die Faschos verrücken, bei uns Fuß zu fassen. Es waren schon irgendwelche Hanse-Banden-Leute in der Markttube und haben versucht, ihre Sachen abzusetzen, einen Schlagring mit Hakenkreuz dran und so.

Und dieser Michael David hängt bei uns auch in der Markttube rum, viele distanzieren sich auch von ihm oder hängen nicht richtig mit ihm zusammen. Sondern er wird mehr geduldet, man grüßt ihn und wundert nichts. Aber in letzter Zeit habe ich sonst keine Hanse-Banden-Leute in der Markttube gesehen, die versucht haben ihr Zeug zu veräußern. Die haben wohl gesehen, daß das nicht so der richtige Platz ist. Michael David, mit dem hängen vielleicht zwei Leute herum, aber sonst... Er ist auch kleiner richtig mit ihm befreundet.

Arbeiterkampf: Was hat die Musik für eine Bedeutung bei Euch?

Punk: Musik ist für uns ein ziemlich großer Teil der Sache, weil Punk ja praktisch als Musikbewegung nach Deutschland gekommen ist. Es hat eine ziemlich große Bedeutung für die Leute, weil sie sich in der Musik wiederfinden, ihre Aggressionen und ihre Gefühle. Das zeigt sich auch daran, daß es jetzt in Hamburg Punk-Bände gibt, wie „Buttcks“ meinetwegen oder „Razors“ oder einige mehr, die echt auch in ihren Texten mal so zeigen, was eigentlich angesagt ist. Da würde ich schon sagen, daß die Musik eine ziemlich starke Bedeutung hat für uns.

Arbeiterkampf: Machen die Bands auch mit bei Rock gegen rechts?

Punk: Eine Punk-Band macht bei Rock gegen rechts mit, die anderen nicht. Ich meine, da sind Leute, die auch Texte gegen rechts machen und auch gegen die Faschos und, die aber keinen Bock haben, in irgendeine Organisation zu gehen. Das kann ich auch irgendwie verstehen. Mir kommt es hauptsächlich darauf an, daß die Texte und die Einstellung der Leute gegen rechts ist oder nicht.

Klerikale Rechte kontra »pro familia«

Im AK 174 ist schon einmal die Rede gewesen von reaktionären Sammlungsbewegungen innerhalb der evangelischen Kirche. Damals war in Schleswig-Holstein der „Initiativkreis evangelischer Frauen“ als Gegenwicht zum Frauenwerk der norddeutschen Kirche gegründet worden. Der „Initiativkreis“ warf dem Frauenwerk einseitige Politisierung („Kaufte keine Früchte Südafrikas“) vor; es wurden dort „Positionen des politischen Feminismus“ vertreten und außerdem seien „Tendenzen zu beobachten, die auf eine weitere Liberalisierung der Abtreibung hinauslaufen“ („Flensburger Tageblatt“ vom 29.10.79).

Angesichts der Brandanschläge auf vier pro-familia-Stellen in Norddeutschland und der übereinstimmenden Erklärungen der katholischen Kirche, mit solchen Anschlägen nichts zu tun zu haben, soll im folgenden gezeigt werden, wie auch in der evangelischen Kirche rechte Kräfte nahezu planmäßig eine Kampagne organisiert haben, auf deren Boden solche Sabotageakte wie in Bremen, Hamburg und Kiel ihre Berechtigung finden.

1966 wurde die „Konferenz bekennender Gemeinschaften“ (KbG) aus den bis dahin zahllos zerplitterten Gruppen der klerikalen Rechten gebildet. Von Beginn an standen die Themen Ehe, Familie und Sexualität im Mittelpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Und dort speziell wiederum lag der Schwerpunkt in der Propaganda gegen jede Abtreibungsmöglichkeit überhaupt: „Damit kommt Auschwitz frei, Schlafzimmer in Sicht“.

Seit Frühjahr letzten Jahres gibt es auch eine zentrale Zeitung: die „Deutsche Evangelikale Zeitung DEZ“, in der nahezu in jeder Ausgabe das Thema § 218 erwähnt wird. Bereits in der ersten Ausgabe behandelt sie eine Statistik der pro familia unter der Überschrift „Kindermord“ („DEZ“ vom 1.4.79). So „richtig“ eingestiegen in das Thema ist die „DEZ“-Redaktion erst, als Kardinal Hoffmann sich hinter den Münchner Arztfunktionär H. Holzgartner stellte und Abtreibung als „Mord in Menschengestalt“ („FR“ vom 2.8.79). In der „DEZ“ vom 15.8.79 wurde dann unter der etwas verlogenen Überschrift „Abtreibung ist Mord“ Holzgartners These zitiert und ausgeführt: „Die Nationalsozialisten haben

die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg nach Auschwitz.“ Zwei Monate später ging es dann direkt um pro familia. Nach dem der pro familia unterstellten Mordto „wer leben will, bestimmen wir“ diffamiert der Schreiberling in kaum zu überbietendem Zynismus ein Beratungsgespräch: „Die Verhandlung findet, wie immer, unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Urteil vollstreckt „pro familia“ und der Henker heißt „pro vita“. Bei der Hinrichtung ist streng darauf zu achten, daß der „unglücklichen Mutter“ nicht schlecht wird.“ Am Ende steht das „Todesurteil“, formuliert in „humaner Hintersprache“ (alle Zitate aus „DEZ“ vom 15.10.79). Zum Schluß folgt der abschließend unvermeidliche Vergleich mit Nazi-Massenmorden.

Welcher Zynismus nach Übrigens hinter all diesen Artikeln wirklich verbirgt, wird angesichts eines Beitrags unter der Überschrift „Raum ohne Volk“ („DEZ“ vom 10.3.80) deutlich: ob „Volk ohne Raum“ oder „Raum ohne Volk“ – das Mutterkreuz winkt. Wenn Vergleiche mit Nazi-Methoden angebracht sind, dann hier: „Wer den Schutz des werdenden Lebens ohne die Zukunft des geborenen Lebens propagiert, setzt sich dem historisch begründeten Verdacht aus, nicht am Leben des Einzelnen interessiert zu sein, sondern allein am Wachstum der Bevölkerungszahlen. Diese Moral ohne soziale Verbindlichkeit ging in der Vergangenheit auch immer zu Lasten der Arbeiterklasse und sozialer Randgruppen“ (aus einem offenen Brief der Bremer pro familia an den Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmann, Juni 1979).

Das mag zunächst ausreichen. Die aus diesen reaktionären kirchlichen Vereinigungen zu erwartenden empörenden Zurückweisungen aller Verdächtigungen auf Missetätigkeit erweisen sich als pure Heuchelei. Sie sind genauso schuldig wie seinerzeit Springer an dem Attentat auf Rudolph Dutschke schuldig war. Und wer will schon behaupten, daß Herr Springer nicht gewollt immerhin war er noch so ehrlich, daß er das Gegenteil noch nicht einmal behauptet hat...

Kirchenkommission



Anschläge auf Pro-Familia — Wir Frauen protestieren!

In Bremen, Hamburg und Kiel gab es in der dritten Juni-Woche Brandanschläge auf Beratungstellen von pro familia, in denen Frauen sich auch bei ungewollten Schwangerschaften beraten und helfen lassen können, ohne dem sonst üblichen moralischen Druck ausgesetzt zu sein.

Boulevard- und sonstige bürgerliche Presse versuchen einseitig, das Ganze als einseitige Tat eines „Iren“ oder „Faschisten“ abzutun. So soll davon abgelenkt werden, daß wir hier die Quittung für die vielfältigen Mißstände von Kirchen und reaktionären Kreisen vorliegen haben, die die Frauen als Mörderinnen und die Beratungstellen von pro familia als Schleichbänke beschimpfen.

In mehreren Städten gab es nach den Anschlägen Demonstrationen, bei denen auf diesen Zusammenhang hingewiesen wurde.

Bremen

Auf Initiative mehrerer Frauengruppen fand am 18.6. eine Protestdemonstration statt, an der sich ca. 2.000 Leute beteiligten – in Anbetracht der kurzen Mobilisierungszeit ein recht großer Erfolg. Die Demo fand außerdem starke Aufmerksamkeit in der Bremer Bevölkerung. Die Solidarität mit der pro familia-Stelle hier in Bremen hat für uns Frauen eine besondere Bedeutung: es ist die bislang einzige Einrichtung in der BRD, wo konsequent eine Entscheidung der Frau zum Schwangerschaftsabbruch akzeptiert wird. Frauen können hier auf schonende

Art – ohne Erniedrigung und ohne Schuldgefühle eingestuft zu bekommen – ambulant abtreiben. Charakteristisch waren auf der Demo aber gleichzeitig Parolen für den Kampf gegen den § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Braunschweig

Nach dem Bremer Anschlag schickten Braunschweiger Frauen sofort ein Solidaritätstelegramm an pro familia.

Das wurde initiiert vom Frauenzentrum, dem Frauenreferat der Fachhochschule, den KB-Frauen, dem Frauenhaus und dem Frauenbuchladen. Am Freitag organisierten die Beratungsgruppe aus dem Frauenzentrum und einzelne Frauen einen Stand in der Innenstadt. Sie verteilten Flugblätter und trugen Sandwiches. Sie sammelten innerhalb kurzer Zeit mehrere hundert Unterschriften gegen die Anschläge und für eine Unterstützung von pro familia.



pro familia Hamburg – total ausgebrannt

pro familia Hamburg – total ausgebrannt

schattimbruch akzeptiert, wuu. Frauen können hier auf schonende

PRESSEERKLÄRUNG der pro familia Bremen

In der Nacht von Samstag auf Sonntag brachen bisher unbekannte Täter in das Beratungszentrum der Pro Familia Bremen ein. Durch Brandstiftung an verschiedenen Stellen des Zentrums, durch Verspreizung Brandender Chemikalien und Gewalttätigkeiten verurteilten sie fast vollständig Räume, Mobiliere und Unterlagen. Der Schaden wird auf mindestens 250.000 DM geschätzt. Es wurden keine Gegenstände entwendet.

Ziel der Zerstörung war offensichtlich, die Arbeit des Beratungszentrums für Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch unmöglich zu machen. Nachdem bereits am Freitag, den 15.6.80, religiöse und faschistisch gefärbte Drohungen gegen Mitarbeiter ausgesprochen wurden, schließt das Zentrum nicht aus, daß es sich um die Tat religiöser Klaffes handelt, die die Absicht verfolgen, die von der Bundesregierung und vom Land Bremen finanzierte Modelleinrichtung gewalttätig zu zerstören. Dieses Ziel ist nicht erreicht, trotz der Zerstörung wird die Arbeit ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Vorstand und Mitarbeiter des Zentrums sehen damit Befürchtungen bestätigt, daß die seit Monaten andauernde Verleumdungskampagne gegen jede Form der Familienplanung und des Schwangerschaftsabbruchs erste gewalttätige Folgen hat.

In einer Stellungnahme schreibt der Vorstand: „Die Gegner der Familienplanung, insbesondere die katholische Kirche und die CDU/CSU, sollten erkennen, wohin ihre Polemiken und die Einschüchterung von Schwangerschaftsabbruch mit Mord und Mordanschlägen führt. Sie werden aufgefordert, zur Beseitigung dieser Verleumdungen und auf ihre Anhänger einwirkend einzusetzen.“

Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung Pro Familia Bremen, für den Vorstand: Prof. Dr. Gerhard Amendt, Dr. Barbara Knieper

Die CDU zu den Anschlägen auf „pro familia“

„Das Thema Schwangerschaftsabbruch“, meint Norbert Blum, MdB und Vorsitzender der sog. Sozialausschüsse der CDU, „eignet sich nicht für lautes Feldgeschrei. Der Schutz des Lebens kann nicht Fanatismus und Gewalttätigkeiten überlassen werden. Nur in einer mündigen Gesellschaft wächst das Verständnis für das ungeborene Leben.“ Nach dieser Pflichtübung kommt er zur Sache: „Wie sehr allerdings der blinde Eifer bereits das Klima der Diskussion über den § 218 bestimmt, beweisen nicht nur die Anschläge auf „pro familia“, sondern auch der heftigste Verdacht, Kardinal Hoffner und der Bundesärztestag hätten den Boden für die Gewalttätigkeit bereitet. Das ungeborene Leben ist weder von den Kirchen noch von den Ärzten mit Aggressionen und Haß verteidigt worden. Deshalb war die Kampagne der Verdächtigung auch ein Beitrag zur Aufheizung des Diskussionsklimas.“ („Deutschland-Union-Dienst“, 20.6.) – womit die Befürworterinnen einer Freigabe der Abtreibung zumindest das geringste Mitleid mit den Brandanschlägen überführt sind...

Hamburg

In der Nacht auf den 19. Juni wurde auf eine pro familia-Beratungsstelle in Hamburg ebenfalls ein Anschlag verübt. Das Mobiliar wurde demoliert, Polster aufgeschüttet und Brandstiftung gelegt. Die Beratungsstelle ist total ausgebrannt.

Am Mittwoch fand im Rathaus ein Hearing statt, das von Journalistinnen initiiert war. Politiker wurden von Frauengruppen zur Rede gestellt. Im Mittelpunkt standen dort die Einrichtung eines Familienplanungszentrums der pro familia, ähnlich dem Bremer Modell, und die Forderung der Frauen nach sofortiger Einstellung des Abtreibungsmittels Prostaglandin, das in Hamburger Krankenhäusern an Frauen ausprobiert wird.

Ein Aufruf von pro familia Hamburg und der § 218-Gruppe zu einer Demonstration am Samstag wurde von vielen Frauen-Gruppen unterstützt (Arbeiterwohlfahrt, ASF Hamburg und Altona, der autonomen Beratungsgruppe Kampstraße, Frauen aus dem Frauenausschuß der GEW, Feministische Initiative Lohndienst, Mutter, Biff Einsbittel (Beratung für Frauen), AFI (Altonaer Fraueninitiative), FDP-Frauengruppe, Kinderhaus-Frauengruppe, KB-Frauengruppe, Jungdemokraten, MSB, Jusos, DFI (Demokratische Fraueninitiative), DFU, SIB, Initiativtreffen der Buntten Liste, Grüne Frauen, Z-Frauen, FG Hamm, Frauenmedienladen, FG zu Verhütungsmitteln, verschiedene Buchläden und Verlage). An der Demonstration nahmen ca. 1.200 - 1.500 Menschen teil.

Alle Rednerinnen der Abschlusssitzung wiesen darauf hin, daß die Anschläge aus einer Stimmungsmache und Kampagne von Rechts entstanden sei. Pro familia rief zur Unterstützung für die Einrichtung eines Familienplanungszentrums auch in Hamburg auf.

§-218-

Vier Jahre nach der "Reform"



SITUATION IN MÜNSTER

ARBEIT DER § 218-GRUPPE IN MÜNSTER

Wir, die § 218-Gruppe in Münster, haben eine Broschüre gemacht, die die frauenfeindliche Abtreibungspraxis in NRW aufzeigt. Neben der Darstellung der Situation in Münster haben wir uns besonders mit den Angriffen von Seiten der Kirchen und reaktionärer Politiker auseinandergesetzt.

Aus dem Inhalt: Erfahrungsbericht, Arztredenen, Abtreibungsmethoden, Beratungsstellen, Bericht über Pro Familia Bremen, Strauß und sein reaktionäres Familienprogramm, die Kampagnen des Kardinal-von-Galen-Kreises, und vieles andere.

Zu bestellen bei:
Siegfried Rohmann, Hammer Straße 37 44 Münster

Frauenkonferenz in Kopenhagen

Im „Jahr der Frau“, 1975, wurde in Mexiko auf einer UNO-Frauenkonferenz ein „Weltaktionsplan zur Förderung der Position der Frauen“ beschlossen. Welche Fortschritte seither gemacht worden sind, soll eine UNO-Frauenkonferenz mit Teilnehmerinnen aus rund 150 Ländern vom 14. Juli bis 30. Juli in Kopenhagen untersuchen. Besondere Aufmerksamkeit soll auf die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Ausbildung gerichtet werden, die gemeinsam die Unterthemen der Konferenz bilden.

Parallel zu diesem Treffen offizieller Repräsentantinnen findet (ebenfalls in Kopenhagen) vom 14. bis 24. Juli eine alternative Konferenz, „Forum“, statt, an der nicht-offizielle, nichtregierungsgebundene Frauenorganisationen unterschiedlichster Art teilnehmen werden. Um den Frauen aus der Dritten Welt die Teilnahme am „Forum“ zu ermöglichen, haben sich verschiedene UNO-Länder mit allerdings sehr unterschiedlicher Gebotsfreude an der Finanzierung beteiligt: Während die kleineren Niederlande für diesen Zweck 50.000 Dollar zahlen, konnten sich die reichen USA gerade nur doppelten Summe aufschwingen.

Das „Forum“, das auf dem Amager Campus (Universität) stattfindet, ist in vier Themenschwerpunkte gegliedert, zu denen in Arbeitsgruppen (mit spezieller Themensetzung) gearbeitet werden soll:

- Frauen aus der Friedensbewegung
- Frauen aus der Ökologisierung

- Frauen aus der Bewegung gegen Atomenergie, die ebenfalls eine Technologiekritik erarbeiten wollen
- Frauen aus Frauengruppen, die auf allen Ebenen gegen die Unterdrückung der Frauen aktiv sind
- Frauen, die in alternativen Projekten arbeiten.

Die Kontaktadresse für die alternative Konferenz ist:
K.U.L. Women and Development
Koblenzergade 67 1TV, Kopenhagen
Tel.: 0045 1 157870

Am Tag der Eröffnung, am 14.7., werden die dänischen Friedensfrauen dem UNO-Generalsekretär Waldheim die Unterschriften der Frauen übergeben, die sich an der internationalen Friedens-Frauen-Aktion beteiligt haben.

Die westdeutschen Aktivistinnen für den Frieden sollen am 12. Juli in Eckernförde eintreffen. Dort ist Gelegenheit zum Feiern und Übernachten. Von Eckernförde aus wird die Weiterfahrt nach Kopenhagen mit einem Sonderzug organisiert.

Heide Sunk
Jungferstieg 74
2330 Eckernförde

Am 19. Juli veranstalten die Gruppen der dänischen Frauenbewegung ein internationales Frauenfestival. Die Trägerinnen sind u.a. die autonome Frauenbewegung (Rødstrømper), einzelne Frauengruppen (wie „Frauen über vierzig“), inter-

nationalistische Gruppierungen (wie der „Lateinamerikanische Frauenbund“ und MIR) und die Frauengruppen der organisierten Linken (von VS, SF, SAP - 4. Internationale, DKP).

Unter der Hauptparole „Der Kampf gegen die Frauenunterdrückung ist international“ haben die Vorbereitungsgruppen zu verschiedenen Themen gearbeitet.

- Das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper (Kampf für freie Abtreibung in allen Ländern, gegen die Zwangssterilisation, für freie, sichere und risikofreie Verhütungsmittel); Kontakt über Telefon 0045 1 228911 (Thore).

- Die Probleme der Einwandererinnen (Kampf für wirklich gleichen Lohn von ausländischen und dänischen Frauen, für Sprachunterricht in der Arbeitssprache, gegen die Ausländerhetze); Kontakt über Telefon 0045 1 837439 (Dorte).

- Frauen in der Dritten Welt (Unterstützung der antimonopolistischen Befreiungsbewegungen, für das gewerkschaftliche und politische Organisationsrecht der Frauen); Kontakt über Telefon 0045 1 311860 (Dorte).

- Kampf der Frauen in Dänemark (Frauenkampf im gewerkschaftlichen und politischen Bereich, für ein neues Frauenbewusstsein, für den Frieden); Kontakt über Telefon 0045 1 203291 (Kirsten).
K. (BO Hamburg-Bermbek) und
Frauen über vierzig

Nochmal zum Schrei ...

Bx. aus Münster schreibt (AK 179) „Ich bin mir wirklich nicht sicher, ob es sinnvoll war, Co.'s Leserbrief abzu- drucken“. Was auch immer sie damit sagen will, ich finde, die drei Leserinnenbriefe, die sich ja im wesentlichen auf meinen beziehen, sprechen für den Abdruck. Außerdem glaube ich, daß ich sicher nicht die einzige Frau bin, die auf den Film so oder ähnlich reagiert hat.

Der Grund dafür, daß ich überhaupt etwas zu dem Film geschrieben habe, war nicht, daß ich meine Meinung sonderlich bemerkenswert und meine Beurteilung des Films als einzig Zutreffende empfunden hätte. Vielmehr hat der Film auch mich sehr beschäftigt, ich habe tagelang daran geknackelt, wieso er bei mir nicht dasselbe Ausmaß an Betroffenheit geweckt hat wie bei anderen Frauen, ob ich dann wirklich so schrecklich unheimlich und distanziert bin. Das hat dann zu Überlegungen über die Stilmittel des Films usw. geführt, also zu Erklärungsversuchen für dieses Defizit an Betroffenheit, und zwar solchen, die möglichst weit weg von mir liegen. Die Zuschriften aus Hamburg, Münster und Frankfurt haben mich da durchaus auf bessere Erklärungsmöglichkeiten gestoßen.

Die Hamburger Genossin hat sicher recht. Ein wesentlicher Faktor

Die Hamburger Genossin hat sicher recht. Ein wesentlicher Faktor

ist, daß ich tatsächlich (bisher) nicht vergewaltigt wurde. Eine Vergangenheit wie ihre ist für mich irgendwie unvorstellbar, auch gerade weil ich sie kenne und weiß, was für eine tolle Frau sie ist. Natürlich bin ich wie jede Frau Benachteiligungen ausgesetzt, von denen viele im Zusammenhang mit Sexualität und - möglicher - Vergewaltigung stehen: Angst, abends, nachts, gelegentlich auch tagsüber, allein bestimmten Straßen zu gehen, Schritte hinter mir zu hören oder eine Gestalt vor mir aufzutauchen zu sehen, Belästigungen in der Bahn, in Lokalen, am Ausland; eingeschränkte Bewegungsfreiheit in jeder Hinsicht. Aber das alles trifft mich nur als potentiell Opfer von Vergewaltigung und Argert mich hauptsächlich deswegen, weil es mir alle möglichen Aktionen strenger oder gar unmöglich macht, die Männern ohne weiteres möglich sind.

Es besteht wohl schon ein qualitativer Unterschied zwischen Vergewaltigt-werden-können und wirklich Vergewaltigt-worden-sein, verglichen mit einer Vergewaltigung erscheinen mir diese alltäglichen Behinderungen relativ unbedeutend.

Wie ich auf eine Vergewaltigung reagieren würde, weiß ich nicht. Wahrscheinlich würde ich mich nicht besonders wehren (das habe ich an-scheinend mitverrätend ausgedrückt in meinem ersten Brief); ich hätte viel zu viel Angst, daß es nicht klappt und der Typ dann noch brutaler wird. Allerdings, als meine Freundin und ich aus dem Kino ka-

men, war so ungefähr das erste, worüber wir sprachen, daß wir uns ein Messer wünschten, möglichst schnell und scharf, und daß wir uns ausmalen, wo wir es im Ernstfall am leichtesten und effektivsten platzieren könnten. Entsprechend haben wir auch im letzten Sommer auf eine verurteilte Vergewaltigung meiner Freundin im Urlaub reagiert, daß wir uns eine Waffe wünschten. Insofern denke ich mir, daß ich, wenn ich selbst vergewaltigt würde, nicht mich selbst umbringen wollen würde, sondern den Vergewaltiger - aber ich würde es wahrscheinlich nicht tun.

Was nun das Akzeptieren der eigenen (bzw. unserer kollektiven) Opferrolle betrifft, so beruht mir das zugegebenermaßen einige Schwierigkeiten. Abgesehen davon, daß ich mich in meiner momentanen Situation beim besten Willen nicht so recht als Opfer fühlen kann - es geht mir eigentlich ganz gut, und besser als manchen Männern -, ich habe auch überhaupt keine Lust dazu! Sicher, ich weiß und merke es auch dauernd, daß ich als Frau unterdrückt werde, und ich weiß auch, daß sich das nicht so schnell ändern wird, aber deswegen will ich mich noch lange nicht global als „Opfer“, also als Objekt, Leidende, Ohnmächtige absteampeln lassen. Es gibt auch viele Situationen, wo ich mich stark fühle, wo ich diese langweiligen Geschehnisse in ihren grau-blauen Anzügen, die es nötig haben, über Autos, Fotoapparate und Fußball zu reden (auch'n bisschen arrogant, was? Aber solange es gegen die Männer geht...), deren zellisches Gleichgewicht schon außer Kontrolle gerät, wenn frau sich von ihnen nicht den Wein einschenken oder die Tür aufhalten läßt.

Die Anerkennung der Frau als Opfer ist m.E. generell eine zweischneidige Sache, denn sie birgt die Gefahr in sich, die eigene miese Situation als „normal“ für Frauen hinzunehmen, sich der eigenen Fähigkeiten nicht bewußt zu werden, oder aber auch, eigene Bequemlichkeit oder eigenen Opportunismus damit zu verschleiern. Wer aber, wie ich, nur die potentielle oder schon vorhandene Stärke von Frauen im Kopf hat bzw. fast nur mit Frauen zu tun hat, für die bestimmte, in unserer Gesellschaft eher typische Frauenrollen schon kaum noch in Frage kommen, läuft Gefahr, eine Art von weiblicher „Jede ist ihres Glückes Schmied“-Ideologie zu entwickeln, und eine dementsprechende Arroganz gegenüber Frauen, die unter weniger günstigen Bedingungen leben.

Es ist allerdings eine Sache, solche Weisheiten in seinem Kopf mit sich herumzutragen, um sie ggf. in politischen Diskussionen oder Artikeln wieder von sich zu geben, und eine andere Sache, auch spontan so zu empfinden.

Co., Hamburg

Schocker in der Frauenkneipe?

Am 13.6. habe ich der Hamburger „Frauenkneipe“ einen Besuch abstattet, um freundlich nachzufragen, ob ich ein Veranstaltungsplakat (Henning Venke, Duo Z, vom Kinderhaus veranstaltet) aushängen dürfte. Ich wurde mit einem schroffen „Nein“ abgeburstet. Auf immer noch freundliche Nachfrage, warum denn nicht?, bekam ich die Antwort: „Wir können solche Ficker nicht gebrauchen!“ Ich fragte nochmals nach, wie sie das denn gemeint hätten - und wurde verabschiedet mit der „freundlichen Aufforderung“ Tschüss Leute“. Ich fand, daß das ein unmögliches Verhalten von Frauen Frauen gegenüber war, zumal ich zu jeder Auseinandersetzung bereit war. Nicht genug, daß Frau sowieso schon beim Verkauf und Aushängen von Materialien angemaßt wird, nun auch noch in der Frauenkneipe?

Die anwesenden Frauen waren auch anscheinend sehr eilig, von Protest oder Entzücken habe ich nichts vernommen. Dies schreibe ich, weil ich schon mal Abwechslung in der Frauenkneipe gesucht habe, und ich so doch zu meinen Fickern gehen würde. Ich habe gute Erfahrungen mit Frauen gemacht, ich dachte mal, daß die

Frauenkneipe Zufluchtsort für Frauen sein soll, wo sie ungestört diskutieren, sich frei von Annäherungen unterhalten können! Ich weiß von Frauen, die „bewußt“ die Frauenkneipe meiden, weil sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Ich möchte nun nicht dahin tendieren, daß alle Frauen in der Frauenkneipe solche Auseinandersetzungen führen, dazu weiß ich zu wenig, möchte aber schon, daß es möglich sein muß, eine andere Auseinandersetzungsform zu finden, nämlich solidarisch. Möchte alle Frauen, die die Frauenkneipe besuchen, dazu auffordern, bei ähnlichen Erfahrungen, dies nicht einfach ruhen zu lassen und sich privat zu ergern. Denn eine Frauenkneipe finde ich immer noch POSITIV. Oder findet ihr das Verhalten in Ordnung? Ich bin jedenfalls sehr betroffen, einmal über die Art und Weise der Auseinandersetzung und diese platten Argumente, die keine sind, bei welcher nur eine solidarische Auseinandersetzung mit Frauen, auch wenn andere Meinungen dazu da sind. Es ist uns Frauen nun wirklich nicht dabei gedient, uns auch noch gegenseitig fertig zu machen. Eine AK-Leserin

Gut Holz!

Zur Frage der Frauenzeitung verkaufenden Genossen

Liebe B., da bist Du wohl in Deinem pseudo-feministischen Übermut etwas über das Ziel hinausgeschossen. Erst einmal ist es schon erstaunlich, was Du alles an Verurteilenswerten aus einem Artikelchen von vielleicht 100 cm² Fläche herausinterpretierst. Möglicherweise war dieses Artikelchen nur ein willkommener Anlaß, aufgetauten Unmut über ganz andere Genossen und Verhaltensweisen loszuwerden?

- Du glaubst also dem Genossen mit, daß ihn die Annäherung beim Verkauf der Frauenzeitung überreicht haben, sondern unterstellt ihm, er habe diese geradezu erhofft, um sich damit wichtig zu machen und als besonders frauenfreundlich profilieren zu können. Und er soll sich auf die Annäherung bloß nichts einbilden, das sei schließlich gar nichts gegen das, was wir Frauen tagtäglich mitmachen (Wenn hier jemand angemacht wird, dann sind das wir!)

Da ist natürlich was dran, ein Mann wird unsere Erfahrungen beim Zeitungsverkauf ebenso wie in anderen Bereichen nicht vollständig nachvollziehen können. Aber darum ging es hier ja auch gar nicht. Du übersehst, daß hier eine ganz andere Art von Annäherung vorlag, die, wenn auch in gewisser Weise vorhersehbar, so doch neu war, einfach deshalb, weil frauenzeitungsverkaufende Genossen selbst in unserer Organisation noch verhältnismäßig selten sind, annehmend kommen nur ganz durchtriebene Sofas auf solche Ideen.

Wenn Frauen nicht nur als Linke, sondern auch speziell als Frauen angemaßt werden, dann oft in der Weise, daß ihre politische Meinung ignoriert oder bestenfalls als exotisches Beiwerk betrachtet wird (womit eine Frau sich so beschäftigt, ist es nicht von Bedeutung), während das Hauptaugenmerk dem potentiellen Sexualobjekt gilt. Oder aber die aktive und energiegelade Frau wird als unweiblich empfunden, die Aggressionen richten sich dagegen, daß ihr Gebrauchswert für den Mann herabgesetzt ist.

Ein Mann hat beim „Kunden“ natürlich erstmal den Vorteil, daß er ganz andere wahr- und ernstgenommen wird. Es wird ihm aber umso mehr überlassen, wenn er sich als Verkäufer einer Frauenzeitung aus freien Stücken in einen diskriminierten Status hineinbegibt.

Der Unterschied ist sich illustrieren an der unterschiedlichen Einstellung von Männern gegenüber Lesben bzw. Schwulen.

Was Lesben betrifft, so läßt den Männern hier wohl hauptsächlich der Umstand keine Ruhe, daß Frauen möglicherweise ohne sie, insbesondere ohne ihre prächtigen Schwänze, auskommen könnten. Das erklären sie sich dann damit, daß es sich um einen von Frauen handelt, die „keine Angehörigen“ haben oder aber,

daß nur der „Richtige“ noch nicht gekommen ist. „Männliche“ Verhalten lesbischer (und anderer) Frauen ist nur in dem Zusammenhang relevant, daß sie „keine richtigen Frauen“, d.h. keine in der üblichen Weise verfügbaren Sexualobjekte darstellen. Die sonstige Anerkennung (als „Kumpel“) muß dadurch nicht beeinträchtigt sein.

Was die Männer in Bezug auf die Schwulen beschäftigt, ist offensichtlich am wenigsten deren mangelndes Interesse an Frauen, das Interesse richtet sich ausschließlich auf die „weiblichen“ Attribute wie Sprache, Kleidung, Gang. Schwulenwitze zeigen, daß Männer, die sich in die untergeordnete weibliche Rolle hineinbegeben, von ihren Geschlechtsgenossen der Lieberlichkeit preisgegeben werden.

- Du schreibst, Du würdest es auch merkwürdig finden, als Frau eine Schwulenzeitung zu verkaufen, weil Du deren Position nicht vertreten könntest, wenn Du z.T. noch „auf der anderen Seite“ stehen würdest und außerdem von ihrer Unterdrückung nicht betroffen seist.

Zum ersten: Wir stehen immer „punktuell“ noch auf der anderen Seite“. Auch wenn ich als Frau eine Frauenzeitung verkaufe, ist damit doch noch lange nicht gesagt, daß nicht auch in meinem Kopf noch „Relikte meiner bürgerlichen Erziehung und Anpassung“ auch über die Rolle der Frau in ruhigen Mengen ihr Unwesen treiben; es wäre ganz unklarlich, wenn dem nicht so wäre. Soll ich daraus die Konsequenz ziehen, keine Frauenzeitungen mehr zu verkaufen, zu erstellen? Und wie kommen wir dann dahin, daß diese Relikte dezimiert werden?

Zum zweiten: Wir sind auch von unserer eigenen Art von Unterdrückung immer in unterschiedlichem Maße betroffen. Ab wann kann z.B. eine Frau nach Deiner Meinung eine Frauenzeitung glaubwürdig verkaufen. Muß sie vergewaltigt worden sein? Muß ihr Ehemann oder Freund sie prügeln? Muß sie abgetrieben haben, oder reicht es, daß sie die Pille nicht verträgt? Darf sie überhaupt eine gute Ausbildung haben oder einen qualifizierten Arbeitsplatz?

Mit Deinen Kriterien für Betroffenheit wird Solidarität von vorne herein abgewürgt. Was wir wollen, ist doch, daß sich ein e h r Menschen auch von der Unterdrückung anderer betroffen fühlen, daß diese für sie selbst auch unerträglich wird und sie sich auch gegen diese Unterdrückung wehren. Wir können doch nicht bei jedem Protestierenden erst einmal untersuchen, ob er sich durch persönliche Betroffenheit auch ein Anrecht auf diesen Protest erworben hat.

Wenn also ein Mann eine Frauenzeitung und eine Frau eine Schwulenzeitung verkauft, so ist das ein politischer Akt, der zeigt, daß der/die



nicht bemüht, über verbale Zugeständnisse hinaus etwas zu tun. Die Gefahr, daß sich daraus eine Massenbewegung entwickeln könnte, besteht m.E. nicht.

- Dir sind Männer, die offen sagen, daß sie mit einer Frauenzeitung nichts anzufangen wissen, lieber als solche, die ihre Position als Mann und Unterdrücker ablehnen bzw. sich durch „Solidarität“ von ihr „freikauften“ wollen. Die Jungs sollen offen sagen, was sie im Kopf haben. Die „befreunden“ Theorien eines Mr. Kimmel müßten je ganz nach Deinem Herzen sein. Ist Dir auch ein Nazi, der sich ungern zu seinen rassistischen Ideen bekennt, lieber als einer, der sich das nicht traut?

Deine Forderung an die Männer, ihren Gehirnschrott vor uns auszubreiten, damit wir sie besser verstehen können, ist doch naiv.

Erstens werden die sowas höchstens tun, wenn wir ihnen nicht ernsthaft gefällig werden können (also nicht vorwagen anzugreifen!) und dann geht das Ganze nach hinten los.

Zweitens, woher sollen sie bei ihrem unterentwickelten Bewußtsein in diesen Dingen eigentlich wissen, was alles „Mist“ ist und was nicht?

Drittens werden und müssen wir Frauen ihrem „Mist“ früher oder später sowieso auf die Spur kommen, ob sie das nun wollen oder nicht, in ihren Äußerungen und Handlungen verraten sich die Typen ja doch.

Deiner Meinung bist Du anscheinend auch und hast also versucht, dem „Mist“ in diesem Artikelchen auf die Spur zu kommen. Ich kann Dein Bedürfnis, „Mist“ in Zukunft etwas deutlicher aufbereitet vorgelegt zu bekommen, gut verstehen, denn offensichtlich ist Dir sehr nachweis an diesem besonders hinterlistig geschriebenen Objekt nicht überzeugend gelungen.

Nichts für ungut! Co./AG Frauen, Hamburg

Liebe Genossin B.,

Leider bin ich aus zeitlichen Gründen bisher nicht dazu gekommen, auf Deinen Artikel zu antworten. Dies will ich im bzw. für den nächsten AK nachholen. Der Frauenzeitung-verkaufende Co.

Betrifft: Chauvinismus - Vergewaltigungsdiskussion in der »Z«



Alle Jahre wieder reißt der Chauvinismus in der Linken sein abgetakeltes Haupt zwecks Auskundschaftung der III. Röchenden Lage. Ist Mann noch MEHR im Hause?

Die Handlanger/innen dieser Frauenverächter, dieser Eiferer, dieser bürgerlichen, kleinmütigen Kapitalismusprodukte im linken Gewande funktionieren schon. Anfang Juni beschränkte uns diese Gesinnung eine Broschüre: „Z-Frauen Sondernummer“. Thema: „betrifft Vergewaltigung“. Vorfanonin Christine Peters. Dieses Hofchen (zum moderaten Preis von nur 1,50 DM) gibt in einem 10-Seiten-Artikel vor, zu folgenden Themen aufzuklären:

- Auseinandersetzung mit Aspekten feministischer Theorie...
- Symptom der Ausbeutergesellschaft oder Ausdruck der Männerherrschaft?
- Ist der Täter „psychisch krank“?
- Strafverschärfungen sind keine Lösung.

Vorsicht - Feministischer Sumpf!

Aber bevor es inhaltlich werden soll, sorgt im Vorwort die Frauenkommission der „Z-Fraktion“ (wieso eigentlich Fraktion? Liebt die „Z“ unter Halluzinationen?) für die richtige Stimmung:

In der Debatte über Vergewaltigung sei das „linke Selbstverständnis über Bord gekippt“, weil „etliche linke Gruppen... auf die emotionalisierte und subjektive Sichtweise (von) Teilen der feministischen Frauenbewegung eingegangen“ seien. Diese „Subjektivität“ ergeht sich in der „A b s c h a u v o r d e r T a t - und dem Täter und in dem Mitleid mit dem Opfer“ (Hervorheb. von mir). Frau/man soll sich doch bitte schön nicht dem Haß hingeben, sich „nicht gehen lassen in Gefühlen... (da) sie einem Rechtsdrill wenig gefehlt sind... (und) deutlich reaktionäres Gedankengut zurspielen“. Der Artikel solle „des Emma aus dumpfer Emotionalität herausnehmen“. Gemeint ist selbstverständlich die „dumpfe Emotionalität“ der Feministinnen und ihrer GRAUZONEN um KB.

Ganze z w e i rechtschaffende Punkte entdecken die Z-Frauen bei den Feministinnen den Anfang der Gewaltdebatte in der Öffentlichkeit. Ganze z w e i rechtschaffende Punkte entdecken die Z-Frauen bei den Feministinnen den Anfang der Gewaltdebatte in der Öffentlichkeit und Frauenhäuser.

Aber welch internationaler Horror an „feministischen Formen des Widerstandes“ steht dem (auf 1,5 Seiten) gegenüber:

Bemalte Pornoschilder, eingeworfene Pornoscheiben, eine Bombe in 'nem Sexkino, Belästigung von linken Vergewaltiger-Anwälten, Flugblätter mit Tathergang und Name des Vergewaltigers, Parolen an seiner Haustür, Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und Erweiterungen (z.B. die Abtötung von Vergewaltigung in der Ehe, oder von oraler und analer Vergewaltigung). Außerdem erwischen die Z-Frauen „Teile der westdeutschen feministischen Frauenbewegung“ bei der dumpf-emotionalisierten Diskussion „ob und wie man an einzelnen Vergewaltigern Rache nehmen kann“. Last not least „hängen sich andere, z.B. die KB-Frauen, an die feministische Bewegung dran, ohne sich analytisch mit dieser Frage auseinanderzusetzen“ (Seite 5).

Diese und ähnliche scharfsinnige Analysen wie: „KB-Frauen tapen blind hinter die Feministinnen her“ (S.7) ziehen sich als ML'iger Faden durchs Artikelchen.

Wissenschaft edel

Nach dieser Einstimmung wird „die feministische Theorie des Vergewaltigers“ erläutert. Laut Z-Frauen gibt es nur 2 Bücher in deutscher Sprache zu dem Thema. Deshalb muß die/der Leser/in auch verstehen, daß die Z-Frauenkommission nicht in der Lage war, umfassend und fundiert zu dem Thema Stellung zu beziehen! (Wir empfehlen Annette Dröge, Zur Lage der Frau, ein Buchverzeichnis, 1978, Seite 25 = 11 Bücherangaben zu diesem Thema).

Aber was sucht, die findet auch in einem einzigen Buch (hier: „Gegen unseren Willen“ von Susan Brownmiller) die feministische Theorie. Also bitte Achtung bei der Z-Interpretation der zwei folgenden Brownmiller-Zitate:

„c h e (Hervorh. von mir) ausgelebte Triebregung hängt nicht im mindesten ab von ihrer (der Frau) biologischen Bereitschaft und Empfänglichkeit“.

„Vergewaltigungen (finden) seit prähistorischer Zeit statt, unabhängig von den verschiedenen Gesellschaftssystemen“. Vergewaltigung soll ein Problem sein, das lediglich in Kriegzeiten verschärft auftritt und ansonsten „nicht mehr und nicht weniger als eine Methode bewußter systematischer Einschüchterung (ist), durch die alle Männer alle Frauen in permanenter Angst halten“ (Hervorh. Brownmiller).

Diese Theorie ist laut Z-Frauenkommission: Sexistisch, biologisch, eine Feststellung der angeborenen Aggressivität; sie solle Frauen vom Kampf gegen die Männer überzeugen, und außerdem fühlen sich die Z-Frauen an den reaktionären Biologismus a la Konrad Lorenz erinnert (Die faschistische Keule wird noch öfter geschwungen - Zitate S. 5 und 6).

Brownmiller, die sich selber als Linke bezeichnet, glaubt nicht, daß durch den Sozialismus automatisch die Frage der Vergewaltigung gelöst wird. Sie behauptet, daß es solange Vergewaltigung geben wird (auch im Sozialismus), wie sich die herrschende Sexualität nicht ändert, solange, wie die Funktion dieser Sexualität - nämlich Eroberung - nicht abgeschafft wird. Sie behauptet außerdem (als gravierende Widersprüche zur „Z“), daß es keinen „Prototyp des Vergewaltigers“ gebe, daß die Mehrheit der Vergewaltiger weder aus der Unterschicht komme noch neurotisch oder sexuell gestört sei (alle Hauptthesen der Z-Frauen).

und handelt von 416 Sexualstraftätern, wo immerhin sagt und schreibe 56 Vergewaltiger drunter sind (bei jährlich über 100.000 Vergewaltigungen), und es handelt sich ausschließlich um Insassen einer psychiatrischen Universitätsklinik - also gerade dem Ort, wo der echte, der „l y p i s c h e“ Vergewaltiger zu finden ist. Ja, und besonders repräsentativ sind die untersuchten Täter, weil sie alle „Gewohnheits-täter“ sind. Man nehme 56 Insassen einer psychiatrischen Klinik und schlußfolgert: Die meisten Vergewaltiger sind psychisch kranke Menschen!...

Hier haben die Z-Frauen die richtigen, die absolut repräsentativen Vergewaltiger gefunden; da erblassen doch Brownmiller und Butzmühlen mit ihrem amerikanischen Fluter vor Neid...

Und diese 56 Psychiatrie-Insassen müssen jetzt (auf 3 Seiten) für die folgende „Theorie“ herhalten:

1. Die meisten Vergewaltiger lassen sich in „Tätertypen“ unterteilen:

1a) den „kriminellen, meist sozialen Täter“ mit häufigen Bordellbesuchen, unglücklichen Familienverhältnissen, schlechter Schulausbildung etc. Außerdem spielt da bei der Vergewaltigung Alkohol eine große Rolle. „Die Vergewaltigung selbst besteht überwiegend in abrupten sexuellen Überfällen, ohne Rücksicht auf die Frau“, schreiben die Z-Frauen. Sie meinen das sicherlich im Vergleich zu den rückständigeren Vergewaltigungen anderer „Tätertypen“... Originalton „Z“: „Es kommt auch gelegentlich vor, daß solche Überfälle ohne eine solche 'Vorgeschichte' des Täters durchgeführt

Entschuldigung ist, daß er psychisch gestört ist.“

1c) Dann hat die Z noch „die geschlechtsspezifische Situationsverknüpfung“ zu bieten (die bezieht sich in der von der „Z“ zitierten Untersuchung noch auf sagt und schreibt 11 untersuchte Männer). Wer sich hinterher entschuldigt, wenn es leid tut, oder wer gar die vergewaltigte Frau fragt, ob es ihr Spaß gemacht hat, bei dem war es halt eine „Situationsverknüpfung“.

Das muß frau verstehen (Die „Z“ versteht's).

Vorsicht vor den Männern der Arbeiterklasse!

2. Nachdem wir nun erkannt haben, daß die meisten Vergewaltiger aufgrund ihrer Sozialisation und Psyche nicht verantwortlich gemacht werden können, wird noch die Klassenzugehörigkeit genauestens 'recherchiert'.

Es sind nämlich von den 56 Vergewaltigern in der Psychiatrie nur 2% der Täter aus der Mittel- und Oberschicht.

Da sich also kaum Oberschichtler bei Vergewaltigungen erwischen lassen, da sie sich cleverer verhalten (können Frauen besser einschüchtern oder mit Geld schmieren) und weil schlimmstenfalls in den psychiatrischen Unikliniken (feudale Privatisierungen für Oberschichtler zur Verfügung stehen, waren halt unter 56 Vergewaltigern nur 2% Oberschichtler. Diese „wissenschaftliche“ Untersuchung ist doch wirklich blendend, oder? (Achtung: Antifa-Kommission! Wie wäre es mit einer Statistik über Sozialisationschancen, Neurosen und Schichtzugehörigkeitsüberprüfung von Nazis, zwecks selbstkritischer Überprüfung unserer antifaschistischen Aktionen? 56 Nazis reichen, den Rest könnt ihr dann schätzen!).

Natürlich haben es die Unterschichtler (wie in jeder Beziehung) schwerer, auf ihre Kosten zu kommen. Sie vergewaltigen eher auf der Straße, wo sie leichter erwisch werden, sie geraten an Opfer, die sich eher trauen, sie anzuklagen (da der Vergewaltiger ihnen fremd ist); die Mittel- und Oberschichtler vergewaltigen eher gegen Bezahlung (Salons, Privatärzte, Edelpuffs...).

Sexuelle Probleme und Neurosen machen's möglich

Sexuelle Probleme und Neurosen machen's möglich

Ubel kann frau/man bei der Sexualitätsauffassung der „Z“ werden: Ein (Unterschichts-) Vergewaltiger hat sexuelle Probleme, und leider kann er die nicht so günstig lösen wie die Oberschichtler: „Das Benutzen von Pornos und sexuellen Phantasien ist aber eine Möglichkeit um mit sexuellen Schwierigkeiten fertig zu werden... Das 'Klarkommen' mit der Sexualität (ist) von der Klassenlage abhängig“. Logisch: Mit Schotter findet Mann sogar Frauen, die sich „freiwillig“ vergewaltigen lassen, außerdem können die „Oberen“ auch mit der Wohltätigkeit der Klassenjustiz rechnen.

„Z“-These: Vergewaltiger sind psychisch krank - und wer das Gegenteil behauptet, ist faschistoid! Im AK 171 stand das Gegenteil, und die „Z“ weiß auch warum: Um „die letzten sozialen Bedenken, die letzten Skrupel gegenüber einer vollständigen Verurteilung zu beseitigen, die man bei einem Linken erwarten dürfte“ (Erwartet werden hier Skrupel, nicht die Verurteilung). Der AK hat, laut „Z“, den bedauernden Harinut Scharmer (linker Anwalt) auf die Färbie von Charles Bronson getrieben (Seite 10), hat ihn dazu gebracht, wie Bronson 'rot zu sehen', denn aus Harinuts manipuliert Feder (bzw. Schreibmaschine) floß: „Es ist eine Frage, welche Interessen an erster Stelle stehen, die der Frau oder die des Aggressors“. Und der AK schört die Stimmung, bringt die Leute zum Durchdrehen (immer noch Vorbild Charles Bronson), bis sie „alsbald dort landen, wo 'Triebkräfte' allgemein vernichtet gehören, wo man nach der Todesstrafe für 'Kinderschänder' schreibt, wo Ordnung und Sauberkeit auf Deutschlands Straßen gefordert werden“ („Z“, Seite 10).

Wenn die „Z“ das wirklich von uns denkt, wird mir angst und bang, was wir als KB noch von ihnen an politischen Bekämpfungen zu erwarten haben. Und so geht es weiter: Wer das Interesse der Frau vor die Sozialisation, Psyche, Sexualnöte, Schichtzugehörigkeit etc. des Vergewaltigers

stellt, der „stimmt in den Ton der Leute ein, für die 'Triebkräfte' eine Sündenbockfunktion (haben)“. Die Taten eines Scharmers wecken sadistische Phantasien, denen bei einer solchen Gelegenheit freier Lauf gelassen werden kann... verpönte Triebregungen schaffen sich bei solchen Gelegenheiten ein Ventil...“ („Z“, Seite 10).

„Dieser Mechanismus wird von der politischen Reaktion immer wieder ausgenutzt...“ (ebd.).

Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

Nachdem uns nun auf 10 Seiten erklärt wurde, warum Vergewaltiger psychisch krank sind, aufgrund ihrer Sozialisation nicht verantwortlich gemacht werden können, Unterschichtler sind und deshalb die volle Solidarität der Linken zu bekommen haben (wer behauptet, daß die meisten Vergewaltiger ganz 'normale' Männer sind, wurde kurzerhand in die faschistische Ecke geschoben), erklärt uns nun die „Z“ (Ja, wir bekommen was geboten für 1,50 DM):

„An dem Aspekt, daß es sich bei Vergewaltigern nicht um einen psychisch kranken Mann handelt, ist in gewisser Sicht natürlich etwas dran“, denn „ein Mann, der vergewaltigt, ist in seiner Sexualität äußerst selten auf Vergewaltigungen festgelegt. Insofern handelt es sich nicht um einen 'sexuell-kranken' Menschen, (sondern) Schorsch (und „Z“) vergleicht Vergewaltiger eher mit Dieben; er schreibt: 'Das Notzuchtsdelikt ist vielfach einem räuberischen Diebstahl verwandt als der sexuellen Deviation (Abweichung)'. Insofern ist der Hinweis richtig, daß es sich bei Vergewaltigern um 'normale' Männer handelt“ („Z“, Seite 11, Hervorhebungen von mir).

Erst war es ein sozialer Schaden, dann ein psychologischer, dann eine sexuelle Störung, eine Situationsverknüpfung, dann die Unterschicht, nun, mittlerweile ist die „Z“ bei der Erkenntnis gelandet, daß es sich schließlich nur um ein Diebstahl handelt, das mit Diebstahl gleichzusetzen ist. Und weshalb? Linke hat, bitte schön, was gegen Klauen? Sagte mal jemand: Vergewaltigung ist Folter?

Sagte mal jemand: Vergewaltigung zerbricht eine Frau?

Sagte mal jemand: Vergewaltigung zerbricht eine Frau?

Sagte mal jemand: Vergewaltigung zerbricht eine Frau?

Sagte mal jemand: Vergewaltigung macht dich innerlich tot?

Alles Unsinn!

Vergewaltigung = räuberischer Diebstahl!

Sprach die „Z“ nicht von „dumpfer Emotionalität“ (was immer das sein mag)? Bei diesem Passus ist mir schlecht geworden, ich zittere und habe Tränen in den Augen vor so viel Frauenverachtung!

Abschließend muß die „Z“ noch den M/L strapazieren: „Nicht der Vergewaltiger ist krank (er ist eine Art Dieb mit sexuellen Schwierigkeiten), sondern die Gesellschaft ist krank... Also kann ein Vergewaltiger nicht allein verantwortlich gemacht werden“. Denn es gibt nun nicht mehr nur ein Opfer, sondern z w e i Mann und Frau!

Vorschlag an die „Z“ (z.B. zum Einbringen in die Grünen): Ermäßige Streichung des §177 (Vergewaltigung) und für jede Vergewaltigung kommt ein Kapitalist in den Knast 1. ist das schon wirklichkeitsnah und 2. hören dann die Vergewaltiger sicherlich auf, zu vergewaltigen...

Daß die „Z“ gegen Strafverschärfungen, Selbsthilfe-Aktionen von Frauen etc. ist, ergibt sich von selbst. W o f ü r sie ist, verschweigt sie schamhaft.

Ich habe diesen schrecklichen Artikel nicht wegen der „Z“ geschrieben, sondern weil ich weiß, daß etliche dieser Positionen auch von anderen (Schein-) Linken vertreten werden. In diesem Zusammenhang muß ich leider auf das nächste „Kursbuch“ verweisen (nicht kaufen!), in dem die Diskussion um Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte (on einem hohen SB-er ähnlich wiederkehrt) wird wie von der „Z“. Hier gibt es natürlich keine Scheu, in Zusammenhang mit dem AK zu zitieren. Im Radio war schon eine 20-minütige Ankündigung.

Ich hoffe in jedem Fall auf massenhafte Selbstjustiz!

Bz., KB Münster
Mit Hilfe nachlicher Telefonate bei Frankfurter Genowinnen



eine Feministin
(KB-Frau?)
auf dem besten Wege,
einen „räuberischen
Diebstahl“ an einem
Mann zu begehen

Eine Auseinandersetzung darum kann sich die „Z“ sparen, da sie Brownmiller ja bereits mit reaktionären Feministinnen gestempelt hat. Außerdem wird - oberflächlich begründet - nachgeschoben, daß die amerikanische Untersuchung eh nicht auf BRD-Verhältnisse zu übertragen seien.

Die „Sozialisation des Vergewaltigers“

Nachdem nun Feministinnen samt Grauzonen total demaskiert und widerlegt worden sind, erfährt die/der gespannte Leser/in endlich, wo's lang gehen muß: Es geht um die „Frage der Ursache“, um die Sozialisation des Vergewaltigers: „Woher (kommt) der Vergewaltiger, was (ist) das für ein Mann, der zum Vergewaltiger wurde?“ (Seite 7). Und weil wir mit den Amis nichts am Hut haben (von wegen „nichtrepräsentativ“), suchen wir uns ein westdeutsches Buch, das ist zwar schon neun Jahre alt (Eberhard Schorsch, „Sexualstraftäter“, 1971)

werden. Dann aus einer momentanen, situationsangewandten Haltung von Frauenverachtung und Haß von enttäuschten und betrogenen Ehefrauen, die unter Alkohol eine Frau überfallen“ (Alle Hervorh. von mir - d. Verf.).

Merke: „Normalerweise“ braucht ein Vergewaltiger folgendes Vorspiel: „die sozialisationsgeschädigte Vorgeschichte, bestenfalls Unterschichtszugehörigkeit, ein momentanes, möglichst durch Alkohol bedingtes Ausklücken und 'ne Ehefrau, die just fremdgegangen ist... Nach dieser Analyse weiß frau wenigstens genau, wen und was sie meiden muß.“

Unter diesen Bedingungen kann der Vergewaltiger sich der Solidarität der Z-Frauen sicher sein, sie beschönigen ihm, daß nicht er, sondern seine sozialen Verhältnisse verantwortlich sind.

1b) Mann hat auch noch die Chance, ein „zurückgebliebener Spätentwickler“ zu sein. In diesem Fall muß seine Familie nicht ganz so kaputt sein, aber Unterschicht, Einzelgängertum und Minderwertigkeitskomplexe sind erforderlich. Seine

Gay Pride '80 Ein voller Erfolg!

Gegen die Diskriminierung der
HOMOSEXUALITÄT!

Hamburger Lesben- und Schwulengruppen

Es wird wärmer in der Beharrlichkeit. Mehr als 3.000 Lesben und Schwule und Menschen, die sich mit ihnen solidarisierten, haben in diesem Jahr am „Christopher-Street-Day“ (28. Juni) gegen die Diskriminierung der Homosexuellen demonstriert. Mit über 1.300 Menschen (die Veranstalter sprachen sogar von 1.500) war die Hamburger Demo die größte. In Westberlin demonstrierten rund 1.100, in Rottlingen 400 und in München etwa 300. (Voriges Jahr waren es in Bremen 600, in Berlin 500 und in Stuttgart 300 gewesen.)

Der Christopher-Street-Day erinnert an die großen Straßenkämpfe. Der Christopher-Street-Day erinnert an die großen Straßenkämpfe und Massendemonstrationen gegen Bullen-Razzien und -Überfälle in der Nacht vom 27. zum 28. Juni 1969 und an den darauffolgenden Tagen und Wochen in der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village. Mit diesem Ereignis, bei dem die Schwulen und Lesben zum ersten Mal massenhaft öffentlich und körperlich Widerstand gegen ihre Unterdrückung leisteten, verbindet sich international der Beginn der modernen Schwulen- und Lesbenbewegung (siehe auch AK 179).

In der BRD war 1980 das zweite Jahr, in dem am Christopher-Street-Day demonstriert wurde. In Hamburg ging es mit Musik, Transparenten und viel Konfetti durch die Innenstadt, was natürlich eine Menge los war. Überall am Rand staunten, lachten, schimpften und diskutierten die Passanten über Lederkoller, Tanten und die, die eigentlich gar nicht „so“ aussahen.

Auf einer Kundgebung auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz wurde über die Geschichte des Gay-Pride, Schwulen/Lesbendiskriminierung heute und die Forderungen der Kundgebungsteilnehmer informiert. Eine Frau begründete die Teilnahme einer heterosexuellen Unterstützerguppe, der Hamburger Tantenchor, für die Umstände und schließlich kamen Solidaritätsadressen für die Demo, u.a. von der SDAJ (!), aus Holland, Dänemark und den USA.

Zu einer Bullen-Provokation kam es am Ende der Demo. Während der Abschlussskundgebung im Sternschanzenpark wurde in der Grünanlage ein Bulli umstellt, aus dem schon die ganze Zeit Schwule und Lesben fotografiert worden waren.

Rotzfrech erklärte die Insassen des Wagens auf Anfragen, daß sie vom Jugendamt seien und für die Kartei fotografieren würden. Das alles zwei Tage nach dem großen Parteien-Hearing, auf der erklärt wurde, es gebe keine Rosa Listen, bzw. man würde sich für die sofortige Abschaffung einsetzen!

Auf diese Provokation antworteten die Demo-Teilnehmer mit der Forderung nach Herausgabe des Films. Nachdem daraufhin als einzige Reaktion nun noch hektischer aus dem Wagen fotografiert

wurde, setzten Schwule und Lesben den Bullen kurzzeitig außer Betrieb. Als schließlich die Bullen Verstärkung holten und den Wagen aus dem Park schieben wollten, wurde versucht, den Ausgang der Grünanlagen zu blockieren.

Kompromisslos prägten daraufhin die Polizisten mit Schlagstock und chemischer Keule den Ausgang frei. Einige Demonstranten wurden dabei verletzt!

Klatschnaß vom Regen und voller Wut über diese Schweinerei verließen wir am Ende dem Sternschanzen-

Park. Eins ist klar: Wir lassen uns durch diese Provokation nicht einschüchtern. In diesem Land wird es noch viele Gay-Pride-Days geben.

In Hamburg gab es während der ganzen Woche vor dem Christopher-Street-Day eine „Gay-Pride-Week“ mit Festen, Filmabenden, Kulturveranstaltungen und einem mit rund 800 Leuten hervorragend besuchten politischen Hearing im Audi-Max der Universität. Vertreter der Grünen, der FDP, der SPD, der DKP und sogar der CDU stellten sich unter der Diskussions-

leitung der Fernseh-Journalistin Luc Jochimsen den bohrenden Fragen des Publikums.

Wir werden über diese Veranstaltung ebenso wie über die Einzelheiten der Christopher-Street-Day-Feste im In- und Ausland im nächsten AK noch ausführlicher berichten. Erlebnisberichte von AK-Lesern sind uns dazu herzlich willkommen (über Verlagsadresse).

Schwulengruppe des KB

Westberlin : Beratungsstelle von Lesben und Schwulen für Lesben und Schwule

„Nach langem Hin und Her bekam ich endlich einen Termin und stellte mich in der Klinik für psychosomatische Krankheiten in der Müllerstraße (AOK-Institut) vor, wo ich meinen Zustand und meine Erlebnisse, wie dann so oft später, schilderte. Von dem dortigen Arzt wurde ich an die Poliklinik Nußbaumallee verwiesen. Der dortige Arzt zeigt sich zunächst – wie ich Offenbarung für mich – verständnisvoll und hilfsbereit. Es wurde alles für folgende Einzelgespräche abgesprochen. Die für mich als selbstverständlich geltende Erwähnung meiner Homosexualität (Sind Sie verheiratet? Ach, geschieden? Warum?) beendete jedoch unser Gespräch. Eine Therapieperle sei infolge meiner lesbischen Neigung nicht möglich“ (aus „Courage“ Nr. 4/79).

Entweder wird Homosexuellen eine Therapie verweigert, oder aber sie wird unter der Bedingung durchgeführt, daß man/frau bereit ist, sich „umpolen“ zu lassen. Unzählige hilfesuchende Lesben und Schwule geraten gerade in der Come-out-Phase, in der sie sich selber mit Zweifeln an ihrer Normalität herumschlagen, in die Fänge von Therapeuten, die versuchen, sie von ihrer Homosexualität „zu kurieren“. Eltern, die von der Homosexualität ihrer Kinder erfahren, schicken diese panikartig zum Psychiater. An wen kann Lesbe/Schwule sich wenden bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, bei dem „Wie-sag-ich's-meinen-Eltern“, beim Umgang mit heterosexuellen Freunden und Bekannten? An wen können sich ältere vereinsamte Homosexuelle wenden, die es auf Grund der Erfahrungen während des Faschismus, des jahrzehntelangen erzwungenen Versteckspiels nie gelernt haben, mit ihren Problemen an die Öffentlichkeit zu gehen, die Angst haben, in den Lokalen, wo Jugendlichkeit gefragt ist, keinen Anschluß mehr zu finden?

Außerdem hinterläßt die gesellschaftliche Diskriminierung der Homosexualität natürlich ihre Spuren, z.B. in Form von erhöhter Suchtgefährdung. Lesben, die als Lesben und Frauen unterdrückt sind, halten sich zu einem höheren Prozentsatz als heterosexuelle Frauen für therapiebedürftig.

„Bis vor ein paar Jahren waren diese Probleme der totalen Abfall einer heterosexuellen Gesellschaft, in der von jedermann/frau erwartet wird zu herrschen und eine Familie zu gründen“ („Laz“, 22.2.80). Da die bestehenden staatlich geför-

derten Beratungsangebote dementsprechend darauf ausgerichtet sind, die herkömmliche Familie wieder funktionstüchtig zu machen, bemühen sich seit einiger Zeit Homosexuelle, die Probleme in Selbsthilfe aufzufangen. So gibt es in Berlin zwei schwule Telefondienste, das „Rosa Telefon“ und „Rat und Tat“, außerdem eine Gruppe schwuler Ärzte und Therapeuten. Lesben engagieren sich in Frauenprojekten wie z.B. PSIF-F, die Therapien für Frauen durchführen und im LAZ (Lesbisches Aktionszentrum), wo einmal wöchentlich ein Neuenabend durchgeführt wird.

Allen Beratungsangeboten, die sich speziell an Homosexuelle richten, ist allerdings gemeinsam, daß sie keinerlei Unterstützung von staatlichen Stellen erhalten. D.h. die Beratung muß in der Freizeit durchgeführt werden, die Kontinuität ist gefährdet, es fehlt an räumlichen und finanziellen Mitteln, um eine effektive Beratung zu gewährleisten.

Wie groß demgegenüber der Bedarf ist, wird z.B. daran deutlich, daß die einzige öffentliche Beratungsstelle für Homosexuelle in Düsseldorf in dem einen Jahr seit Bestehen 1.500 Anrufe erhielt und 200 Besucher betreute, einige sogar aus Oberbayern. Dieses „Institut für Lebens- und Sexualberatung, Arbeitsbereich Psychosoziale Beratung homosexuell lebender Menschen“, eingerichtet von der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung e.V. (GFS), erhält allerdings auch keine staatlichen Gelder und ist darauf angewiesen, von besser gestellten Klienten Honorare zu verlangen. Außerdem wird die Beratung nur von einem Schwulen durchgeführt, so daß für Lesben, die mit einer Frau Kontakt aufnehmen wollen, keine Ansprechpartnerin vorhanden ist.

Die Westberliner Initiative

Am 4.12.79 ist in der Bezirksversammlung Kreuzberg mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und Alternative Liste gegen die Stimmen der CDU ein Antrag zur Erarbeitung einer Konzeption für eine Beratungsstelle für Homosexuelle beschlossen worden. In dem Antrag, den die FDP einbrachte, heißt es, daß die Konzeption mit den in Berlin bestehenden Selbsthilfegruppen und ihren Beratungsdiensten zu erarbeiten ist. Es stellte sich allerdings heraus, daß die Schwulen (schwule Jugendorganisation) diese Passage eher so gedacht

hatten, daß die bestehenden Beratungsdienste ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen sollten, ohne aber gleichberechtigt an dem Projekt beteiligt zu sein. Die AL-Schwulengruppe griff den Antrag sofort auf und machte ihn besonders unter Lesben bekannt. Es bildete sich dann eine Initiative für eine Beratungsstelle, an der praktisch alle in Westberlin wesentlichen Selbsthilfegruppen beteiligt sind, wie I.A.Z., AL-Schwulengruppe, FFGZ (Frauensundheitszentrum), Rat und Tat, Rosa Telefon, Rosa Februar, Berliner Schwulen-Zeitung, Gruppe schwuler Ärzte und Therapeuten, DSAP und weitere Einzelpersonen. Während der Erarbeitung einer Konzeption für die Beratungsstelle gab es vor allem an zwei Punkten Differenzen mit den Schwulen. Zum einen hatte eines ihrer Mitglieder im Alleingang eine Konzeption an das Bezirksamt geschickt und war zu nachst auch nicht bereit, diese Konzeption zugunsten derjenigen der Initiative zurückzuziehen, zum anderen befürworteten die Schwulen eine bezirkliche Beratungsstelle, wohingegen die Initiative auf der Einrichtung eines selbständigen Vereins bestand. Ein e.V. bietet die Vorteile, daß er über Einstellung und Entlohnung von Mitarbeitern selbst entscheiden kann, in der Öffentlichkeitsarbeit keinen Beschränkungen unterworfen ist und generell unabhängiger von staatlicher Kontrolle ist. Aus Verärgerung darüber, daß die Sache nicht ihren Vorstellungen entsprechend lief, ließ derjenige Schwule, der als Kontaktperson zum Bezirksamt fungierte, diese Aufgabe „schleichen“. Nur dadurch, daß die Initiative schließlich selber einen Brief an das Bezirksamt richtete, konnte verhindert werden, daß der ganze Antrag in der Versenkung verschwand, bzw. ohne Beteiligung der Selbsthilfegruppen entschieden worden wäre.

Die Konzeption

Die starke gleichberechtigte Beteiligung der Lesben an diesem Projekt drückt sich auch in der erarbeiteten Konzeption für die Beratungsstelle aus. In ihr wird ausdrücklich auf die besonders benachteiligte Situation von homosexuellen Frauen hingewiesen und daraus abgeleitet, daß die Beratungsstelle in Form von zwei selbständigen, aber kooperierenden Beratungssystemen aufgebaut werden muß. D.h. Frauen müssen von Frauen, Männer von Männern beraten

werden können. Demzufolge sollen auch alle der Beratungsteile zur Verfügung stehenden Stellen paritätisch besetzt werden.

In der Konzeption ist ein umfassendes Beratungsangebot vorgesehen, geplant ist u.a.: Täglicher Informations- und Beratungsdienst, ein Bereich für Kontakt und Kommunikation, Einzelgespräche, verschiedene Therapieangebote, Beratung von Suchtgefährdeten und -abhängigen, Betreuung der Kinder während der Beratungszeit, juristische Beratung, Arbeit mit Strafgefangenen, Vermittlung an Selbsthilfegruppen und andere Institutionen und als gleichgewichtig die Öffentlichkeitsarbeit, bis hin zur dokumentarischen Auswertung der Erfahrungen mit diesem Projekt.

Da dieses Projekt das erste dieser Art in der BRD und Westberlin ist, ist es von exemplarischer Bedeutung, ob es gelingt, eine Förderung durch staatliche Gelder durchzusetzen oder nicht.

Inzwischen ist der Verein gegründet (im Vorstand zwei Lesben und zwei Schwule) und ein erstes Gespräch mit einem Vertreter des Bezirksamtes (SPD) hat stattgefunden, in dem dieser sein grundsätzliches Wohlwollen gegenüber dem Projekt äußerte. Klar ist allerdings, daß die Kompetenzen der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg sehr gering sind, daß der Antrag zur Bewilligung von Geldern einen langen Gang durch Senat bzw. Bundesinstanzen vor sich hat und daß eine evtl. Finanzierung entscheidend von dem öffentlichen Druck abhängt, der hinter einem solchen Projekt steht. Neben dem Bemühen, schon vor der Vergabe von Geldern zumindest teilweise die Arbeit aufzunehmen, wird deshalb der Schwerpunkt der Initiative in der nächsten Zeit auf der Öffentlichkeitsarbeit liegen.

Wer sich näher für das Projekt interessiert, Mitglied oder Förderer (Spenden) des Vereins werden will, wende sich bitte an folgende Adresse:

Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e.V.
c/o Drogenhilfe Berlin e.V.,
Richardplatz 3
1000 Berlin 44

Auch die Konzeption ist über diese Adresse zu beziehen.

IK., Lesbengruppe des KB



Meldungen

Belgien: Atommüllverschiffung mit Hindernissen

Nachdem bereits im holländischen Hafen IJmuiden der Frachter „Andrea Smits“ Ziel heftiger Proteste war, sorgte er nun auch im belgischen Zeebrugge am vorletzten Wochenende für einige Aufregung. Von dort wollte die „Andrea Smits“ wieder Atommüll abtransportieren, um ihn irgendwo im Atlantik — vermutlich im Golf von Biskaya — über Bord zu kippen. 5000 Atommüllfässer mit — angeblich schwachradioaktiven Abfällen hatte der Frachter in Zeebrugge geladen. Dagegen bildete sich ein Aktionskomitee von Umweltschutzgruppen und Organisationen. Einige Ökologen des Atommüllzuges wurden besetzt, sechs Demonstranten keilten sich an die Wagen. Die Aktionen, darunter auch eine Demonstration von 250 Menschen, stießen auf die brutale Reaktion der „Rijkswacht“, die mit Knüttelaktionen und Festnahmen den Abtransport durchsetzen wollte.

In der Nacht vor dem Auslaufen besetzte dann eine Gruppe Jugendlicher die Brücke des Frachters, wobei einige Gerätschaften in Mitleidenschaft gezogen wurden. Allerdings wurde das Auslaufen dadurch nur um einen Tag verzögert.

Die Presse überschlug sich dann völlig: über aufgefundene Mollis, Flugblätter, auf denen die Sprengung des Frachters angekündigt wurde, den gelpanischen Klauf eines Atommüllfässers war da zu lesen. Mehrere Millionen Sachschaden sei entstanden. Auch die westdeutsche Presse sprach von einer „gut organisierten Terroraktion“. Man kann sich vorstellen, was die Presse geschrieben hätte, wenn durch eine größere Aktion der Frachter ernsthaft am Auslaufen gehindert worden wäre.

Demonstration in Brunsbüttel

Recht schwach besucht war mit 600 Teilnehmern die Demonstration gegen die Wiederinbetriebnahme des Katastrophenreaktors Brunsbüttel am 21.6. Die geringe Teilnehmerzahl ist

offensichtlich nicht nur auf das schlechte Wetter, sondern vor allem auf die sehr schlechte Mobilisierung zurückzuführen. Die Demonstranten zogen bis kurz vor das AKW, das von mehreren Hundertschaften Bullen, mit Wasserwerfern und Hunden massiv gesichert war. Beim Rückmarsch stießen wir dem (unbewachten) Bayer-Konzern (einer der größten Umweltverschmutzer im Unterelbegebiet — Anm. AK) einen kleinen Besuch ab, der einigen Scheiben dort gar nicht gut bekommen ist. Zu Zwischenfällen in Form von Festnahmen kam es erfreulicherweise nicht.

Ein Genosse aus Plänerberg

Atomanlagen und Atomwaffen gemeinsam abschaffen

20 km von Flensburg entfernt ragt auf einem Bundeswehrgelände ein Control-tower empor. Er gehört zum Atomwaffenlager Meyn, in dem amerikanische Atomsprenköpfe für Lance-Raketen gelagert werden. Diese sind sowohl für die in Flensburg stationierten US-Truppen als auch für die Bundeswehr gedacht. Die Reichweite dieser Raketen beträgt zur 112 km. Die Ziele eines Atomwaffenarsenals könnten also in Schleswig-Holstein liegen, bzw. in den Randgebieten Hamburgs.

Schon vor drei Jahren wurde hier in Meyn die Auflösung einer Demonstration geübt, die alsbald zustande kommen könnte. Im September 1977 wurde auf dem Exerzierplatz der Flensburger Brisenkaserne eine kleine Übung durchgeführt. Einige Kompanien übten für den Fall einer Demonstration gegen das Atomwaffenlager. Die Hälfte der Soldaten mußte sich Zivilkleider anziehen und wurde mit Peace-Schildern und Anti-AKW Parolen ausgerüstet. Der andere Teil der Bundeswehrsoldaten scheuchte diese dann „gekonnt“ auseinander.

Als sich in der vorigen Woche einige Leute das A-Waffenlager nur von außerhalb des ersten Sicherungsringes anschauen wollten, entsicherten einige Bundeswehrsoldaten im Gebüsch ihre G3-Gewehre.

Am Wochenende hatte die BI Flensburg zu einer Demonstration gegen das Atomwaffenlager aufgerufen. Nach einer Rundfahrt und Kundgebung in Flensburg radelten 130 bis 200 Demonstranten nach Meyn. Hier wurde unter den Argus-Augen der Bundeswehr ein Theaterstück aufgeführt und eine antimilitaristische Kundgebung abgehalten — insgesamt ein recht guter Auftakt für weitere Aktionen. Anzumerken bleibt daß die BI Flensburg schon für die Beratung in Brunsbüttel vor Pfingsten vorgeschlagen hatte, auf einer Bundeskonferenz den Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Atomrüstung zu diskutieren, ein Ansatz, der nicht in Vergessenheit geraten sollte.

AKW-Nein-Kommision

Risse im AKW — Was macht das schon?

Feenheide, Frankreich. Aufgrund des Verdachts von Rissen im Stahlmantel des AKWs mußte es abgeschaltet und untersucht werden. Die Untersuchungen mit Ultra-Schall gaben den schlimmsten Befürchtungen recht: Das Reaktordruckgefäß ist durch und durch mit feinen Haarrissen besetzt. Diese Risse können unter welchen Bedingungen kann keiner sagen, theoretische Voraussagen gibt es nicht! sich weiterentwickeln bis zum vollständigen Bruch, z.B. der Kühlmittelleitungen oder des Reaktordruckgefäßbodens — in jedem Fall mit fatalen Folgen für die Umgebung!

Französische Ingenieure schätzen die Dauer, bis ein solcher Riss sich zu einem Bruch entwickelt, auf ca. 5 Jahre. Und der Reaktor läuft bereits drei Jahre...

Nichtsdetrotz ist die Betreiberfirma unverdrossen optimistisch: Die Risse seien „unbedeutende Schäden“ („Laz“, 16.6.80). Das AKW könne den Betrieb noch gut und gerne weitere 20 bis 25 Jahre aufnehmen. Dazu vermerkt die CFDT: „Woher die Kontrollkommission jetzt ihre 30 Jahre Sicherheitsreserve nimmt, bleibt deren Geheimnis. Trotz allem verlassen sich die AAW-Betreiber dankens-



Güterwagen mit Atom-Müll wurden besetzt

welterweise nicht ganz darauf, daß sie die Heerrisse an ihre von Optimismus diktierten Experten halten werden. In Zukunft sind jährliche Überprüfungen vorgesehen“. Voraussichtlich es kommt noch dazu ... (ebd.).

AKW-Nein-Kommision im Verwaltungsgebäude

In Hannover hat die DWK ein neues Domizil bezogen. Sie mietete die 6.-15. Etage des Brodero-Hochhauses am Raschplatz. Wie im Wendland baute sie auch hier ihr Gebiet zu einer Festung aus, die sogar Springer vor Neid erbleichen lassen muß. Das neueste Vorzeigebauwerk zeichnet sich durch ein System ausgeklügelter Sicher-

• 15 Kameras überwachen ständig Passerelle, den Bereich um das

Hochhaus, Parkdecks, alle Fahrstühle und Durchgänge.
• Alarm- und Fernsehüberwachte Trenntüren grenzen ihre Stockwerke gegen die übrigen ab.
• die technische Meldezentrale ist rund um die Uhr besetzt,
• Besucher bekommen nach Angabe ihrer Person einen Passierschein und Besucherausweis und werden ständig begleitet,
• sämtliche Telefongespräche werden aufgezeichnet;
• eine bewaffnete Gruppe von mindestens 14 Personen, davon 3-4 Frauen, kontrollieren ständig den Innen- und Außenbereich des Hauses;
• das 15. Obergeschoss für den Vorstand ist mit einer Alarmanlage an der Decke und einer Außenfassadenüberwachung (elektrisches Feld) ausgestattet.

Kein Wunder, daß die Strompreise erhöht werden müssen.

AKW-Nein-Kommision

Gorleben: Skandale im BGS-Prozeß

Bereits mehrere Verhandlungstage lang läuft ein Prozeß, der durch die Nichtigkeit des Anlasses sowie die Menge der Skandale hervorstrahlt, die in seinem Verlauf zutage treten.

Begonnen hatte das ganze am 25. August 1979. Im Rahmen einer Demonstration bei Gorleben wurde ein zufällig mit seinem Traktor vorbeikommender Landwirt mitsamt seiner zwei aus West-Berlin stammenden Helferinnen vom BGS festgenommen. Dabei wurden sie mehrere Stunden gefesselt festgehalten und erkenntnisdienlich behandelt. Denn obwohl der Traktor einen vollbeladenen Heuwagen zog, hielt der Einsatzleiter das Fahrzeug für einen Demonstrationswagen. Statt nun den Traktorfahrer aufzufordern, rechts ranzufahren und zu halten, gab der Einsatzleiter lediglich ein Handzeichen, welches der Fahrer offenbar nicht sofort verstand. Angeblich soll dann der Landwirt dem Einsatzleiter ans Knie gefahren sein, woraufhin dieser „einen Stich“ verspürt haben will. Bei forderte daraufhin seine Leute zur Festnahme auf „Holt's ihn runter, und wenn ihr ihn runterschlagen müßt!“ Dabei soll es zu einem Handgemein gekommen sein.

Natürlich reichte das dann aus für einen Prozeß, in dem allen Widerstand gegen die Staatsgewalt und dem Fahrer außerdem Körperverletzung vorgeworfen wurden. Bereits am ersten Verhandlungstag wurde der Vorschlag vom Richter gemacht, das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes von 200 Mark einzustellen. Bauer Schulz akzeptierte dies, nicht aber die beiden Frauen. Eine von ihnen erklärte dies mit einem „nicht wegdrückenden Gefühl(s) der Unschuld.“ In den nun folgenden Verhandlungstagen deckten die Rechtsanwälte einiges über den BGS auf.

Nach Aussagen dort eingesetzter BGS-Beamter werden sie durch „geeignete“ Filme, Schriften und Fotos in die für Elmsätze „notwendige Stimmung“ gebracht. Als im Prozeß die BGS-Bezeugen, eigens aus Bayern angereist, hierzu befragt wurden, zogen sie sich auf ihre „eingeschränkte Aussagegenehmigung“ zu-

rück. Einer der Anwälte hat daraufhin an den Kommandeur des Grenzschutzkommandos Süd in München geschrieben, in dem er beantragt, die Aussagegenehmigung der BGS-Bezeugen zu erweitern. Bei einer Ablehnung werde er dann per einstweiliger Verfügung vorgehen. Kommentar des Richters: „Hier steht eigentlich nicht der BGS vor Gericht, sondern die beiden Frauen.“

Ein weiterer Skandal ist die hier offensichtliche Präparierung der BGS-Bezeugen. Am zweiten Verhandlungstag besätigte der Einsatzleiter, ein Oberkommissar aus Bayern, er habe die Aussagen der ihm unterstellten Beamten selbst handschriftlich aufgenommen, die diese ihm vortragen mußten. Er will lediglich „Formulierungshilfen“ gegeben haben. Ein später befragter BGStier: „Der hat gesagt, was wir gemacht haben!“ Ein weiterer Zeuge gab zu, daß der Oberkommissar ihn in der Pause über den Verhandlungsverlauf und die gemachten Aussagen informiert habe. Über Einzelheiten wollten die beiden betroffenen Bezeugen jedoch nichts sagen können, da das Ganze schon so lange her sei. Sogar der Richter bemerkte, daß ihm ein so schwaches Gedächtnis noch nicht oft begegnet sei.

Aber auch im weiteren Prozeßverlauf wurde der Richter damit konfrontiert: Die BGStier entwickelten sich laufend in Widersprüche oder wichen ab von dem heim gefertigten kriminalpolizeilichen Vernehmungsprotokollen. Parallel zum Strafprozeß wollen die Anwälte vor dem Verwaltungsgericht die grundsätzliche Rechtmäßigkeit des BGS-Einsatzes im Wendland prüfen lassen. Denn eine dauerhafte Stationierung von BGS zur Übernahme polizeilicher Tätigkeit ist laut Artikel 35/II des Grundgesetzes unzulässig. Dieses Thema werden wir in einem späteren Artikel gesondert behandeln — denn es verdient eine genauere Betrachtung.

Der Strafprozeß hat inzwischen fünf Verhandlungstage gehabt. Alles andere als ein Freispruch wäre ein (schlechter) Witz.

AKW-Nein-Kommision

Zur Gorleben-Berichterstattung

Liebe Genom/Ina/en!

auch wenn wir bislang geglaubt haben, wir also nicht allzuviel Grund zu Schulmeisterei haben, auch dann sollte die Berichterstattung KEINE IUBELBERICHTERSTATTUNG werden!

Wenn man auch einen neuen Aufschwung konstatieren und entsprechend feiern sollte, so sollte man doch benennen, auf welcher Welle dieser Aufschwung stattfindet, d.h. in welche Richtung dieser Aufschwung zu lenken versucht wird! Ich kann das nur auf unseren Ort bezogen sagen.

Wollt ab von jeder dörflichen Bevölkerung, auf die es womöglich Rücksicht zu nehmen gilt, anges bei uns alle Spatzen von den Dächern das Lied von der Gewaltfreiheit, A.B. sowie andere Gewaltfreie (C) bejubeln — noch den Ruß im Gesicht und die blauen Flecke auf dem Arsch — die „neue Qualität der AKW-Bewegung“. Dabei hatten wir das Gefühl der Ohnmacht so drastisch wie kaum jemals angesichts der 1000enden von Bullen. — Das sind übrigens dieselben Leute, die Kalkar für den Mißerfolg schließlich erklärt hatten! Wenn sich da Leute breit machen und eine Kirche besetzen mit der Begründung, das sei der l e t z t e Ort, der Zukunft bietet, dann ist das (angesichts des Unterschieds unserer Situation zu der in Chile beispielsweise) nichts anderes als das Recht auf Widerstand zurückzunehmen — auch durchaus innerhalb ihrer eigenen Logik (man könnte ja z.B. „gewaltfrei“ die VEW leeren!).

Derartiges herauszuarbeiten mußte unsere Berichterstattung leisten. Bei uns ging dieser Kurs ziemlich gut über die Bühne. Außer über reichlich organisatorische Mängel sowie einiges kraus Kienkies gab es von keiner Seite offenen Protest. Die „Linke“ hat sich kaum eingemischt, — nicht nur wir haben die Sache „verschlafen“. Das Majoritarium durch die Gewaltfreien war so wahnsinnig einfach, da sich keine organisierte Opposition artikuliert.

(Aus einem internen Bericht von Thomas)

Ich war von dem zentralen Artikel zur Räumung von 1004 verwirrt. In dem Artikel wird eine sehr positive Einschätzung vom Verhalten der AKW-Gegner in Gorleben und von der Anti-AKW-Bewegung vermittelt, die ich derart einseitig nicht teilen kann.

Viele Berichte (ich war nicht während der Räumung auf 1004) von der Räumung waren von Wut auf die Staatsmacht und erheblicher Enttäuschung über das Verhalten der Besetzer/innen geprägt. Beleidigungen wurden angepöbelt, unter Druck gesetzt; Leute, die nur scharfe Worte gegen die Bullerei losließen, bereits als „Provokateure“ beschimpft. Auch einige Berichte in der neuen BUW-Broschüre machen deutlich, daß einige kritische Worte zu den Ereignissen bei und vor der Räumung angebracht sind. Wenn, wie offensichtlich geschehen, „Gewaltfreiheit“ ihre Vorstellungen von Widerstand mit aller Gewalt durchsetzen, dann sollte in einem AK-Artikel verdeutlicht werden, daß wir auch unter „gewaltfreiem Widerstand“ mehr verstehen als das Sitzenbleiben unter den Schlägen der Bullerei.

Der Schlußabsatz des Artikels klingt mit verhalten optimistischen Tönen zur Zukunft der Anti-AKW-Bewegung aus: „Ein weiterer Erfolg der Besetzung besteht darin, daß alle Strömungen der Anti-AKW-Bewegung ein gemeinsames, der Situation angemessenes Vorgehen beschlossenen und verwirklicht haben. wer gute Voraussetzungen für weitere offensive Aktivitäten der gesamten Anti-AKW-Bewegung geschaffen hat“ (AK 179). Das Lobbedst aus den höchsten Etagen des Staates auf die Friedfertigkeit der Besetzer/innen waren derartig laut, daß nicht wenige begannen, sich im Gefühl des „diskussionsbereiten Staates“ einzurichten, aus e i n e r Variante des Widerstandes wurde plötzlich d i e Widerstandsform. Ich habe viele Diskussionen mit Leuten geführt, die nach dem Motto „Humm — wir haben verloren“ den „gewaltfreien Widerstand“ zur Strategie erheben wollten, die die Militanz prinzipiell ausklammerten. Wir sollten m f klar benennen, daß die staatlichen

Manöver bei Teilen der Bewegung leider fruchtbarer Boden finden als uns lieb ist. Es wäre vielleicht günstig, die Auseinandersetzungen aus den verschiedenen Orten soweit wie möglich zusammenzufassen und die eigene Position zu bestehen.

fo./Bremen

Zum Bremer Leserbrief zu Gorleben

So fröhlich es ist; sowohl für den letzten Arbeiterkampf, als auch für diese Nummer legen Artikel zu diesem Komplex vor in beiden Fällen mußte die redaktionelle Bearbeitung (unter Protest der Artikelschreiber) zugunsten anderer Komplexe eingestellt werden. Im letzten AK fiel auch eine Ankündigung dazu Kürzungen zum Opfer. Dann sollte es eigentlich nächstes Mal sicher klappen (!).

Nun noch einige Bemerkungen dazu: Richtig finden wir, daß wir unbedingt zu den gewaltfreien Vorstellungen und was sich an dieser Ecke tut, im AK noch berichten müssen (a.o.). Trotzdem war es u.E. ein Sieg der Geschlossenheit.

Bis zuletzt hat es Bemühungen gegeben, um gewaltfreie Anhänger zum friedlichen Abzug zu bewegen. Solche Planungen waren teilweise mit Möcklinghoff direkt abgesprochen. Teile hatten ihre „Vermittlungsdienste“ angeboten. Gerade diese Kreise sind es, die im Nachhinein den neuen Stil, den „Sieg“ der Gewaltfreiheit und ähnliches feiern wollen.

In den Medien wurde dies ebenfalls von interessierter Seite her als „neuer Stil“ der Polizei und der „Vernunft“ gefeiert. Das ganze ist ein großartiges Ablenkungsmanöver von der Tatsache, daß dies bisher wohl der größte Polizeieinsatz in der Geschichte der Bewegung war, zumindest vergleichbar mit Kalkar, obwohl in Gorleben „nur“ 3000 Demonstranten waren.

Trotz Schwerverletztter konnte sich Möcklinghoff rotzfrech verteidigen. Es gebe fast keine Anzeigen.

Fortsetzung nächste Seite

Dortmunder Parteitag der Grünen

Einige Gedanken zum autofreien Sonntag

Bekanntlich gibt es in der BRD seit ein paar Jahren einen derartigen Fahrradboom, daß die Hersteller schon nicht mehr nachkommen. Angesichts steigender Benzinpreise und aufgrund seiner Umweltfreundlichkeit ist es vor allem unter Umweltschützern und AKW-Gegnern zum bevorzugten Fortbewegungsmittel geworden. Eine ständig steigende Anzahl von Anti-AKW-Demonstrationen findet per Rad statt, und die Parole „Umwelt schützen, Rad benutzen“ wird immer populärer.

Doch auch folgendes ist zu beobachten. Umweltschutzverbände mit Unterstützung durch Innenminister Baum riefen auch in diesem Jahr zum autofreien Sonntag auf und empfehlen, aufs Rad umzusteigen, das Auto sei überhaupt der Umweltverschmutzer, heißt es da frech! Folgte auch der größte Teil der Bevölkerung diesem Aufruf keineswegs, war doch wunderliches an diesem Tag zu sehen. Außenminister Genscher fuhr für das Fernsehen fünf Kilometer zu einem Interviewtermin. Ebenso konnten Baum in Bonn und Strauß in München per Rad gesichtet werden. Unter der Parole „Mit dem Fahrrad nach Bibla, mit Kernkraft in die Zukunft“ rief die „Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung“ zu einer Fahrraddatenaufahrt nach Bibla auf.

Die „Welt“ und die „FAZ“ werteten gegen den autofreien Sonntag unter der Parole „Autofrei ist unfrei“, bzw. „unsozial“. „Der Mensch in der Industriegesellschaft ist in automatische und schematische Arbeitsabläufe eingewandert. Am Wochenende will er frei sein, und das Auto ist ein Stück seiner Freiheit“ („Welt“, 9.6.).

Auch die „FAZ“ warf sich ähnlich pharisäisch für die „Freiheit des Bürgers“ in die Bresche. Nachdem sie ausgeführt hatte, das unter dem Stichwort „Energieparen“ sich ein autofreier Sonntag leicht hat (Einsparnis: 0,3% bezogen auf die jährliche Treibstoffmenge), kam sie lobend zur Sache: „Die andere, für die Initiatoren des autofreien Sonntags viel wichtigere Seite, ist die Veränderung des Bewusstseins, die damit erreicht werden soll... Man kann sich gerade in der Bundesrepublik nicht oft genug klarmachen, unter welchen angenehmen Bedingungen man lebt - und wie könnte man das besser, als wenn man (gottlob nur vorübergehend) den Mangel erlebt“ („FAZ“, 6.6.).

gibt es in der Bundesrepublik nicht oft genug klarmachen, unter welchen angenehmen Bedingungen man lebt - und wie könnte man das besser, als wenn man (gottlob nur vorübergehend) den Mangel erlebt“ („FAZ“, 6.6.).

Nicht zufällig kommt der Autor dann zu den Eintopf-Sonntagen des „Dritten Reiches“, nicht ohne diese ebenso wie den autofreien Sonntag als „aufgezwungen“ zu kritisieren. Beim „Eintopf-Sonntag“ wurde das ersparte Geld der „Winterhilfe“ gespendet und diente so dem Aufbau von SA und SS. Weitere Kampagnen wie „Kanonen statt Butter“ waren später Teil der psychologischen wie tatsächlichen Kriegsvorbereitungen und dienten der Finanzierung der damaligen „Nachrüstung“ gegenüber den „Siegermächten“. Wenn heute das bundesdeutsche Innenministerium sowohl als Naziwarschaffler zur Mitarbeit am Aufbau einer Recycling-Wirtschaft auffordert, als auch den autofreien Sonntag unter dem Aspekt der „Grenzen der Bedürfnisse“ unterstützt, gehört dies denn nicht ebenso zur heutigen psychologischen Kriegsvorbereitung wie die Propaganda von der „Energiekrise“ und von der „verhängnisvollen Abhängigkeit von den Ölscheichs“?

AKW-NEIN Kommission

Fortsetzung von Seite 26

gegen die Polizei, die „Verleumdungen“ würden sich „selbst richten“, heißt es heute aus seinem Ministerium.

Wenn man sich einen anderen Ausgang in Gorißen vorstellt, muß man auch hinterfragen, wieweit die Linke tatsächlich dazu mobilisiert hat, oder derzeit überhaupt in der Lage dazu wäre. Das soll der Artikel im nächsten AK etwas hinterleuchten. Das soll vor allem ein Beitrag für die Beratungen über das weitere Vorgehen sein.

AKW-Nein Kommission

Noch vor wenigen Wochen hatte es so ausgesehen, als ob der Dortmunder Parteitag der Grünen eine scharfe Konfrontation des linken und des rechten Flügels der Partei bringen und die „mittleren Kräfte“ klar vor die Alternative stellen würde, sich entweder der einen oder der anderen Position anzuschließen. Nach der expresserischen „Erklärung zur Lage der Grünen“, formuliert von Gruhl und unterzeichnet von weiteren 23 prominenten Grünen, mit der eine weitgehende Revision der fortschrittlichen Passagen des Saarbrücker Programms durchgesetzt werden sollte, kündigten die Linken ihren Widerstand gegen eine Veränderung des Saarbrücker Programms an.

Gleichzeitig wurde aber schon an Kompromißlösungen für eine „Wahlplattform“ gearbeitet, die alle umstrittenen Teile des Saarbrücker Programms „ausklammern“ sollte. Gruhl stieg wieder in die Programmkommission ein und konnte in einem GAZ-Rundschreiben am 15.6. die Erfolgsmeldung verbreiten, mit dem Entwurf der Wahlplattform sei eine annehmbare Grundlage für eine „Demonstration der Einheit der Grünen“ gefunden, gleichzeitig richtete er an seine Gefolgschaft die Aufforderung, nicht allzu kleinlich zu sein.

Die Taktik der Linken

Auf einem von knapp 100 linken Grünen besuchten Treffen am Vorabend des Parteitages wurde zur Festlegung, nach Möglichkeit die Diskussion einer „Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie“ vor die Verschiebung der Wahlplattform zu stellen. Damit sollte den Grünen die Unabhängigkeit ihrer eigenen Positionen zur Ökologie vor Augen geführt werden. Die Mehrheit der linken Grünen sprach sich allerdings - entsprechend dem Votum der Programmkommission - dagegen aus, die Grundsatzerklärung auf dem Parteitag abstimmen zu lassen, da das den Bruch mit Gruhl, der die Erklärung als „unmöglich“ und unannehmbar bezeichnet hatte, bedeuten hätte. Ein Antrag von KB-Mitgliedern auf dem Treffen der linken Grünen, beim Parteitag die Wahlplattform abzulehnen und das Saarbrücker Programm zu bestätigen, blieb nur knapp in der Minderheit, die Z-Gruppe stimmte geschlossen gegen diesen „Spaltungsvorschlag“.

Streit um die Tagesordnung und „Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms“

Die Tagesordnung sollte nach dem

Streit um die Tagesordnung und „Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms“

Zur Tagesordnung stellte Gruhl den Antrag, unbedingt zunächst die Wahlplattform zu beschließen, da das Gemeinsamkeitsmoment in den Vordergrund gerückt werden müsse. Mit diesem Argument konnte er sich auch durchsetzen. Das Vorhaben der linken Grünen, die inhaltliche (aber konsequenzlose) Diskussion über Ökologie an den Anfang zu stellen, wurde abgelehnt.

Ganz im Sinne der „Demonstration der Einheit der Grünen“ war vom Bundeshauptsausschuß außerdem eine „Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms“ auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ein Antrag, diese Erklärung hinter die inhaltliche Diskussion zurückzustellen, wurde nicht befürwortet, eines der vielen Beispiele für das Krisenmanagement des Präsidiums und anderer Spezialisten für Geschäftsordnungsanträge. Fest ohne Diskussion und bei nur wenigen Gegenstimmen wurde diese Erklärung dann auch angenommen. Es handelt sich dabei um eine Vorlage des Bundeshauptsausschusses der Grünen, die dieser auf einer Sitzung in Hildesheim als „sehr wichtig“ gefaßt hatte. Es heißt darin, daß das Saarbrücker Programm „eine Reihe von konkurrierenden Zielvorstellungen“ enthalte und deshalb seiner kontinuierlichen Weiterentwicklung „bedürfe“. Eine Erklärung also, mit der als Zugeständnis an Gruhl & Co. der Stellenwert des Saarbrücker Programms stark relativiert wurde.

Das erste Solo der Vertreter der „Bremer Linke“

Direkt nach der Abstimmung der Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms lud Bernd Vogel (Bremer Grüne Liste) zu einer Pressekonferenz ein. Er stellte dort noch einmal den Antrag der Bremer Delegierten zur Tagesordnung vor, der im Interesse der „Betonung der Gemein-

samkeiten“ (Gruhl) abgelehnt worden war.

1. Abwahl des Bundervorstands und Neuwahl, 2. Diskussion über die Linke der Grünen; 3. Zurückverweisung des Saarbrücker Programms und Beschlussfassung über eine ökologische Wahlplattform (damit ist wahrscheinlich das Papier „Bremer Linke“ gemeint - vgl. AK 179, S. 11; Anm. AK); 4. Danach erst Beschlussfassung über Beteiligung an der Bundestagswahl mit Empfehlung an die Landeslisten, auch personell diese Tendenzwende in Dortmund zu repräsentieren. Neben Bernd Vogel produzierte sich auf der Pressekonferenz auch G. P. Werner, Pressesprecher der GLSH, der München über die „Unterwanderung“ des Landesverbandes Schleswig-Holstein durch die Z-Gruppe zum besten gab.

Dieser vorübergehende Auszug der Bremer Delegierten (später nahmen sie wieder am Parteitag teil) war insgesamt eher eine Demonstration der Schwäche. Die Bremer Rechte waren damit genau so isoliert wie Baldu Springmann, der während der drei Tage mehrmals versuchte, eine militänt antikomunistische „Grundsatzerklärung“ zu verankern. Springmanns offen vorgetragene Aufforderung zur Spaltung - er verteilte ein Flugblatt „Spaltung? Ja!“, in dem u.a. der Ausschluss der Z-Gruppe gefordert wurde - hatte angesichts des Wunsches der großen Masse der Delegierten nach Versöhnung und Eintracht keine Chance.

Die Verabschiedung der Wahlplattform

Dem Einheitsstrend trugen auch die meisten Verfasser rechterer Alternativentwürfe zur Wahlplattform Rechnung. Sie zogen unter dem Jubel des Parteitages ihre Entwürfe zurück (Kreisverbände Fürth und Regensburg), oder erklärten sie kurzerhand zu „Ergänzungsanträgen“ (Wilfried Heidt vom Achberger Kreis, Georg Otto vom KV Hildesheim). Eingestimmt durch Herbert Gruhl und Wilfried Kretschmann als offizielle Berichterstatter der Programmkommission, die die „Ausgewogenheit“ des Wahlplattformentwurfs rühmten, sollte die Versammlung dann dazu bewegt werden, die Plattform als Ganzes anzunehmen. Ein entsprechender Antrag des Präsidiums wurde allerdings abgelehnt. Dennoch wurde die Wahlplattform, nach dem Willen der Programmkommission das zentrale Einigungspapier mit den Gegnern des Saarbrücker Programms im Eilverfahren durchgezogen. (Zum Inhalt der Wahlplattform und den wenigen linken Änderungsanträgen vgl. Artikel in diesem AK: „Die Wahlplattform - ein sinnloser und feiler Kompromiß“ und von W. Meier „Der Dortmunder Parteitag - ein Festival der linken Selbsttötung“).

Theater um eine Erklärung zum Faschismus

Am 2. Tag stellte der linke Rechtsanwalt Otto Schily (Westberlin) mit einer gewaltigen Agitationsrede eine schon vom Bundeshauptsausschuß gebilligte Resolution vor, in der vor der Gefahr eines neuen Faschismus gewarnt und die Grüne Partei in eine antifaschistische Tradition gestellt wurde. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit verabschiedet, mit nicht ganz so großer Mehrheit wurde beschlossen, sie als eine Aussage mit dem „Status einer besonderen politischen Erklärung“ als Anhang zur Wahlplattform herauszugeben. Kaum war das geschehen, da meldete sich Georg Otto mit dem (8. Tagesordnung unzulässigen) Antrag, wennmehr auch eine Erklärung gegen den Kommunismus zu beschließen. Gruhl erklärte, daß er eine Wahlplattform, in deren Anhang zur eine Erklärung gegen den Faschismus abgegeben würde, nicht mittragen könne. Darauf hin erging an Schily und Otto die Aufforderung, „etwas Konsensfähiges“ vorzulegen. Dabei gab es dann eine etwas peinliche Pann: Nachdem die angeblich neu formulierte „konsensfähige“ Erklärung (Abgrenzung vom Faschismus und vom „real existierenden Sozialismus“) von Schily vorgelesen worden war, verplapperte sich Georg Otto, er habe diese Erklärung schon am Freitag vorgelegt bekommen und habe da bereits erklärt, daß er sie unterstütze! Bei nur 30 Gegenstimmen wurde die Erklärung angenommen. Doch damit nicht genug die Abstimmung, ob die Erklärung in den Anhang der Wahlplattform aufgenommen werden solle, wurde wiederholt - und reduziert: mit knapper Mehrheit wurde der Erklärung ihr

„besonderer politischer Status“ wieder aberkannt.

Vorstandswahlen

Nach dem Rücktritt von August Haubler und der Abwahl von Grete Thomas als Bundesschatzmeisterin (siehe Interview in diesem AK) mußte zunächst Haublers Erbe gewordenen Bammel im geschäftsführenden Bundervorstand neu vergeben werden. Es kandidierten Gruhl, Schily und Dieter Burgmann (Bayern). Bettina Hoeltje (von der abgespaltenen Minderheit der Buli Hamburg) zog in letzter Minute zugunsten von Schily und Burgmann zurück. Der erste Wahlgang ergab 371 Stimmen für Gruhl, 249 für Burgmann und 198 für Schily. Da 2. Sitzung im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit vorgeschrieben ist, mußte ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden, bei dem Schily dann zugunsten von Burgmann verzichtete. Ergebnis: 432 Stimmen für Burgmann, 371 für Gruhl. Jubel bei den Linken, einige Miene bei Gruhl,

der zwar Burgmann noch gratulierte, dann aber sogleich mitten im Saal mit einer „Pressekonferenz“ begann. Seine Wahlniederlage sei eine „Sachentscheidung“ gegen die ökologische Position bei den Grünen gewesen. Von der Einigung auf die Wahlplattform war keine Rede mehr. (Inzwischen hat Gruhl seine Interpretation des Dortmunder Parteitages als „Sieg der Linken“ weiter ausgebaut; siehe den Text seines Interviews mit dem NDR in diesem AK.)

Alle Versuche des Bundervorstandes und einzelner Delegierter, Gruhl doch noch zu einer Kandidatur für den erweiterten Vorstand zu bewegen, waren vergeblich. Neu in den Vorstand gewählt wurden: Christiane Schnapperts (Emsen, 293 Stimmen), Bettina Hoeltje (Hamburg, 271); Helmut Lippelt (Niederrhein, 260; der einzige Rechte unter den Neugewählten), Hannelore Saidold (Passau, 247); Ursula Alverdes (206) und Erich Knapp (171). Neue Schatzmeisterin wurde Eva Reichelt (Westberlin).

ANTRAG

Antragsteller: Bundeshauptsausschuß

Es formieren sich Kräfte, die eine neue Form des Faschismus anstreben. Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung vor den Völkern der Welt. In Deutschland wurden unter der Hitlerdiktatur mehr als sechs Millionen Menschen ermordet. Juden, Zigeuner, Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten, konsequente Christen und viele andere. Widerstandskämpfer ebenso wie völlig unpolitische Menschen, Greise ebenso wie Kinder. Das deutsche Reich war es, das mit seinem Eroberungsfeldzug gegen Polen den 2. Weltkrieg begann, der für Millionen Unterdrückung, Elend und Tod brachte und für die deutsche Nation mit einer beispiellosen Katastrophe endete. Dies darf sich niemals wiederholen. Gerade deshalb, weil nach 1945 viele Mitschuldige und Hintermänner des Nazismus nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern nach kurzer Zeit wieder in wirtschaftliche und politische Schlüsselstellungen einrückten, müssen wir wachsam bleiben und den Widerstand gegen jeden Versuch einer neuen Machtergreifung organisieren.



Otto Schily bei seinem Dortmunder Kunstrück

BESCHLUSS

Ökologische Politik heißt, ökologisch-naturwissenschaftliche und soziale Lebenszusammenhänge bei allen Eingriffen in die Umwelt umfassend und vorrangig zu berücksichtigen.

DIE GRÜNEN wollen deshalb weder die Wachstums-, Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik des Kapitalismus noch die irgendeines „real existierenden Sozialismus“. Von den GRÜNEN ist keine Politik der Großbanken und Großkonzerns, aber auch keine Politik der politbürokratischen kapitalistischen Länder zu erwarten.

Sie haben allerdings auch nicht jene weitverbreitete, gedankenlose Antikomunismuspropaganda der Etablierten nötig, die alle Kommunistenformen, wie u.B. des Ur-Christentums, der Pariser Kommune, des Preger Frühlings, der demokratischen osteuropäischen Oppositionen oder Befreiungsbewegungen von Entwicklungsändern „in einen Topf wirft“ mit denjenigen heutiger sogenannter real existierender Staaten oder gar des Stalinismus. DIE GRÜNEN bekennen sich zu jedem demokratischen Widerstand in Europa und in der Welt.

Erst recht ist die Politik der GRÜNEN unverträglich mit jeder Art von Faschismus und Neofaschismus.

Wir wissen, daß die Propaganda der Etablierten versuchen wird, DIE GRÜNEN „rot“ oder sogar „braun“ einzufärben. Die doppelte Lage „grün gleich rot“ oder „grün gleich braun“ soll ihnen Stimmen bringen. Wir antworten darauf: Wir werden dafür sorgen, daß es ihnen nicht gelingt, davon abzulenken, daß die Politik der GRÜNEN als Lebens-, Friedens- und Umweltschutzpolitik die einzige Alternative ist zu der lebensfeindlichen Wachstums-, Kernenergie- und Atomkraftpolitik von SPD, FDP und CDU/CSU.

Mit großer Mehrheit angenommen.

»Meine Kompromißfähigkeit ist in der Tat mißbraucht worden«

Der Interviewer kommentiert zunächst die Dortmunder „Flügelkämpfe“ und stellt dann die Frage, ob eine Spaltung nicht das „politische Aus für die Grünen“ bedeuten würde. Gruhl: Vorübergehend. Denn es geht hier um Zukunftsprobleme dieser Welt, die sich in den letzten zehn Jahren immer schärfer herausgestellt haben. Diese Probleme werden bleiben. Aber diese Probleme werden nur einer echt ökologischen Partei auf die Dauer die Chance des Erfolges geben, nicht einem Sammelsurium von unterschiedlichen politischen Vorstellungen, die lediglich versuchen, durch den größtmöglichen Zusammenschluß die Wählerzahl zu erhöhen, nicht durch die Konkretisierung ihres Programms.

Frage: Herr Dr. Gruhl, welche Rolle werden Sie dann künftig bei den Grünen übernehmen? Sie haben ja schon den Vorsitz der Grünen Aktion Zukunft, aber Sie haben auch erklärt, eine Einigung zwischen der Grünen Aktion Zukunft und der Grünen sei möglich. Sie selbst sagen, Sie seien für Kompromisse einsetzbar, doch diese Kompromisse habe niemand honoriert. Welche Rolle werden Sie übernehmen?

Gruhl: Meine Kompromißfähigkeit ist in der Tat mißbraucht worden. Man hat zwar vieles in Aussicht gestellt, aber dann doch wiederum nicht erfüllt. Und in jeder Beziehung dort, wo entsprechende Mehrheiten waren, sind die Rückschlüsse ausgeblendet worden. Es kam zu keiner Kooperation. Und die echt ökologischen Kräfte, nicht nur in der Grünen Aktion Zukunft, auch in der Grünen Liste Schleswig-Holstein, in der Bremer Grünen Liste und auch in den Bundesländern überall verbreitet, haben mir ohnehin schon seit Monaten den Vorwurf gemacht, ich gehe zu viele Kompromisse ein, unser Programm werde zu stark durch andere gesellschaftspolitische Forderungen verwässert, die dann auch einen marxistischen und kommunistischen Geruch haben, auch schon in der Art der Schlagworte, die man da verwendet; und daß wir auf diese Art und Weise nicht weiterkommen, daß wir

zwar gewisse Extremgruppen damit einfangen, die aber noch nie eine große Wählerzahl gestellt haben bei bundesdeutschen Wahlen, daß wir aber unser eigentliches Potential, was nur im Normalbürger liegt, der jetzt noch die drei alten Parteien wählt, daß wir dies dadurch geradezu abschrecken, daß wir hier wieder auf unsere eigentliche, und ich muß sagen historische Aufgabe uns zurückbesinnen und die in den Vordergrund stellen und die Nebenprobleme auch als Nebenprobleme behandeln, was eben leider viele der Buntten, die in die Grünen hineingekommen sind, nicht tun.

Frage: Ist das so zu verstehen, Herr Dr. Gruhl, daß Sie sich von den Grünen trotz der gegenwärtigen Spannungen nicht zurückziehen werden?

Gruhl: Ich kann keine persönliche Entscheidung treffen, ich muß das in Über einstimmung treffen nicht nur mit der Grünen Aktion Zukunft, sondern den genannten und anderen uns nahestehenden Gruppierungen und daraus wird sich dann herausstellen, welche Arbeit wir auf Dauer für aussichtsreich halten. Nicht nur wegen der Bundestagswahl, das ist ein einmaliges Ereignis, da läßt sich ohnehin kaum noch groß was ändern bis zum 5. Oktober, sondern längerfristig auf die Bundestagswahl 84 hin und auf das zwischen stattfindende Landtagswahlen sich zu konzentrieren und erstmal die ganze Bewegung stärker zu konsolidieren. Das ist die Aufgabe.

Frage: Herr Dr. Gruhl, auf dem Parteitag in Dortmund schied sich die Partei Die Grünen sehr gern mit dem Prädikat „basidemokratisch“. So war es z.B. auch zu lesen auf einem Sprechband über dem Podium. Ist durch die Vorgänge in Dortmund nicht dieser Anspruch ad absurdum geführt worden?

Gruhl: Ja, ich möchte sagen, nicht nur durch die Vorgänge in Dortmund. Es ist ohnehin etwas strittig, was dieser Begriff „basidemokratisch“ denn nun soll. Mir kommt so nach und nach immer mehr der Verdacht, daß hier beinahe so etwas drinsteckt wie „nicht mehr demokratisch“.

Frage: Ja, und wie ist das nun zu verstehen, welche Möglichkeit sehen Sie? (Der Interviewer ist an dieser Stelle etwas verwirrt.)

Gruhl: Das gibt ein großes Fragezeichen: soll das dann vielleicht auch heißen so was Ähnliches wie Räte-demokratie, das hat aber noch nie in der Geschichte für längere Zeit funktioniert, und daher sind große Zweifel angebracht, ob plötzlich in Zukunft ein ähnliches System unter einem anderen Schlagwort, also „basidemokratisch“, funktionsfähiger wird. Das ist eine unausgesprochene Sache. Aber da ich Schlagworten nicht die allgrößte Bedeutung beimesse, habe ich mich bisher nicht an dem Begriff gestoßen. Aber man wird langsam darangehen müssen, dieses Wort „basidemokratisch“ auf seinen realen Gehalt abzuklopfen.



Die „Bremer Linie“

Stärker noch als die Gruppe um Baldur Springmann hat die Landesprominenz der Bremer Grünen zum Feldzug gegen die grüne Partei geblasen. Das war bereits bei der Bürgerschaftswahl 1979 als „Bremer Modell“ praktiziert wurde, versuchten sie vor und in Dortmund unter dem Namen „Bremer Linie“ durch-

um am 21.6., dem Beginn des Dortmunder Parteitags, in der „Frankfurter Rundschau“ diese Position zu untermauern: geschickt beruft er sich in dem Artikel auf die mangelnde „Basidemokratie“ der Grünen und versucht die Bedeutung der Bundestagswahl im Verhältnis zur sonstigen Arbeit herunterzuspielen: „Oberstes Prinzip

zumindest presseöffentlicher Wirbel gegen die grüne Partei zu machen. An den meisten Abstimmungen beteiligten sie sich nicht.

Auseinandersetzung um Kandidatur in Bremen

Die „Bremer Linie“

Stärker noch als die Gruppe um Baldur Springmann hat die Landesprominenz der Bremer Grünen zum Feldzug gegen die grüne Partei geblasen. Das war bereits bei der Bürgerschaftswahl 1979 als „Bremer Modell“ praktiziert wurde, versuchten sie vor und in Dortmund unter dem Namen „Bremer Linie“ durch-

um am 21.6., dem Beginn des Dortmunder Parteitags, in der „Frankfurter Rundschau“ diese Position zu untermauern: geschickt beruft er sich in dem Artikel auf die mangelnde „Basidemokratie“ der Grünen und versucht die Bedeutung der Bundestagswahl im Verhältnis zur sonstigen Arbeit herunterzuspielen. „Oberstes Prinzip sollte bleiben: Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung, keine Apparatebildung, Dezentralismus, Eigenverantwortlichkeit“ (FR, 21.6.). Ausführlich widmet er sich den „K-Gruppen“. „Ihre Macher haben Kreide gefressen und sind heute die eifrigsten Grünen“ (ebenda). Gemeinhin von Willers: „Eine Bundestagswahlbeteiligung ist der dritte Schritt vor dem ersten“.

„Basidemokratie“ von Dinne & Co

Auf der Sitzung der Bremer Grünen im Kreisverband Stadt (es gibt drei Kreisverbände in Bremen: Nord, Bremerhaven und Stadt) zog die Machtpolitik - Fraktion der Bürgerschaftsdeputierten ihren Kurs durch. Mit 24 gegen 16 Stimmen setzte sie ihre Beschlüsse durch und belog die Öffentlichkeit, daß es sich um einen Beschluß des gesamten Landesverbandes handele. Gleichzeitig wurde ein Delegierter der 40 % Stimmen-starken Minderheit durch einen Loyalisten ersetzt; vom Minderheitschutz keine Rede.

Die Minderheit beschreibt in einer Erklärung das geplante Vorgehen der Dinne - Crew: „Die neu gewählten Delegierten wurden verpflichtet, wenn die Bremer sich in Dortmund nicht durchsetzen, Verbünden aus anderen Landesverbänden zu gewinnen, und diesen Eklat (Anm.: die Spaltung der Partei) zu provozieren und auszuweichen“. Bereits auf dem Vorbereitungstreffen rechter Grüner am Vorabend des Parteitags versuchten sie ihren Konfrontationskurs durchzusetzen, wobei insbesondere Gruhl davon mit der Befürchtung Abstand nahm, daß die Basis hierfür zu schwach sei. So blieben die rechten Bremer zusammen mit Springmanns Gruppe hoffnungslos in der Minderheit. Sie versuchten mit einer Pressekonzferenz, auf der die Partespaltung bekanntgegeben wurde und ihrem (sehr lächerlichen) Auszug

zumindest presseöffentlicher Wirbel gegen die grüne Partei zu machen. An den meisten Abstimmungen beteiligten sie sich nicht.

Auseinandersetzung um Kandidatur in Bremen

Noch in Dortmund wurde die Linie der Bremer Grünen - Führer deutlich: Hetze gegen die grüne Partei, um ihre Wahlchancen erheblich zu mindern und Sammlung eines rechten Spalterpotentials (siehe nebenstehende Erklärungen). Auf jeden Fall wollen sie in Bremen eine Kandidatur verhindern. Olaf Dinne wird wohl wieder seine bereits zweimal öffentlich geäußerten Gedanken reaktivieren, die SPD - seine alte (?) Partei - zu wählen. Interessant ist auch, daß Axel Adametz und Bernd Vogel, die bereits bei der Bürgerschaftswahl zur Hetzkampagne gegen die Alternative Liste eingesetzt wurden und die Linken zu den Grünen überziehen sollten, heute in vorderster Front der rechten Bremer Angriffe stehen.

Die linken Mitglieder der Grünen, die bisher sehr defensiv auf die „Bremer Linie“ reagiert haben, haben jetzt erstmals öffentlich Widerspruch angemeldet. In Dortmund protestierten sie schriftlich „entschieden gegen eine solche Machtpolitik“ der „Kern-Grünen“ die eine „neue Kaderpolitik“ betreiben und „die Frage der Ökologie schon zur neuen Heißelehre ... bei der jede Kritik oder auch nur Diskussion zwangsläufig ausgeschlossen ist“, machen.

Halbherzig wie die linken Grünen in Bremen sind, legen sie ihre Kritik „ausgewogen“ an und drücken ihre Ablehnung von „Erpressungsmaßnahmen“ aus, ein „Verhalten, wie es auch schon in Schleswig - Holstein praktiziert wurde, wo ein ganzer Landesverband gestürzt wurde“ von „petten“ der Z - Fraktion gemacht wie von anderen Abgrenzungspolitikern.

Insmerhin hat sich jetzt endlich auch in der Bremer grünen Partei der Widerstand formiert. Die linken Grünen hoffen, daß auf einer Landesversammlung Mitte Juli der machtpolitische Kurs von Dinne eine wahrheitliche Atmosphäre erhält.

Raum für eigene Interpretationen

Leider erst nach dem Dortmunder Parteitag ist ein sehr interessantes „linkes“ Gegenstück zu der von Gruhl und 23 anderen verfaßten „Erklärung zur Lage der Grünen“ bekannt geworden.

Es handelt sich dabei um einen offenen Brief „Nach Saarbrücken“ (abgedruckt im Mitgliederrundbrief Nr. 9 der AL Westberlin). Dieser Brief ist bereits im April vor der Erklärung der 24 verfaßt worden und soll sich offensichtlich in erster Linie an die Linken bei den Grünen richten. Unterzeichnet ist er von Amery, Axi, Bahro, Beckmann, Beuys, Bueb, Flechtheim, Hasencklever, Heidi, Horrocks, Hoss, Joscowski, Kelly, Schatz, Schulz, Steincke, Tönges, Trautmann und Winkler. Auffällig ist bei diesen Namen einmal, daß einige davon sich auch unter Gruhls Erklärung widerstanden (Amery, Beuys, Flechtheim, Bueb, Heidi, Hoss).

Mit Rudi Steincke hat zugleich ein bekanntes EA-SPD-Mitglied bei den Grünen diese Erklärung mit unterzeichnet.

Eingeleitet wird der Brief mit einem neuen Aufguß der Story von der „gnadenlosen linken Abteilungsmaaschinerie“ von Saarbrücken. „Nach Saarbrücken war den meisten Beteiligten und Betroffenen klar: Wir können uns keinen weiteren Parteitag leisten, bei dem unser Umgang miteinander so dem Ziel, das wir verfolgen, widerspricht. Wenn wir Positionen unterscheiden mit Abteilungs-kämpfen glattbügeln, spiegelt sich wieder, womit wir hoffnungslos an den bestehenden Verhältnissen festhalten, die wir überwinden wollen.“

[...] „Das ganze Verfahren, das der Vorbereitung der Programmdiskussion zugrundelag, war nicht auf Dialog, sondern auf Konfrontation, auf Durchdrücken der eigenen Standpunkte gegen die anderen abgestellt.“ Die Ermahnung zu Partnerschaftlichkeit statt Konfrontation haben sich die meisten Linken in Dortmund ja zu Herzen genommen. Auch die bemängelte „Vorbereitung der Programmdiskussion“ muß diesmal ganz nach dem Geschmack der Verfasser gewesen sein: auf kontroverse (Minderheits-) Anträge aus der Programmkommission wurde vor Dortmund ganz verzichtet. Die schriftlich vorliegenden Globalanträge zur Wahlplattform waren allesamt rechte Alternativen.

Als positives Beispiel „wenn nicht gleich brüderlicher, so jedenfalls kameradschaftlicher Diskussion“ werten die Verfasser die Saarbrücker Formu-

lierung zum § 218, „wo es mit großem Zeit und Kraftaufwand schließlich gelang, einen echten Kompromiß zu finden.“ Zur Erinnerung dieser „echten Kompromisse“ kam nur deshalb zu stande, weil die Linken trotz einer Mehrheit für die ersatzlose Streichung des § 218 darauf verzichteten, diese Forderung auch programmatisch festzuschreiben.

„Wie wichtig ist es wirklich, ob wir das, was wir in die Schranken weisen wollen, im Trend des Großkapitals oder ob wir es „zentralistische Industriemächte“ nennen?“ fragen die Verfasser - die Formulierung der Dortmunder Wahlplattform gegen „kapitalistische Konkurrenzwirtschaft“ und die „existierenden zentralistischen Planwirtschaften“ dürfte dieses Problem für sie zufriedenstellend gelöst haben.

Zwar spricht sich der Brief gegen eine „Textrevision“ der Saarbrücker Programme aus; gleichzeitig wird aber doch wieder das Unverbindliche dieses Programms betont: „Alle Grünen sollten das Programm als ein Protokoll über den Stand der Diskussion auffassen, nicht als eine Endstation.“ Was liegt also näher, dem Protokoll der Saarbrücker Diskussion ein neues Protokoll hinzuzufügen? Das wird auch empfohlen: „Was wir jetzt brauchen, ist eine Wahlplattform für den Herbst, die kurz und klar das besondere Anliegen der Grünen, ihr unverwechselbares Profil hervorhebt. Wir müssen es in einer Sprache tun, die den Beteiligten ausdrücklich Raum für eigene Interpretationen läßt.“ - Wer denkt da nicht an die „weisse“ Formulierung der Wahlplattform „35-Stunden-Woche ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen“?

Der Brief endet mit einem Appell, in Dortmund eine „Atmosphäre der Solidarität“ zu schaffen und etwas von dem Ziel sichtbar werden zu lassen. „das wir verfolgen: eine Gesellschaft in Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die sich jenseits kapitalistischer Wachstumsdynamik und ihrer verheerenden Folgen, in Einklang mit der Natur bewegt.“ Mag sein, daß die Verfasser den Dortmunder Parteitag nicht zufriedenstellend finden, was dessen „Einklang mit der Natur“ angeht. Ihren sonstigen Regelanweisungen ist aber in so weitgehendem Maße Folge geleistet worden, daß die das sicher verschmerzen können. Vielleicht klappi's beim nächsten Mal. Von diesem Kreis dürfte man noch hören.

renden Folgen, in Einklang mit der Natur bewegt.“ Mag sein, daß die Verfasser den Dortmunder Parteitag nicht zufriedenstellend finden, was dessen „Einklang mit der Natur“ angeht. Ihren sonstigen Regelanweisungen ist aber in so weitgehendem Maße Folge geleistet worden, daß die das sicher verschmerzen können. Vielleicht klappi's beim nächsten Mal. Von diesem Kreis dürfte man noch hören.

Bremer Grüne zum Dortmunder Parteitag

Auszüge aus Interviews mit der Bremer „Prominenz“

Olaf Dinne: „Olaf Dinne gehört eigentlich zu denjenigen, die nur meinen, daß es nicht möglich ist, sich völlig ins Privatleben zurückzuziehen und so gegenläufig doch die anderen den Mist aus der Kerne stehen (?!), weil, wenn man sich ein noch so weit entlegenes Häuschen beschafft, irgendwann doch die Autobahntrasse auf einen zurollt. Und allein aus dieser Erkenntnis mache ich überhaupt nicht mit. Ich bin als relativ ehrgeiziger in der Frage, aber wenn sich dieser Versuch, nun mit einem grünen Mantel andere Sachen durchgrünen zu wollen, wenn der also scheitert, dann habe ich nicht den Ehrgeiz, weiterhin unter irgendwelchen Gruppen abzukammern zu werden.“

Auf die Frage zur Beteiligung an der Bundestagswahl: „Das ist die Frage, die wird heute schon heiß diskutiert in den grünen Büros, wo auch immer und wenn's nach uns ginge, würden wir meinen, wir sollten uns nicht dieser vernichtenden Wahnsinns-derlage, die die Grünen mit der jetzt eingeschlagenen Richtung empfangen werden, sicher stellen, insbesondere auch in Bremen nicht.“

Auf die Frage, ob eine Kandidatur in Bremen möglich ist: „Also unmöglich ist ja in der Politik nichts, das ist aber relativ unwahrscheinlich, was Sie genannt haben. Wahrscheinlicher ist es denn schon, daß die Bremer zur Bundestagswahl vielleicht nicht grün wählen können - nicht das grün, was kein grün ist.“ (Interview mit Rudi Winkler, Delphine Brox, Andreas Jordan und Bernd Vogel

„Die Inhaber der Partei - Schlüssel - Positionen haben die Organisation in die Rolle eines Mitte - Links - Bündnisses hineinmanövriert, das weder die dringenden ökologischen Fragen zu bewältigen, noch die Vorherrschaft der etablierten Parteien zu brechen in der Lage ist.“

„In Dortmund ist endgültig deutlich geworden, daß die „Geschäftsordnung - Demokratie“ in der Partei die Oberhand gewonnen hätten über die „Basis - Demokratie“ (Weber - Kurier, 24.6.80).

„Unter der ungeliebten Einheit versteht die ökologische Bewegung im kleinsten Bundesland das Konglomerat mit „Buntten, Alternativen und K - Sektoren“, die Willers als Konservative einordnet. „weil sie dem alten Klassenkampfdenken verhaftet sind“. Aber nicht der Klassenkampf dürfte heute auf der Tagesordnung stehen, sondern letztlich wie es Rudolf Bahro formuliert habe, die Rettung der Gattung.“ (Weber - Kurier, 26.6.80).

Zur Spaltung der Grünen und Bundestagskandidatur: „Adametz will denn auch zumindest „theoretisch nicht ausschließen, daß es noch einmal zu einem Sonderparteitag der Grünen kommt, um sich doch noch auf ein klares grünes Konzept zu einigen“. Rund Dreiviertel der Bremer Grünen - Mitglieder seien gegen eine Kandidatur. „Und wenn es keine Chance gibt, die fünf - Prozent - Hürde zu überspringen, wäre es doch reiner Masochismus, überhaupt anzutreten.“ (Willers, WK, 26.6.).

Und Delphine Brox zur Kandidatur in Bremen: „Wir sind zwar nicht autoritär, aber da haben wir als Abgeordnete auch noch ein Wörtchen mitzureden.“ (ebenda).

Die „Bremer Linie“

In Dortmund wurde die am 19. April vom Kreisverband Bremen - Stadt vorgelegte Linie bekanntgegeben. Inhaltlich heißt es dazu:

„Wir Grünen übersehen dabei keineswegs, daß auch andere als unmittelbare ökologische Forderungen berechtigt und wichtig sind (z.B. mehr Verteilungsgerechtigkeit und die Emanzipation von Frau und Mann). Doch wir wissen:

a) daß ökologische Frage momentan Vorrang haben: erst weiter eimen können, dann neue Übungen machen!

b) daß durch eine ökologische Politik überhaupt erst weitergehende Forderungen auf die Tagesordnung der deutschen Geschichte kommen werden. Denn erst eine Welt, die ihre Grenzen erkennt hat, wird solche Forderungen nicht mehr vor sich herschieben können, wie es die heutigen sogenannten Arbeiterorganisationen machen und damit im Westen den Kapitalismus stabilisieren und im Osten unter dem Deckmantel des Sozialismus durchsetzen.“

In einer Pressemitteilung vom 17.6. schreiben Delphine Brox und Olaf Dinne: „Die Bremer Linie bedeutet p.a. ein Zurückdrängen des Einflusses von K - Gruppen aller Art bei den Grünen ... Konkrete Bremer Forderungen für Dortmund sind deshalb:

a) Rücktritt des bisherigen Vortandes

b) statt des „Saarbrücker Programms“ eine eindeutige grüne Wahlplattform c) eine Bundestagskandidatenliste, die für die Bevölkerung wählbar ist, weil sie eindeutig eine Position vertritt wie z.B. von Herbert Gruhl, Willi Hoss, Helmut Brandt“. Nur unter diesen Bedingungen wollten sie zur Bundestagswahl kandidieren.

Peter Willers autzte sein Image,

Fortsetzung von Seite 30

Mit anderen Worten: Eingeleitet werden sollte der Parteitag, indem die Linke theoretisch über Ökologie und Ökonomie vorturnte aus Anlaß eines theoretisch indiskutierten und politisch trüben Papiers von Ernst Hopfischek. Wohlgerichtet, ohne alle Absicht auf Abstimmung, nur um sich ökologisch dem staunenden Parteitag als beschlagen zu präsentieren. Und dann rasche Abstimmung der „konsensfähigen“ Plattform. Seitens der Klügeren erdacht worden.

Heute sitzt die „Basis“, der es mehrheitlich links ums Herz ist, da mit einer unmöglichen Plattform, mit der sie auf der Linken nichts werden kann, und ohne die Prominenten, die in die Mittelstände wirken sollten. Also ziemlich im Dreck. Gewaltige Motivation für den Bundestagswahlkampf ist das nicht.

Was die Grünen heute von den anderen Parteien in ihren erklärten politischen Zielen unterscheidet, nicht sowohl die Gesellschaftsziele, sondern die Zielsetzung. Die Linke hat die Zielsetzung der Atomenergie, weiter eine neutralistische Position gegenüber NATO und Warschauer Pakt (begründet allerdings nicht aus einer Kalkulation der Kräfte und ihrer Ziele, sondern aus pazifistischen Hoffnungen und darum zerbrechlich). Und schließlich ein Beharren weniger auf radikaldemokratischen als auf radikalliberalen Forderungen. Das sind allesamt wichtige Sachen für die Behauptung einer eigenständigen Position bei den Bundestagswahlen wird es zu wenig sein, zumal dann, wenn die Partei sozial reaktionär auftritt, also inneweit bekämpft werden muß.

Es wäre wirklich falsch, für diese Situation Herbert Gruhl oder die sogenannten rechten Erpressungen verantwortlich zu machen. Auf diesem Parteitag hatte wie in Saarbrücken die Linke die Mehrheit. Sie hat sich als unfähig erwiesen, damit Politik zu machen. Insbesondere hat sie sich als unfähig erwiesen, Politik unter Kalkulation sozialer Interessen zu machen und - wenn Kompromisse gemacht werden sollen - sich zu überlegen, an welchen Punkten die Interessen sozialer Gruppen konvergieren (zusammenlaufen - Anm. AK) und unter welchen gemeinsamen Forderungen sie zusammengehen können. Sowohl in Bezug auf die Arbeitszeitfrage wie der Partei in der Lage gewesen, eine deutliche Entscheidung zu treffen, ohne sich zu spalten, als auch in Bezug auf die Steuer- und Sozialpolitik, wenn ihm die Gesichtspunkte und Alternativen nur vorgelegt worden wären.

Stattdessen wurde auf dem Parteitag, der ja kein Seminar ist, die weltanschauliche Debatte gesucht über Ökologie-Ökonomie, über den Faschismus, fast auch noch über den „realen Sozialismus“.

In der Personalfrage war der Parteitag von vornherein in einer schwierigen Situation, weil auf dem Saarbrücker Parteitag „dank der Taktik weniger undogmatischer Linke“ (Zitat Ernst Hopfischek) die Wahl einer linken Kandidatin verhindert worden war, weil falsche Fiktionen. Der Platz besetzte dann im dreiköpfigen geschäftsführenden Ausschuss Norbert Mann, in seiner politischen Richtung eher kontrovers.

Als jetzt August Hausleiter von dem Vorstandsposten zurücktrat, den er nach seinem Wort von Saarbrücken für Gruhl „kommissarisch“ wahrnehmen wollte mußte die Linke Gruhl einen Kampf um diesen Posten liefern, damit sie überhaupt personell im Vorstand vertreten war. Der Kampf war da. Wenn es dafür eine persönliche, zurechenbare Verantwortung gibt, so gebührt auch hier der Gruppe um Hopfischek die Palme.

Was nötig ist, das sind jetzt keine Braktischenmacher von sog. undogmatischen Sozialisten in den Grünen gegen die „ML-Gruppen“ und umgekehrt. Nötig wäre, daß sich die Sozialisten und Kommunisten in den Grünen ein Minimum an politischen und sozialen Kenntnissen ersarbeiten und versuchen, die Umrisse eines gemeinsamen verteilbaren wirtschaftspolitischen und sozialen Programms festzulegen. Vielleicht wären dazu sozialistische Arbeitsgemeinschaften nützlich, die allen Interessierten offenstehen.

(Dieser Artikel von Wilfried Mater ist ein Vorabdruck aus der Nr. 3/80 der „Hefte für Demokratie und Sozialismus“. Das Heft wird ab 7. Juli erhältlich sein und kann über folgende Adresse bezogen werden: Hefte für Demokratie und Sozialismus Wilfried Mater, Neckarpromenade 13/252 6840 Mannheim 1).

Interview mit Jürgen Reents

(Mitglied der Gruppe Z und für den Hamburger Landesvorstand der Grünen in der Programm-Kommission)

AK Jürgen, in einem Artikel für die letzte Ausgabe eurer Zeitschrift „Z“ hast Du (zusammen mit einer Genossin eurer Gruppe) einen Artikel zur augenblicklichen Lage der Grünen im Hinblick auf den Dortmunder Parteitag und im Hinblick auf die Bundestagswahlen geschrieben, in dem Du eine Art Forderungskatalog an die Dortmunder Versammlung aufstellst (nämlich auf die und die Fragen der Basisbewegungen zu antworten) und in dem Du zu folgender Kernaussage im Hinblick auf Dortmund kommst: Dort könne es nicht nur „darum gehen, einer Rückentwicklung hinter die Saarbrückener Ergebnisse bloß entgegenzusteuern, sondern die im Programm angelegte Alternative zu den etablierten Parteien gesellschaftspolitisch zu fundieren“. Was wurde von diesen Zielen erreicht und was nicht?

J. Reents: Erstens zur „gesellschaftspolitischen Fundierung“: Da muß man im Endergebnis sagen, daß dies auf dem Parteitag nicht erreicht worden ist. Wir wollten auf diesem Parteitag ja das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie diskutieren. Dazu lag ein Diskussionspapier vor, das zum Ziel hatte, die Definition der Ökologie endlich aus einer unhistorischen und unmateriellen Art der Behandlung herauszuholen, und ein tieferes Bewußtsein darüber zu schaffen, daß es die kapitalistische Produktionsweise ist, die - wie Marx sagt - die Springquellen des Reichtums, der Erde und die Arbeit untergräbt.

Von den Rechten wird Ökologie dagegen schlicht als „Schutz des Lebens“ proklamiert und nicht danach gefragt, um welchen gesellschaftlichen Lebens es sich handelt, und was die Hindernisse ganz konkret in dieser kapitalistischen Gesellschaft sind, die der Durchsetzung ökologischer Forderungen und Ziele entgegensteht. Diese Diskussion hat es nicht gegeben.

Zweitens zur Wahlplattform: Hier meine ich schon, daß die Wahlplattform in wesentlichen Bereichen das widerspiegelt, was das Saarbrücker Programm beinhaltet. Es hat auf dem Parteitag ja auch noch Verbesserungen gegenüber der Vorlage der Programmkommission gegeben, namentlich im Bereich „Demokratie und Recht“.

Es gibt aber drittens in dieser Wahlplattform auch Dinge, die nicht identisch sind mit dem Saarbrücker Programm und die auch hinter dieses Programm zurückfallen. Ich meine damit vor allem die Teile Sozialpolitik und Steuerpolitik, wo die Programmkommission nicht in Form von Zusammenfassungen des Saarbrücker Programms arbeiten konnte, da es diese Teile darin nicht gegeben hat. Und hier ist nun anders als z.B. im „Demokratie und Recht“ Teil kein „sozialer Konsens“ gegeben. Und hier ist nun anders als z.B. im „Demokratie und Recht“ Teil kein derart eindeutiger Bezug auf die Belange der sozial Benachteiligten oder auch allgemeiner auf die Interessen der Werktätigen in diesem Lande zu finden. So ist beispielsweise im Sozialpolitik-Teil nicht davon die Rede, was die Grüne Partei konkret angesichts von 2 Millionen Sozialhilfeempfängern, angesichts von 3,4 Millionen Rentnern mit einem Einkommen von weniger als 600 Mark für Forderungen zu stellen hat - sondern es ist dort allgemein die Rede davon, daß das Sozialsystem in diesem Staat zu einem reinen Stützensystem geworden ist. Das trifft natürlich zu. Aber hier finden sich gleichzeitig Formulierungen mit der möglichen Interpretation, daß die Grüne Partei, nachdem sie die „Grenzen des Wachstums“ proklamiert hat, nun auch die „Grenzen des Sozialstaats“ proklamiert. Und das ist etwas, was zumindest nach außen hin leicht identifiziert werden kann mit ähnlich lautenden Programmaussagen der CDU, auch wenn von der Mehrheit der Grünen etwas ganz anderes gemeint ist.

Ich würde viertens aber auch sagen, daß trotz der Schwächen, die es in dieser Wahlplattform gibt, Dortmund doch insgesamt eine Kontinuität des Mitte-Links-Bündnisses gezeigt hat, sowohl in politischer als auch in personeller Hinsicht.

AK: Hier möchte ich nochmal einhaken. Zum einen fällt bei der jetzt verabschiedeten Wahlplattform auf, daß die Ansätze im Saarbrücker Programm zu einer grundsätzlichen Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und des Eigentums an Produktionsmitteln sowie die dagegen gerichteten konkreten Forderungen (Demokratisierung und Vergesellschaftung der Produktion, Forderungen nach Mitbestimmung und konkreter Schutzforderungen) nicht fortgeführt werden. Und zum zweiten wurde in der wick-

gen Frage der Arbeitszeitverkürzung in der Wahlplattform jetzt auf die Forderung nach vollem Lohnausgleich verzichtet. Die Grünen propagieren nunmehr die Einführung der 35-Stunden-Woche in einer Weise, die sich auf die k o i n e Strömung (mit fortschrittlichen Ansprüchen) in der Gewerkschaftsbewegung stützen kann. Wie wird die Wahlausage der Grünen in diesen beiden wesentlichen Punkten qualifiziert?

J. Reents: Zunächst einmal: auch im Saarbrücker Programm ist die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel leider nicht enthalten. Es ist damals vom Kreisverband Hamburg-Nord ein entsprechender Antrag gestellt worden, der aber abgelehnt wurde. Ich würde Dir aber Recht geben, daß das, was im Saarbrücker Programm an Konkretem bezüglich Demokratisierung der Wirtschaft (z.B.) enthalten ist, in der Wahlplattform nicht durchgeschlagen ist. Die Änderung der Passage zur 35-Stunden-Woche beinhaltet tatsächlich eine Zugeständnis an den rechten Flügel der grünen Partei. Allerdings kommt es schon darauf an, wie man das interpretiert. Die Formulierung in der Wahlplattform ist: „35-Stunden-Woche ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen“ - und es gibt natürlich innerhalb der Grünen unterschiedliche Auffassungen darüber, was unter Einkommen und Wir haben einer solchen Formulierung natürlich nur zustimmen können, weil von einem vollen Lohnausgleich selbstverständlich nicht die obere Beamtenschaft profitieren sollen. D.h., man muß hier auch von linker Seite aus sagen, daß das nicht unser Interesse ist. Man muß allerdings auch sagen, daß das nicht mit der Forderung nach vollem Lohnausgleich, wie sie in der Arbeiterschaft gestellt wird, gemeint ist. Es gibt aber mit Sicherheit in der Partei Leute, die die Grenze von „unteren Einkommen“ viel tiefer ansetzen, als wir es tun. Insofern ist diese Formulierung tatsächlich problematisch und hätte besser in eine präzisere Verbindung gebracht werden sollen ähnlich der alten Juso-Forderung nach Begrenzung der Einkommen bei 5000 Mark - ohne mich damit jetzt auf diese konkrete Zahl festlegen zu wollen.

Im übrigen muß man natürlich noch eins anfügen: das Saarbrücker Programm ist in Dortmund - und das halte ich für entscheidend - nicht revidiert worden. Damit ist der rechte Flügel völlig gescheitert. Und wir werden jedenfalls in Hamburg (und ich glaube, das Gleiche passiert auch in anderen Landesverbänden) sehr viel mehr mit dem Saarbrücker Programm als mit der Wahlplattform arbeiten.

AK: Worin wurde - anders als im Falle des Saarbrücker Programms - von den Linken in der Programmkommission darauf verzichtet, zu den unstrittigen Punkten in der Wahlplattform Minderheitsvoten abzugeben und den Delegierten auf diesem Wege überhaupt eine Alternative anzubieten? Hat nicht der Verzicht der Linken auf diese wohl begründete Praxis die an sich notwendige Diskussion auf dem Dortmunder Parteitag quasi unmöglich gemacht und zudem verhindert, daß in Abstimmungen festgestellt werden konnte, wie die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse sind? Kannst Du dazu etwas sagen und dabei auch Deine eigene Rolle als Mitglied der Programmkommission mit einbeziehen?

J. Reents: Ich würde jetzt sagen, daß es ein Fehler gewesen ist, daß wir keine Minderheitsvoten in der Kommission formuliert und dem Parteitag vorgelegt haben. Wir sind davon ausgegangen, daß die Wahlplattform auf dem Parteitag relativ unproblematisch behandelt werden kann. Wir sind davon ausgegangen, daß nicht die Wahlplattform, sondern das Papier zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie im Zentrum der Auseinandersetzung stehen würde. Das hat sich nicht nur nachträglich als falsch herausgestellt, sondern ich würde auch sagen, daß dies angesichts des realen Inhalts der Wahlplattform ein Fehler gewesen ist.

Die Arbeit der Linken in der Programmkommission ist vor Dortmund an ihre Grenzen gestoßen. Wir haben in der Programmkommission nicht in allen Punkten authentisch das durchsetzen können, was Ergebnis des Saarbrücker Parteitags gewesen ist. Das hängt vor allem damit zusammen, daß es einen sehr großen Druck auf



Wolf-Dieter Hasenclever und Jürgen Reents (r): „Es kauft doch nicht schlecht, oder?“ - „Na, ja...“

die Programmkommission gegeben hat zur Herstellung der „Einheit der Partei“, zur Herstellung eines „neuen Konsenses“, wie es von einigen Vertretern in der Programmkommission bezeichnet worden ist. Dieser massive Druck hat auch bei den Linken in der Programmkommission in der Vermehrung von Minderheitsvoten und dem Bemühen um optimal einstimme Formulierungen seine Spuren hinterlassen. Aber das Optimum in der Programmkommission ist eben nicht identisch mit dem Optimum der breiten Parteidiskussion. Das ist gleichzeitig ein inhaltliches Problem und ein Problem des Verhältnisses von Gruppenarbeit und Basisdemokratie in der Partei. Ich beziehe mich da ausdrücklich ein, daß dies von den Linken in der Programmkommission unzulänglich gehandhabt wurde. Wir hätten nachdrücklicher parteioffentlich hinterfragen und sagen müssen: Das ist die Grenze des Durchsetzbaren in der Programmkommission, jetzt muß der Parteitag das korrigieren. Und dazu hätten Vorlagen gegeben werden können.

Im Teil „Demokratie und Recht“ ist das ja auch geschehen, aber ohne Vorlagen aus der Kommission. Für noch wichtiger halte ich aber die Frage, woran es liegt, daß die Linke in der Programmkommission und die Linke in der Partei insgesamt gerade auf den Sektoren Sozialpolitik und Steuerpolitik doch gewissermaßen versagt hat. Hier geht es überwiegend um Themen, mit denen sich innerhalb der Linken bislang relativ wenig auseinandergesetzt worden ist, wo es sehr wenig konkrete Vorstellungen gegeben hat. Ihr müßt z.B. selbst zugeben, daß auch eure Kritik an der Wahlplattform konkrete Vorstellungen gegeben hat. Ihr müßt z.B. selbst zugeben, daß auch eure Kritik an der Wahlplattform im letzten AK vor Dortmund („Demontage des Saarbrücker Programms“, AK 179, S. 12) diese Punkte völlig ausgespart hat. Was ihr an konkreten Kritiken dort vorgebracht habt, konnte zu einem guten Teil sogar noch innerhalb der endgültigen Vorlage der Programmkommission verbessert werden. Die Linke hat traditionell eben mehr den Bereichen Demokratie und Recht, Frauen, soziale Randgruppen etc. Aufmerksamkeit geschenkt. Ich glaube, daß daraus jetzt der Schluß zu ziehen ist, daß die Linke in der Grünen Partei gerade hinsichtlich solcher Bereiche wie Sozialpolitik und Steuerpolitik stärker zu arbeiten beginnen muß.

AK: Jürgen, in dem schon eingangs zitierten „Z“-Artikel findet sich eine längere Passage zu den rechten Spaltungs- und Erpressungsmanövern in den Grünen und zu den hauptsächlichsten Akteuren auf diesem Feld. Wird darin nicht falsch gewichtet? Springmann und seine Crew werden zu gefährlichen Buhmännern aufgeblasen, während die Gefahr, die der Grünen Partei (und speziell den Linken darin) von Gruhl droht, leichtfertig heruntergespielt wird. Gruhl ist - so heißt es da - „durchaus etwas realistischer und „gemäßeter““ und schließlich: „Daß Gruhl im Sinne des GAZ-Rundschreibens die „Gründung einer neuen ökologischen Bewegung“ ansetzen würde, ist kaum wahrscheinlich.“ Hat nicht der Dortmunder Parteitag gezeigt, daß der eigentliche Kopf und Organisator der rechten Spaltungspolitik und auch einer neuen Sammlungsbewegung gerade Herbert Gruhl ist? Daß Gruhl seine Ziele z.Z. hauptsächlich in der Grünen Partei verfolgt, muß dem doch gar nicht widersprechen?

J. Reents: Die Unterschiede zwischen Springmann und Gruhl und in dem

Artikel nicht heruntergespielt worden, sondern es gibt tatsächlich Unterschiede zwischen ihnen. Eigentlich haben wir früher doch auch gemeinsam im KB die Auffassung vertreten, daß man in der politischen Analyse mehr mit dem Skalpell als mit dem Schlachtermesser arbeiten sollte.

Springmann ist die ganze Zeit nach Saarbrücken mit vehementen Erpressungen aufgetreten, mit der Vorlage von Papieren, deren Verabschiedung in der Tat die Mitarbeit von Linken und Demokraten unmöglich gemacht und zu einer relevanten Spaltung der Partei geführt hätten. Ich stelle die Unterschiede zwischen Springmann und Gruhl nicht so sehr im ideologischen Bereich an, sondern in dem Aufreten gegenüber der gesamten Partei. Springmann und andere Ökonomie aus Schleswig-Holstein haben in Dortmund bekanntlich ein Flugblatt mit der Überschrift „Spaltung - Ja!“ verteilt, das fast ausschließlich gegen die Arbeit der Z in den Grünen gerichtet ist.

Ich glaube auch nach Dortmund, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß Gruhl eine neue Partei aufbauen wird. Gruhl ist in der grünen Bewegung ursprünglich mit der GAZ angetreten, hat mit der GAZ nicht das erreichen können, was er erreichen wollte, und ist jetzt innerhalb der Grünen Partei in eine eindeutige Minderheitenposition gedrängt worden. Diese Partei ist über die Position von Gruhl hinweggegangen und hat nicht unwesentlich durch die Art ihres Diskussionsprozesses, durch die Art der Herausbildung eines „Mitte-Links-Bündnisses“ als tragender Kraft, den Spielraum für den rechten Flügel verengt, etwas Neues hochgezogen, was zu einer als tragender Kraft, den Spielraum für den rechten Flügel verengt, etwas Neues hochgezogen, was zu einer ernsthaften Konkurrenz im Protestpotential werden könnte, und damit zu den Bundestagswahlen anzutreten. Der Meinung bin ich, auch wenn die Größenordnung von Austritten wohl nicht nur bei ein paar Dutzend liegen wird. Gruhl hat mittlerweile im übrigen die Behauptung der „Bild“, er wolle eine neue Partei aufbauen, demontiert. Aufmerksam verfolgen muß man das aber natürlich schon, da gibt es noch einige Unbekannte in der Rechnung.

AK: Bevor wir auf die möglichen Perspektiven einer rechten Sammlungsbewegung zu sprechen kommen, möchte ich zunächst noch das Verhalten der Linken bei den Wahlen zum neuen Bundesvorstand der Grünen hinterfragen. Es hat selbst aus dem Lager der linken Delegierten (darunter z.B. auch die Hamburger Kandidatin für den Bundesvorstand) Plädoyer für eine Kandidatur Herbert Gruhls für den Bundesvorstand und für dessen Wahl gegeben. Zu diesem Engagement kontrastiert für meinen Geschmack in bemerkenswerter Weise die Tatsache, daß von Seiten der Linken dem Abwahlantrag gegen Grete Thoms, der als gemeinsames Mandat der rechten Bremer Grünen im Rahmen ihres gesamten Konfratationskurses gewertet werden muß, nichts entgegengesetzt wurde. Wie siehst du diese Problematik?

J. Reents: Im Fall von Grete Thoms würde ich dir einfach zustimmen, daß die Linke hier ein sehr schlechtes Bild gezeichnet hat. Wir haben entweder nicht die nötige Einsicht oder nicht den nötigen Mut gehabt, den Fehdehandschuh der Auseinandersetzung an dieses personellen Frage aufzugreifen. Zu Gruhl: Ich bin schon der Meinung, daß Gruhl mit seiner Position im Vorstand hätte repräsentiert werden. Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

können, nicht im geschäftsführenden, aber im erweiterten Vorstand. Das hat nichts mit Opportunismus oder wahltaktischem Beibehalten eines für bestimmte Kreise ganz schmeckenden Auswärtigen zu tun, sondern mit unserer Konzeption, daß sich eine politisch wirksame Repräsentation dieser Partei nicht aus ihrer Verdünnung zur Mitte hin ergeben sollte, sondern aus einer ehrlichen Kennzeichnung ihrer Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse.

Deine Frage zielt aber sicher tiefer auch auf die Situation unserer Gruppe, der Z, innerhalb der Linken bei den Grünen und unser Verhalten in der Parteilauseinsetzung ab. Inge-samt. Und da möchte ich mal etwas Grundsätzlicheres über die Entwicklung der letzten Monate sagen. Da hat es sozusagen einen Mehrfrontenkrieg gegeben, den wir zu führen hatten. Das Feuer des rabiat rechten Flügels ist immer vorrangig auf die Mitarbeit „organisierter Kommunisten“ und damit zum wesentlichen Teil konkret auf Mitglieder der Z gerichtet gewesen. Das von Baldu Springmann und anderen in Dortmund verteilte vierseltige Pamphlet, das als Begründung für eine Spaltung immer wieder den Namen Z nannte, habe ich schon erwähnt. Und diese Auseinandersetzung hat ja auch konkret vor Ort, namentlich in Schleswig-Holstein, von uns zu bestehen gewesen. Und sie ist entstanden worden mit dem Ergebnis, daß der rabiat rechte Flügel in Schleswig-Holstein weit zurückgedrängt werden konnte, und damit vor allem auch die eifrig geschmiedete Achse Bremen/Schleswig-Holstein in ihrer gesamten Wirkung in der Bundespartei auf ein wackeliges Gerüst reduziert werden konnte, das jedenfalls nicht mehr im Namen von zwei Landesverbänden auftreten konnte. Die Ausgangsbedingungen solcher Auseinandersetzungen sind in anderen Bundesländern wie etwa Hessen, oder in Westberlin, wo die sogenannten Undogmatischen innerhalb der Linken eindeutig dominieren, weit günstiger gewesen. Aber während wir - um es mal etwas salopp zu sagen - den Hauptteil der „Druckarbeit“ mit wie ich meine für die weitere Entwicklung der Grünen insgesamt erfolgreichen Ergebnissen zu tragen hatten, waren einige Undogmatische der Meinung, es nicht diesem rechten Flügel, sondern uns anlassen

zu müssen, wenn sich auch einige Mitglieder aus den Grünen zurückgezogen haben, an deren Mitarbeit und Zusammenarbeit wir zumindest nicht weniger interessiert sind. Ich nenne da nur stellvertretend Namen wie Boje Maßen oder Karsten Buhk in Schleswig-Holstein. Die konkreten Abläufe sind dabei alle untersucht worden, sondern es herrschte Spekulation, und die wurde auch verbreitet. Ich weiß nicht, ob sich dabei ausgedacht wurde, daß auf diese Weise die rechten Expansionsmanöver, besser und mit weniger Personalverlust bewältigt werden könnten. In der Praxis war das jedenfalls irrig und von Sachkenntnis ungetrüb, und wir würden ja auch nicht behaupten, daß es die Schuld der undogmatischen Linken ist, falls Gruhl sich jetzt von den Grünen trennen sollte, obwohl die undogmatische Linke rein quantitativ und damit auch von ihren Einflußmöglichkeiten her wirklich viel relevanter innerhalb der Grünen ist als wir es sind. Hinzuzufügen ist allerdings, daß solche falschen Feindbilder in der undogmatischen Linken schon in Saarbrücken sichtbar gewesen sind, als einige von ihnen die Wahl einer linken Kandidatin in den geschäftsführenden Bundesvorstand verurteilt haben. Damit ist auch inzwischen sogar gebräutet worden, und ich denke, daß es hier auch tatsächliche Konzeptionsunterschiede gibt, in dem Sinne, was ich vorher als Verdünnung zur Mitte hin bezeichnet habe, was aber real keinen Bestand haben kann und mit den personellen Ergebnissen von Dortmund auch schon als überholt

Mit dieser Kritik schließe ich mich aber keineswegs Thesen von einer „äußerst komplizierten Aktion“ an, wie ihr sie im AK angestellt und bislang auch nicht - trotz positiver Meinung, die ihr seit Saarbrücken vertreten - revidiert habt. Das ist weder unser Stil der Auseinandersetzung, noch entspricht es den viel differenzierteren Tatsachen und Bewegungen bei den Grünen. Die Kontroverse zwischen dem KB und der Z, die gehört zumindest der Vollständigkeit halber ja auch noch zum Mehrfrontenkrieg der letzten Monate, läßt sich am ehesten vielleicht mit einem Vers von Dante umschreiben: Der eine wartet, daß die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt. Wir sind da wohl unbestritten

und trotz aller Mängel und notwendigen Manövertaktik nach Dortmund in

AK. Aus Pressemitteilungen und Meldungen in anderen Medien ist bereits unmittelbar nach Dortmund bekannt geworden, daß sich verschiedene Gruppierungen in der Grünen Partei mit Austritts- und Abspaltungsgedanken tragen (Springmann und seine GLSH) oder auf andere Weise ihre Distanz zum augenblicklichen Kurs der Partei äußern wollen. Für wie relevant schätzt ihr diese konservativen, rechten Kräfte zur Zeit ein und wie bewertet ihr diese Entwicklung? D.h., wird die Trennung der Rechten von der Grünen Partei von Euch im Sinne eines notwendigen Klärungsprozesses begrüßt oder sollten Eurer Meinung nach Bemühungen gemacht werden, sie durch Verhandlungen und Angebote in der Partei zu halten?

J. Reents: Ja, es handelt sich hier um einen Klärungsprozeß, der auch nach meiner Meinung unvermeidbar ist. Die Grünen müssen sich aus einer Situation herausentwickeln, in der sie mit Verzichtsideologie und Weltuntergangsstimmung identifizierbar sind. Und es gibt Kräfte innerhalb der Partei, die solchen Positionen, immer wieder Nahrung verschaffen und dann mit Vorliebe natürlich auch von der SPD und anderen, die nicht differenzieren wollen, stellvertretend für die Grünen genommen werden.

Die Positionen eines Baldu Springmann sind in einer Partei, die sich als eine Alternative zu den Etablierten begreift, nicht tragbar. Aber es gibt Kräfte innerhalb der Partei, die sich jetzt mit Gedankens nach Austritt oder Abspaltung tragen, um deren Verbleiben in der Partei wir uns weiter bemühen.

AK: Gilt das auch für Herbert Gruhl?

J. Reents: Diese Entscheidung liegt jetzt nicht bei uns. Es sind in der Vergangenheit reichlich Bemühungen in dieser Richtung gelaufen, und Herbert Gruhl hat sich trotz aller dieser Bemühungen von den Grünen distanzieren. Ich meine deshalb, daß es Bemühungen gegenüber Gruhl nicht in der Richtung geben darf, daß wir ihm weitere Zugeständnisse machen - daß es aber sehr wohl Bemühungen in der Richtung geben kann, die nochmals klären, daß auch Herbert

Gruhl mit seiner Minderheitsposition weiter in der Grünen Partei wirken kann.

AK: Als wir vor fast genau einem Jahr (im Juni 1979) im KB über die Frage einer Beteiligung an den Bundestagswahlen eine Diskussion begonnen haben, hat Genosse Langer (der heute mit Dir in der Z arbeitet) einen Artikel für den ARBEITERKAMPF geschrieben, in dem er als eine Schlussfolgerung zieht, daß eine nicht aussichtsreiche Kandidatur einer grünen Liste zu den Bundestagswahlen (d.h. eine Kandidatur, bei der von vornherein klar ist, daß die 5 % Hürde nicht übersprungen werden kann) abzulehnen sei, weil sie die Wahlchancen für Strauß verbessern müßte. Heute sind wir in einer Situation, wo nach den Wahlergebnissen der letzten Monate (insbesondere denen in Nordrhein Westfalen) selbst die größten Optimisten nicht mehr davon ausgehen, daß die Grünen eine Chance haben, in den Bundestag zu kommen.

Wie würdest Du die damalige Argumentation aus heutiger Sicht bewerten? Und wie würdest Du die Entscheidung von Dortmund (die ja auch von Dir mitgetragen wird) begründen wollen?

J. Reents: Die Position von uns, nicht dazu beizutragen, daß Strauß an die Regierung kommt, ist historisch völlig richtig gewesen. Und sie ist es auch heute noch. Vor allem nach den Wahlen in NRW kann man aber wohl kaum in dieser Weise dabei stehenbleiben. Ich habe auch auf dem Dortmunder Parteitag, als ich die Erklärung der Programm-Kommission zur Bundestagswahl vorzutragen hatte, gesagt, daß das Argument, eine Kandidatur der Grünen könne Strauß an die Macht bringen, heute nur noch als ein schlechter Bluff der SPD-Wahlpropaganda zu bezeichnen ist.

Es kann in erster Linie nicht um das Erreichen der 5 Prozent gehen, sondern es muß darum gehen, daß die Grünen mit ihrer Kandidatur zur radikaldemokratischen und ökologischen Opposition in diesem Land weiterentwickeln helfen, über den 5. Oktober hinaus.

AK: Bestehen bereits Überlegungen (bzw. ist daran überhaupt schon gedacht worden), die Grünen gegenüber anderen Organisationen und Gruppen zu öffnen und ihnen eine Plattform

zur Mitarbeit (bzw. in programmatischer Hinsicht als auch bei der Kandidatenaufstellung) anzubieten? Denn es dürfte wohl unstrittig sein, daß die große Mehrheit der Basisinitiativen und linken Gruppen der Grünen Partei bisher mehr oder weniger skeptisch gegenüberstehen?

J. Reents: Das letzte, was Du gesagt hast, ist keineswegs unstrittig. Oder wenn Du so willst, skeptisch bin ich auch. Das ist ja ein sehr dehnbarer Begriff. Ich habe zu einem früheren Zeitpunkt unserer Auseinandersetzung ausdrücklich in Abgrenzung von Beharrungspositionen davon gesprochen, daß die Grüne Partei sich durchaus bald als ein historischer Irrtum herausstellen könnte, über den hinausgegangen werden muß. Aber wenn ihr von Skepsis der großen Mehrheit der Basisinitiativen und linken Gruppen spricht, dann beinhaltet das zwei Fehler: Erstens die Behauptung, die Grüne Partei existiere irgendwie künstlich außerhalb dieser Bewegung. Und zweitens, daß ihr die spezifische KKB-Position der Abstinenz und frontalen Gegenagitation gegen die Grünen mit dem dafür völlig falschen Begriff der Skepsis überwölbt. Ich sage das, damit es zu dieser Frage von Dir keine Identifikationen von KB und Basisbewegung einerseits und keine Dissoziationen von Grünen und Basisbewegung andererseits gibt, die ihr zwar wiederholt behauptet, aber nie beugt habt.

Aber nun zum Erstgesagten: In Hamburg wird am 5. Juli eine Landesversammlung der Grünen stattfinden, wo über den Beginn des Wahlkampfes hier am Ort diskutiert werden wird. Wir werden dort dafür eintreten, daß für die Hamburger Situation eine zusätzliche Programmatik ausgearbeitet wird, mit der wir auch die Schwächen der Wahlplattform ausbügeln können. Und wir werden ebenso dafür eintreten, daß zur Ausarbeitung einer solchen Programmatik und zur Beteiligung am Wahlkampf andere Gruppierungen und Strömungen, die sich bislang distanzieren zu den Grünen verhalten, mit daran beteiligt werden. Das Gleiche könnte m.E. auch für die Aufstellung der Kandidatenlisten gelten - d.h. daß auch hier Angebote zur Beteiligung von Nicht-Mitgliedern der Grünen Partei gemacht werden, sofern sie selbst die Bereitschaft dazu haben.

Interview mit Grete Thomas

(bis Dortmund im Bundesvorstand der Grünen)

Grete Thomas war auf dem Saarbrückener Parteitag als Schatzmeisterin in den Bundesvorstand der Grünen gewählt worden. In Dortmund wurde sie von diesem Amt auf Antrag von Bernd Vogel (Bremer Grüne Liste) abgewählt wegen angeblich fehlerhafter Kassenberichte, Unterstützung der Alternativen Liste im Bremer Wahlkampf und „Bespitzelung“ von Helmut Lippelt (Lippelt ist in Dortmund in den erweiterten Bundesvorstand gewählt worden; vor knapp zwei Jahren verlor er sich im AK (Nr. 136, Extra-Ausgabe zu bunten und grünen Listen) wegen seiner dubiosen Rolle als „Vermittler“ bei den Einigungsgesprächen zwischen GLU und GLW (später GLN) in Hessen den Titel „die Quelle des Monats“).

AK: Vielleicht könntest Du zunächst noch einmal erzählen, was dem Abwahlantrag gegen Dich zugrundeliegend hat?

Grete Thomas: Meine Abwahl ist betrieben worden vom Kreisverband Hildesheim und vom Landesvorstand Niedersachsen aus. Es sollte nicht meine persönliche Abwahl vorgenommen werden, sondern es sollte der gesamte Vorstand zurücktreten. Dieses Zurücktreten des gesamten Vorstands wollte man erzwingen, das war in Hildesheim (Sitzung des Bundeshauptaussschusses; Anm. AK) ganz deutlich geworden, indem die Berliner August Hausleiter ganz stark angegriffen haben, und dann sollten wir anderen vier uns mit August Hausleiter solidarisieren und sollten erklären und sollten gemeinsam zurücktreten. Und das haben wir nicht getan. Dazu habe ich eine Erklärung geschrieben: „Der Bundesvorstand zieht sich selbst als eine demokratisch gewählte Arbeitsgruppe in dienender Funktion und in selbstverständlicher Unterordnung unter die Meinungsbildung und die Interessen der Gesamtpartei. Mit ruhigem Selbstbewusstsein können wir sagen, daß bei allen gemachten Fehlern die seit März geleistete Arbeit weder durch Nachhunger, Machtmißbrauch, Profilierungssucht, noch durch einseitige Beschlüsse gekennzeichnet war. Wir kleben nicht, wie einige unterstellt haben, an unseren Stühlen, sondern stellen ganz ausdrücklich fest: wir bekennen uns ausdrücklich zum Charakter der Grünen als weitestgehend offenes breites Bündnis, das entsprechend den in Offenbach, Karlsruhe und Saarbrücken bekräftigten Prinzipien den Kampf gegen die drohende Menschheitskatastrophe und für eine neue

ökologische und soziale Gesellschaftsordnung aufnimmt. In unserer Partei haben sich Menschen, die bestimmte Reformen wollen, mit Menschen vereinigt, die für eine grundlegende revolutionäre Umwälzung eintreten. Werkonserwatve, Liberale, Kommunisten und andere Sozialisten haben gemeinsam einen neuen Anfang gemacht. Anhänger des Parlamentarismus und Anhänger eines Rätesystems suchen gemeinsam nach einer Alternative zu Bürokratismus und Unterdrückung. Dieser hoffnungsvolle Beginn darf nicht zerstört werden durch Selbstzerfleischung. Vormachtansprüche einer bestimmten Doktrin und schlagwortartige Ausgrenzung und Verurteilung Andersdenkender. Von uns allen hängt es ab, was wird, von uns allen hängt es ab, ob die bankrotten etablierten Kräfte noch einmal triumphieren.“ So war unsere gemeinsame Erklärung. Nun muß man sagen, daß im Grunde genommen die Abwahl von August Hausleiter und von mir, als man nicht erreichen konnte, daß der Vorstand geschlossen zurücktritt, betrieben worden ist auf Wunsch Gruhls. Herbert Gruhl wollte sowohl August Hausleiter als mich raushaben. Und da mußte man nach nach Aufhängern suchen, damit man uns beide raushaben konnte.

AK: Hat Gruhl nicht ausdrücklich gesagt, daß er nur ohne eine Schatzmeisterin Grete Thomas bereit sei zu kandidieren?

Grete Thomas: Ja, das hat er direkt gesagt. Nun mußte man ja nach Aufhängern suchen, daß ich abgewählt werden konnte, oder, was ihm lieber gewesen wäre, daß ich freiwillig zurückgetreten wäre. Und da hat Gruhl gesagt, er werde mir völlige Unfähig-

keit nachweisen können. Das wollte er mit Hilfe der Geschäftsstelle, die mir überhaupt keinen Einblick in die Bücher gegeben hat. Wenn ich ganz ehrlich bin - diese Aufgabe als Bundeskassiermeister war für mich auch ein bißchen zu schwierig, aber man hat das auch sehr erschwert in der Geschäftsstelle.

AK: Nun ist es ja kein Zufall, daß ausgerechnet Bernd Vogel den Abwahlantrag vorgetragen und begründet hat. Nach seinem Umarmen von der Alternativen Liste zur Bremer Grünen Liste hat er doch ganz offensichtlich die Gelegenheit genutzt, um alte Rechnungen zu begleichen. Außerdem hast Du darauf hingewiesen, daß es Gruhl darum ging, möglichst viele Vorstandsmänner zu vergebend und dann entsprechend seine Ansprüche für sich und seine Gefolgsleute geltend zu machen. Da wäre es in Dortmund doch die Aufgabe der Linken gewesen, klarzumachen, daß es mit dem Abwahlantrag gegen Dich genau darum ging und nicht um ein persönliches Mißtrauensvotum.

Grete Thomas: Das ist gar nicht versucht worden. Z.B. auf der letzten Landesvorstandssitzung habe es noch wir müssen die „Affäre Grete Thomas“ geräuschlos vom Tisch bringen, damit die Sachen von Bernd Vogel gar nicht laut werden. Man wollte es am liebsten so haben, daß man mir Unfähigkeit nachweisen konnte. Deran haben die Hildesheimer gearbeitet, weil ich in meiner Kassenführung für die letzten drei Monate GLU Niedersachsen, die von den Belegern her stimmte - da war jeder Beleg nachgeprüft - bei der Addition der Ausgaben in der Tausendertabelle eine 4 übersehen habe, dafür waren rein rechnerisch 4000 DM zu viel in der Kasse. Das hat Lippelt in Dortmund ja auch gleich noch mal vorgebracht, der hat ja in Wiesbaden aus Mikrophon, ehe ich überhaupt hingehen konnte. Das wollte Lippelt gern in den Mittelpunkt stellen, um von seiner Sache mit dem Nachforschen wegzukommen. Bernd Vogel wollte mit dem Abwahlantrag erstmal eine Rechtfertigung für sich selbst geben, weil er ja zunächst in Bremen bei der AL war, dann umgeschwenkt ist zur BGL, und ich ihm



Typische Szene auf dem Dortmunder Parteitag: Gruhl bearbeitet von achtem die Versammlungsleitung. Mehrfach wurde zu seinen Gunsten Regie geführt

sehr klar und sehr deutlich gesagt habe, was ich von ihm halte. Daß die Linke sich nicht für mich eingesetzt hat, finde ich selber merkwürdig. Es wollte sich z.B. für mich einsetzen der alte Werner Schür, der von den ganz Rechten in Niedersachsen kommt. Bei der letzten Landesversammlung in Niedersachsen hatte Osterholz hier in der Nähe von Bremen den Antrag gestellt auf Abwahl von Grete Thomas als Bundeskassiermeisterin, was die Landesversammlung ja gar nicht kann. Da hatte Werner Schür für mich gesprochen, und da war dieser Antrag mit großer

Mehrheit abgewahrt worden. Es sind im Grunde die Rechten gewesen, die sich offen für mich eingesetzt haben, während die Linken gar nicht dieses Problem haben sehen wollen. AK: Wie bewertet Du dann - abgesehen von Deiner Abwahl - insgesamt den Verlauf und die Ergebnisse des Dortmunder Parteitags? Grete Thomas: Ich finde, es ist so gut gelaufen, wie es eigentlich nicht besser laufen konnte. Die Bremer wollten ja von Anfang an die Spaltung haben. Die Niedersachsen wollten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 32

mehrheitlich nicht die Spaltung und wollten Gruhl weiterhin einbinden. Die Niedersachsen sind es gewesen, die Gruhl goldene Brücken noch und noch gebaut haben. Die Niedersachsen haben in vielen Vorgesprächen mit Gruhl dafür gesorgt, daß man das Saarbrücker Programm zwar nicht abschafft, aber daß man es zurückstellt bis nach [] Bundestagswahl. So sieht auch dieser niederrheinische Beschluß aus (der vom Dortmunder Parteitag übernommen worden ist, Anm. AK), daß jeder sich auf das Saarbrücker Programm berufen kann, aber man immer noch den Rückzug machen und sagen kann, das an dem Programm gefällt mir nicht, und das gefällt mir nicht.

AK: Dieser niederrheinische Beschluß ist ja in Dortmund nun von fast allen Linken mitgetragen worden.

Grete Thomas: Er ist von allen mitgetragen worden, also man ist Gruhl entgegengekommen noch und noch. Dann ist die Sache mit der Erklärung zu Ökologie und Ökonomie, die eigentlich die undogmatischen Linken - die Berliner sind das [] vor allen Dingen - voranstellen wollten in der Diskussion. Und dann hat Gruhl in der Versammlung erreicht, daß diese Erklärung hintenangelteilt und gar nicht mehr behandelt wurde, weil er die nicht tragen kann.

AK: Die Politik der goldenen Brücken für Gruhl hat zwar eine Reihe von Zugeständnissen der Linken gebracht. Gruhl hat, wenn man das nicht halten können; einzig und allein weil er nicht gewählt worden ist. Grete Thomas: Daß er nicht gewählt wurde, muß er sich einzig und allein selber zuschreiben. Denn wir sind ihm vom Programm her so entgegengekommen, daß er mit allerbestem Gewissen sagen konnte: diese Wahlplattform ist so verwirrt und so nichtstunend, daß sie eigentlich von jedem boykott werden kann. Wir sind Gruhl so weit entgegengekommen, daß er mit bestem Gewissen sagen konnte: so, ich stehe wieder für einen Vorstandsposten zur Verfügung. Und dann ist er nicht gewählt worden. Auf ganz demokratische Weise. AK: Wie sieht Du die Perspektive der Grünen Partei nach der Bundestagswahl? Wir gehen ja, groß gesagt, davon aus, daß das Datum 5. Oktober

tagewahl? Wir gehen ja, groß gesagt, davon aus, daß das Datum 5. Oktober das einzige ist, was den Laden noch zusammenhält und immer wieder kurz vor dem Knall zu Kompromissen führt.

Grete Thomas: Das glaube ich nicht. Wenn ich mal ehrlich sein soll, weggehen werden Springmann, Olaf Dine, und Herbert Gruhl tritt auch aus. Das ist gar keine Frage. Und wenn man es so nimmt, dann sind, von mir aus gesehen, das klingt jetzt sehr hart - die Störenfriede weg, die immer [] den Laden aufgehalten haben. Man kann es natürlich auch feiner formulieren und sagen die grüne Prominenz, die immer wieder von den Medien hochgehoben wurde, ist weg. Wir haben jetzt einen Vorstand, der wirklich die Basis vertritt. Es hat auch in Dortmund durchgesetzt eine wirkliche Basispartei ohne Prominenz. Ich würde vielleicht sogar sagen, mit diesem Vorstand mit Dieter Burgmann, der ja auch direkt aus der Basis kommt - ein in der Öffentlichkeit völlig unbekannter Mann - der aber Betriebsrat und Arbeitnehmer ansprechen kann, könnte es uns sogar gelingen, die Bundestagswahl noch zu gewinnen. Könnte - wenn wir da ganz viel Schwung reinstecken, wenn wir diese ewigen Querelen mit Baldur Springmann los sind. Es werden nicht sehr viele rausgehen. Die Masse der Konservativen wird bleiben, es geben nur diese ewigen Nörgler, die immer die K-Leute rausheben wollten. Gewinnen wir die Bundestagswahl nicht - so ist das auch nicht schlimm. Meiner Meinung nach sind wir für den Bundestag noch gar nicht bereit, daß wir da irgendwas erreichen könnten. Meiner Meinung nach geht der Trend doch zur Basis zurück. Man hat zu Recht gesagt: in Gorbien waren die Grünen nicht vertreten. Daß wir uns doch wieder mehr auf unsere Basis besinnen. Und wenn wir nicht im Bundestag sind nach dem 5. Oktober, daß wir dann vielleicht noch mal etwas mehr Ballast von uns weggeschoben, nämlich all die Leute - das muß man ja auch mal überlegen - die aus anderen Parteien gekommen sind, weil sie da nichts wurden und bei uns Karriere machen wollen. Wenn wir die nach dem 5.10. wieder los sind, ist das wieder eine Rückbesinnung auf unser eigentliches Anliegen. Was ich jetzt sage, klingt vielleicht für manche nicht gut; die Sozialistische Konferenz hat ja gesagt, daß man erst an die Gründung einer sozialistischen Partei nach der Bundestagswahl denken könnte, und es ist durchaus möglich, daß die Grünen dazu ein Anfang sind. Das ist nicht sicher, aber es ist möglich.

Die Bunte-Liste Parlamentsfraktion flippt aus

Eine traurige Entwicklung und einen anschaulichen Beleg für die „Professionalisierung alternativer Politik“ liefert die Mehrheit der Parlamentsfraktion der Bunte Liste, die auf die Gruppe Z verbündet ist und sich von der gesamten Bunte Liste abgespalten hat.

1978 erreichte die BuLi mit 5 % zwei Sitze im Eimsbütteler Bezirksparlament. Auf öffentlichen Versammlungen wurden Mitglieder und Stellvertreter für die diversen Parliamentsausschüsse gewählt. Heute umfaßt die Fraktion fast 25 (genau wird niemandem die Zahl bekanntgegeben) Personen, einen hauptamtlichen Sekretär und demnach, so wurde angekündigt, noch einen zweiten, genannt wird dies der „Arbeitsstab“.

Parallel zur Herausbildung der Parlamentsfraktion setzte eine Entwicklung ein, die die Eimsbütteler Fraktion zunehmend von der einstmaligen Basis der Bunte Liste abkoppelte. Zeitlich mit dieser Entwicklung etwa gleichzeitig mit dem Entschluß der Z-Gruppe und der Mehrheit der Parlamentsfraktion, das Gewicht der Bunte Liste zunehmend bei der grünen Parteibildung einzusetzen, auch auf Kosten der Selbständigkeit der Bunte Liste.

Im Dezember 1979 traten auch die Abgeordneten der BuLi in die grüne Partei ein und lassen sich demonstrativ für den Karlsruher Gründungsparlament der Grünen delegieren.

Im Februar/März 1980 kommt es zu einem heftigen Streit in der Bunte Liste um die Verwendung der beträchtlichen Gelder, die über die Parlamentsarbeit der BuLi zugute kommen. Die Mehrheit der Fraktion erklärt laut und vernehmlich über die Verwendung der Gelder bestimmen wir, sonst niemand. Kachelert hinter aufgeregtem Geschrei gegen den KB, er denunziere und diffamiere die Fraktion, vollzieht diese auf einer BuLi-VV am 2. März zusammen mit der Z-Gruppe und wenigen anderen Kräfte die Spaltung der Bunte Liste.

Danach ist der Kurs auf Spaltung stramm eingehalten worden.

- Ein eigener Sprecherstab wird gebildet, der schamlos als Vertreter der ganzen BuLi auftritt.

- Zum 1. Mai Volksfest werden die Initiativen der BuLi mit dem Mietvertrag für die Messehallen ausgetrickst und das Fest als bunt-grüner Wahlkampfauftakt für die Grünen genutzt.

Die „Professionalisierung“ marschiert

Im April 1980 veröffentlicht die Mehrheit der Fraktion einen Artikel. In dem sie ihren Kurs der „Professionalisierung alternativer Politik“ unwiderruflich erklärt. „Ausgemachte Ansprüche“ wie Rechenschaftspflicht, demokratische Kontrolle und imperatives Mandat werden edicts gelegt. Die Herstellung einer Verbindung [] Parlamentsfraktion und Basisinitiativen wird als „utopisch“ abgelehnt. Stattdessen soll jetzt „mit der Einrichtung einer selbstständigen, tariflich entlohnenden Arbeitsstelle für die Innere Arbeit der Fraktion begonnen werden.“ Einwände dagegen werden schon im Vorwege als „linkspunktanische Vorstellungen“ abgetan. Selbstverständlich wurden diese Vorstellungen ausgedrückt (außer im Mehrheitskreis) diskutiert, nicht einmal die 5-köpfige Fraktionsminderheit wußte von dem Artikel, der auch in ihrem Namen mitveröffentlicht wurde und von dem sie sich mittlerweile distanziert hat.

Als nächste Schritte der Professionalisierung wird jetzt die personelle Säuberung der Fraktion vorgeschlagen. Das erste Opfer gehört von Beginn an der Fraktion an und wird jetzt wegen „Faulheit“ und abweichender politischer Meinung geschickt. (siehe nebenstehenden Artikel) Neuaufnahmen in die Fraktion werden ebenfalls auf ihre Haltung gegenüber der Parlamentsfraktions-Mehrheit und nicht mehr gegenüber den Zielen der Bunte Liste überprüft. Strömende Partei-

gänger werden bevorzugt.

Jede Kontrolle der Basis über die Fraktion und die Verwendung ihrer Gelder ist ausgeschlossen worden. Nichtgenehme Mehrheiten werden ignoriert und durch Entscheidungen der Fraktionsmehrheit ersetzt. Die Eimsbütteler „Wahlerversammlung“, die in der letzten Zeit ab nicht viel mehr als gutbetuchte Fraktionsmittlungen waren, sollen jetzt abgeschafft werden, man will sich „neue Formen“ überlegen. Die Begründung dafür wurde auch schon geliefert: wenn was wichtiges auf der Tagesordnung stünde, würde ja doch nur der KB „majorisieren“. Stattdessen sollen zukünftig die Mitglieder der Fraktion als professionelle „Taschenrechner“ zur Basis fungieren.

Interessant anzumerken bleibt noch, daß die Spaltung der Bunte Liste auf einem Treffen vollzogen wurde, auf dem es hauptsächlich um die Diskussion um Entscheidungsfindung über demokratische Strukturen in der BuLi gehen sollte. Die Parlamentsfraktion hat sich rechtzeitig vorher aus dem Staube gemacht.

Im Initiativkreis der Bunte Liste hat das Fraktionsvorgehen heftige Reaktionen hervorgerufen. So haben noch am 12.6. eine Reihe von Mitgliedern des Vorbereitungskreises an der „Wahlerversammlung“ teilgenommen, um die Fraktion zu veranlassen, ihre Drohungen und Maßnahmen gegen die Fraktionsminderheit zurückzunehmen. Vergebens. Jetzt hat eine Diskussion eingesetzt, die Parlamentsfraktion zum Rücktritt aufzufordern und diese Entwicklung stärker öffentlich zu machen. Die Initiativen der Bunte Liste sind nicht mehr bereit, hinzunehmen, daß die Parlamentsfraktion weiter im Namen der Bunte Liste-Initiativen agiert. Die einstigen Grundlagen der BuLi sind von der Mehrheit der „Parlamentarier“ verlassen worden.

Gleichzeitig hat eine Diskussion über alternative Parlamentsarbeit begonnen, um in Vorbereitung der Bür-

gerschaftswahl 1982 rechtzeitig die Lehren aus der Versäulung der Parlamentsfraktion von der Bunte Liste zu ziehen.

Tumulte im Parlament

Rund 20 AKW-Gegner/innen nahmen eine gerade laufende Bezirksparlamentenversammlung in Tiergarten, wo die AL mit zwei Abgeordneten vertreten ist, zum Anlaß, auch dort gegen die Räumung des Anti-Atomdörfes in Gorbien zu protestieren. Die „Große Koalition“ aus CDU und SPD sah sich plötzlich mit dem Einmarsch eines langen „Plutonium-Wurms“ konfrontiert und es kam zum Eklat: SPD-Fraktionsvorsitzender Naujokat, der Bezirksbürgermeister Koffke (ebenfalls SPD) und natürlich auch Mitglieder der CDU-Fraktion pöbelten herum und bezeichneten die AKW-Gegner/innen u.a. als „Ortfaschisten“. Eine ältere Frau mit drei Kindern wurde mit „alte Henne“ beschimpft und überdies prügeln diese ehrenwerten „Volksvertreter“ auf die AKW-Gegner/innen ein. Auf Initiative des Bezirksbürgermeisters rückten noch zwei Mannschaftswagen der Polizei an, und die AKW-Gegner/innen zogen es angesichts des Kräfteverhältnisses lieber vor, sich von diesem Parlament mit dem Lied „Wehrt Euch...“ zu verabschieden. Die beiden großen Parteien haben bereits erklärt, daß sie nunmehr die Öffentlichkeit des Bezirksparlaments für die Zukunft ausschließen wollen.

Einige AKW-Gegner/innen wollen Strafanzeigen gegen verschiedene Abgeordnete von CDU und SPD stellen.

Eimsbütteler Parlamentsfraktion wählt Schulausschußmitglied Ursel ab

Der Vorbereitungskreis des Initiativtreffens der Bunte Liste hat zu den jüngsten Auseinandersetzungen in der BuLi eine kleine Dokumentation erstellt, aus der wir den Teil über die Absetzung des Schulausschußmitgliedes Ursel abdrucken. Diese Dokumentation kann bezogen werden.

Bunte Liste Initiativen
Bartelstr. 26
2000 Hamburg 6

Vor zwei Jahren wurde Ursel auf einer öffentlichen Versammlung der BUNTE LISTE in Eimsbüttel in den Schulausschuß gewählt.

Am 10.6.80 wählte die Parlamentsfraktion der BUNTE LISTE Ursel auf einer nichtöffentlichen Sitzung ab. Bei 13 von 25 anwesenden Mitgliedern wurde dieser Beschluß mit 11 Für-, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung gefaßt.

Ursel ist das Opfer einer politischen Säuberung durch die Mehrheit der Parlamentsfraktion einerseits und ihrer „Professionalisierung“ andererseits geworden. Der Fall Ursel zeigt außerdem sehr deutlich, daß die Fraktionsmehrheit sich mittlerweile jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen hat.

Wir wollen dies hier kurz dokumentieren.

Der Ausschluß wird eingeleitet

Mit Datum vom 3.6.80 versicherte der Eimsbütteler Sekretär Herbert eine Einladung an alle Ausschußmitglieder in dieser heißt es u.a.:

„Als Tagesordnung schlage ich vor:
1. Ausschußbesetzung. Hier teilte mir kürzlich Wulf (Schulausschuß) mit, daß er seinen Stellvertreter Posten im Schulausschuß zur Disposition stellen wird, da er eine sinnvolle und vertrauensvolle Arbeit zusammen mit Ursel in diesem Ausschuß nicht mehr als gegeben anreicht. Hier sollten wir unbedingt über Möglichkeiten einer Weiterarbeit von Wulf diskutieren.“

Bereits in dieser Formulierung wird deutlich, wie die Gewichte verteilt sind. Herbert und Wulf, die beide der Mehrheit der Fraktion angehören, sorgen sich nicht etwa um eine Zusammenarbeit - sondern nur noch um Wulfs Weiterarbeit. Ursel's Mitarbeiter steht gar nicht mehr zur Debatte. Prompt meldet sich Aram

mit einem Brief auf diese Mitteilung an die Mitglieder der Fraktion:

„Mit Erstaunen und Erschrecken habe ich Herberts Mitteilung unter TOP I der Tagesordnung zur Kenntnis genommen. Ich meine, daß wir - das haben die Diskussionen der letzten Sitzungen ergeben - darauf drängen sollten, daß Wulf seine m.E. schon althergebrachte demokratische Haltung aufgibt und mit uns dafür Sorge trägt, daß Ursel - die ja bislang keine Gelegenheit, die Fraktion zu schädigen ausgelassen hat, - statt seiner die Tätigkeit im Schulausschuß ausübt. Allein Ursel's Androhung, eventuell im Ausschuß gegen Wulf zu stimmen, rechtfertigt allemal, daß wir von Ursel fordern, zurückzutreten.“

Ich kann nur hoffen, daß es uns gelingt, Wulf zu überzeugen, daß in der Sache nichts gewonnen ist, wenn er seinen Sitz zur Disposition stellt. Im Gegenteil, Ursel's Destruktivität könnte einen vollen Erfolg verbuchen.

Selbstkritisch möchte ich noch anmerken, daß wir in der Vergangenheit wohl zu leichtfertig insbesondere mit Wulfs Schwierigkeiten in Bezug auf Ursel umgegangen sind, so daß wir das momentane Ergebnis zumindest teilweise mitverschulden.“

So wird dann auch auf der Ausschußsitzung am 10.6. Verfahren um Wulfs Weiterarbeit zu sichern. Wird Ursel's Ausschluß beschlossen. Im nicht-öffentlichen Ausschuß wird gleichzeitig darüber beraten, wie diese Maßnahme am besten durchgezogen wird. Man einigt sich mit der Mehrheit darauf, diesen Ausschluß klammerheimlich durchzuführen.

Nur zwei Tage später, am 12.6.80 gibt die Abgeordnete Ilona gegenüber dem Eimsbütteler Bezirksparlament lapidar eine Umbesetzung des Schulausschusses bekannt: an Stelle von Ursel besetzt nun ihr bisheriger Stellvertreter Wulf diesen Ausschuß.

Was die Fraktionsmehrheit da praktiziert hat, entspricht nach unseren Kenntnissen, den üblichen Gepflogenheiten des bürgerlichen Parlamentarismus: die Abgeordneten bestimmen die Ausschußmitglieder, im Parlament fragt natürlich niemand, wie solche Entscheidungen zustande kommen.

„Wahlerversammlung“ am 12.6.80

Auf dieser Eimsbütteler Versammlung macht Ursel die Geheimdiplomatie der Fraktion öffentlich. Es kommt zu einer Debatte, innerhalb derer die Parlamentsfraktions-Mehrheit die Abwahl Ursels begründet.

Eine Zusammenarbeit mit Ursel sei nicht mehr möglich, da sie sich nicht von einem Artikel im „Arbeitskampf“ zu den Eimsbütteler Finanzen distanzieren habe, Ursel habe beim Streit um das 1. Mai-Fest eine andere Position bezogen als die Fraktionsmehrheit und sich nicht aktiv beteiligt; sie überweise ihre Sitzungsgelder nicht mehr auf das Eimsbütteler Konto (über das allein die Mehrheit der Fraktion bestimmt), sie betriebe Diffamierung der Fraktion und schließlich sei sie faul, sie tue nichts weiter, als an den Ausschußsitzungen teilzunehmen und dort Anträge und Anfragen zu stellen.

Außerdem erklärte die Fraktionsmehrheit ausdrücklich, daß sie die zukünftig keine Instanz mit „zufällig zusammengewetzten Mehrheiten“ (wie die „Wahlerversammlung“) zurechenbare bindenden Entscheidungen treffen kann.

Beim derzeitigen Stand der Dinge heißt das: allein der exklusive Kreis der Mitglieder der Parlamentsfraktion entscheidet noch, wie und was Bunte-Liste-Politik ist, wie die Gelder verwendet werden usw. Entsprechend dieser Selbstherrlichkeit lehnte es die Fraktionsmehrheit auch ab, einen Antrag abzuwilligen, der die Rücknahme des Beschlusses zu Ursel's Absetzung forderte (sie befürchtete, daß die Mehrheit der Versammlung dies unterstützen). Das Mindestmaß an demokratischem Vorgehen, über die Absetzung von Ursel mit jenen zu beraten, die sie einstmals gewählt haben, wurde abgelehnt. Warcheinlich wird es demnächst auch keine „Wahlerversammlungen“ mehr geben.

„Politische Säuberung“ - eine Übertreibung?

Die Entscheidung gegen Ursel (siehe auch Arams Brief) ist eine deutliche Erklärung der Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit anderen Positi-

onen. Die Parlamentsfraktion ist heute kaum noch pluralistisch zusammengesetzt, sondern besteht aus strammen Parteigängern der Fraktionsmehrheit und wird auch nur noch um solche ergänzt oder erweitert.

Ursel's Fall hat einen Vorläufer. Auf der Wahlerversammlung am 3.4.80 schlug Doris für den Haushaltsausschuß einen Vertreter von Harry vom Förderverein - froh, nach 8 Monaten Suche, endlich jemanden gefunden zu haben. Was passierte, schreibt Doris in einer schriftlichen Stellungnahme so:

„Die war die Überraschung groß - nicht, daß man sich freute, endlich jemand für diese Arbeit gefunden zu haben - nein, es wurde gesagt, daß man nicht bereit wäre, mit ihm zusammenzuarbeiten, weil er in einer früheren Versammlung Kritik an der Finanzregelung der Bezirksfraktion geäußert habe... Es ist doch wirklich absurd, ein Ausschußmitglied deshalb abzulehnen, weil an einer bestimmten politischen Frage, die mit der Ausschußarbeit überhaupt nichts zu tun hat, unterschiedliche Meinungen bestehen. Erstens gibt es noch mehr Ausschußmitglieder, auch ich, die an dieser Frage eine andere Meinung haben und außerdem paßt so ein Vorgehen wirklich besser in die SPD, als in einem Bündnis, das den Anspruch hat, bündnistreu und pluralistisch zu sein.“

Die anwesende Mehrheit der Parlamentsfraktion (die auch die Mehrheit dieser „Wahlerversammlung“ stellt) lehnte Harry's Wahl ab - per Abstimmung. Einen Monat später, auf der Wahlerversammlung im Mai, präsentierte sie ihren eigenen Kandidaten, den sie inzwischen alternativ ausgesucht hatte: einen strammen Parteigänger der Fraktionsmehrheit. Er wurde mit den Stimmen der Fraktionsmehrheit auf dieser „Wahlerversammlung“ - ohne Rücksprache mit Doris - zu ihrem Stellvertreter gewählt.

In diesem Fall war der Fraktion eine „demokratische“ Abstimmung nur recht.

Wir halten fest: Es gibt heute keine Instanz mehr, außer der Mehrheit der - zunehmend gekaperten - Parlamentsfraktion, der gegenüber die Parlamentarierinnen und Ausschußmitglieder sich heute rechenschaftspflichtig zeigen. Sie haben sich von der BUNTE LISTE vollständig abgekoppelt.

Grüner Bezirksvertreter aus Köln wirft das Handtuch

Am 4.6.80 hat der Grüne Dieter Springer aus Köln sein Mandat als Bezirksvertreter der Kölner Alternative einem Kommunalwahlbündnis zwischen Grünen und Buntten - beim Kölner Oberbürgermeister zurückgegeben.

Für Dieter Springer rückt nun das Bunte Liste-Mitglied Peter Baum als Vertreter für Springer in die Bezirksvertretung III der Stadt Köln nach.

Dadurch stellt die Bunte Liste Köln zwei der insgesamt drei gewählten Bezirksvertreter der Kölner Alternative.

Während im Stadtbezirk I die Zusammenarbeit zwischen der dort vertretenen Grünen Melisse Krotz und dem Buntten R. Schmidt von Beginn an erfolgreich verlief, bestand an der Arbeit des Grünen Springer im Stadtbezirk III schon frühzeitig Kritik. Springer handhabte sein Mandat so laisch, daß seitens des SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln), der Kölner Juristen-Zeitung und Mitgliedern der Buntten Liste in der Stadtbezirksgruppe bereits im Januar 80 eine handfeste öffentliche Kritik geäußert wurde.

Nach einer mehrwöchigen Enthüllungskampagne, der sich auch die bürgerliche Presse nicht verschloßen

konnte, wurde vom SSK und anderen die Abkündung des skandalumwitterten Heimleiters des Viktor-Scheffel-Haus Horst Tachpke - betrieben.

D. Springer sollte als Bezirksvertreter diesen Antrag in der Bezirksvertretung für die Initiativen stellen. Wie sich herausstellte, hatte Springer nicht einmal versucht, den von Initiativen-Vertretern und Buntten formulierten Antrag auf die Tagesordnung der Bezirksvertreterversammlung zu bringen. Die Sitzung, zu der erheblich mobilisiert worden war, fand zum Gaudi der bürgerlichen Parteien gar ohne den grünen Bezirksvertreter statt. Die Bürgerinitiativen fragten daraufhin öffentlich an, „welches basisdemokratische Verständnis hat D. Springer, als grüner Bezirksvertreter der Kölner Alternative, wenn er die Interessen derjenigen, die mit ihm zusammenarbeiten um einer Politik der Betroffenen auch in der Bezirksvertretung Gewicht zu verschaffen, mit Füßen tritt?“ („Kölner Volksblatt“, Febr. 80). So gescholten, wurde er auf einem der folgenden Plena der Grünen sowohl von den Grünen als auch von den präsenten Buntten um eine Erklärung zu den vorgetragenen Kritiken gebeten. In der anschließenden Debatte über das

basisdemokratische Verständnis D. Springers stellte dieser konkrete Vorfälle lediglich die Spitze des Eisberges dar.

So schwer er sich beispielsweise bei der Umsetzung der an ihn herangetragenen Anträge in der Bezirksvertretung tat, so leicht ging ihm andererseits die Verwendung der Aufwandsentschädigungen für die Bezirksvertreter Arbeit von der Hand, als „mittelloser Student“ vereinnahmt er sie für seinen persönlichen Lebensunterhalt.

Springer, der zusammen mit Werner Knecht erheblich an der Redaktionsarbeit der grünen Postille „andere leben“ beteiligt ist, versprach nach der Debatte „Besserung“ und in Zukunft ein stärkeres Engagement im Rahmen der Kölner Alternative.

Dabei ging ihm offensichtlich nach kurzem Anlauf wieder die Puste aus. Die Kritiken von Grünen, Buntten und Initiativen nahmen wieder zu. Fünf Monate nach der ersten Schelte stand Springer vor seiner zweiten öffentlichen Schelte. Durch seinen Rücktritt ist er dieser Kritik zugekommen und hat den Grünen sowie dem grün/buntten Wahlbündnis weitere Feinheiten

von

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg Erfolge für Alternative und Grüne

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vor vierzehn Tagen liegt wegen des komplizierten Wahlsystems immer noch nicht endgültig vor. Folgende grobe Trends können angegeben werden:

- die CDU hatte leichte Gewinne und liegt nun zwischen 37 und 38 % der Stimmen

- die SPD konnte unwesentlich zulegen, erhält etwa 30 %

- die FDP wird bei knapp über 3 % liegen

- die Grünen liegen landesweit fast 1 % unter ihrem Landtagswahlergebnis von 5,3 %; dieser Rückgang ist auch für die Ergebnisse im Einzelnen zu verzeichnen - die zumeist konservativen, mittelständischen „Freie Wahlvereinigungen“ mußten erhebliche Verluste hinnehmen (1975: 20 % der Stimmen und 40 % der Mandate).

Herausragend erschienen uns die Erfolge einer Reihe grüner Listen und vor allem von alternativen Listen in Klein- und Mittelstädten. Rechnet man die DKP (5 Sitze) und sonstige Listen hinzu, die Protestwähler auf sich vereinen konnten, werden diese Listen mit etwa 50 Sitzen in die Kommunalparlamente

einziehen.

In Tübingen errangen die Grün/Alternativen und die DKP zusammen 18,1 % und 10 von 58 Sitzen. Zusätzlich schnitten 81 - Vertreter auf den Listen der „freien“ Wähler (die meisten Stimmen) sowie der SPD (die zweitmeisten Stimmen) hervorragend ab. Auf der CDU - Liste bekam ein CDU - Kandidat, der Opponent gegen umstrittene Bauprojekte ist, die meisten Stimmen. Dies sind Belege, daß hier entsprechend den Möglichkeiten des Kommunalwahlrechts zweierlei Protestwahl stattgefunden hat: indem fortschrittliche Listen gewählt wurden und auf den bürgerlichen Listen die Protestkandidaten.

In Freiburg, wo Grüne und Bunte 11,1 % der Stimmen erhielten, blühte die SPD mit 27,5 % 3 Sitze ein, was u.a. auf die Unterstützung des Politsekretärs kurz vor den Kommunalwahlen durch die SPD - Führung zurückgeführt wird. Innerhalb der SPD haben jetzt massive Differenzen eingesetzt, u.a. wird gegen den SPD-Oberbürgermeister ein Parteausschlußverfahren verlangt.

Über die Frauenliste Ellwangen (20.000 Einwohner) ist uns nur bekannt, daß sie aus Frauen verschiedener Parteien zusammengesetzt ist, die damit gegen die Benachteiligung von Frauen auf den Parteilisten protestierten (nur zwei der 24 Gemeinderatsmitglieder waren Frauen). Angeblich sollen die Frauen ausdrücklich betont haben, daß sie sich nicht als „Emanzen“ verstehen (Neue, 20.6.80). Sie erhielten auf Anhieb 10 % und 2 Sitze.

drücklich betont haben, daß sie sich nicht als „Emanzen“ verstehen (Neue, 20.6.80). Sie erhielten auf Anhieb 10 % und 2 Sitze.

Hervorragend sind auch die Ergebnisse bunter und alternativer Listen, die wir auch als Bestätigung dafür sehen, daß eben nicht nur „reine“ ökologische Grün Wahlerfolge sichert, sondern daß Alternativen

tiven zu bürgerlichen Parteien heute sehr konfliktuell und durchaus bunt zusammengesetzt arbeiten.

Sowohl die Liste in Bietigheim-Bergheim (3,2 %) als auch im schwäbischen Murrhard (7.500 Einwohner, 13 %, 3 Sitze) sind aus den örtlichen Jugendzentrumsbewegungen entstanden.

Die erfolgreichen Listen in Bad Schussenried (12,3 %), Bad Buchau (9 %) und Zell (3,6 %) hatten alle ein überwiegend buntes Programm.

Die Grünen

Ausgewählte Ergebnisse

	%	Sitze
Filderstadt	7,4	3
Freiburg	8,4	4
Heidelberg	6,9	2
Heilbronn 3	3,9	1
Karlsruhe	4,4	2 (1)
Lörrach	6,6	1
Ludwigsburg	7	1
Offenburg	2,7	1
Pforzheim	2,7	1
Reutlingen	3,3	1
Stuttgart	3,5	3

(1) Grüne Liste mit stark buntem Charakter

Alternative Listen Grüne-Alternative

	%	Sitze
Bietigheim-Bergheim	3,2	1 (1)
Eßlingen	4,8	2 (2)
Freiburg	2,4	1 (3)
Murrhard	13	3 (4)
Bad Schussenried	12,3	3 (5)
Stuttgart	2,3	1 (6)
Tübingen	11,5	7 (7)
Zell	3,6	1 (8)
Bad Buchau	9,0	1 (9)

- 1) Alternative Liste
- 2) Alternative/Grüne Liste
- 3) Bunte Liste
- 4) Murrharder Demokraten/Alternative Liste
- 5) Unabhängige Liste
- 6) Partei Freies Bündnis (Eugen Eberle)
- 7) Alternative/Grüne Liste
- 8) Unabhängige Liste
- 9) Alternative Liste

DKP

	%	Sitze
Freiburg	0,9	—
Heidenheim	7	1
Mannheim	7	1
Stuttgart	0,8	—
Tübingen	6,6	3

Sonstige Listen

	%	Sitze
Börsberg	ca. 10	1 (1)
Ellwangen	10	2 (2)

- 1) Bundeschuh-Liste gegen die Teststrecke Daimler-Benz
- 2) Frauenliste

Die CDU und die Grünen

Das Unwohlsein, das einen packte, wenn dieser oder jener Unionspolitiker „den Grünen“ oder zumindest Teilen von ihnen Seitenhieb beschien oder gar sügniswinkend mit Zusammenarbeit winkte, und wir uns wohl fühlten.

Kurz vorm Dortmunder Parteitag ließ der Generalsekretär der CDU, Heiner Gelsdorf, im CDU/CSU-Premiendienst („DU“), 16.6.) schon wissen „Die Grünen sind unser Feind“. Zwar wurde noch taktische Nähe zur Umweltschutzbewegung gesucht - „Die CDU weiß, daß heute viele Menschen, vor allem junge Leute, den Umweltschutzgedanken als Selbstverständlichkeit ansehen.“

Regimes (Türkei, Pakistan usw.), bei den Drohungen gegen den Iran bei der Rückkehr zum Kalten Krieg gegen die Sowjetunion usw. und verkennt. Die DKP weiß alles dies, und selbst wenn sie es plötzlich vergessen haben sollte, kann sie es ja jederzeit im „Neuen Deutschland“ und in den Stellungnahmen der SED nachlesen.

So ist klar, daß die „nationalen“ Bekenntnisse der DKP ein rein taktischer Versuch sind, nach einer Kette von politischen Niederlagen der DKP die Resonanz neuer, diesmal eben „nationaler“, Töne beim Wähler anzuklingen. Ob eher ausgerechnet die DKP, die auch 100% jeder Aktion der Sowjetunion unterordnet, als „nationale Alternative“ beim Wähler glaubwürdig sein wird, ist zu bezweifeln.

schaft einer alternativen, ihrem Lebensgefühl besser entsprechenden Daseinsgestaltung begreifen“ - „sofort aber auch gemahnt, „diejenigen Bürger, die nicht bereit sind, sich in und mit der Partei der Grünen für die indirekte Durchsetzung marxistisch-kommunistischer Politik mitzubekümmern“, möchten sich doch abschließen der CDU anschließen.“

Nach dem Dortmunder Parteitag war es mit diesen vergleichsweise maßvollen Tönen vorbei. Eine niedrigere Charge als der Generalsekretär, der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Janninger, stellte nun klar: „Die Grünen - eher eine rote Splitterpartei“ („DU“, 23.6.), und bedauerte „Die eigentliche Ökologie-Fraktion um Baudur Springmann und Herbert Gruhl hat auch diesmal eine schwere Niederlage einstecken müssen.“ Und er langte dann voll zu: „Ausgelagert beschäftigte sich der Parteitag mit dem Popanz eines angeblichen „Neofaschismus“, sprach sich aber zugleich entschieden gegen die „gedankenlose Annahme von Kommunismus-Propaganda der Etablierten aus.“ Womit auch die Schlußfolgerung hinsichtlich ausgewiesen ist: „Die Gewinn von Dortmund sind nicht die „Grünen“, sondern die Roten.“

Die Grünen sollten sich an dem Gezeier nicht weiter stoßen, sondern sehr wohl sein, daß es mit dem fälschenden Schulterschluss der CDU nun vorbei ist.

AL-Grüne: Wat nu?

Fast alle grünen Delegierten in Dortmund aus der Westberliner AL haben gegen die Wahlplattform gestimmt, 3 Delegierte sind außerdem gegen eine Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen.

Vor Dortmund hatte der Delegiertenrat der AL harte Worte zur Entwicklung bei den Grünen gefunden: Das „Erpressungsmanöver“ der „Anerkennung“ wurde verurteilt, der „allumfassende“ Anspruch der Ökologie sei „unhaltbar“, „wachsende Kriegsgefahr entfremdet Arbeit“ sei ökologisch nicht erklärbar. Falls in Dortmund „Forderungen der Arbeiter und Angestellten als ein Haben orientiert“ gebrandmarkt werden“ halte die AL „eine weitere Mitarbeit in den Grünen nicht für sinnvoll“; ein Bundestagswahlkampf „ohne Aussagen über die Arbeitswelt, die Arbeitsbedingungen des 8-Stundentages, die herrschenden Technologieeinsatzmethoden“ sei „es nicht wert, politisch unterstützt zu werden“.

Peter Sellin hatte im AL-Rundbrief zusätzlich erklärt, daß eine Wahlplattform, die nicht auf der Basis des Saarbrückener Programms stehe, ein Zurückverweisen der „unstrittigen Teile des Bundesprogramms“, die Mitarbeit bei den Grünen in Frage stelle. Nun, man wird sehen, welche Schlußfolgerung die AL-Grünen nach Dortmund ziehen. Die AL-Grünen, vor allem Ernst Hopplischek, Peter Sellin, Klaus Wolachner und Johanna

Mayr etc. propagierten Ende letzten Jahres den Eintritt bei den Grünen mit dem Ziel, die Mittelkräfte bei den Grünen mit auf fortschrittliche Positionen zu einigen, 450 AL-Mitglieder (zwischen 500) traten in die Grüne Partei ein und haben dort zahlenmäßig die große Mehrheit.

Nach Karlsruhe wurde von Ernst Hopplischek noch einmal die restlichen (formellen) 1000 AL-Mitglieder aufgefordert, in die Grünen einzutreten (allerdings ohne Erfolg). Selbst von einem möglichen „Verschmelzungsprozeß“ mit den Grünen in Westberlin war die Rede.

Dem hat sich inzwischen auch die Z-Gruppe angeschlossen, die nach Saarbrücken eine „weitere Mitarbeit“ und ein verstärktes Engagement für „wünschenswert“ erklärte („Z“, 3/4) und auch von einem „Prozeß der Überführung der AL in den grünen Landesverband“ sprach (S. 18).

Das nach wie vor distanzierte Verhältnis der ALer gegenüber der neuen Partei äußert sich vor allem in mangelnder Beteiligung der AL-Grünen im grünen Landesverband. Auf der Gründungsversammlung (am 18.4.) waren ganze 101 stimmberechtigte „Grüne“ anwesend. Peter Sellin beklagte (im AL-Rundbrief Nr. 9), daß dadurch „zwei in der AL-verankerte Grüne nicht in das Geschäftsführende Gremium gewählt“ wurden, und die „Mittelkräfte“, d.h. die Gruppe um

Flechtheim, Schily und Steinke dominieren konnte. Prompt zog sich Sellin den Vorwurf von Trautmann und Bys Reichelt zu, er wolle „manipulieren“ bzw. seine „Hausmacht“ mobilisieren.

Auf der letzten grünen MVV waren es sage und schreibe noch 70 grüne

Mitglieder.

Ein weiterer Punkt war, daß die AL-Grünen gegen eine kommunalpolitische Konkurrenz bei den Grünen eintraten bzw. das mit ihrer Mehrheit verhindern wollten. Mit ihrer Vorstellung, daß die Grünen keine eigenen Bezirksgruppen bilden sollten, konnten sie sich nicht durchsetzen. Keine Konkurrenz bzw. Zusammenarbeit heißt bei Dieter Trautmann aus der sog. „Mittelgruppe“, daß die AL in Zukunft gleich das grüne Zeichen bei der Öffentlichkeitsarbeit mitverwenden sollte. Nun arbeiten in vielen Bezirken grüne Mitglieder in

den AL-Bezirksgruppen mit, in Schöneberg, Zehlendorf und Spandau gibt es eigene grüne Bezirksgruppen. In Steglitz bildeten die rechten „Spannauer“ Grünen unter Federführung von Peter Deutsch (OAZ), „wer Schily wählt, ist pervert“ - Deutsch in Dortmund) eine Bezirksgruppe unter Abgrenzung von der AL. Dieses Manöver wurde vom Sprecher der Grünen verurteilt, wirft allerdings ein insgesamt bezeichnendes Licht auf die Abgrenzung von der AL. Dieses Manöver wurde vom Sprecher der Grünen verurteilt, wirft allerdings ein insgesamt bezeichnendes Licht auf diesen „Verschmelzungsprozeß“.

DKP: »National« in den Wahlkampf

Als „nationale Alternative“ will die DKP im Bundestagswahlkampf diesmal ihr Glück versuchen. Diese Argumentationslinie wurde jedenfalls auf dem Wahlkongreß der DKP im April festgelegt.

In seiner Rede vor dem Wahlkongreß gab der DKP-Vorsitzende Mies den neuen Ton an: Er wurde nicht müde, die „Unterordnung der Interessen unseres Landes unter die Interessen der USA Macht haben“, die „totale Abhängigkeit“ der BRD „von der USA Macht haben“, die „USA-börige Politik“ der Bundesregierung, die „Nachgiebigkeit Bonns gegenüber der Weltmacht“ usw. anzuklagen.

Den „Bonner Politikern“ warf Mies vor, sie betrieben „eine vom Standpunkt unseres Landes aus tiefst antinationale Politik“, indem „sie unsere nationalen Interessen den Interessen des USA-Imperialismus unterordnen“, sie betrieben „wie Mies an anderer Stelle wiederholte, „eine antinationale, an den Interessen des USA-Imperialismus orientierte Politik“.

Konsequenz wurden in der Rede von Mies die eigenen imperialistischen Interessen der BRD unterwühlt. So sprach Mies von einer „Sozialdemokratie im Interesse der Nato und des Pentagon“ von einer „Steigerung der Ausgaben für die Rüstung und für die Unterstützung der Globalstrategie des amerikanischen Imperialismus“. Selbst die Unterstützung der BRD für die Regimes der Türkei und Pakistans griff Mies nur als „Unterordnung“ unter US-Interessen an. Den Olympia-Boikott kritisierte er folgerichtig als „Unter-

ordnung unseres Sports unter amerikanisches Diktat“ und als „mit der nationalen Würde unseres Landes unvereinbar“.

Dieselben scharfen „nationalen“ Töne wurden im Wahlprogramm der DKP angeschlagen, das auf dem Kongreß verabschiedet wurde: „Die USA und die NATO eröffnen eine neue Runde des Wettrennens... Wer sich dieser Abenteuerpolitik unterordnet und so unsere nationalen Interessen preisgibt, der setzt alles aufs Spiel... Der legt unser Schicksal in die Hände Washingtons.“

Nicht die Sowjetunion bedroht uns. Es ist die antinationalistische Politik der herrschenden Kreise der USA, die unsere Sicherheit bedroht... Sie wollen uns für ihre abenteuerliche Politik zahlen und bluten lassen. Aber unser Volk ist nicht dazu da, für Carter die Kassen aus dem Feuer zu holen. Es ist nicht dazu da, sich für die amerikanischen Kapitalinteressen einzusetzen oder gar verhetzen zu lassen.“

Mies trieb in seiner Rede die Komik auf die Spitze, indem er dagegen warnte, „daß die Bundesrepublik zu einer Bananenrepublik oder gar zum 51. Bundesstaat der USA gemacht wird“.

Gegen die „tiefst antinationale Politik“ der Herrschenden der BRD setzte Mies die Forderung: „Die Bundesrepublik muß sich den Spielraum für eine eigenständige, an den nationalen und an den europäischen Interessen orientierte Politik erhalten“. Daß die DKP unter einer solchen Politik in erster Linie „vorteilhafte Beziehungen zur Sowjetunion

und DDR“ und „Wirtschaftsbeziehungen zum krisenfesten Markt des Sozialismus“ versteht, ist wohl selbstverständlich. Für eine solche „nationale Alternative“ will Herbert Mies auch bei den „Herrschenden und Regierenden“ der BRD Verbündete finden: „Auch in Bonn“ wissen man, daß die Carter-Regierung „ein völlig unberechenbarer und äußerst gefährlicher Verbündeter“ sei. „Wir spüren die Unsicherheit und Ratlosigkeit der Herrschenden und Regierenden unseres Landes angesichts der Unabwägbarkeit der Carterischen Politik“. Auch bei den „Herrschenden und Regierenden“ der BRD gebe es „Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrung bundesdeutscher Interessen“. „Selbst Teile der deutschen Großbourgeoisie“ will Mies überzeugen: „Es mag ungewöhnlich sein, daß eine kommunistische Partei auch an diese Kräfte appelliert. Aber ungewöhnliche Situationen erfordern auch ungewöhnliche Schritte, und so sagen wir den Herrschenden und Regierenden unseres Landes: Zeigt Vernunft!... Handelt so, daß wir nicht in einen Konflikt hineingezerrt werden“.

(Alle Zitate aus „UZ“-Beilage, 29.4.80).

Es ist kaum zu vermuten, daß die DKP die BRD wirklich für einen Monarchenstaat der USA statt für die zweitgrößte Imperialistische Macht der Welt hält. Es ist kaum zu vermuten, daß die DKP wirklich die durchaus „eigenständigen“ Interessen des BRD-Imperialismus bei der Unterstützung pro-imperialistischer

HBV-Oldenburg:

Unvereinbarkeitsbeschuß gegen die DKP

„Die Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unvereinbar.“

Diesen Beschuß aus Antrag an den Gewerkschaftstag der HBV im September haben die Delegierten der Verwaltungsgewerkschaft Oldenburg mit 26 gegen 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen gefaßt. Einon ähnlichen Antrag, der den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen die „K-Gruppen“ entspricht, hat es zuletzt 1977 auf dem Gewerkschaftstag der „Deutschen Postgewerkschaft“ gegeben (damals wurde er nicht verabschiedet).

Gestellt wurde der Antrag von der Mitgliederversammlung der Beschäftigten aus Parteiverwaltungen, Gewerkschaften sowie Rechtsanwälte und Notariatsbüros, also überwiegend von Gewerkschafts-Beschäftigten und Angestellten der bürgerlichen Parteien. Begründet wurde der Antrag auf vier Seiten umfassend, beigelegt war eine siebenseitige Materialmappe mit Zitaten aus DKP-Materialien, Lenin, „Linksradikalismus“ und Komintern-Materialien.

Das Verfahren gleicht aufs Haar dem, mit dem seit 1973 die UVB gegen die sogenannten „Chaoten“-Gruppen im DGB durchgezogen wurden.

Die inhaltliche Argumentation ist primitiv antikommunistisch. Das Muster: Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit der DKP, da sie die Gesellschaft verändern wolle, die DDR und die Sowjetunion unterstütze. Zitiert werden hauptsächlich Verfassungsgesichtspunkte. Lieferant des Materials ist mit Sicherheit der Verfassungsschutz selber.

Speziell die Gewerkschaft HBV ist seit zwei Jahren Zielscheibe einer koordinierten Kampagne von CSU, Lönenthal, Springer und dem Verfassungsschutz. An der HBV soll die „kommunistische Unterwanderung“ des DGB nachgewiesen werden. Erst in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Capital“ wird unter der Überschrift „Faut im Nacken“ die HBV und ihre „Unterwanderung“ durch die DKP auf Korn genommen. Als Beleg neben den bisher schon bekannten Argumenten wird neu angeführt, daß 50 der 200 hauptamtlichen HBV-Funktionäre das alternative Wirtschaftsgutachten „Memorandum 79“ unterschrieben hätten, das – so „Capital“ – weitgehend aus der Feder von „DKP-Mann Professor Hufschmidt“ stamme. Wie weit die Gewerkschaft HBV bereits kommunistisch unterwandert sei, werde darüberhinaus an diesem Chefredakteur (mit deutlich, der Überlegungen darüber anstelle, „ob die gleichzeitige

Mitgliedschaft in der CSU und einer DGB-Gewerkschaft noch hingenommen werden könne, da ja die CSU, nicht aber die DKP die Einheitsgewerkschaft ständig in Frage stelle.“

Der Oldenburger Fall ist durchaus ernstzunehmen, wenngleich nicht damit zu rechnen ist, daß der Antrag auf dem Gewerkschaftstag mehrheitsfähig ist. Allerdings geht hier die Saat einer gezielten betrieblichen Kampagne auf, die das Ziel hat, den DGB immer radikaler nach links abzuschichten. Für das gezielte Vorgehen gegen so die umfangreiche Materialzusam-

menstellung, die Mühe, die sich eine kleine Verwaltungsstelle hiermit gibt, obwohl allein schon das Abstimmungsergebnis zeigt, daß drohende „Gefahr“ nicht bevorsteht. Vielmehr geht es den Betreibern dieser Kampagne auch wesentlich darum, überhaupt solche Anträge in die innergewerkschaftliche Debatte zu bringen. Interessanterweise schreibt die Oldenburger Nord-West-Zeitung am 21.6. „Eine ähnliche Initiative hatte es kürzlich in Bremerhaven gegeben, dort ist es aber zu einem formellen Beschuß nicht gekommen.“

Mitgliederversammlung der Beschäftigten aus Parteiverwaltungen, Gewerkschaften sowie Rechtsanwälte und Notariatsbüros am 20. Mai 1980

Antrag an die 3. Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung Oldenburg am 19. Juni 1980

Wir bitten um Bestimmung durch die Delegiertenkonferenz und Weiterleitung des Antrages an den 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag

„Die Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unvereinbar.“

Begründung:

1. Die DKP verfolgt wesentlich ihre programmatischen Aussagen verfassungswidrige Ziele. Danach lehnt sie das nach dem Grundgesetz als unabänderlich vorgeschriebene oberste Strukturprinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.

Welche Art von Staats- und Gesellschaftsordnung diese Partei anstrebt, hat sie auf dem Dörschdorfer Parteitag der DKP unmissverständlich in folgenden Thesen manifestiert:

„Was das Sozialismus wirklich will, der und den Sozialismus anbahnen, den Marx, Engels und Lenin in ihren Grundprinzipien herausgearbeitet haben und der als Grundmodell in Ländern der sozialistischen Staatsgemeinschaft verwirklicht ist. Die DKP kämpft für den Sozialismus und ist dabei bestrebt, das Theorem von Marx, Engels und Lenin geschichtlich auf die Bedingungen der Gegenwart anzuwenden.“

In der DKP haben die Arbeiter, unsere Klassenkämpfer, die Macht. Ihre politische und marxistisch-leninistische Partei ist die DKP. Sie haben sie befreit, ihre von Marx, Engels und Lenin begründete historische Rolle zu verwirklichen.“

Dem ist es ein erwiesenes Anzeichen, das die DKP die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen und die Diktatur des Proletariats einführen will. Die Diktatur des Proletariats ist aber die des Grundbesitzes, unserer Vorführung unvereinbar.

Wenn auch diese Partei bisher nicht nach § 1 Abs. 2 Verfassung verboten worden ist, so ist dies für die hier allein nach § 10 Frage nicht entscheidend. Denn weiter als nach § 10 Abs. 2 Verfassung beruht die Diktatur des Proletariats auf der Diktatur des Grundbesitzes, unserer Vorführung unvereinbar. Wenn auch diese Partei bisher nicht nach § 1 Abs. 2 Verfassung verboten worden ist, so ist dies für die hier allein nach § 10 Frage nicht entscheidend. Denn weiter als nach § 10 Abs. 2 Verfassung beruht die Diktatur des Proletariats auf der Diktatur des Grundbesitzes, unserer Vorführung unvereinbar.

Beschluß und Auszug aus der Begründung des UVB gegen die DKP

Beschluß und Auszug aus der Begründung des UVB gegen die DKP

Die DGB-Spitze liebäugelt mit UVB gegen die DKP

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Mitglieder linker Organisationen kommen wieder in „Mode“. Die alten UVBs gegen „K-Gruppen“ werden erneuert (wie jüngst auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag), neue werden geschaffen und ausgedehnt. Zielsetzung: die DKP, der Gewerkschaftstag der Postgewerkschaft und der Beirat der Gewerkschaft NGG haben Beschlüsse gefaßt, die einem Funktionsverbot für DKP-Mitglieder gleichkommen. Die DKP selber weiß in den ihr nehestehenden „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu berichten, daß dies von weiteren Gewerkschaftsvorständen diskutiert wird. So hat im Januar in Hinterzarten ein Treffen von DGB-Führern am Rande einer Bundervorstandssitzung stattgefunden, auf dem über die Übernahme solcher Beschlüsse im ganzen DGB diskutiert wurde. Zumindest Spitzenfunktionäre der ÖTV und der GfV liebäugeln mit solchen Vorstellungen, und es sollte nicht wundern, wenn ähnlich wie 1973/74 jetzt eine Welle von Beiratsbeschlüssen die UVBs auf die DKP ausdehnt.

Gleichzeitig blüht um das neue DGB-Grundstatut die Debatte, die kommunistische Strömung mit „freiheitlicher Gewerkschaftspolitik“ für unvereinbar zu erklären.

Jetzt hat eine – zugegeben wenig bedeutende – Verwaltungsstelle der HBV in Oldenburg einen d-ekten

UVB gegen die DKP beantragt (siehe nebenstehendes Artikel). Interessant ist, daß das von ihr verwendete Material anscheinend identisch ist mit dem, das der NGG-Vorsitzende Döding vor dem Beirat seiner Gewerkschaft verwandte. Döding hatte den Beschuß gegen die DKP mündlich begründet und dann Begründung anschließend vom Beirat abstimmen lassen (gegen jeweils zwei Stimmen und Enthaltungen angenommen). Darin begründet er das Funktionsverbot

- mit der Haltung der DKP zu Afghanistan,
- mit der DKP-Position zur DDR und zur Sowjetunion,
- sowie mit der Berufung auf Marx, Engels und Lenin.

Ebenso wie der HBV-Antrag übernimmt er, daß die DKP verfassungsfeindlich sei, daß aber aus Gründen der „wirkungsvollen Bekämpfung“ diese Partei nicht verboten werde.

Während die Postgewerkschaft noch feststellte, daß eine bloße Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und der DKP noch „vereinbar“ sei, heißt es bei der NGG bereits, daß dies „möglich“ sei.

Allen spricht dafür, daß hier DGB-Führungskreise gezielt und mit gleichlautenden Materialien gegen die DKP vorgehen und der CSU-Forderung nach Kommunistenverbot nachkom-

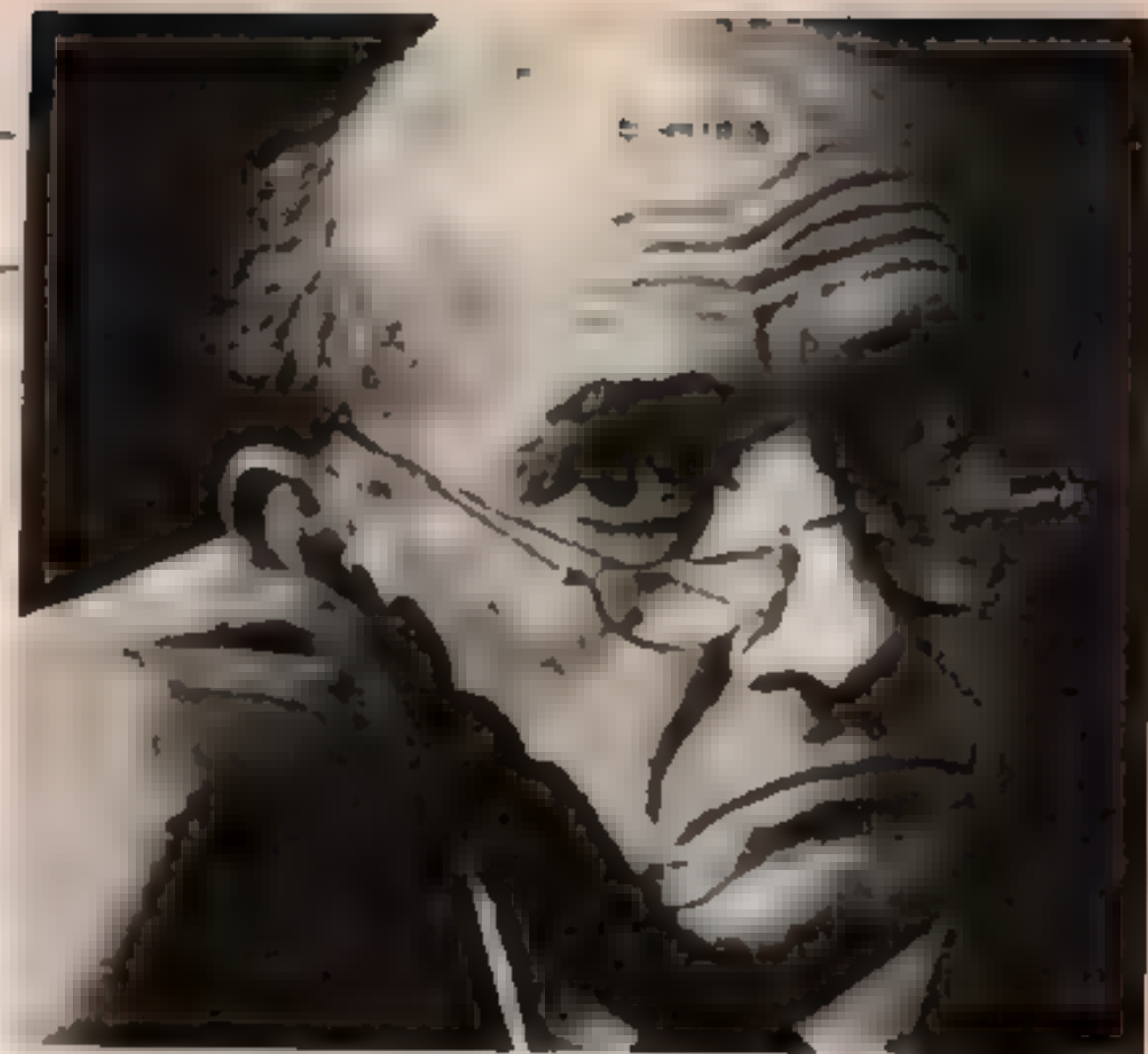
men. (Stoiber-Papier zur Gewerkschaftspolitik: „Unter dem Gesichtspunkt der Gewerkschaftsfrage sind daher die erneuten Bemühungen um ein Verbot der kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik zu begrüßen. Der entschlossene Widerstand gegen den Kommunismus ist die entscheidende Garantie, um eine Radikalisierung der Tarifverhandlungen zu verhindern.“)

Wie dümm nimmt es sich dagegen aus, wenn Werner Patschke (DKP) in den „Nachrichten“ zum NGG-Beschluß und seiner Begründung jammert: „Besteht damit nicht die Gefahr, daß morgen christlich orientierte Gewerkschafter, die aus religiösen Gründen zum Paragraphen 218 eine andere Meinung vertreten, als der DGB, als nicht mehr für gewerkschaftliche Gremien wählbar bezeichnet werden?“ (Nachrichten, 6/80)

Hat er wirklich nicht erkannt, daß der Wind von einer anderen Seite weht? Daß die „ran“-Redaktion gerade wegen ihrer nicht-christlichen Sicht zum § 218 entlassen wurde?

Vielleicht versuchen die Linken ja trotz allem mal einen neuen Vorstoß Richtung DKP: gegen jeglichen Unvereinbarkeitsbeschuß in den Gewerkschaften mit Ausnahme der Fe-

Kommunistenbetrieb & Gewerkschaft



Schwab hat wieder zugeschlagen: Neuer Bundesjugendsekretär eingesetzt!

Besonders diejenigen, die gehofft hatten, daß der DGB Jugendsekretär Georg Benz seinen Kritikern IGM-Führer demnächst abgeben muß, werden enttäuscht sein. Vor kurzem hat er wieder in seiner unmissverständlichen Art zugeschlagen. Im Eilverfahren will Schwab Heinz Brauner zum neuen DGB-Bundesjugendsekretär machen. Brauner, der das Amt des Bundesjugendsekretärs praktisch seit dem Winter kommissarisch wahrgenommen hat (anstelle des hinausgeworfenen Heinz Hawrelluk) soll Funktionen vertreten, wie sie von Mitarbeitern der DGB-Bundesjugend-

schule Oberursel entwickelt worden sind (nach „Neue“ vom 25.6.). Die Oberurseler hatten bisher von Schwab besonders dann Unterstützung erhalten, wenn es darum ging, die vermeintliche Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend durch DKP und SDAJ anzuprangern. Der neue Konflikt zeigt recht deutlich, daß die rechten Strömungen im Streik um die Ausrichtung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit nach wie vor auf dem Vormarsch sind. Sie setzen sich damit über Beschlüsse der Jugendkonferenzen der größeren Gewerkschaften hinweg (IGM, HBV, ÖTV, DPG), die sich eindeutig gegen die Oberurseler Konzepte ausgesprochen hatten, vor allem gegen das Gerücht von der „kommunistischen Unterwanderung“.

Die Methoden und das Tempo, welches Schwab drauf hat, sind wirklich atemberaubend. Die „Neue“ schreibt dazu: „Anlässlich einer Sitzung in Frankfurt informierte Schwab am 23. Mai lediglich einen Teil der für Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften über sein Vorhaben, Brauner zum Bundesjugendsekretär zu machen.“

Bist tags darauf wurde der Bundesjugendrat über sein Vorhaben, Brauner zum Bundesjugendsekretär zu machen, informiert. „Erst tags darauf wurde der Bundesjugendrat erstmals über das Vorhaben Schwabs informiert.“ (Der Bundesjugendrat [BJA] ist eigentlich das höchste Beschlußgremium zwischen den Bundesjugendkonferenzen und hat nach den „Leitsätzen der Gewerkschaftsjugend“ Vorschlagsrecht bei der Einstellung des Bundesjugendsekretärs). „So hatten die Mitglieder des Bundesjugendrates nicht einmal zehn Tage Zeit, sich über einen anderen Kandidaten auch nur Gedanken zu machen.“ Die „Frankfurter Rundschau“ (FR) vom 24.6.80 berichtet dazu: „Zwei Tage vor der BJA-Sitzung protestierte, wie zuverlässig zu erfahren war, Georg Benz (IGM-Vorsitz) gegen dieses seiner Ansicht nach zu kurzfristige Verfahren. Er forderte eine Vertagung der Wahl. Sollte Brauner dennoch jetzt gewählt werden, schrieb Benz, werde er seine Mitarbeit in der DGB-Arbeitsgruppe einstellen, die die seit Jahren schwebenden Konflikte in der DGB-Jugend über den Einfluß von kommunistischen Gruppen auf den gewerkschaftspolitischen Kurs ausräumen soll.“

Die fünfköpfige Arbeitsgruppe hat sich bisher über ein Grundsatzpapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit nicht einigen können. „Sogar der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer soll während der BJA-Sitzung Schwab telefonisch davon zu überzeugen versucht haben, die Wahl des Bundesjugendsekretärs zu vertagen.“

Doch man soll es kaum glauben, Schwab konnte sich auf der BJA-Sitzung am 17./18. Juni in Gmund/Tegernsee mit seinem Günstling durchsetzen. Mit 17 gegen 8 Stimmen (bei drei Enthaltungen) wurde vom BJA die Einstellung Brauners vorgeschlagen. Für eine Vertagung der Wahl stimmten die Vertreter der IGM, der DPG, der HBV sowie die DGB-Jugendsekretäre aus Hessen, Rheinland Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-

Westfalen und Nordmark. Doch man soll es kaum glauben, Schwab konnte sich auf der BJA-Sitzung am 17./18. Juni in Gmund/Tegernsee mit seinem Günstling durchsetzen. Mit 17 gegen 8 Stimmen (bei drei Enthaltungen) wurde vom BJA die Einstellung Brauners vorgeschlagen. Für eine Vertagung der Wahl stimmten die Vertreter der IGM, der DPG, der HBV sowie die DGB-Jugendsekretäre aus Hessen, Rheinland Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-

Westfalen und Nordmark. Doch man soll es kaum glauben, Schwab konnte sich auf der BJA-Sitzung am 17./18. Juni in Gmund/Tegernsee mit seinem Günstling durchsetzen. Mit 17 gegen 8 Stimmen (bei drei Enthaltungen) wurde vom BJA die Einstellung Brauners vorgeschlagen. Für eine Vertagung der Wahl stimmten die Vertreter der IGM, der DPG, der HBV sowie die DGB-Jugendsekretäre aus Hessen, Rheinland Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-

Geschichte der Unterwerfung

Daß der BJA mehrheitlich einen Schwab-Günstling und offensichtlich auch Oberursel-Sympathisanten zum Bundesjugendsekretär vorschlägt, scheint verwunderlich. Immerhin hatte der BJA vor einem Jahr in einer Stellungnahme zum Oberurseler Papier noch erklärt: „Der DGB-Bundesjugendausschuß distanziert sich auch von Inhalten des Papiers. Der erwartete Eindruck der Unterwanderung bzw. Beherrschung gewerkschaftlicher Jugendarbeit durch SDAJ und DKP trifft so nicht zu.“ (mit knapper Mehrheit verabschiedet). Das war am 5./6. April 1979.

Darauf folgte dann die schrittweise Entmachtung des BJA: Am 8.6.79 wurde die Bundesjugendschule aus der Abteilung Jugend und damit auch aus dem Einflußbereich des BJA ausgelgliedert. Gleichzeitig werden die Kompetenzen des Schlichters Hinrich Oetjen erweitert. Nachdem dann Karl Schwab auf der DGB-Bundesausschuß-Sitzung am 3.9.79 gegen die Antikriegstagsbrochure zu Felde gezogen war, wird der bis dahin amtierende Bundesjugendsekretär Hawrelluk beurlaubt und seine Entlassung beantragt. Der BJA wird bei dieser Maßnahme völlig übergangen.

„Schwab hatte damals eine Abstimmung darüber, ob Hawrelluk vor dem Gremium, das ihn immerhin einstimmig zum Bundesjugendsekretär nominiert hatte, auftreten dürfe oder nicht, mit der Drohung verhindert, er werde im Fall einer Abstimmung über diese Frage die Sitzung abbrechen.“ („Neue“, 25.6.80). Dieser politische Druck scheint sich inzwischen so ausgewirkt zu haben, daß Schwab für seine Positionen im BJA sogar Mehrheiten erringen kann (Gerüchten zufolge hat sich im letzten Jahr im BJA auch personell einiges geändert).

heutes erringen kann (Gerüchten zufolge hat sich im letzten Jahr im BJA auch personell einiges geändert).

Hennig – Gegenkandidat der IGM?

Zu den personellen Vorstellungen der IGM-Führung berichtet die „FR“ vom 24.6. folgendes: „... die IG Metall (hat sich) in den letzten Wochen vergeblich bemüht, den Landesjugendsekretär des DGB in Nordrhein-Westfalen, Klaus Peter Hennig, zu einer Gegenkandidatur zu Brauner zu gewinnen.“ Hennig jedoch stand schon seit längerem im Schußfeuer rechts Gewerkschaftsführer, z.B. von der IG Bergbau, weil er das Oberurseler Konzept zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit scharf ablehnt. Außerdem verscharf ihn z.B. die rechte IG Bergbau-Führer für die Proteste mitverantwortlich zu machen, die Vetter am Antikriegstag 1979 in Dortmund einstecken mußte.

In unserem ARBEITERKAMPF-Bericht über die Bundesjugendkonferenz der IG Chemie (21.-23. Februar) zitierten wir Karl Schwab, der auf dieser Konferenz ankündigte, daß die Auseinandersetzung im Bundesjugendausschuß um die Jugendpolitik des DGB durch eine politische Entscheidung des DGB-Bundesausschusses von oben beendet werde: „Bundesvorstand und Bundesausschuß nehmen damit dem Bundesjugendausschuß keine Kompetenz, sondern sie nehmen an ihrer politischen Verantwortung eine Aufgabe auf sich, die das zaidende Gremium – der Bundesjugendausschuß – nicht leisten konnte.“ Wenn der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB demnächst in Düsseldorf den neuen Bundesjugendsekretär bestätigt, wird man mal wieder sehen, daß die Schwabs in der DGB-Führung das Sagen haben und nicht Leute wie Benz und Preiß von der IG Metall.

Lehrjugendkommission

9. ÖTV-Gewerkschaftstag

„Dieser Staat ist unser Staat, darum werden wir ihn verteidigen“

Vom 8. bis 14. Juni fand in Westberlin der 9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) statt. Der ÖTV ist mit 1,1 Mill. Mitgliedern nach der IG Metall die zweitstärkste Gewerkschaft im DGB.

Den 647 stimmberechtigten Delegierten lagen fast 1.300 Anträge und Entschließungen vor. Davon befaßten sich allein an die 350 Anträge mit der Tarifpolitik.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Bekenntnis und die Identifizierung der ÖTV-Führung mit diesem Staat, der so der ÖTV-Vorsitzende Kluncker „auch der Staat der Gewerkschaften ist“ („FAZ“, 14.6.).

Ausdrücklich bejaht wurde die NATO. Ein Antrag, die in Brüssel beschlossene Stationierung neuer NATO-Raketen abzulehnen, fand keine Mehrheit.

Während der Debatte um den Geschäftsbericht ging Kluncker auch auf die umstrittenen Entscheidungen der DGB-Spitze ein.

Das Verbot der Anti-Kriegs-Broschüren begründete er damit, daß die ursprüngliche Fassung „Negativbeispiele schlechthin“ enthalten hätte, die „die Geschichte der Gewerkschaften nur in schwarzen Farben gemalt“ hätten. Das sei für den DGB untragbar.

Zum Rauswurf der „ran“-Redakteure: Man solle die Vorgänge nicht zu einem Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit hochstilisieren. Er würdigte „ran“ als kritisches Magazin, das die Gewerkschaftsjugend brauche. Bei aller journalistischen Freiheit müsse auch „ran“ die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft respektieren.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den internationalen Frauentag entwickelte sich Kluncker zum „Kritiker ritualisierter Kampftage“. Er verwies auf den 1. Mai, den Anti-Kriegstag, den Tag der Befreiung vom Faschismus. Aber „mehr Rechte für die Frauen ist keine Sache von Feiertagen“.

Auch Kluncker kennt

keine Einzelgewerkschaft

Auch Kluncker kennt

keine Berufsverbote beim

Staat, darum werden wir ihn verteidigen“ (ebenda).

Voller Lob erteilte Kluncker hierfür von der bürgerlichen Presse. Die „FAZ“ kommentierte sehr zufrieden, dieses Bekenntnis „ist nicht immer so deutlich zu vernehmen gewesen“.

Zur Bespitzelung von Betriebs- und Personalräten durch den Verfassungsschutz legen dem Gewerkschaftstag eine Reihe von Anträgen vor, die sich in scharfer Form gegen diese Praxis richteten.

Der Vorstand bemühte sich, diese Anträge zu verwässern, indem er seinerseits einen Leitartikel vorschaltete, der lediglich gesetzliche Regelungen und parlamentarische Kontrollen gegen zu übertriebene Fachausschüsse und die Integration des Verfassungsschutzes in den öffentlichen Dienst forderte. Die hiermit versuchte Legitimierung der Schnüffelpolitik wurde von den Delegierten jedoch abgelehnt. Außerdem setzte sich der Antrag des Kreisverbandes Duisburg durch, der sich eindeutig für die Einstellung der Schnüffelpolitik und die Vernichtung aller Unterlagen aussprach.

Ebenfalls gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission lehnten die Delegierten mit großer Mehrheit die Einführung und Anwendung von Personalinformationssystemen ab.

Ein Kollege hatte diese als „ungeheuerliche Bedrohung“ bezeichnet, die zur totalen Überwachung der Belegschaften führt.

Einheitsgewerkschaft

neu definiert

Bestätigt hat der Gewerkschaftstag die im Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm des DGB enthaltene Formulierung, daß „die Einheitsgewerkschaft die Traditionen, die politischen und weltanschaulichen Richtungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen, in einer Organisation zusammengeführt habe“.

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß eine Einzelgewerkschaft

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß eine Einzelgewerkschaft die von der DGB-Führung vorgeschlagene Neufassung übernimmt.



Die erste Gratulation nach der Wiederwahl. Der israelische Botschafter

Namen genannt. Für Kluncker war es das Signal, um sich mit aller Deutlichkeit zu diesem Staat zu bekennen, und allen „Staatsfeinden“ den Kampf anzuzugeln.

Berufsverbote „ist nicht unser Sprechgebrauch“. Nicht jeder hat einen Anspruch auf Beschäftigung beim Staat. „Es kann doch nicht angehen, daß diejenigen, die diesen Staat verschlagen wollen, dies noch mit Pensionsberechtigung tun dürfen“ („FR“, 12.6.).

Es gibt Menschen, die darauf warten, diesen „freihetlichen Staat“ mit „Gewalt und anderen Mitteln zu zerstören“. Aber „dieser Staat ist unser

Fine Formulierung, die den antisemitischen Ausgangspunkt der Einheitsgewerkschaft nach 1945 bequert und die Kommunisten ausgrenzt.

In derselben Entschliessung wird zudem bestätigt, daß die ÖTV an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen festhält. Kluncker hatte die Debatte hierüber zur „Stunde der Wahrheit“ erklärt. „Wer die freiheitliche und demokratische Ordnung der Gesellschaft ablehnt oder bekämpft, hat in der Einheitsgewerkschaft keinen Platz“ („FR“, 13.6.).

In der Konsequenz bedeutet dies das Selbstverständnis, daß die Staat

liche Überprüfungen und Schnüffelpolitik auch über die Mitgliedschaft in der ÖTV entscheidet.

Der Delegierte Anton Kaiser erklärte hierzu: „1933 stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser. Das war der Auftakt zu einer beispiellosen Verfolgung von Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Kommunisten. Sind denn die Mörder von damals gleichzusetzen mit den Brüdern und Verfolgten? Das wäre doch ein unbeschreiblicher Zynismus“ („Neue“, 20.6.).

Anträge, in denen allein Strauß und Stöcker als „Hauptgegner“ der Einheitsgewerkschaft bezeichnet wurden und die dazu aufforderten, die Legende von der kommunistischen Unterwanderung zurückzuweisen, wurden als „Material“ an den Vorstand überwiesen.

Alle Anträge, die die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse forderten, wurden abgelehnt.

Laut Geschäftsbericht wurden in den letzten vier Jahren wegen Verstößen gegen den UVB 294 Mitglieder ausgeschlossen.

Herbe Kritik an der

Tarifpolitik

Mit Begriffen wie Lustlosigkeit, Arggiertheit, Resignation und Mangel an Vertrauen in die Organisation kennzeichneten auf dem ÖTV-Kongress zahlreiche Delegierte die Reaktion vieler Mitglieder nach der dreijährigen Tarifrunde.

Ein Rodner meinte, „es sind große Sprünge gemacht worden, es ist der Mund zu voll genommen worden, es sind entscheidende Ziele nicht erreicht worden. Wir Vertrauensleute sind in den Betrieben unmöglich gemacht worden“ („FR“, 11.6.).

Kritisiert wurde dabei nicht nur der Tarifabschluß, sondern auch die mangelnde Einbeziehung der Mitglieder bei der Festlegung der Forderungshöhe. Es gehe nicht an, daß die Kollegen einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wenn sich „der Fernsehbildschirm mit dem Kollegen Kluncker füllt“ und dieser die ÖTV-Forderung verkündet.

„der Fernsehbildschirm mit dem Kollegen Kluncker füllt“ und dieser die ÖTV-Forderung verkündet.

Großes Unverständnis herrschte durch das abrupte Ende der Tarifrunde. Die Kollegen fragten sich nachträglich, wofür sie überhaupt in Warnstreiks eintreten wären, wenn über Nacht eine Einigung erzielt wird, die weitab von der ursprünglichen Ausgangsforderung liegt.

Obendrein wurde die nur auf Abwehr ausgerichtete ÖTV-Politik in bezug auf Rationalisierung und Automation in Frage gestellt.

„Bei den Manteltarifverhandlungen ist die Grenze zum Dilettantismus inzwischen überschritten worden“, meinte Erich Bracker. Als Beispiel führte er an, daß der Vorstand den Kapitalisten bereits einen Tarifvertragsentwurf für die Arbeit an Datensichtgeräten übergeben habe, der erstens ohne jede Beteiligung der Betroffenen, erarbeitet wurde und zweitens weit unter der Bremer Dienstvereinbarung liegt. „Einen solchen Abschluß wünschen wir uns nicht einmal als miserablen Kompromiß“ („Neue“, 12.6.).

Gegen die Kritik aus den eigenen Reihen verteidigte Kluncker seine Tarifpolitik: „Wir haben das Machbare durchgesetzt“.

In diesem Zusammenhang richtete er dann scharfe Angriffe an die Adresse seiner Kritiker: „Es gibt noch zu viele Kollegen in der ÖTV, die gerne streiken lassen und selbst keine Bereitschaft zu einem dauerhaften Arbeitskampf mitbringen“ („Welt“, 11.6.).

Die Unzufriedenheit zahlreicher Delegierter mit den Tarifabschlüssen haben Beobachter als Ursache dafür, daß Kluncker bei der Wiederwahl zum ÖTV Vorsitzenden deutlich weniger Stimmen als vor vier Jahren erhielt. Er erhielt von den 647 Stimmberechtigten 528 Stimmen. Sein Stellvertreter Merian erhielt sogar 137 Gegenstimmen. Optimisten hatten sogar einen noch deutlicheren Penszettel erwartet.

Kommisionen Betrieb & Gewerkschaft

Verfassungsschutz-Schnüffelfeie jahrelang bei der Lufthansa



„Viel Aufwand, wenig Ergebnis“: Jährlich 4.000 Lufthansa-Anfragen an NADIS.

Kenner der Schnüffel-Szene konnte es kaum noch überraschen: Seit etwa zwanzig Jahren läßt die Lufthansa jeden neu einzustellenden Mitarbeiter vom Verfassungsschutz überprüfen. Vom Piloten und Bordingenieur über das Personal an der Gepäckabfertigung bis zur Putzfrau in der Verwaltung — fern ab von jedem Flugbetrieb — ausnahmslos jeden.

Überraschen konnte da schon eher die Nachricht, daß das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz seit Oktober 1979 die Anfragen der Lufthansa nicht mehr bearbeitet. Ein echtes Kuriosum stellt allerdings die Tatsache dar, daß Innenminister Baum die sogenannten „Datenanfragen“ auf Vorschlag des Verfassungsschutz-Präsidenten Meier gestoppt hat. Sollte im Bundesamt etwa eine Liberalisierungswelle eingesetzt haben?

Schnüffelfeie

jahrelang verheimlicht

Geahnt hatten die Lufthansa-Mitarbeiter schon lange etwas. Aber erst der Kündigungsprozess eines während der Probezeit entlassenen Elektrikers im Februar 1978 hatte die Gewißheit erbracht, daß jeder Kollege bei der Einstellung datenmäßig vom Verfassungsschutz-Computer überprüft worden ist — routinemäßig, wie es so schön heißt. Die jeweils einstellende Personalabteilung leitete die persönlichen Daten an die Abteilung CONCJ 3 („Externe Sicherheit“).

persönlichen Daten an die Abteilung CONCJ 3 („Externe Sicherheit“) nach Köln weiter. Dort wurden diese Daten in ein EDV-Formular eingetragen, das anschließend an das Bundesverkehrsministerium als vorgesezte Behörde weiterwanderte (die Lufthansa ist mehrheitlich in Bundesbesitz). Auf dem Dienstweg gelangten die Daten so zum Bundesinnenministerium und damit zum Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Bisher vorhandene Informationen über den Bewerber — politische Aktivitäten, Führerscheinentzug, Vorstrafen — laufen auf dem gleichen Weg zurück an CONCJ 3 und werden so für die Lufthansa „offen“ gemacht. Die Sicherheitsabteilung gibt auf Grundlage dieser Information eine Empfehlung an die örtliche Personalabteilung, die dann letztlich über Weiterbeschäftigung oder Entlassung in der Probezeit entscheidet. Es gehört dabei zum Geheim-Ritual, daß dem Betriebsrat — und damit auch dem Betroffenen — die tatsächlichen Entlassungsgründe verschwiegen und stattdessen willkürlich gesuchte andere Gründe genannt werden.

Verfassungsschutz „überlastet“

In bitteren Briefen an das Verkehrsministerium hat sich mittlerweile der Lufthansa-Vorstand beim Verkehrs- und beim Innenministerium über die Einstellung der so liebgewordenen lückenlosen Überprüfungspraxis beschwert. Wenn seit gut einem halben Jahr Einstellungen ohne Überprüfung vorgenommen werden mußten, dann hätten auch jene Stellen die Verantwortung für eventuelle Vorfälle zu tragen, „die es zu diesem unbefriedigenden Zustand haben kommen lassen“. Geleitet von der Strauß ausgehenden Linie, daß die Bonner Koalition „den Staat kriminellen politischen Gangstern überläßt“ (Sonthofen Rede), hat sich auch die CDU zu dieser Frage zu Wort gemeldet. Der Abgeordnete Erhard warf dem Innenminister vor, er habe ein weiteres Stück Sicherheit „demontriert“ und würde nicht für Recht und Sicherheit sorgen.

Was also ist dran in der Baum'schen Liberalisierung?

Nach übereinstimmenden Angaben des Innenministeriums und der Lufthansa hatte der Verfassungsschutz jährlich etwa 4000 Anfragen der Fluggesellschaft zu bearbeiten, die in etwa vier Prozent der Fälle „Erkenntnisse“ erbracht hätten, so daß es etwa 160 bis 200 Rückfragen jährlich gegeben hätte. In ein bis drei Fällen durchschnittlich, so ein Lufthansa-Sprecher gegenüber der „Frankfurter Rundschau“, seien Bewerber wegen Sicherheitsbedenken nicht eingestellt worden.

Verfassungsschutz-Schnüffelfeie

will rationalisiert und

intensiviert werden

Durch diese Massenanfragen, so das Innenministerium, sei der Verfassungsschutz „überlastet“ gewesen (schließlich hat man ja auch noch andere Kundschaft zu bedienen, die beispielsweise etwas über ihre Betriebsräte erfahren will ...). Außerdem stehe der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ergebnis.

Schon in der Diskussion um die Regelanfragen bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst hatte die Bonner Koalition ihre neue Linie in Sachen Schnüffelfeie entwickelt, die auf ein Durchrationalisieren der Geheimdienst hinausläuft: drastisches Zurücksetzen der mit großem Verwaltungsaufwand verbundenen Routine-Überprüfungen mit dem Ziel, Agenten vom Innenamt freizuschaffen und sie dafür verstärkt mit scharfen Augen und großen Ohren auf die Menschheit loszulassen. Nicht also Einschränkung der Spitzelerei, sondern Intensivierung der Observierung verdächtiger Personen ist das Motto sozial-liberaler Geheimdienst-Politik.

In diesem Sinne hat Baum den Lufthansa-Vorstand aufgefordert, den Kreis der „sicherheitsrelevanten“ Beschäftigten genauer einzugrenzen in welche Richtung die Überlegungen im Innenministerium gehen, deutet sich bereits in Hamburg an. Dem von der CDU heftig bekämpften „liberalisierten“ Hamburger Verfassungsschutzgesetz von 1978 hat es die Lufthansa zu verdanken, daß — wie sonst nur noch in Bremen — hier der einzige Bereich ist, wo gegenwärtig Überprüfungen stattfinden. Die dort Beschäftigten benötigen einen sogenannten „Vorfeldausweis“, zu dessen Vergabe sich die Lufthansa der gefälligen Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz bedienen kann.

Baum konnte seinen Kritikern im Lufthansa-Vorstand sogar nachweisen, daß das bislang praktizierte Verfahren durchaus nicht lockeres war. So sei etwa das Personal anderer Fluggesellschaften oder Catering- und Reinigungsfirmen, die durchaus Zugang zum Flugplatz und zu den Maschinen hatten, bislang noch gar nicht erfaßt gewesen. Hier deutet das Innenministerium also durchaus eine Erweiterung des von der Ausspähung betroffenen Personenkreises an. In erster Linie jedoch zielen Baums Überlegungen auf eine qualitative Steigerung der Verfassungsschutz-Tätigkeit. Die damit verbundenen Einzelheiten und bislang nicht bekannt. Diese Fragen sollen Gegenstand von Erörterungen unter „grundsätzlichen Gesichtspunkten“ auf der nächsten Konferenz der Landesinnenminister am 27. Juni sein.

Man darf gespannt sein, was für sozial liberale Eier da noch ausgehlet werden sollen.

Kommisionen Betrieb & Gewerkschaft

Ein Lebenswerk wird abgesichert: Grundig plant die Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen

Mit diesem zweiten Teil vervollständigen wir den Abdruck eines Artikels, den wir von Grundig-Kollegen erhalten haben. Der erste Teil, den wir in AK 179 brachten, gab einen Überblick über die forcierten Firmenzusammenschlüsse im Bereich der Unterhaltungselektronik und beleuchtete die Rolle der japanischen Hersteller auf dem europäischen Markt. Die Kollegen, die den Artikel verfaßt haben, gehen nun mehr auf die konkreten Rationalisierungsvorhaben bei Grundig ein und schildern die Folgen für die Beschäftigten.

Wie man auf „natürliche“ Weise seine „Mitarbeiter“ los wird

Fassen wir kurz Grundigs bisherige Erfolgsgeschichte bei der Arbeitsplatzvernichtung zusammen: Im Geschäftsjahr 1979/80: 10% der gewerblichen Arbeitsplätze; 2% der Angestellten-Arbeitsplätze. Insgesamt 3600 Arbeitsplätze. 1980/81 sollen auch die Angestellten auf einen Freistellungsatz von 10% gebracht werden. Grundig: „Jahr der Angestellten“! Es stellt sich die Frage, wie Grundig und seine Unternehmer, Kollegen“ es schaffen, diese drastischen Reduzierungen relativ ruhig „über die Bühne“ zu bringen – angesichts einer Million Arbeitsloser in der BRD?

Den Schlüssel zur Antwort liefern zwei Worte: NATÜRLICHE FLUKTUATION, genauer: Nichterhaltung der natürlichen Fluktuation. Hinter diesen „wissenschaftlich“ kühlen Worten verbirgt sich der schleichende Abbau von Arbeitsplätzen. Nichterhaltung der „natürlichen Fluktuation“ heißt zunächst einmal nichts anderes, als daß ein allgemeiner Einstellungsstopp verhängt wird. Da nach läßt die Firma auf „natürliche“ Weise die Kolleginnen und Kollegen „abfließen“ (Kündigung seitens der Firma, freigegeben und fristlos, Ausscheiden älterer Kollegen bei Erreichen der Altersgrenze oder auch schon einige Jahre früher, Eigenkündigung der Kollegen).

Wenn die „Natur“ nicht so arbeitet, wie sich die Konzernleitung das vorgestellt hat, dann verfügt die Firma über ein ganzes Arsenal von Mitteln, um der „Natur“ etwas auf die Sprünge zu helfen.

Häufig werden Sozialpläne aufgestellt. Der Sozialplan soll die negativen sozialen Folgen der Rationalisierung abmildern. Hier wird geregelt, wie bei Verletzungen die Höhe des Lohns bestimmt wird, welche Abfindungen die Kollegen bei Kündigungen aus betrieblichen Gründen (Rationalisierung) erhalten. Für den einzelnen Kollegen ergibt sich tatsächlich eine gewisse Abmilderung der negativen sozialen Folgen. Insofern ist der Sozialplan eine sehr zweischneidige Angelegenheit: Er sichert keine Arbeitsplätze, sondern erleichtert deren Vernichtung.

Die Leistungen aus dem Sozialplan werden nur gewährt, wenn es sich um „betriebliche Veränderungen“ im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes handelt. Das bedeutet konkret im Falle der Kündigung, daß nur der/diejenige Ansprüche hat, die/der aus „betrieblichen“ Gründen gekündigt wird. Wer aus „persönlichen“ Gründen (Krankheit, Fehlzeit, Ordnungswidrigkeiten etc.) gekündigt wird, hat keine Ansprüche aus diesem Grund. Ist die Unternehmensleitung bestrebt, den „natürlichen Abfluß“ so zu gestalten, daß die Kollegen per „personelle Einzelmaßnahme“ aus dem Betrieb fliegen. Das hat für die Firma den unschätzbaren Vorteil, daß sie einen Haufen Geld spart. Es geht also darum, die Zahl der Einzelkündigungen zu erhöhen!

Ein Beispiel: Die Firma stellt fest, daß der Alkoholkonsum von sich greift. Sie verfügt, daß ab sofort in der Kantine keine starken alkoholischen Getränke mehr ausgeschenkt werden dürfen. (Hier wird weiterhin verkauft. Die Firma Grundig z.B. hat Verträge mit Großbrazereien und dürfte am Bierverkauf nicht schlecht verdienen; die Flasche kostet DM 0,75.) Gleichzeitig kündigt die Geschäftsleitung an, daß Trunkenheit in Zukunft drastisch geahndet wird. Auf diese Weise fallen schon mal ein paar Kollegen aus dem Sozialplan heraus. Der freierwerbende Arbeitsplatz wird natürlich nicht wieder besetzt, bzw. mit einem Kollegen besetzt, der aus einer Abteilung kommt, wo rationalisiert wird.

Über die Ursachen des Alkoholkonsums – Stress, Substanzarbeit, Anstrengung – macht sich die Firma keine Gedanken, schließlich ist die Firma kein Guttempler-Orden. Sie behält in der Kantine eine systematische Untersuchung

durch, welche Kolleginnen und Kollegen wie oft am Arbeitsplatz fehlen. Hier zeigt sich, wie genau es – für die Unternehmer – die elektronische Datenverarbeitung ist. In der Konzernzentrale in Fürth speckt der zentrale Computer auf Anfrage Listen aus, aus denen die „Fehlzeiten“ jedes einzelnen Kollegen hervorgehen. Dabei spielt es zunächst einmal keine Rolle, ob es sich um Krankheit, unentschuldigtes oder entschuldigtes Fehlen handelt. In nachdem, wie schnell der „natürliche Abfluß“ sein soll, wird die kritische Marke für die Fehlzeiten auf 5%, 8% oder 10% der Gesamtarbeitszeit festgelegt. Wer über der kritischen Marke liegt, steht zur „Freisetzung“ an. Man kann sich vorstellen, welchen enormen Druck die Geschäftsleitung auf diese Weise auf die Kolleginnen ausübt, das „Betriebsklima“ hat sich entsprechend verschlechtert. Es ist eine Entwicklung abzusehen, daß sämtliche persönliche Daten der Kollegen im Computer gespeichert werden, wenn wir dem „Großen Bruder“ nicht auf die Finger klopfen.

„Wenn es Ihnen nicht paßt, können sie ja gehen“

Auch den Beschäftigten bei Grundig ist es kein Geheimnis, daß Arbeitsplätze knapp geworden sind. Umso mehr überrascht eine Meldung, daß in einem Grundig-Werk 150 Arbeitsplätze „freiwillig“ von den Kolleginnen und Kollegen geräumt worden sind. Offenbar waren die Arbeitsbedingungen so „gut“, daß die Leute das Risiko der Arbeitslosigkeit dem Verbleib in der Firma vorzogen haben. Das „Betriebsklima“ deutet immer mörderischer Akkorde, diskriminierende Voreinstellungen, wenn man den Akkord nicht schafft, freche Annahmen seitens der Meister und Abteilungsleiter treiben Menschen dahin, daß sie „freiwillig“ „das Handtuch werfen“. So sieht es also aus mit der „natürlichen Fluktuation“.

Gleichzeitig jedoch wirbt Grundig Schichtarbeiter an, weil sich inner-

Gleichzeitig jedoch wirbt Grundig Schichtarbeiter an, weil sich inner-

Ist gegen die schleichende Vernichtung der Arbeitsplätze kein Kraut gewachsen?

Es hat bisher den Anschein der Firma ist es im großen und ganzen gelungen, ihr Konzept durchzusetzen. Die Betriebsräte stehen vor einer unlösbaren Aufgabe: Entlassungen wegen Krankheit sind vom Gesetz her möglich, der Betriebsrat kann zwar Widerspruch einlegen, der betroffene Kollege kann vom Arbeitsgericht gehen. Häufig jedoch ziehen sich die Prozesse endlos hin, sodaß viele Kolleginnen und Kollegen in der Zwischenzeit eine neue Arbeit angenommen haben. Nötig ist die gemeinsame Verteidigung der Arbeitsplätze durch die Kolleginnen und Kollegen selbst, erster Schritt hierzu müßte die Aufklärung darüber sein, in welchem größeren Zusammenhang die vielen Einzelkündigungen zu sehen sind, die der betroffene Kollege zunächst einmal als sein individuelles Problem sieht (War ich zu lange krank?). Eine solche Aufklärung könnte Voraussetzungen für eine gemeinsame Abwehr der Arbeitsplatzvernichtung schaffen.

Elektronische Datenverarbeitung

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, hat Grundig das laufende Geschäftsjahr zum „Jahr der Angestellten“ erklärt, d.h. in den Büros soll aufgeräumt werden, die elektronische Datenverarbeitung (EDV) ist der Hebel zur Vernichtung der Angestelltenarbeitsplätze.

Seit einiger Zeit tauchen in den Büros immer mehr Bildschirme auf, die mit dem zentralen Computer in Fürth verbunden werden. Ein Bereich nach dem anderen wird umgestellt, EDV-„unterstützt“ werden inzwischen der Wareneingang, die Terminverfolgung, die Materialsteuerung, der Bauelemente-Verband, die Fakturierung (Schreiben von Rechnungen).

Analog zur schleichenden Arbeitsplatzvernichtung wird die EDV unauffällig und schrittweise eingeführt. Häufig wird der Betriebsrat erst informiert, wenn die Elektriker bereits die Kabel für die Bildschirme verlegen.

Die EDV bedeutet für die Angestellten Dequalifizierung und Arbeitsplatzverlust. „Wissen und jahrelange Erfahrung werden von der Maschine aus den Köpfen herausgesaugt und in diesem System objektiviert. Danach mit einem dünnen ehemals eigene Wissen als fremde, vielleicht sogar feindselige Macht gegenüber. Man hat sich selbst dequalifiziert.“ (METALL Nr. 6/80) „Akkord im Büro“, so betitelt die METALL Nr. 3/80 einen Artikel über Bildschirmarbeit. „Acht Stunden täglich saßen die Kolleginnen vor flimmernden Bildschirmen. Ständig mußten sie

Qualitätskontrolle oder: der Mensch ist ein schlechter Automat

Ein Grundig-Ingenieur läßt sich in der Fachzeitschrift „Funkschau“ Nr. 8/80 über Qualitätsicherung aus. Er schreibt u.a.: „Trotz automatischer Bestückungsanlagen sitzen in den Fertigungsstätten der Unterhaltungselektronik auch heute noch (1) Hunderte von Mitarbeitern, die Tausende von Leiterplatten mit Hunderttausenden von Bauteilen bestücken müssen. Daraus leitet sich bereits die Wahrscheinlichkeit von Fehlbestückungen deutlich ab. ... Typische Fehler ... können jedoch mit entsprechenden automatischen Prüfsystemen leicht gefunden werden.“ Und weiter schreibt der Autor zum Thema Funktionsprüfung: „Abgleiche von Hand sind zeitraubend und teuer, deshalb sind selbstabgleichende Schaltungen oder Laserabgleiche anzustreben.“

Das ist die „mühsame“ Sprache eines Ingenieurs. Er fragt nicht danach, aus welchen Gründen Fehler gemacht werden. Ihn interessiert nicht der mörderische Akkord oder gar die persönlichen Probleme der Frauen, die jetzt herabgerationalisiert werden sollen. Sie sollen „zurück an

die sog. „Brasel-Gruppe“, so genannt nach ihrem Chef, im Volksmund auch „Kopfläger“ genannt. Diese Spezialisten für Arbeitsplatzvernichtung sind nicht bei der Grundig-Aktionsgesellschaft angestellt, sondern bei der Grundig-Stiftung, somit unterliegt ihre Tätigkeit zunächst einmal nicht der Mitbestimmung des Betriebsrates. Die Brasel-Gruppe macht ganze Arbeit. Im Falle des Gefechts setzte sie sogar einen Schwerbehinderten auf ihre „Abschußliste“.

Neben den geschäftlichen Rationalisierungsmaßnahmen soll nicht unerwähnt bleiben, daß Grundig zu alledem noch einen massiven Abbau von Sozialleistungen eingeleitet hat: z.B. Kürzung der Betriebsrente, Erhöhung der Kantinepreise (geplant) sowie Verminderung des Firmenzuschusses für die Werkbäume.

„Überzeugungsarbeit“ Marke Grundig und was man daraus lernen kann

Am 14. April fand in Vohenstrauß eine Protest- und Informationsveranstaltung gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Werk 13 statt. In der überfüllten Stadthalle sprachen sich alle Rodner gegen die weitere Auszehrung des Grenzlandes aus und verlangten von Unternehmern und bayerischer Staatsregierung, die Arbeitsplätze in Vohenstrauß zu erhalten.

Zu der Veranstaltung war ein Reisebus aus Neusorg (Fichtelgebirge) angekündigt. Die Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeitsplätze am dortigen Grundig-Werk ebenfalls gefährdet sind, wollten sich mit den Vohenstraußern solidarisch zeigen. Doch der Bus kam nicht. Noch während der Versammlung äußerte der Amberger Verwaltungsratsleiter der IGM, Sepp Donthausen, seine Beunruhigung über das Fernbleiben der Neusorger. Er deutete an, daß da evtl. dran gedreht werden könnte. Seine Vorwürfe waren gerechtfertigt. Später stellte sich Folgendes heraus: Der Betriebsrat von Neusorg hatte bereits einen Bus für 250 DM angemietet, als Herr Dierolf, Verantwortlicher für Personalfragen in der Konzernzentrale in Fürth, anrief: er rate den Neusorgern ab, nach Vohenstrauß zu fahren. Dem Vernehmen nach konnte er die Kolleginnen und Kollegen „überzeugen“, daß eine Teilnahme an der Versammlung in Vohenstrauß nichts nütze und man zur Erhaltung der restlichen Arbeitsplätze den geplanten Abbau von 160 bis März 1981 hinnehmen müsse. (Dies ist im übrigen auch die Einstellung der bayerischen Staatsregierung.) Dierolf unterstrich seine „Überzeugungsarbeit“ mit dem Angebot, die Busmiete von DM 250 zu übernehmen, darüber hinaus bekam jeder Teilnehmer DM 15 als Zehrlohn. Die Kollegen akzeptierten das großzügige Angebot. Der Bus fuhr in ein Lokal, wo man auf Grundigs Kosten speiste. Der Busen ist den Kollegen, so hört man, nicht im Hals stecken geblieben! Bewilligte Menschen können die erfolgreiche „Überzeugungsarbeit“ des Herrn Dierolf auch als Erpressung und Einschüchterung, kombiniert mit Bestechung, bezeichnen. Wir tun dies nicht, immerhin wirft dieses Ereignis ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken der Geschäftsleitung: eine Solidarisierung der Belegschaften der einzelnen Werke soll verhindert werden. Nach dem Motto: Friß, Vogel, oder stirb! wird den Kollegen angedroht, sie würden noch viel mehr Arbeitsplätze verlieren, wenn sie einen gewissen Abbau nicht hinnehmen. Andererseits hat Grundig noch nie eine Garantie dafür gegeben, daß der nächste Abbau auch der letzte sein werde. Das heißt, es mißt uns nichts, wenn wir in den sauren Apfel beißen. Grundig hält den noch saureren Essig schon bereit.

Die Taktik der Geschäftsleitung, die Belegschaften einzelner Werke gegeneinander auszuspielen, zwingt dazu, daß die Belegschaften, die Betriebsräte sowie die Verwaltungsräte der IGM der einzelnen Werke ihren Abwehrkampf nicht isoliert führen, sondern untereinander in Kontakt treten und sich gegenseitig unterstützen. Die Kolleginnen und Kollegen von Saba sind da schon einen Schritt weiter. Da nach der Übernahme des Unternehmens durch den französischen Thomson-Brandt-Konzern, so heißt es, haben die Vertriebsleiter, Betriebsräte sowie Vertreter der Stuttgarter Belegschaft der IGM eine überregionale IGM-Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Die Taktik der Geschäftsleitung, die Belegschaften einzelner Werke gegeneinander auszuspielen, zwingt dazu, daß die Belegschaften, die Betriebsräte sowie die Verwaltungsräte der IGM der einzelnen Werke ihren Abwehrkampf nicht isoliert führen, sondern untereinander in Kontakt treten und sich gegenseitig unterstützen. Die Kolleginnen und Kollegen von Saba sind da schon einen Schritt weiter. Da nach der Übernahme des Unternehmens durch den französischen Thomson-Brandt-Konzern, so heißt es, haben die Vertriebsleiter, Betriebsräte sowie Vertreter der Stuttgarter Belegschaft der IGM eine überregionale IGM-Arbeitsgemeinschaft gebildet.



15000 und mehr Anschläge schaffen, das sind mehr als vier pro Sekunde.

Heim und Herd“, sagt die Regierung.

Heim und Herd“, sagt die Regierung. Sie sollen sich auf den „Wert der Ehe und Familie“ rückbesinnen, predigt die Kirche. So bekommt der Rausch der Frauen die nötige ideologische Weiche.

Gemeinkostenenkung

Sehr beliebt sind augenblicklich sog. „Gemeinkostenwertanalysen“. „Gemeinkosten“ sind für den Betriebsrat alle Kosten, die im sog. „nichtproduktiven“ Bereich entstehen, z.B. die Werkerhaltung bei Grundig. Hier arbeiten Betriebsbandwerker (Maler, Schlomer, Elektriker, Schreiner, Hydrauliker usw.). Auch die Putzfrauen gehören dazu, außerdem eine ganze Reihe von Angestellten. Grundig legte zum Jahreswechsel 1979/80 zunächst geheim einen Plan vor, der einen Personalabbau von 20% bei der Werkerhaltung vorsah. Die Handwerker sollten ihre Tätigkeit auf reinen „Service“ beschränken, der zur Aufrechterhaltung der Produktion erforderlich ist. Die Arbeitsplätze der Putzfrauen sollten schlicht und einfach gestrichen werden, die Reinigung sollte von einer Reinigungsfirma übernommen werden, die angeblich um 50% billiger arbeiten läßt. Diese Unternehmen sind nur deshalb so „kostengünstig“, weil die bei ihnen Beschäftigten nahezu rechtlos und unter unwürdigen sozialen Bedingungen arbeiten müssen. Offensichtlich sollen diese „Skavenshalter“ die neuen Geschäftspartner von Grundig werden, eine feine Gesellschaft!

Die Betriebsbandwerker haben von vornherein nicht aufgegeben. Als die Pläne der Geschäftsleitung ruchbar wurden, gingen viele Kollegen gemeinsam zu den Betriebsratsbüros, um sich dort ausführlich zu informieren, was man mit ihnen vorhat. Ein kleiner Erfolg wurde erreicht, einige „Freistellungen“ wurden zurückgenommen, ein Teil der Kollegen wurde versetzt, einige Handwerker kündigten selber.

Zur „Endlösung“ der Arbeitsplatzfrage hat sich Grundig ein besonderes „Ansatzkommando“ aufgebaut,

Flucht oder Neuorientierung?

Diskussion um die Betriebsarbeit im KB

Auf der Arbeitskonferenz Betrieb und Gewerkschaft des KB am 7./8. Juni gab es auch eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Problem der „Flucht aus Betrieb und Gewerkschaft“ befaßte. Diese Arbeitsgruppe war die am besten besuchte und fand in der Auswertung im Plenum die größte Resonanz.

Nachstehend drucken wir den größten Teil der Plenardebatten am Abend des 7. Juni ab. Von einigen Genossinnen wurde die Befürchtung geäußert, die Veröffentlichung einer solchen Debatte könne ein zu schlechtes Bild auf die Betriebsarbeit des KB werfen. Das mag in den Augen vieler so aussehen. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, daß es sich hier nicht um ein KB-spezifisches Problem handelt. Sämtliche linken Organisationen sind hiervon betroffen, die DKP nicht ausgenommen. Die „KPD“ beispielsweise hat mit ihrer Auflösung zum großen Teil den völlig undiskutierten Rückzug der Genossinnen und Genossen aus der Betriebsarbeit vollzogen.

Auch im KB ist diese Debatte bisher nicht geführt worden, obwohl die Probleme wesentlich älter sind als der Plan, hierzu eine offene Diskussion zu führen. Die vielfältigen Probleme, die zum Rückzug aus der Betriebsarbeit führen/geführt haben, lassen sich mit Sicherheit nicht besser lösen, Erfahrungen nicht besser vermitteln, wenn darüber nicht diskutiert wird.

Wir wollen einen Versuch machen. Vielleicht geht die Debatte ja weiter.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Eine Gleichsetzung, aus dem Betrieb rauszugehen und sich politisch zurückzuziehen, ist eine Unterstellung, die ich ablehnen würde.“

G.: Ich bin jetzt 10 Jahre im Betrieb und für mich steht mein Entschluß fest, daß ich ab Oktober was anderes mache. Ich persönlich kann für mich auf jeden Fall sagen, daß ich den Begriff Flucht ablehne und das auch ziemlich wichtig finde. Von daher haben wir auch eine ganze Zeit in der Arbeitsgruppe über diesen Begriff diskutiert, auch kontrovers diskutiert und die Widersprüche sind meiner Ansicht nach auch noch nicht irgendwas eingeebnet. Wenn von Flucht gesprochen wird, dann muß ich auch sagen, daß ich in der Zeit, als ich in den Betrieb gegangen bin, ich damals auch eine Flucht gemacht habe, nämlich eine Flucht vor mir selber. Die Bedingung damals war, daß man aufgrund einer allgemeinen Einsicht in den Betrieb gegangen ist, was man natürlich nicht nachträglich verurteilen kann, weil das in einer bestimmten Zeit eine Entscheidung war. Aber was ich z.B. für mich im nachhinein sehe, ist, daß ich meinen Fackel daran zu tun habe, bestimmte Dinge für mich selber aufzuarbeiten, die ich damals habe den Berg runtergehen lassen. Eine Gleichsetzung, aus dem Betrieb rausgehen und sich politisch zurückzuziehen, ist eine Unterstellung, die ich ablehnen würde.

Es geht ja auch nicht darum, daß Genossen, die jetzt für sich die

meine Rente bekommen. Ich kann mich da nicht in irgendwelche Alternativen begeben, die für mich eine Bäckerei sind. Also versuche ich auch im nächsten Betrieb wieder weiterzumachen, natürlich unter anderen und schlechteren Bedingungen. Jetzt bin ich im Betrieb Einzelkämpfer, während wir damals als Gruppe agierten. Aber ich habe diese defensive Haltung, daß man auch mal was anderes machen soll, nicht, weil das auch damals nicht so war, daß ich aus der Unversität in den Betrieb ging, sondern schon im Betrieb war. Nach wie vor habe ich diese Betriebsarbeit für so notwendig, daß solche Konferenzen wie hier weiter stattfinden müssen. Ich sehe gar keinen Grund aufzugeben, trotz dieser Schwierigkeiten.

G.: Ich kann akzeptieren, was Du sagst. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß z.B. ich selber unter Vorzeichen in den Betrieb gegangen bin, die man auch ganz gut nachlesen kann. Und zwar in der „E-K-E“-Ausgabe, daß z.B. ich selber unter Vorzeichen in den Betrieb gegangen bin, die man auch ganz gut nachlesen kann. Und zwar in der „E-K-E“-Ausgabe („Einheit-Kritik-Flucht“), theoretisches Organ des SALZ, einer Vorläuferorganisation des KB, Ann., wo unter dem Thema „Das Flüppchenproblem“ („E-K-E“ Jan./Feb. '71)



Entschuldigung treffen, eine Reklamekampagne machen, daß alle aus dem Betrieb raus sollen. Aber unsere Arbeit ist doch darauf ausgerichtet, daß man insgesamt was im gesellschaftlichen Prozeß macht.

H.P.: Ich finde es schade, daß das hier so defensiv behandelt wird. Ich kann auch von 9-jährigen Erfahrungen berichten. Das sah damals so aus, daß in Glaszeilen 10 Genossen in

„Als Arbeiter muß ich da weitermachen, bis ich meine Rente bekomme.“

dem Chemiebetrieb waren und daß es am Ende aber so war, daß wir rausgeschmissen wurden, Gewerkschaftsumschüsse, dies und jenes. Trotzdem haben sich einige von uns nicht geschont, wieder weiterzumachen.

Ich bin in einem anderen Chemiebetrieb gegangen und habe mich da wieder als Betriebsrat aufstellen lassen und bin glücklicherweise wieder reingekommen und habe auch wieder die Gremienarbeit und alles andere aufgenommen. Ich sah das gar nicht so negativ und ich finde für mich auch gar keine Chance. Als Arbeiter muß ich da weitermachen, bis ich

unhand der Möglichkeit des Arbeiters, über den zweiten Bildungsweg etwas anderes zu machen, der wesentliche Weg des Kapitals aufgezeigt worden ist, die Arbeiterklasse zu bestechen. Der andere Teil von der Gesellschaft ist der, daß mit diesem Artikel mit Genossen wie mit mir diskutiert worden ist, in den Betrieb zu gehen, obwohl das für mich überhaupt nicht zutrifft. Ich bin nirgendwo ausgefippt. Ich hatte Abitur gemacht und dann beim Fernsehen gearbeitet. Ich stehe dazu, daß ich da

mal in den Betrieb gegangen bin, aber ich stehe jetzt nicht mehr dazu, aufgrund der Entwicklung, die ich durchgemacht habe und auch aufgrund bestimmter Perspektiven, die ich für mich sehe und die genauso politisch sind wie meine Arbeit. Die ich bisher im Betrieb gemacht habe. Ich wehre mich dagegen, daß ich mit Tendenzen, sich aus der politischen Arbeit zurückzuziehen, in einen Pott geschmissen werde und gesagt wird: Der ist aus dem Betrieb raus, also zieht er sich zurück. Das ist meiner Ansicht nach eine Haltung, die sehr wenig selbstkritisch ist und sehr we-

ig beinhaltet, die Dinge, die in der Krise nach oben gekommen sind, aufzuarbeiten und die Chance zu nutzen, aus Fehlern zu lernen. Das muß also kein Widerspruch sein zu dem, was Du da gesagt hast.

U.: Ich finde es nicht richtig, wenn gesagt wird, das sei ein politischer Bankrott, wenn ein Genosse den Betrieb verläßt, weil das ganz bestimmte persönliche Gründe haben kann, die nicht ein Bankrott der B & G-Politik sind. Sondern vielleicht sind das erstmal bestimmte Fehler, die gemacht worden sind, daß der Genosse da hingekommen ist, daß er sich als Agent, als derjenige, der die Massen führen muß, versteht. Die Arbeiterbewegung wird ja auch ohne den Genossen da irgendwie weiterlaufen. Es wurde auf der „Flucht“-Arbeitsgruppe von einigen gesagt, wenn ich da jetzt gehe, bricht da einiges zusammen. Ich finde das als Argument eigentlich nicht zutreffend, das gegenzustellen gegen viele persönliche Gründe, die der Genosse oder die Genossin eben auch hat. Der ist vielleicht unwahrscheinlich unglücklich, das bringt ja nichts.

B.: Die Zurückhaltung, die da an den Tag gelegt wird von denjenigen, die noch weitermachen, die kommt ja auch aus der Einsicht, daß das eben nichts nützt. Leuten, die nicht mehr weitermachen wollen, denen kann ich nicht sagen: Weitermachen!

Aber das ist ja nicht so ganz richtig, was Du sagst. Ich bin Arbeiter und ich habe keinen Ausweg. Ganz so ist die Sache ja nicht. Das betrifft ja nicht nur die Neue Linke. Wir haben da bei uns im Betrieb eine DKP'lerin, die macht jetzt Umachung. Wir haben einen freigestellten Betriebsrat (nicht freigestellt), aber der hat sich selber sehr oft freigestellt, der hat aktive Arbeit gemacht, der geht aus einem Werk raus, wo jetzt die Hölle brennt, weil da laufend rausgehauen wird, um sich einen besseren Job im Hauptwerk zu suchen. Es hält ihn nicht, daß da jetzt was gemacht werden muß. Oder wir haben insgesamt eine Stimmung nicht nur bei den Linken, daß sie sehen, wie sie sich nach der Decke strecken. Jetzt gerade die Leute, die Betriebsarbeit und politische Arbeit gemacht haben und die so ein bißchen Durchblick haben und vielleicht auch ein bißchen mehr gelernt haben, die strecken sich jetzt nach der Decke gemacht haben und die so ein bißchen Durchblick haben und vielleicht auch ein bißchen mehr gelernt haben, die strecken sich jetzt nach der Decke und machen Umachung und sehen zu, wie sie zurecht kommen. D.h. für sie individuell kann das schon was rauskommen, auch Kohle usw. Teilweise sind ja auch Genossen von uns in Jobs gegangen, für die sie typischerweise überqualifiziert waren, die also unheimlich hart waren, was an sich ein Irrsinn ist.

H.P.: Ich kann nur sagen, daß wenn der Betriebs- und Gewerkschaftsbereich tendenziell nach individuellen Ansprüchen sich immer weiter einschränkt, ob ich da noch den Ar-

„Ob der KB für mich als Arbeiter noch in Frage kommt, das frage ich mich echt, wenn die Tendenz Betriebsarbeit immer weniger wird.“

betterkampf verkaufen kann ... Man muß dann auch die Sache umbeben und Farbe bekennen. Ich weiß, daß viele Genossen in wichtigen Bereichen arbeiten, aber ob das dann noch für mich als Arbeiter in Frage kommt, das frage ich mich dann echt, wenn die Tendenz Betriebsarbeit immer weniger wird.

H.: Das ist nicht nur ein Problem der Linken. Bei uns ist es so, daß bei jedem Jahrgang an Lehrlingen, die gerade auslernen, die durchgängige Haltung ist: Bloß raus hier, daß im Endeffekt bloß eine Minderheit wirklich da bleibt. Die meisten sind drei Jahre im Betrieb und haben dann die Nase voll und wollen irgendwie raus. Für die ist das eine Flucht ganz eindeutig, wobei der Punkt nur der ist, ob sie Chancen haben. Manche fahren zur See, viele gehen zur Schule, also bloß weg, egal, was danach kommt. Die meisten werden zwischendurch hängenbleiben, einige schaffen den Weg. Aber das Bewußtsein, der Wille auszubrechen, das

„Sich nicht als jemand verstehen, der da reingeschickt ist mit einem bestimmten Auftrag, der da der große Politiker ist und kein persönliches Verhältnis zu den Kollegen hat.“

ist unheimlich weit verbreitet. Das ist in jedem Jahr eine Minderheit von denen, die wirklich im Betrieb bleiben. Und das sind entweder Kollegen, die keine Chance haben, weil sie echt keine Schule schaffen würden, nicht rankommen würden oder es sind eben Linke.

Es ist auch so bei meinen Kollegen, daß sie lieber was anderes machen wollten, da eine Schule abgebrochen haben, da mal diesen und jenen Kurs gemacht und in den Sand gesetzt haben, also die wollen wirklich irgendwie raus. Sagen: „Was willst du hier? Was machst du diesen Scheißjob?“ Aber die finden nichts. Daß sie rauswollen, das hört man von so vielen Kollegen.

P.: Ich glaube, das ist nicht richtig, was der Genosse hier gesagt hat. So ein ähnliches Beispiel bin ich. Ich habe nach der Volksschule verschiedene Lehren abgebrochen, in verschiedenen Jobs gearbeitet als Hilfsarbeiter, Umachung gemacht zum Bürokaufmann. Das war ziemlich mies. In manchen Funktionen zur Arbeitssituation habe ich mich auch eingesetzt, und dann hat man echt die Schnauze voll.



Aber den Anspruch, den man hat, den nimmt man ja durchaus über eine Strecke mit. Ich hätte die Möglichkeit, eine Zulassungsprüfung zu machen. Das Studium hätte für mich einen unheimlichen Reiz, Sachen aufzuarbeiten, zu denen man persönlich vorher nicht die Zeit hatte. Wo immer andere, die Oberschule oder universi-

„Man kommt durch die Alternativszene teilweise schon etwas unter Druck, wenn man so ein Idiot ist, der noch weitermacht. Jeden Morgen diese Blindheit hat, um halb 6 aufzu-“

„Man kommt durch die Alternativszene teilweise schon etwas unter Druck, wenn man so ein Idiot ist, der noch weitermacht. Jeden Morgen diese Blindheit hat, um halb 6 aufzu-“

ihren Bereich gemacht hatten, unheimlich viel voraus hatten, was man einfach nicht gepackt hat. Und bei das zunächst auch bei einem Linken da ist, der Reiz, auch für sich selbst was zu tun, also was man theoretisch als Heiko für sich empfindet, die Zeit einzuvoß für sich zu nutzen. Na gut, ich habe dann gewerkschaftliche Bildungsarbeit gemacht und bin darüber dann auf den KB gestoßen. Das heißt also nicht, daß Genossen, die aus dem Betrieb rausgehen, weil sie erst mal die Schnauze voll haben, total für die Arbeiterbewegung abge-

zwar auch falsche Reize; „Alternativ geht nichts schief“ und so. Ich finde, das müssen wir in Rechnung stellen, z.T. auch mit unserer Bündnispolitik aufarbeiten. Wir haben die Situation nicht, daß sich sehr viele junge Arbeiter neu bei uns organisieren. Da muß man eine Bündnispolitik machen, wo wir unser politisches Ideengut als Kommunisten mit SB-Lern, mit Sozialdemokraten und mit DKP'ern in die Betriebspolitik hineinbringen. Und wir müssen innerhalb dieser Bündnisarbeit auch gucken, wo wir eine politische Zusammenarbeit mit solchen Leuten intensivieren können. Dann werden wir z.T. Verluste, die objektiv sind, und nicht, weil wir so unheimlich schlechte Arbeit machen, ausgleichen. Die Zeiten, wo glasklare Genossen von uns in den Betrieben arbeiten, die werden bestimmt nicht leichter werden, davon müssen wir ausgehen, das werden auch nicht viele werden.

H.: Das halte ich für einen sehr wichtigen Beitrag, weil ich in der Arbeitsgruppe eben den Eindruck hatte, daß einige sagten, das sei ja auch sehr verständlich, wenn man als abgebrochener Oberschüler oder als abgebroche-

ner Student in den Betrieb gegangen ist, daß man das dann irgendwann nicht mehr schnell und einem dann irgendwann mal bewußt wird, daß man nur eine Agentenrolle hatte. Dann ist es ja auch klar, daß die dann rausgehen. Ich finde, das nur so zu sagen, ist ein bißchen gefährlich. Mal von meiner Sicht aus, der ich auch so

ein Typ bin, der irgendwann einmal Oberschule abgebrochen hat. Ich habe z.T. zumindest noch den Anspruch, im Betrieb zu bleiben. Durch dieses aus einem bestimmten Grund in den Betrieb reingehen mit tausend Reizen im Kopf und heute noch tausend Schwierigkeiten vorhanden. Das äußert sich oft durch Krankmachen, möglichst viel Bildungsurlaub und kurz mal abhauen und sich drücken, wo man eben kann. Wenn ich dann nur höre, daß es ja auch verständlich ist, wenn man dann irgendwann aus dem Betrieb rausgeht, dann ist das ein bißchen frustig. Man sollte sich da viel mehr Gedanken machen, was man mit solchen Leuten machen kann. Wie die das lernen können, sich irgendwie zurechtzufinden und sich nicht als jemand zu verstehen, der da reingeschickt ist mit einem bestimmten Auftrag, der da der große Politiker ist und kein persönliches Verhältnis zu den Kollegen hat. Ich glaube, daß man so etwas auch lernen kann. Das ist zwar nicht so, wie man sich das vielleicht vor 5 Jahren vorgestellt hat, als die große Kampagne „Studenten rein in die Betriebe“ es war eben ein bißchen die Tendenz, daß das mit solchen Leuten eh keinen Zweck hat, daß klar ist, daß die irgendwann mal

„Du fühlst dich zu der Szene auch dazugehörig, aber andererseits schiefst du dich immer noch 8 Stunden in den Betrieb.“

K.L.: Ich glaube, die Situation in den Betrieben zuzugehen, die praktisch schon eine Ausgrenzung für den korrekten Kommunisten war, war eine bestimmte Situation am Ausgang der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Linken. Das war eine einmalige Situation um 1970. Das Problem heute für viele, die nicht Arbeiter von Herkunft und Ausbildung sind, ist eigentlich eine normale Situation. Die gesellschaftliche Situation ist so, daß unheimlich viele Reize sind, etwas anderes zu machen, und

wieder abhauen und resignieren.

B.: Ich weiß nicht, wie das bei Euch ist, aber bei uns ist es so, daß man durch die Alternativszene teilweise schon etwas unter Druck kommt. Wenn man also so ein Idiot ist, der noch weitermacht. Jeden Morgen diese Blindheit hat, um halb 6 aufzustehen und irgendwelchen Leuten hinterherzulaufen. Konkret kommt ja auch noch einiges anders hinzu. Wir brin-

Fortsetzung nächste Seite

gen ja auch die dicke Kohle an Betrieben, und es sind eben andere da, die mehr Zeit haben, die machen eben 6 Wochen Urlaub im Jahr oder auch mal 8 Wochen Urlaub im Jahr oder fahren auch mal eine Woche weg. Und dann darf man sich von denen auch noch bedauern lassen, daß man Arbeiter ist und so blöd ist, das noch mitzumachen. Diese Szene ist total im Widerspruch, daß die Leute glauben, die könnten irgendwie alternativ was auf die Beine stellen. Vielleicht müssen die auch erst wieder auf den Arsch fallen.

K. Ich mache jetzt gerade eine ganz gute Erfahrung, weil ich jetzt seit 9 Jahren rauskomme und nie länger krank gewesen bin. Ich war nur krank, wenn ich wirklich im Bett lag.

Es gibt sicherlich auch Genossen, denen ihr Beruf Spaß macht, trotz kapitalistischer Unterdrückung.

Ich bin jetzt eigentlich in einer ganz guten Situation (der Genosse ist aufgrund eines Armbruchs für längere Zeit krankgeschrieben, Ann.) und kann jetzt das Leben in vollen Zügen genießen. Ich kann aber auch merken, daß mir das ziemlich fehlt, daß ich jetzt nicht - gerade wo Götter war - mit den Kollegen ins Büro kommen kann. Ich fühle mich irgendwie ein bisschen abgeschnitten. Andererseits merke ich natürlich auch, wie schön das Leben ist. Mir geht es auch öfter so, daß, wenn ich mit Leuten zusammenkomme, sie fragen, was arbeite ich? Du denn, sagen sie: „Ach, du Schand!“ Gleich verstummt es, oh Gott, reden wir nicht darüber. Wenn man dann weiterredet darüber, was die teilweise für ein inaktives Leben führen, erst mal weiter erzählt und sich da nicht einschließen läßt, dann kommt man auch teilweise wieder zum Reden, wenn das ist sehr unterschiedlich ist. Teilweise ist das bei Genossen so - ich merke das bei mir auch - daß man eingeschüchtert ist und denkt, oh Gott, oh Gott, das darfst du gar nicht sagen. Du fühlst dich zu der Szene auch dazugehörig, aber andererseits schließt du dich immer noch 8 Stunden in den Betrieb.

Die Widersprüche habe ich bei mir selber auch. Letztes Jahr war ich auf einem Gewerkschaftsmeeting, das hat mich wieder ziemlich hochgebracht, zu sehen, den anderen Leuten geht das genauso, daß die sich auch beschissen fühlen und alle möglichen Gedanken haben, wie kann ich dem entkommen. Das ist die Frage, was kann man gemeinsam machen. Ich weiß für mich nicht, ob ich nach den Betriebsratswahlen die Mücke mache, aber für mich, die Betriebsratswahlen. Ich möchte mitmachen und diese ganze Scheiße mit Computern, da will ich noch was gegen machen. Andererseits habe ich nicht ein, mich noch 36 Jahre so hinzuschleppen.

F. Ich glaube, da muß man auch unterscheiden zwischen Aussteigen aus dem Betrieb, wenn man im Betrieb als Kommunist arbeitet und die Situation untragbar ist, man so kaputt ist, daß man erstmal raus muß. Es kann aber auch andersherum sein, daß man sich tatsächlich weiterqualifizieren will und nicht der Kohle wegen. Das müßte dann in der jeweiligen Ortsgruppe diskutiert werden. Ich fühle mich heute als Sozialpädagoge wesentlich wohler, als damals als Fahrer bei Löhning damals, wo ich die Leute mit Bier versorgt habe.

K.L. Ich will noch was Wichtiges sagen, für das im Betrieb-bleiben. Vorweg: Es gibt an der Uni Sachen, die sind richtig und notwendig. Es gibt alternative Projekte, die sind gut und notwendig. Aber was ich in meinem Bereich beobachtet habe, ist, daß die meisten Alternativen darin fallen, was Karl Heinz Roth über die linken Geschichtsführer geschrieben hat. Bei uns am Ort ist das so, daß welche als Profi Rockmusik machen. Also unheimlich stark wäre das. Da wird mit Methoden gearbeitet, mit Methoden an Kohle runtergehen unter dem Dachmantel Alternativ-Sein und die Gesellschaft verändern wollen, wo ich inzwischen einen größeren Ekel vor habe als davor, in den Betrieb zu gehen. Da gibt es Leute, die sind verärgert, auch alternative Projekte, die sind gut und richtig. Aber eine Reihe Sachen, das sind keine Alternativen, da ist es nicht so schlimm, weiter in den Betrieb zu gehen.

B.N. Ich wollte das mal sagen, es gibt auch Leute, die gerne arbeiten und ich gehöre dazu. Ich arbeite nun schon ziemlich lange, einfach aus dem ganz simplen Grund, weil ich muß, weil ich sonst nicht leben kann. Es gibt sicherlich auch Genossen, denen ihr Beruf Spaß macht, trotz kapitalistischer Unterdrückung. Das also auch ein relativ gutes Verhalten zu Kollegen haben, die die Arbeit nicht als Frust begreifen. Ich glaube, daß das ein wichtiger Aspekt ist, welches Verhältnis die Genossen aufgrund ihrer Arbeit im Betrieb zu den Kollegen haben. Ich würde aber nicht so platt argumentieren, daß die, die meinteigen, daß die so verurteilt sind. Bei uns im Betrieb ist es ähnlich, da sind eben auch Genossen und Genossen, die in T in Betrieben arbeiten, die furchtbar beschissen sind. Da ist

ein Genosse, der hat 8 Stunden nur an einer Schleifstrahlmaschine gesessen in einem Raum mit wahnsinnigem Getöse, er hatte überhaupt zu keinem Kollegen Kontakt, ein sehr bewußter Genosse, der irgendwann genug hat, das ist ein Punkt, wo ich nicht weiterkommen und wo ich auf einer anderen Seite viel effektiver bin für die Bewegung, für den

K.B. Von dabei sollte man solche Feindschaften nicht machen.

Hat: Ich finde, wir sollten diese Relativierungen nicht nur auf diejenigen ausdehnen, die aus ganz bestimmten

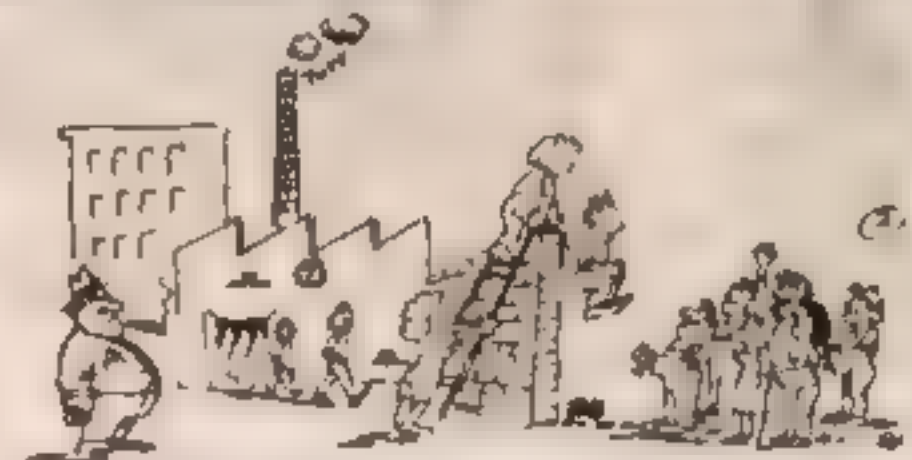
Wir haben damals unheimlich fehlerhaft auf die ersten Austritte aus der Organisation reagiert. Nämlich während, wir haben gesagt, das ist eine Flucht, ihr laßt uns im Stich.

ten gesundheitlichen oder sonstigen Sondergründen jetzt aus den Betrieben rausgegangen sind, sondern m.E. zählen da auch diejenigen zu, die einfach auch aus rein subjektiven Gründen für mich eine andere berufliche Perspektive gewählt haben. M.E. ist das zum Schluß nur ein bisschen holtardipolter gegangen. Ich meine das angesichts unserer Geschichte und angesichts der Erfahrungen, die ich berichten kann. Das, was der Genosse aus der B-K-E vorher zitiert hat, das ist doch reinweisend so gelaufen. Heute diskutieren wir darüber Vor ungefähr drei Jahren ist das in unserer Ortsgruppe angefangen, daß sämtliche Betriebsarbeit zusammengebrochen ist, die Genossen ausgestiegen sind, schließlich aus dem KB ausgestiegen sind.

Ich freue mich über solche Genossen, die sagen, ich bin gerne im Betrieb, ich finde es auch unheimlich gut, wenn sie sagen, das ist meine Perspektive. Aber andererseits finde ich, daß wir diese Geschichte, die wir durchgemacht haben, berücksichtigen müssen. Wir haben damals

z.B. bei uns unheimlich fehlerhaft auf die ersten Austritte aus der Organisation reagiert, nämlich während. Wir haben gesagt, das ist eine Flucht, ihr laßt uns im Stich usw. Ich weiß nicht, was so eine Haltung uns angesichts der jetzigen Krise über-

haupt bringen kann, wenn wir jetzt, wo Genossen aus dem Betrieb rausgehen, ähnlich reagieren. Meines Erachtens muß man das Problem insgesamt sehr differenziert und auch sehr individuell diskutieren und dabei die verschiedenen Seiten, die dieses Problem hat, berücksichtigen. Ich glaube auch nicht, wenn wir so reagieren, daß dann demnächst der Arbeiterkampf nicht mehr Arbeiterkampf heißen kann. Das ist echt Schwarzmalerei und Druckmachen auf die Genossen, die noch drin sind und sich da sehr schwer tun mit ihren Widersprüchen, die sie da haben. Ich halte es für wesentlich besser, wenn diese Widersprüche auf den Tisch kommen, daß sie diskutiert werden können und zwar frei und tatsächlich auch ohne Druck.



„Heute käme mir der Gedanke an Kündigung nicht mehr“

In unserem Bereich haben wir in der letzten Zeit verstärkt Tendenzen, den Betrieb zu verlassen, wieder zur Schule zu gehen oder zur Uni, bzw. ohne konkrete Pläne, nur eben raus aus der Trübsnis. Die Begründung ist relativ einheitlich: „Die Arbeitsituation wird immer ärztender, mit den Kollegen läßt sich wenig dagegen machen, ich erlicke in dieser Routine, da muß ich raus!“

Ein Grund für diese Tendenzen kann m.E. sein, die Möglichkeiten einer Betriebsarbeit sowohl objektiv als auch subjektiv zu zerstören. Wobei objektive Gründe wären: massive Repressionen von Seiten der Kapitalisten und nicht vorhandene Möglichkeiten, „nein“ Bedingungen, Gedanken, Schwierigkeiten und Pläne für die eigene Betriebsarbeit zu diskutieren, gerade auch innerhalb des KB.

Subjektive Gründe wären: Resignation nach einer Katastrophalpolitik, falschverstandener Anspruch an die eigenen Möglichkeiten und daraus resultierender Enttäuschung über die Kollegen.

Ich glaube, am Beispiel „meiner“ Betriebsarbeit läßt sich da eine Menge nachvollziehen. Auf dem Höhepunkt unserer Betriebsarbeit umfasste unsere Betriebszelle 12 Genossen. Wir hatten die Möglichkeit, im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe (BG), die von uns aufgestellt wurde, zu arbeiten. Die BG umfaßte ca. 30 aktive Kollegen. Bei der BR-Wahl '75 bekamen wir 25 % der Stimmen. Aufgrund einiger sehr „ungezügelter“ Aktionen wurden 7 Genossen gekündigt. Gleichzeitig trennten sich einige Genossen von uns, die diesen Clinch nicht durchstehen, bzw. bei heutiger Betrachtung im KB nicht richtig organisiert waren, weil ihr politischer Anspruch nicht soweit ging. Die Betriebsgruppe schloß ein, die Gewerkschaft hatte ihre Fiktion bei den Kündigungen dick drin, wobei die den Bankrott der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb in Kauf nahm.

Im Zeitraum '75 - '77 verließen alle Kollegen der ehemaligen BG den Betrieb. 1977 gab es vorgesehene BR-Wahlen. Die Gewerkschaft hatte aus diesem Anlaß ihre Arbeit wieder aufgenommen mit einigen SPD'ern und DKP'ern. Sie weigerten sich, mit uns irgendwas gemeinsam (selbst Liste etc.) zu machen - gut, einer der größten Fehler war sicherlich der absolute Schmolzwinkel, in den wir uns der Gewerkschaft gegenüber nach den Kündigungen zurückgezogen haben und damit den Rechten das Feld überlassen haben.

Nach der BR-Wahl wurden die seit '75 laufenden Prozesse durch Abfindungen beendet und außer mir verließen alle Genossen den Betrieb. Bei der BR-Wahl hatten wir mit unserer eigenen Liste einen Sitz bekom-

men. Ich hatte großartige Ansprüche im Kopf über meine alternative BR-Arbeit. Kollegen-Treffen, Flugblätter, alles das, was früher 30 Leute getragen hatten, das mußte natürlich weiterlaufen. Die Folge davon war ein völliges Geldmangel. Im BR hab ich mich in kaum eine Debatte eingemischt, ja, was sogar total genervt, überhaupt zu den Sitzungen zu gehen. Ich hatte überhaupt keine Lust, mal aus meinem Büro rauszugehen, um ein bisschen zu hören oder zu reden. Ich glaube, man kann dieses Gefühl der totalen Resignation, der Unlust, überhaupt was im Betrieb zu machen, gar nicht beschreiben, genau wie dieses Gefühl, für eine solche Arbeit unfähig zu sein, weil's ja nun früher geklappt hat und nun nicht mehr. Ich war eigentlich immer kurz davor, meine Kündigung einzuzeichnen, zumal sich das alles in einer Phase abspielte, wo Betriebsarbeit im KB überhaupt nicht diskutiert wurde und man/frau sich schon allein durch diese Fragen und Probleme durchwurzeln mußte.

Wegen eines bestimmten Problems, das im BR entstand, fing ich an, mich mit den BR's abzusprechen - und siehe da, das ging sogar. Das war eigentlich ein Punkt, wo ich anfing, mich mit dieser ganzen Situation auseinanderzusetzen. Zuerst schätzte ich unsere vergangene Arbeit als total sektoriell ein. Es dauerte eine ganze Weile, bis ich merkte, daß unsere Arbeit gar nicht so sektoriell war und ich dadurch sogar den großen Vorteil hatte, im Betrieb als Linke bekannt und - noch wichtiger - akzeptiert zu sein.

D.h., auf dieser Grundlage hatte ich sehr gute Möglichkeiten, eine Betriebsarbeit zu machen. Nicht eine, wie früher mit 12 Gen., sondern „meine“, d.h. die ich alleine mit meinen Möglichkeiten machen konnte.

Ich fand, dieser Weg, sich das klarzumachen, war sehr schwierig, war der größte Hemmschuh, im Betrieb was zu machen, denn der „Rest“ war dagegen relativ einfach, nämlich im BR eine Bündnisarbeit aufzunehmen. Ich arbeite heute z.B. sehr eng mit den BR's zusammen, ohne jetzt aber anderen ein 100%iger Teil ihrer Fraktion zu sein. Genauso bin ich heute wieder ein Teil der BG und damit Arbeit macht mir wieder Spaß. Unabhängig davon habe ich einen Kreis von 3 Kollegen, mit denen ich mich sporadisch treffe, mal zusammen, mal alleine, um verschiedenste Sachen zu diskutieren.

Unabhängig davon, ob ich '81 wieder in den BR komme oder nicht, käme mir heute der Gedanke an Kündigung nicht mehr, weil ich meine Möglichkeiten einer Betriebsarbeit sehr gut finde.

U., Hamburg

„Ich will für eine bestimmte Zeit weglaufen vor Problemen“

Erstmal einiges über meinen Werdegang. Ich glaube das ist recht wichtig, um meine Gedanken zu verstehen.

Als erstes habe ich eine 2 1/2 jährige Ausbildung als Kaufmann im Groß- und Außenhandel hinter mir. Ich hatte überhaupt keine Lust zu diesem Beruf, aufgrund des Geldverdienens-Müssens bin ich da mit 15 Jahren reingeraten, obwohl ich sehr gerne Erzieherin werden wollte. Die ganze Ausbildung habe ich mir zu Ende gemacht, da ich danach zur Schule für Sozialpädagogik gehen wollte. Das habe ich mir dann nach der Lehre überlegt, daß dort zu viele Arbeitslose sind und ich nachher in dem Beruf keinen Job kriege. Na ja, die Zeit war um, was nun? Die Firma hat mich nicht übernommen. Es hieß, sie hätten keinen Platz für mich. Daß war aber nicht der Grund, sie wollten mich los sein. Ich bin allerdings auch, deshalb war ich ganz froh.

Danach war ich 1 1/2 Jahr arbeitslos und habe dann im Kaufhaus als Verkäuferin angefangen, das ich aufgrund meines Alters von 17 Jahren irgendwo eine Stelle als Sachbearbeiterin kriegen konnte. Im Kaufhaus war es dann der absolute Horror. 2 1/2 Jahre habe ich es da ausgehalten, ich weiß immer noch nicht wie. Die Arbeitsbedingungen waren absolut kaputt, die Bezahlung ebenfalls. Was die politische Arbeit angeht, so wurde ich nach einiger Zeit auf psychischer Ebene total fertig gemacht. Mit den Kollegen hatte ich während der Arbeitszeit Sprechverbot. Sie wurden einzeln reingeführt und ihnen wurde verboten, mit mir zu reden. Man stellte mich an eine Kasse, wo am Tag 5 Kunden kommen, daß heißt, freu steht da von kurz vor neun bis nach 18.30 Uhr und weiß nicht, wie sie die Zeit rumbringen soll. Eine absolute Katastrophe! Es gab ständig Knark, um freie Tage etc., was dann so aussah, daß man angeschrien wurde, wenn dem Chef was nicht paßte. Da ich aufgrund der Arbeitsituation auch sehr häufig krank war, wurde mir dies unter der Nase gerieben, bis zum-Gut-Nicht-Mehr. Beim Krankmelden wurde die sofort zum Füllhalter bestellt, der versuchte hat, dich fertigzumachen. Hausbesuche wurden gemacht etc. Dann bekam ich eine Änderungskündigung und wurde in die Lebensmittellieferung versetzt. Die Kollegen und die Arbeit waren dort am besten. Außerdem hatte ich noch ein paar Tagen vom Kassieren eine Scheinseidenentzündung, die fast 1 1/2 Jahr anhält. Gegen die Änderungskündigung habe ich versucht, einen Prozess zu führen. Da es aber „nur“ eine Änderungskündigung war und ich noch im Betrieb war, ließ sich das Gericht mit den Terminen sehr viel Zeit. Die Güterverhandlung hatte ich erst nach 3 Monaten. Als ich nach der Krankheit nach einigen Monaten wieder in den Betrieb kam, stand ich total alleine da. Meine alten Kollegen waren inzwischen gegangen worden. Mir wurde die Arbeit so unangenehm wie möglich gemacht. Das habe ich gerade noch 2 Wochen ausgehalten und bin dann gegangen, ganze 1.200 DM Abfindung habe ich bekommen.

Gleich darauf habe ich eine Stelle als Sachbearbeiterin bekommen. Hier habe ich mich erstmal erkohlt, was die Arbeitsbedingungen und die Kohle angeht. Aber hier geht es wieder los. Ich sehe nicht ordentlich ge-

nug aus. In letzter Zeit habe ich deshalb einigen Ärger und ich muß sagen, ich habe keine Lust mehr. Bzw., nicht daß ihr denkt ich gehe nur nach dem Bockprinzip, ich habe zur Zeit auch keine Kraft. Eine Auseinandersetzung wie im Kaufhaus würde ich jetzt nicht überstehen. Mich macht dieser Kinderkriechen schon ganz schön an.

Auf der anderen Seite gehen mir aber auch solche Gedanken durch den Kopf, daß ich mir sage: Ich will einmal leben. Ich will mich nicht „freiwillig“ dazu verdonnern, durchgehend diese Scheiße zu machen. Es ist für mich möglich, zumindest für drei Jahre oder so zur Schule zu gehen. Warum denn nicht? Ich will endlich mehr Urlaub haben, wie lange dauert es denn, bis wir 6 Wochen haben, da kann ich noch 10 Jahre warten. Ich möchte so gerne mehr Freizeit haben, nicht jeden Tag 8 Stunden arbeiten müssen. Nicht abends ins Bett gehen mit dem Gefühl, du darfst morgen nicht verschlafen, sonst gibt es wieder Ärger. Nicht, wenn ich krank bin, Angst haben müssen, im Betrieb anzurufen. Oder wenn ich ein paar Tage zu Hause bleiben will, überlegen müssen, daß ich so oft schon krank war und nicht krankmachen kann. Rumeilen mit den Kollegen, auf die ich Lust habe. Durch diese jahrelange Anwesenheit auf meine Kleidung habe ich mittlerweile ein Bedürfnis, mich wahnwitzig ausgeflippt anzusehen. Ganz kurz gesagt, ich will für eine bestimmte Zeit weglaufen vor Problemen, die mir sicher mein ganzes Leben über den Weg laufen werden, denn um das Arbeiten komme ich schon allein wegen meiner finanziellen Situation nicht rum. Aber ich will kein Jahr freiwillig mehr diese Scheiße mitmachen, als nur bedingungslos. Ich bin mir auch darüber klar, daß ich in der Frage zur Schule zu gehen, eine ganze Menge Illusionen im Kopf habe. Und daß ich auch dort Ärger haben werde. Aber es ist auf eine ganz andere Art und Weise. Ich kann in der Schule mit jedem diskutieren, ohne Angst haben zu müssen, deshalb flage ich raus oder kriege Sprechverbot oder was weiß ich. Ich habe eine andere Möglichkeit, mich zu kleiden, ich habe mehr Freizeit. Auch wenn ich arbeiten muß, so ist das nur eine Jobbingkeit und alleine die Semesterferien bieten eine Menge freie Zeit.

Ich habe meinen betrieblichen „Lebenslauf“ deshalb mit in diese Papier geschrieben, damit einigen Leuten vielleicht klar wird, was mich zu diesen Gedanken bringt. Die ganzen betrieblichen Auseinandersetzungen haben mir soviel Kraft gekostet, daß ich das Gefühl habe, ich breche jetzt etwas Ruhe - ich bin ausgeleert. Ich habe diese Gedanken aufgeschrieben, damit erkannt wird, daß dieses wirklich ein Problem ist, mit dem man sich ernsthaft auseinandersetzen muß. Auch wenn sicherlich einiges zu kritisieren ist, so sind diese doch Gedanken, die sich sehr viele machen und die sehr viele belasten, denn so ohne weiteres bringe ich es auch nicht aus dem Betrieb zu gehen, und ich habe schon ein schlechtes Gewissen. Auf jedenfall habe ich die Frage des Rausgehens aus den Betrieben für eine sehr ernsthafte Sache.

C., Hamburg

»Sturmböen in der Karibik«



Fortsetzung von Seite 40

uß und hässlicher Freude genutzt, um Kubas Ansehen in der Region anzukratzen und ein weiteres Mal das Scheitern des Sozialismus zu „beweisen“ (vergl. AK 176). Höhepunkt und logische Folge dieser Politik ist dann die eindeutige Forderung des rechtsradikalen Präsidentschaftswärters der USA, Ronald Reagan, der für eine Kuba-Blockade (Vernichtung etc.) eintritt, falls die SU ihre Truppen aus Afghanistan nicht zurückzieht.

Kurz zusammengefaßt heißt das also: Mitten in die Phase der allgemein hochgejubelten „Entspannung“, der Liberalisierung der Beziehungen zwischen USA und Kuba, platzt plötzlich 1978 die Krise um die MIG-23, die Gefährlichkeit der SU wird beschworen, SALT II (unter anderem wegen dieser Kubakrise) wird verzögert und in Frage gestellt und die Notwendigkeit, den „freien Westen“ gegen den Kommunismus zu verteidigen, kann wieder handfest nachgewiesen werden.

Was die „SZ“ 1978 als „schwer verständliche Schwankungen im Verhältnis der Supermächte“ charakterisierte, dürfte heute auch für bürgerliche Schreiberlinge einsehlich sein. Die Kriegshetze, die mit der Iran-Krise und Afghanistan ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat, wurde 1978 bereits über Kuba eingeleitet.

Die Veränderungen in der Karibik

Eine größere Unabhängigkeit der karibischen und mittelamerikanischen Länder ist für die USA aufgrund ihrer starken Interessen in dem Raum nicht tragbar.

Unvermeidbar war aber, daß eine Reihe von Ländern fortschrittliche Regierungen mit teilweise ant imperialistischer Blödrichtung erhielten, die freundschaftliche Kontakte zu Kuba aufbauten. 1972 war die Regierung von Michael Manley in Jamaika, der einen kurz größeren Unabhängigkeit und sozialer Reformen anstrebte, neben Kuba noch die Ausnahme. Heute hat sich das Bild deutlich verändert. Der spektakulärste Schlag war der Sturz Somozas in Nicaragua im Juli 1979; bereits im März 1979 war die langjährige Diktatur von Eric Gairy auf Grenada durch einen Putsch beendet worden, es folgten St. Lucia, St. Vincent, d.h. eine ganze Reihe von Staaten in der Region, die nicht mehr als gehobenes und höriges Hinterland betrachtet werden können.

Hinzu kommen die Länder, in denen die Massenbewegung sich derzeit nicht aufhalten läßt (wie in El Salvador), oder wo sie zumindest wächst und selbstbewußter wird. Selbst in Haiti, einer der kleinsten und brutalsten Diktaturen, hat es kürzlich Streiks und Demonstrationen gegeben. Daß die Interessen der USA und ihre bislang unangefochtene Vormachtstellung dadurch zwar noch nicht ernsthaft gefährdet aber doch beeinträchtigt und behindert werden, läßt sich an einigen Beispielen zeigen:

Auf zwei kleinen zu Puerto Rico, der unantastbaren Kolonie der USA, gehörigen Inseln unterhielt die USA Stützpunkte, Culebra und Vieques. Von 1967 bis 1971 kämpften die 4 000 Familien von Culebra gegen die US-Besatzung. Durch die Bombardierungen der Insel bei Übungen und Manövern wurden ihre Häuser und Fließgeräte zerstört, ihr Fischfang (Haupternährungsmittel) stark beeinträchtigt, die Präsenz der US-Soldaten zerstörte ihre Lebensgewohnheiten usw. Mit gerichtlichen Mitteln, aber auch in militärischen Kämpfen, gingen die Fischer gegen den Stützpunkt vor, besetzten Teile der US-Basis, flüchten direkt in der Feuerzone oder besetzten massenweise die Gebiete der Insel, die bei Übungen bombardiert werden sollten. 1971 wurde schließlich der Stützpunkt geräumt, allerdings um sofort den Stützpunkt auf der Nachbarinsel Vieques zu verlagern. Seit 1978 führen auch die Fischer von Vieques einen entschlossenen Kampf gegen das US-Militär und fordern die völlige Räumung der Insel. Unterstützt werden sie dabei von fast allen gesellschaftlichen Gruppen, auch von Vertretern der regierenden Partei PNP, eine eigentlich rechte Partei, die z.B. für den Anschluß Puerto Ricos an die USA als 51. Bundesstaat eintritt („JWM“, März '79). D.h. der Kampf gegen die Manöver und gegen den Stützpunkt steht nicht im Rahmen einer einseitigen ant imperialistischen Bewegung, sondern richtet sich vorerst hauptsächlich gegen die Beeinträchtigung des Lebens. Trotzdem sind die Auswirkungen für den US-Imperialismus spürbar. Die Manöver Solid Shield 1978 und Redox im Januar 1979 mußten wegen des Widerstandes der Inselbewohner vorzeitig abgebrochen werden; und auch die gezielte Demonstration der Stärke durch das folgende Manöver im Mai 1979,

das mit 14 Kriegsschiffen und 10 000 US-Soldaten das größte überhaupt war, wurde eine Woche früher als geplant abgebrochen („Lateinamerika Nachrichten“ Nr. 72). Die Bemühungen der USA, auf andere Inseln auszuweichen, bzw. diese zusätzlich zu besetzen, können heute auch nicht mehr so unproblematisch durchgezogen werden wie gewohnt. England hat z.B. keine Zustimmung zur Vermietung der Insel Anguilla für „Bombardierungsübungen“ gegeben.

Guayana Präsident Burnham, der nach innen diktatorisch regiert, hat den USA ebenfalls die Errichtung eines Stützpunktes verweigert.

Ein anderes Beispiel ist das Großprojekt der US-Firma Amerada Hess auf St. Lucia. Geplant war, daß die Firma ein riesiges Gebiet der Insel zur Verfügung bekommt, das als exterritoriales Gebiet gelten sollte. Gebaut werden sollte eine Raffinerie, ein Umschlaghafen und ein Freihafen. Bei den Wahlen im Juli 1979 gewann die linksgerichtete Arbeiterpartei SLP mit Allan Louisy, der sofort die Einstellung dieses Großprojekts ankündigte und die Zusammenarbeit mit Kuba suchte.

Heikel für den US-Imperialismus ist auch, daß heute zu den 25 OAS-Staaten (Organisation amerikanischer Staaten) nur fünf kleine karibische Länder (Barbados, Grenada, Jamaika, Surinam und Trinidad Tobago) zählen. Mitte der achtziger Jahre werden durch weitere „Entlassungen in die Unabhängigkeit“ rund 45 Länder Mitglied der OAS sein, davon 23 ehemalige Inselkolonien. Eine mögliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der OAS und auch der UNO wird bereits seit längerem in der Presse problematisiert. Ob die weitgehende Verlässlichkeit von Organisationen wie der OAS als Abstimmungsmaschine für den US-Imperialismus wird durch diese Entwicklung in Frage gestellt.

Bezeichnend ist, daß der inzwischen ausgeschiedene Außenminister Cyrus Vance die Karibik als einen „der Konfliktpunkte der weltweiten Situation“ charakterisierte („JWM“ 31).

Dampfblasen und Kanonenboote - Die Politik des Imperialismus

Am deutlichsten wird die Zweigleisigkeit der imperialistischen Politik am Beispiel El Salvador. Der alte Diktator Romero wurde im Herbst 1979 ausgewechselt, um der Massenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

ausgewechselt, um der Massenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen (erfreulicherweise erfolglos); gleichzeitig werden Soldner ausgebildet, in Honduras und Guatemala gesammelt und eine militärische Intervention vorbereitet (vergl. genaues Bericht in diesem AK). Und so ist das Vorgehen für die ganze Region. Zum Dampfblasen wird der alte UNO-Botschafter Andrew Young als Repräsentant der „guten Nachbarschaft“ zu Konferenzen geschickt, da hält die US-Botschaft für Barbados und die Ostkaribik, Sally Shelton, „verständnissvoll“ und „freundschaftlich“ reden, da wird grünes Licht gegeben für finanzielle Hilfsmaßnahmen („El Dia“, 18.10.79, „Uno mas Uno“, 30.11.79). Da werden schließlich Länder wie Mexiko und Venezuela, die sich in den letzten Jahren einiges Ansehen im Lager der unabhängigen Dritten-Welt-Staaten erworben haben, als Vermittler eingesetzt.

Venezuela hat die FSLN im Kampf gegen Somoza unterstützt und als einer der ersten Staaten Beziehungen zur fortschrittlichen Regierung Bishop in Grenada aufgenommen. Die OPEC hat — wohl auf Initiative Venezuelas — 10,5 Mio Dollar für verschiedene karibische Staaten zur Verfügung gestellt. Venezuela spielt eine führende Rolle in internationalen „Entwicklungshilfe“-Initiativen, z.B. der Caribbean Development Bank u.a. („Monitor-Dienst“, 6.12.79). In ähnlicher Weise tritt Lopez Portillo aus Mexiko auf, 1979 traf er sich erstmals mit Fidel Castro; er hat Nicaragua besucht und propagiert die Hoffnung, daß dort ein neues Entwicklungsmodell für die lateinamerikanischen Länder geschaffen werden könnte („Spiegel“, 5.5.80). Diese good-will-Tour und die teilweise auch reale Unterstützung soll Einfluß schaffen, den der diskreditierte US-Imperialismus auf dieser Ebene nicht gewinnen kann.

Das gleiche Ziel verfolgt die Sozialistische Internationale. Ihre letzte Regionaltagung wurde bezeichnenderweise in Santo Domingo (Dominikanische Republik) abgehalten, wo dann die Diktaturen verurteilt, das Selbstbestimmungsrecht betont wurde etc. Dieses Vorgehen der freundlichen Sprache und Hilfsmaßnahmen wird ergänzt durch wirtschaftlichen Druck, der angesichts der ökonomischen Schwäche und starken Abhängigkeit der kleinen Staaten brutale Ausmaße annehmen kann. In Jamaika wurden

der Regierung Manley alle Kredite und Hilfsmaßnahmen gestrichen, bis sie sich dem Diktat des internationalen Währungsfonds (IWF) unterwerfen. Die US-Konzerne (Reynolds vor allem) drohten die Bauproduktion, die Hauptdevisenquelle des Landes, um gleichzeitig in anderen Teilen der Welt (vor allem Australien) die Produktion drastisch zu erhöhen (Gerade ist die Regierung Manley aus den Vereinbarungen mit dem IWF ausgestiegen, weil die wirtschaftlichen Verelendungsmaßnahmen für die Massen der Regierungspartei die Wahlerschaft zu entziehen drohen).

Olektisch wird versucht, eine engere Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration der karibischen Staaten, die größere Selbständigkeit bewirken könnten, zu unterlaufen. Die vorhandenen Assoziationen funktionieren aufgrund der zahlreichen Widersprüche und unterschiedlichen Interessen sehr schlecht. Die Bestimmungen der karibischen Gemeinschaft und des gemeinsamen Marktes (CARICOM, 1973 aus CARIFTA hervorgegangen) können relativ leicht umgangen werden; den Löwenanteil des über die Gemeinschaft laufenden Austauschs streichen sowieso die US-Konzerne ein. 1977 z.B. erreichte die Texaco mit 152 Mio Dollar rund die Hälfte des gesamten Warenaustausches der CARICOM-Länder („NZ“, 13.12.79). Außerdem planen die USA einen gemeinsamen Vertrag mit Kanada, Mexiko und einigen karibischen Staaten. Wahrscheinlich ist, daß auch Venezuela dazustößt, um eine Freihandelszone im karibischen Raum mit besonderem Gewicht auf den Energieeressourcen zu schaffen. Gegen eine solche Gemeinschaft hätte natürlich kein Verbund der kleinen Staaten eine Chance („JWM“ 31). Und schließlich hat der US-Imperialismus bereits 1978 begonnen, die chinesische Karte ins Spiel zu bringen. „Falls sie früher noch nicht daran gedacht haben, müssen Washington und seine Verbündeten nun sicherlich beginnen, China als fähiges Gegengewicht gegen die Kubaner zu betrachten“ („Caribbean Contact Bridgetown“, Sept. 79).

Schon Mitte 78 soll Brzezinski bei einem Besuch in Peking ein stärkeres Engagement der Chinesen in der Karibik gefordert haben. Kurz darauf ging dann der stellvertretende Ministerpräsident Keng Piao auf Karibikreise. Sicherlich „verwirrend“ für die karibischen Staaten, daß die VR China auf der Seite der USA in die Region eingreift, ließ es damals in der „FAZ“, die auch gleich in dankens-

Region eingreift, ließ es damals in der „FAZ“, die auch gleich in dankenswerter Offenheit entwickelte, daß China überall dabei ist, wo die außenpolitische Einkreisung der Sowjetunion auf der Tagesordnung steht. Zwar haben die Chinesen an ökonomischer Unterstützung nicht viel zu bieten, können aber als bedeutender Verurteiler der Dritten Welt und zur Ausweitung der Märkte einiges Gewicht vorbringen. So haben die Staatschefs von Jamaika (Manley), Guayana (Burnham) und Trinidad Tobago (Williams) bereits China besucht („FAZ“, 27.7.78); darüber hinaus wurden die Beziehungen entwickelt zu St. Vincent, Grenada (allerdings kühle Antwort).

Keng Piao hat auf seiner Reise entsprechende Warnungen vor dem sowjetischen Hegemonismus und dem „trojanischen Pferd Kuba“ vom Stapel gelassen.

Repression und „big stick“ wurden nie aufgegeben

Alle diplomatischen Initiativen und ökonomischen Machenschaften hindern die Imperialisten in keiner Weise, ihre militärische Präsenz in der Region weiter auszubauen und massive Repressionen gegen fortschrittliche Bewegungen einzusetzen. Die Stützpunkte des US-Imperialismus in der Karibik wurden oben schon aufgezählt. Durch die Schlagzeilen ging in diesem Jahr das für Mai geplante Riesenmanöver, bei dem die Vernichtung Kubas und, als Höhepunkt, die erstmalige Landung von Marines auf Guantanamo (Kuba) geübt werden sollten. Fidel Castro hatte auf diese Provokation zu einem „kämpferischen Volksmarsch gegen die Blockade, den Stützpunkt Guantanamo und die Spionageflüge“ aufgerufen und angekündigt, daß 5 Mio Kubaner daran teilnehmen würden („SZ“, 3.4.5.80).

Im Pentagon hielt man es schließlich, angesichts des Flüchtlingsstroms aus Kuba, doch für günstiger, dieses Provokationsmanöver durch eine „Hilfsaktion“ zu ersetzen. „Jemand schlug vor, die Marine fliehe für eine Rettungsoperation als für eine Machtdemonstration einzusetzen“ („SZ“, 2.5.80). So wurde das Manöver diesmal noch abgeblasen, ohne dabei den weiteren militärischen Ausbau der Region einzuschränken. — Honduras erhält 3,5 Mio Dollar

Militärhilfe plus zehn Kampfhubschrauber zum „Schutz der Grenzen“ („UZ“, 14.5.80).

— El Salvador erhält 33,7 Mio Wirtschaft- und Militärhilfe, obwohl der ermordete Erzbischof Romero Carter in einem persönlichen Brief aufgefordert hatte, jegliche Hilfe an das Regime einzustellen („Spiegel“, 5.5.80).

— In Key West wartet eine sogenannte Eingreiftruppe auf ihren Einsatz, der möglicherweise schon bald in El Salvador realisiert wird („El Dia“, 18.10.79).

— Über 60 % der US-„Unterstützung“ für Puerto Rico fließen in militärische Ausgaben.

All diese (unvollständig und nur beispielhaft aufgezählten) Gelder fließen in die Taschen von Regierungen, die die oppositionellen Bewegungen in ihren Ländern mit brutalstem Terror bekämpfen und über ihre Killerorganisationen die gezielte Ausrottung der linken Kräfte betreiben.

Prominente Opfer der letzten Zeit waren neben zahllosen Gewerkschaftern, Bauern, demokratischen und linken Politikern der Erzbischof Romero von El Salvador und Walter Rodney aus Guyana.

Aber in Nicaragua war die Ermordung des liberalen Zeitungsherausgebers Chamorro der letzte Auslöser für eine so explosive Entwicklung der Massenkämpfe, daß der Sieg der Volkskräfte nicht mehr aufzuhalten war. ...

Die Sowjetunion

Für die Sowjetunion war der Vorstoß von 1962 - Raketenstationierung auf Kuba - der einzige massive und offensive Versuch, im karibischen Meer militärisch Fuß zu fassen. Insgesamt ist die Politik der Sowjetunion eher zurückhaltend und indirekt über Kuba vermittelt.

Wesentliche Ursache dafür ist, daß das ganze Gebiet, ebenso wie der lateinamerikanische Kontinent, trotz aller Schwankungen und trotz einzelner Einbrüche, immer noch fest unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus steht. Ein stärkeres Einsteigen brächte für die SU zum einen die Konfrontation mit den USA, die sie zur Zeit in dieser Region nicht unbedingt brauchen kann und zum anderen sehr hohe Kosten. Die Unterstützung Kubas kostet die SU täglich mehrere Mio Rubel (1978: 4,2 Mrd. Rubel, das sind mehr als 12 Mrd. DM). Solche Kosten kann

und will sich die SU nicht in mehreren Fällen leisten, zumal die in Frage kommenden Länder (etwa Nicaragua, Grenada) sehr klein und verglichensweise unbedeutend sind und es fraglich wäre, ob sich der hohe finanzielle Einsatz tatsächlich politisch auszahlen könnte. Deswegen orientiert die SU offensichtlich darauf, vom prinzipiell vorhandenen Anti-Nordamerikanismus und von dem guten Image, das Kuba genießt, zu profitieren und die entsprechenden Länder propagandistisch und in begrenztem Rahmen mit Beratung und technologisch zu unterstützen. So gibt es zahlreiche diplomatische oder sogar freundschaftliche Kontakte zu karibischen Staaten, die Reize der nicaraguanschen Delegation durch einige Ostblockländer wurde ausführlich gewürdigt usw. Außerdem wird eine engere Verbindung zwischen den kleinen fortschrittlichen Staaten und anderen RQW-Staaten ohne die direkte Beteiligung der SU angestrebt (z.B. Jamaika - Ungarn).

Sobald allerdings ein größerer Bröcken an wirtschaftlichem Einfluß möglich erscheint, schnappt die SU zu. Bestes Beispiel ist zur Zeit Argentinien, das, trotz des nordamerikanischen Embargoversuchs, Getreide an die SU liefert. Die realsozialistische Regierung scheut im Gegenzug keine Skrupel, die Videla-Junta zu unterstützen und sogar Angebote für atomare Zusammenarbeit zu machen (vergl. AK 179).

Die vielbeschworene Gefahr, daß die fortschrittlichen Länder (wie z.B. Nicaragua) zweite Kubas, d.h. nach weislicher Lesart weitere Vorposten der SU werden könnten, steht in diesem Sinne gar nicht, weil die Sowjetunion nicht bereit ist, sich so stark wie im Falle Kuba zu engagieren. Der beste, wenn auch sicher komplizierteste Weg für die fortschrittlichen Kräfte bleibt, sich überall dort militärische und wirtschaftliche Hilfe zu holen, wo sie ohne Bedingungen zu bekommen ist, möglichst viele Unterstützerländer zu gewinnen, um die Abhängigkeiten so gering wie möglich zu halten und die Zusammenarbeit im internationalen fortschrittlichen Lager zu entwickeln.

Lateinamerika-Kommission



Ruben Zamora aus El Salvador zur Gefahr einer US-Intervention

Die El-Salvador-Veranstaltung in Hamburg-Hafen am 19.6. war von Protesten und Störungen begleitet.

Nach einem einseitigen Beitrag über die Entwicklung in El Salvador sprach der ehemalige Minister und Christdemokrat Ruben Zamora. Einen Teil seines Beitrags drücken wir im folgenden ab. Die Dia-Serie zeigte vor allem die unvermeidbare Repression gegen Bauern und Arbeiter in El Salvador und stellte große Betroffenheit her. Ein bißchen mehr Betroffenheit hätten wir uns auch von der Hamburger „Szene“ gewünscht, mit etwa 200 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr schlecht besucht. Obwohl außer den Solidaritätskomitees und der GIM auch der KB Mitveranstalter war, hatten so gut wie keine KB-Gesamts/innen die „Zeit gefunden“, ihre Solidarität mit einem Land auszudrücken, in dem der Sieg noch nicht erkämpft ist und die Gefahr einer militärischen Intervention durch den US-Imperialismus immer brennender wird. Ob hier die Lateinamerikakommision zur Bekämpfung ist, weil ihr „Schutzbegerten“ nicht genug Beachtung fand, oder ob wir nicht doch mal wieder ein bißchen mehr über internationale Solidarität diskutieren sollten — vielleicht wäre das mal ein Diskussionsanlass?

Ruben Zamora legte in seinem Beitrag großes Gewicht auf die Gefahr einer Intervention der USA in El Salvador. Diesen Teil seiner Rede wollen wir hier wiedergeben.

„Auf dem Weg des salvadorianischen Volkes in die Freiheit gibt es ein großes Hindernis und das ist die Gefahr einer Intervention durch die USA. Im Augenblick haben die USA 36 sog. Militärberater zu uns ins Land geschickt, die Spezialisten sind im Kampf gegen aufständische Kräfte. Das Land wurde in drei Zonen aufgeteilt. In jeder dieser drei Zonen wurde von den Militärs ein Zentrum eingerichtet, das die Befehlsgewalt hat und die Repression leitet und durchführt. In jeder dieser drei Zentren gibt es zwölf dieser amerikanischen Militärberater, die von hier aus die Repression praktisch leiten und durchführen. Außerdem haben die USA einen Kredit über 6,2 Mio US-Dollar nach El

Salvador gegeben, damit Waffen und Ausrüstung zur Unterdrückung des Volksaufstandes angeschafft werden können. Außerdem haben die Militärs spezielle Ausrüstungsgegenstände gegen Meuterei und Aufruhr im Werte von 200 000 US-Dollar erhalten. Zudem haben die USA 30 Hubschrauber, die mit Artillerie ausgerüstet sind, an die Militärs geliefert. Sie sind dazu bestimmt, die Landbevölkerung zu unterdrücken und auszurotten.

Der Sonderbotschafter der USA für lateinamerikanische Angelegenheiten, Bowdler, hat in Guatemala angeordnet, an der salvadorianischen Grenze einen „Cordon Sanitario“ [soviel wie gesäubertes Ring] einzurichten. Die Militärs von Guatemala und auch von Honduras sollen verhindern, daß die salvadorianische Revolution vom Ausland Unterstützung bekommt. Außerdem wurde beobachtet, daß in diesen Ländern Manöver durchgeführt wurden, um die Landung amerikanischer Marines vorzubereiten. Zwei Militärstützpunkte gibt es an der Atlantikküste von Guatemala, einen an der Mosquito-Küste von Honduras und einen an der Atlantikküste am Golf von Fonseca zwischen Nicaragua und El Salvador. Diese Militärstützpunkte sind außerdem verbunden mit den Militärstützpunkten, die die USA in dem gesamten Gebiet noch haben, in Puerto Rico, auf Guantanamo, auf Cuba und in der Kanalzone in Panama. Außerdem gibt es noch mobile Einsatzkräfte, die in Florida stationiert sind. Dieser letztgenannte Stützpunkt in Florida kann in ganz kurzer Zeit rund 120 000 Soldaten für eine Intervention in El Salvador mobilisieren.

Es ist also ungeheuer wichtig, daß alle Solidaritätsgruppen, alle ant imperialistischen Menschen die Anwesenheit der amerikanischen Militärberater in El Salvador bekanntmachen und verurteilen und auf die Gefahr einer Intervention in El Salvador hinweisen. Die demokratischen und freien Völker der Welt können eine Intervention verhindern, das muß nur möglichst bald geschehen, bevor die Intervention wirklich angefangen hat.“



Mit brutaler Gewalt geht die Rassistenpolizei gegen die Freiheitskämpfer vor

Südafrika: Trotz Verbot — Massendemonstrationen und Streiks gegen das Rassistenregime

„Wir haben keine Angst“, riefen die Demonstranten den anstürmenden Spezialeinheiten der Polizei entgegen und reckten die geballte Faust empor. Der 4. Jahrestag von Soweto (1976) wurden über 600 demonstrierende Schüler von den Rassistensoldaten kaltblütig umgebracht. Der 4. Jahrestag von Soweto (1976) wurde zu einem Höhepunkt der Militanz, der Wut und des Widerstands gegen die faschistische Barbarei. Es war aber auch ein neuer trauriger Höhepunkt der Repression. Den Todesstrafen fielen nach Schätzungen über 70 Menschen zum Opfer! („IHT“, 21.6.80)

Über acht Wochen hatten zuvor vor allem die Mischlingskinder den Unterricht boykottiert. Am Ende des Ausstands gab es mehrere Tote durch die südafrikanische „Aufstandspolizei“. Enorm verschärft wurde dann das Klima der Unterdrückung durch ein totales Versammlungsverbot zum Jahrestag von Soweto, ein Verbot, das sogar Gedenkveranstaltungen einschlöß. Doch die Rechnung der Rassenisten ging nicht auf. In der Nacht zum Mittwoch (18.6.) lieferten sich die ganze Nacht hindurch „Mischlinge“ und Spezialeinheiten erbitterte Kämpfe. Die Gewalt ging von den Rassenisten aus, die aus Überzahl die Versammlung...

(18.6.) lieferten sich die ganze Nacht hindurch „Mischlinge“ und Spezialeinheiten erbitterte Kämpfe. Die Gewalt ging von den Rassenisten aus, die zur Durchsetzung des Versammlungsverbots nicht nur mit Tränengas und Gummigeschossen, sondern auch mit Schrot und scharfer Munition in die unbewaffneten Menschenansammlungen hineinschossen. Eine Frau sagte aus: „Sechs Polizeiwagen kamen und die Polizisten quollen nur so heraus und schossen wie verrückt. Niemand warf Steine, aber eine riesige Menschenmenge stand herum. Meine Nachbarn Avri fiel. Ich dachte, sie sei ohnmächtig geworden, aber dann sah ich all das Blut und das Loch. Sie hatte einen Herzschuß“ („FR“, 19.6.80). Der oberste Polizeichef Südafrikas hatte seinen „Beamten“ befohlen, „auf jeden den Todesschuß abzugeben, der plündert, Brandstiftung begeht oder das Leben von Mitgliedern der Polizei gefährdet“ („SZ“, 19.6.).

Die Bilder der Auslandskorrespondenten gingen um die Welt. Sie zeigten schießende Polizisten, Barrikaden, brennende Straßen und verzweifelte Jugendliche, die sich mit Steinwürfen gegen die hochgerüsteten Aufstandsabwehrungseinheiten wehrten. Die Zugangsstraße zum Flughafen von Kapstadt war zeitweise nicht passierbar. Die Aufstandspolizei eilte von einem „Unruheherd“ zum nächsten und setzte Tränengas und Gewehre ein, um die Menschenansammlungen zu zerstreuen. Allein in Kapstadt kamen in dieser Nacht ca. 42 Menschen ums Leben („International Herald Tribune“, 19.6.80)

Die schockierende Brutalität des faschistischen Regimes wurde wieder einmal weltweit sichtbar. Dazu fiel dem Polizeiminister Le Grange nichts weiter ein, als die fliehenden Augenzeugen und Berichterstatter für die Ereignisse selbst verantwortlich zu machen und weitgehende Einschränkungen der Berichterstattung anzufordern.

nen. Dämmliche Behauptung: Die Auslandskorrespondenten hätten die Schwarzen zum Steinwerfen und Widerstand animiert. Beweise wurden angekündigt, aber natürlich nicht vorgelegt. Den Auslandskorrespondenten wurde verboten, ohne polizeiliche Bewachung in den schwarzen Ghettos zu filmen, teilweise wurden sie bei Unruhen ganz am Filmemachen gehindert, sogar beschossen und festgenommen (so geschah dem ZDF-Korrespondenten).

Während die Ereignisse von Soweto weltweit in der schwarzen Arbeiterschaft keine große Resonanz fanden, wurden diesmal die Unruhen von ausgedehnten, z.T. militant geführten Betriebskämpfen begleitet. Bereits Anfang Juni ging die Polizei mit Tränengas gegen 4.500 streikende Goldminenarbeiter vor. In Kapstadt wurde der Aufruf zum Generalstreik mit ca. 75 % befolgt, in einigen Industriezweigen mit noch höheren Prozentsätzen. Tausende von Werftarbeitern blieben zu Hause und die Docks lagen verlassen da. In Bloemfontein boykottierten ca. 40 % der Beschäftigten ihre Arbeit („IHT“, 17.6.). In den 14 großen Automobilfabriken bei Port Elisabeth traten mehr als 10.000 Arbeiter in den Streik. Auch der VW-Konzern war davon betroffen. Die Niederlassung hatte sich gewarnt, gewerkschaftliche Diskussionen auf dem Betriebsgelände zuzulassen. Wie Ford stellte sie die Produktion ein, während General Motors die Produktion nur reduzierte („IHT“, 21./22.6.). Im Bund mit den Unternehmern schloß die Polizei mit Tränengas und mit Schrotflinten in die Streikenden (ebenda). Am 25.6.80 konnten diese einen Sieg feiern: Es wurden Lohnerhöhungen von 20 % bewilligt. Der gegenwärtige Stundenlohn für die harte Arbeit am Montagabend liegt bei lächerlichen DM 2,70! ... Klar, daß die BRD einen Wirtschaftsboykott ablehnt, allen voran IGM-Chef und VW Aufsichtsratsmitglied B. Loderer!

Sowohl die ausgedehnten Schülerstreiks wie die militanten Aktionen am Soweto-Gedächtnistag wurden wesentlich von den „Mischlingen“ getragen, während es in den „schwarzen“ Städten im Vergleich zu Soweto relativ ruhig blieb (mit Ausnahmen). Die „Mischlinge“ („coloureds“ werden sie regierungsoffiziell genannt — im bewußter Abgrenzung zu den „blacks“) haben damit dem Regime endgültig den Kampf angezeigt. Ihre im Vergleich zu den Schwarzen geringfügige Besserstellung ist nicht länger ein Hindernis für die solidarische Aktion aller Unterdrückten in der RSA. Sogar indische Studenten hatten sich an den Streiks beteiligt. Eines der Fundamente der Rassenpolitik der Faschisten, die Spaltung der verschiedenen Rassen — ist ins Wanken geraten. Die jüngsten Ereignisse deuten an, daß sich in Südafrika eine neue Front konstituiert, die den Herrschenden mehr als Kopfzerbrechen bereiten wird.

Die Bilder der Auslandskorrespondenten gingen um die Welt. Sie zeigten schießende Polizisten, Barrikaden, brennende Straßen und verzweifelte Jugendliche, die sich mit Steinwürfen gegen die hochgerüsteten Aufstandsabwehrungseinheiten wehrten. Die Zugangsstraße zum Flughafen von Kapstadt war zeitweise nicht passierbar. Die Aufstandspolizei eilte von einem „Unruheherd“ zum nächsten und setzte Tränengas und Gewehre ein, um die Menschenansammlungen zu zerstreuen. Allein in Kapstadt kamen in dieser Nacht ca. 42 Menschen ums Leben („International Herald Tribune“, 19.6.80)

Die schockierende Brutalität des faschistischen Regimes wurde wieder einmal weltweit sichtbar. Dazu fiel dem Polizeiminister Le Grange nichts weiter ein, als die fliehenden Augenzeugen und Berichterstatter für die Ereignisse selbst verantwortlich zu machen und weitgehende Einschränkungen der Berichterstattung anzufordern.

Afrika-Kommission

Interview mit der Bewegung »Shalom Archav« — »Frieden sofort«

(Übersetzung aus „Liberation“, 14./15. Juni 1980).

„Shalom Archav“ existiert seit 1978. Damals schrieben 340 Reserveoffiziere der israelischen Armee Ministerpräsidenten Begin öffentlich an: „Wir glauben, daß der Frieden weder ein Gespenst noch eine Abstraktion ist. Wir glauben, er ist ein konkretes Ziel, das wir erreichen können und das politisch ausgedrückt werden kann. Wir glauben, daß Israel einen echten Friedensplan vorschlagen soll, der realistisch und flexibel ist, um von mehr Leuten akzeptiert zu werden als nur von seinen Autoren.“ Dieses Interview ist vor den Attentaten vom 2. Juni in Westjordanen gemacht worden.

Libe.: Welche Rolle spielt die Bewegung „Freunde von Shalom Archav“ in Frankreich?

S.A.: Die Gründung der „Freunde von Shalom Archav“ bedeutet, sich zu Wort zu melden in der Diaspora, außerhalb des klassischen israelischen Diskussionszusammenhangs. Unabhängig von der strategischen Position der Palästinenser begreifen wir uns als Linke und sind überzeugt, daß gegen die selbstmörderische Politik von Begin Stellung bezogen werden muß. „Die Freunde von Shalom Archav“ sind direkte Vertreter der Bewegung in Israel selber.

Libe.: Wir haben von „Shalom Archav“ vor längerer Zeit, zum Zeitpunkt der Gründung, berichtet. Können Sie nochmal sagen, worum es hier geht?

S.A.: „Shalom Archav“ ist ein Symptom für das, was in den letzten Jahren geschehen ist. Die Bewegung konnte sich erst nach der Reise von Sadat gründen — weil dadurch damals verschiedene intellektuelle und psychologische Positionen zerstört werden konnten. Vorher war es nicht möglich. Entscheidend ist, daß aus der ägyptischen Verfassung heute die Idee der Zerstörung Israels verschwunden ist. „Frieden sofort“ sucht vor allem die Anerkennung des Dialogs durch die Palästinenser als einzige Lösung im Nahen Osten.

Dieser Position schließt sich eine starke Minderheit der israelischen Linken an. Die Umfragen in Westjordanen zeigen, daß 50% der Israelis mindestens bereit zu Zugeständnissen sind. Auf diese Öffnung innerhalb der israelischen öffentlichen Meinung müssen die Parteien reagieren, die heute in der Opposition sind und wahrscheinlich morgen an der Macht sein werden.

Demgegenüber stellt jeder eine „Linke“ im israelischen Lager, die heute in der Opposition und wahrscheinlich morgen an der Macht sein werden.

Demgegenüber stellt jeder eine Verhärterung der PLO fest — und wir müssen sagen, daß, wenn es kein Echo auf palästinensischer Seite gibt, die Bewegung für den Frieden in Israel auf lange Zeit blockiert bleiben wird.

Libe.: Wie wird das Verhalten eurer Bewegung sein, wenn, wie wahrscheinlich, Begin bei den nächsten Wahlen geschlagen wird?

S.A.: Wahrscheinlich wird Shimon Peres oder Itzhak Rabin gewählt werden. Aber wir werden weiter Druck ausüben auf die liberale Fraktion der Partei der Arbeit (Mapai), genauso wie wir es heute unter Begin tun. Shimon Peres wird auf keinen Fall Sprecher der Bewegung für den Frieden sein können, diese wird weiterhin außerhalb der Parteien existieren. Libe.: Dennoch sehen viele Menschen in euch das Feigenblatt der Mapai, wenn auch als dynamischer, spontanster Ausdruck — aber dennoch unter der Fuchtel von Shimon Peres. S.A.: Man kann die Dinge aufklären. „Shalom Archav“ ist aus der Niederlage der Partei der Arbeit geboren — sie ist für die Sackgasse verantwortlich, die zum Yom Kippur-Krieg (Oktober 1973 — Anm. AK) geführt hat.

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Bewegung Shimon Peres einen Blankoscheck geben wird. Außerdem ist „Shalom Archav“ innerhalb der israelischen politischen Szene etwas Neues. Soziologisch gesehen kann man oberflächlich sagen, daß zwei Typen von Generationen das Land geführt haben. Zunächst die „Pioniere“ mit Ben Gurion, Golda Meir usw., die das politische Erwachen neuer Generationen gebildet haben. Auch Begin stammt aus dieser Periode. Die nächste Generation ist die der „Verwahrter“. Peres,

Dayan, Rabin sind den Ersten nachgefolgt, sie sind von einer Periode und einem Klima geprägt, wo kein Dialog mit der arabischen Welt möglich war. Es wurde nur in Begriffen von Verteidigung und Verwaltung rationalisiert. Diese Generation ist immer noch an der Macht und wird es noch eine ganze Zeit bleiben.

Die Militanten von „Shalom Archav“ sind die dritte Generation, die heute keinen direkten Einfluß auf das politische Leben hat, aber die ablehnt, die Kosten einer gefährlichen Politik zu tragen.

Für diese Generation handelt es sich heute um eine Wahl, wo sie ihr Wort mitzusagen hat. Wir sind heute keine Kleinstgruppe, sondern repräsentieren rund 100.000 Menschen. Libe.: Diese dritte Generation, von der Sie reden, meint Sie, die sei weniger zionistisch als israelisch? Daß also ihr Problem weniger die Lösung der Judenfrage ist als die Lebensfähigkeit der israelischen Realität?

S.A.: Alles hängt davon ab, wie man den Zionismus betrachtet. Die heute verbreitete zionistische Idee bedeutet keine Wanderung der Grenzen. Vor 1967 waren 99% der israelischen Bevölkerung bereit zum Verhandeln mit den existierenden Nachbarstaaten, auf der Basis der vorhandenen Grenzen, des Status-Quo. Sogar die Likud (die Partei Begin — Anm. AK) — damals in der Opposition — sprach nicht vom Westjordanland — während diese Idee 100%ig zionistisch ist.

1967 ist das Verhältnis Israels zu seiner Geographie und Geschichte auf den Kopf gestellt worden, für die einen aus Sicherheitsgründen, für die anderen aus Mystizismus. Das erlaubt dem Gusch (militant nationalistische Bewegung — Anm. AK), den Mythos der Rückkehr Israels zu seinen Grenzen von vor 2000 Jahren erneut zu propagieren. Israel fühlte sich damals vom Westen vernachlässigt. Dieses objektive Fehlen hat die Ideologen von Golda Meir oder vom Gusch Emonim begünstigt. Aber heute, nach dem Krieg von 73, der gewissermaßen das Umgekehrte von 67 gewesen ist, erleben wir das Ende eines Mythos.

Eine Veränderung ist auch außerhalb geschehen. In der Diaspora (Juden außerhalb Israels — Anm. d.U.) wird nicht mehr bedingungslos die israelische Regierungspolitik unterstützt. Aber wenn es keine realen Kontakte mit den Palästinensern gibt, wird „Shalom Archav“ gegen diesen katastrophalen Kurs nichts unternehmen können.

Libe.: Gut. Man kann sich vorstellen, daß, wenn „Shalom Archav“ gegen diesen katastrophalen Kurs nichts unternehmen kann.

Libe.: Gut. Man kann sich vorstellen, daß irgendwann mal die PLO mit Israel diskutiert; man kann aber die Palästinenser nicht dazu zwingen, den Zionismus zu akzeptieren.

S.A.: Du implizierst zwei Dinge. Natürlich könnte eine bestimmte Konzeption des Zionismus das Ganze blockieren. Andererseits scheint du zu glauben, daß, wenn die neue Generation sich mehr israelisch als zionistisch begreift, dies die Situation entkräften könnte und die Idee der „großen Grenzen“, die Angst vorm Holocaust usw. auf, verschwinden würde. Ich glaube, das entspricht nicht der Realität. Der Zionismus von Jabotinski oder Begin ist nicht der Mehrheitszionismus, d.h. der zionistische Hindernis existiert nicht in diesem Ausmaß. Nun stimmt es allerdings auch, daß kaum jemand daran denkt, zu erklären, was vor 20 — 30 Jahren geschehen ist (gegen die Palästinenser). Das ist natürlich Zionismus. Was den Holocaust betrifft, ist das jüdische Volk weniger das auserwählte Volk, als vor allem ein Volk mit Gedächtnis. Nur weil die Menschen jetzt „israelisch“ sind, dadurch wird eine jahrhundert alte Erinnerung an Vernichtungslager nicht ausgelöscht. Dieses Gedächtnis wurde permanent durch den Typus von militärischen und politischen Aktionen wachgerüttelt, den die PLO ausweht hat.

Holocaust ist für die heutige arabischen Bevölkerung weniger Auschwitz als Masluf oder die Ermordung der israelischen Sportler in München.

Libe.: Die Diskussion über den Terrorismus und die Methoden der PLO ist eine Sache — man kann das Attentat von Masluf fürchtbar finden. Aber kann man gleichzeitig die israelischen Reaktionen vergessen? Außerdem kann man nicht terroristische Aktionen mit bewab-

tem Völkermord vergleichen. Masluf ist nicht Auschwitz.

S.A.: Gut. Die Israelis teilen nicht alle diesen Standpunkt. Außerdem sind wir ununterbrochen mit einem Paradox konfrontiert: Öffnung in Israel — Verhärtung bei der PLO. Da es sich um einen nationalen Konflikt handelt, funktioniert das Ganze wie in kommunisierenden Gläsern. Man nährt sich ununterbrochen von dem, was bei dem anderen geschieht. Und die Gefahr ist wieder da, in eine absurde Entwicklung zu rutschen, wenn die Bewegung für den Frieden nicht gehört wird.

Libe.: Ihr seid eine starke, aber doch eine Minderheitsbewegung in Israel. Die PLO ist die praktische Regierung der Palästinenser. Ihr könnt nicht die Verhandlungspartner sein, oder?

S.A.: Wir glauben, daß die Verhärterung der PLO-Positionen auch nicht den Bedürfnissen der Palästinenser entspricht. Was den Erfolg der PLO im gewissem Sinne ausgemacht hat, ist, daß Generationen von Palästinensern es satt haben, von einem Lager zum anderen verfrachtet zu werden. Diese wollen nun eine sofortige Lösung, sie wollen die Möglichkeit haben, in Frieden mit ihren Kindern zu leben.

Wir verlangen keine arabische „Shalom Archav“, aber die Akzeptierung einer provisorischen Lösung.

Libe.: Wie analysiert Ihr die neuen Demonstrationen der palästinensischen Widerstandes in den besetzten Gebieten?

S.A.: Der Schock über das Attentat von Hebron hat vieles in Israel in Bewegung gebracht. Genommen von uns sind nach Hebron gegangen und haben arabische Weinberge wieder eingepflanzt, die von Leuten des Gusch Emonim entwurzelt worden waren.

Libe.: Wie sieht Ihr die unmittelbare Zukunft?

S.A.: ... Es hat sich etwas Besorgniserregendes in Israel gezeigt: die Existenz einer Art OAS, wie es durch Waffenfunde in Jerusalem bewiesen worden ist. (OAS: bewaffnete faschistische französische Organisation zur Zeit des Algerienkrieges — Anm. d.U.) Wir müssen über die Gründung von rechten bewaffneten Kräften in Israel nachdenken. ... Es gibt eine Art Dynamik der Militarisierung, die auf der einen Seite Gefahr läuft, nicht mehr kontrolliert werden zu können, aber auf der anderen Seite auch die Stimmen für den Frieden lauter machen kann. ...

Angesichts dieser Situation meinen wir, daß die Linken hier (im Ausland) die Verantwortung mittragen, klarzumachen, daß es fortschrittliche Kräfte in Israel gibt, die den Frieden und den wirklichen Dialog wollen, was diese Linken oft ignorieren wollen.

Angesichts dieser Situation meinen wir, daß die Linken hier (im Ausland) die Verantwortung mittragen, klarzumachen, daß es fortschrittliche Kräfte in Israel gibt, die den Frieden und den wirklichen Dialog wollen, was diese Linken oft ignorieren wollen.

Angesichts dieser Situation meinen wir, daß die Linken hier (im Ausland) die Verantwortung mittragen, klarzumachen, daß es fortschrittliche Kräfte in Israel gibt, die den Frieden und den wirklichen Dialog wollen, was diese Linken oft ignorieren wollen.

Anmerkung

Einige Sachbehauptungen dieses Interviews werden beim Leser zwangsläufig Verblüffung auslösen, sofern er sich mit den Problemen Israels/Palästinas etwas befaßt hat.

1. Führende Kräfte Israels haben auch schon lange vor 1967 die Idee eines Groß Israels „an den historischen Grenzen“ — also unter Einbezug Westjordanens, des Sinai u.s.m. — propagiert. Ihm gilt vor allem für die nationalistischen Parteien, aber auch für Persönlichkeiten der „Arbeiterpartei“.

2. Klagen von Linken Israels wie in diesem Interview — eine „Öffnung“ Israels zu Gesprächen etc. werde von den Palästinensern mit „Verhärtung“ beantwortet — sind häufig zu lesen. Der Witz ist, daß solche Linken Israels sogar zu glauben scheinen, was sie sagen und über die „unentschiedenen“ Palästinenser sehr empört sind. Tatsächlich ist aber die PLO seit längerem äußerst gesprächsbereit. Daß Kontakte nicht in Gang kommen, liegt daran, daß Israel die PLO nicht einmal indirekt (als Partner an einer Nahost-Konferenz) zu akzeptieren bereit ist. Bezeichnend ist die Haltung der Regierung Begin, mit Mördern und Terroristen (= PLO) werde man nicht verhandeln. Eine Arroganz, die besonders makaber ist, wenn man weiß, daß Begin selbst in früheren Jahren Chef einer zionistischen Terrororganisation war.

AK-Redaktion

Neuer Krieg gegen Indochina?

Es liest sich wie ein neuer „Tonkin-Zwischenfall“: Nachdem vietnamesische Truppen angeblich die thailändische Grenze überschritten haben, drohen Thailand und China mit einem Angriff auf Kambodscha und Vietnam. Die US-Imperialisten haben ihre militärischen „Garantien“ für Thailand (Truppen- und Atomwaffenunterstützung) bekräftigt. Zu befürchten ist, daß hier mittels eines Vorwandes die seit Monaten vorbereitete erneute Aggression gegen Indochina in eine neue Phase tritt. Ein solcher Krieg erscheint in der internationalen Öffentlichkeit nicht nur als unausweichbar und unvermittelbar bevorstehend, er erscheint vor allem als vermeintlich zwingende Konsequenz aus der ebenso vermeintlichen vietnamesischen Aggression gegen Thailand. Der Angegriffene soll zum Schuldigen und Verursacher gestempelt werden. In dieser Front gegen Kambodscha und Vietnam stehen Thailand, USA und China zusammen.

Die bisherigen Kämpfe

Nach offizieller westlicher Lesart haben kambodschanisch-vietnamesische Truppenverbände am 24. Juni zwei Flüchtlingslager auf thailändischer Grenzseite angegriffen. „Unter den Flüchtlingen soll es rund tausend Tote gegeben haben“ („SZ“, 25.6.). „Kambodschanische Militäreinheiten sind mit Panzer- und Artillerieunterstützung in den Norden Thailands vorgestoßen und haben mehrere Flüchtlingslager angegriffen... Laut Angaben diplomatischer Kreise sind etwa 200 Soldaten mit fünf Panzern an den Angriffen beteiligt“ („SZ“, 24.6.). Nachdem die Vietnamesen sich „am Dienstag bis auf zwei Brückenköpfe zurückgezogen“ haben, flammten die Kämpfe am Donnerstag erneut auf. „Beide Seiten feuerten aufeinander mit Raketen, Granatwerfern und anderen Waffen“ („SZ“, 26.6.). Die inzwischen auf „2.000 Soldaten“ angewachsene Invasionsarmee Vietnams „hebt sich gegenüber zwei der in den letzten beiden Tagen angegriffenen Lager festgesetzt“ („SZ“, 26.6.).

Tatsächlich scheint sich der Vorfall etwas anders zu verhalten. Nach Berichten der thailändischen Zeitung „Nation Review“ „griffen ausländische Truppen – summiert Vietnamesen – eine Khmer-Serai-Einheit in der Nähe der Grenzmarkierung No. 44 nahe der thailändisch-kambodschanischen Grenze an. Am Dienstag bis auf zwei Brückenköpfe zurückgezogen“ haben, flammten die Kämpfe am Donnerstag erneut auf. „Beide Seiten feuerten aufeinander mit Raketen, Granatwerfern und anderen Waffen“ („SZ“, 26.6.). Die inzwischen auf „2.000 Soldaten“ angewachsene Invasionsarmee Vietnams „hebt sich gegenüber zwei der in den letzten beiden Tagen angegriffenen Lager festgesetzt“ („SZ“, 26.6.).

Tatsächlich scheint sich der Vorfall etwas anders zu verhalten. Nach Berichten der thailändischen Zeitung „Nation Review“ „griffen ausländische Truppen – summiert Vietnamesen – eine Khmer-Serai-Einheit in der Nähe der Grenzmarkierung No. 44 nahe der thailändisch-kambodschanischen Grenze an. Die Kämpfe griffen gegen 5.00 Uhr in die thailändische Ortschaft Non Mak Mun (ca. 2 km von der Grenze entfernt, hier befindet sich ein Flüchtlingslager, Red.) über“ („SZ“, 25.6.80). Daraufhin „führten panzergeführte Infanterieeinheiten mit Artillerie- und Luftunterstützung einen breitgefügten Gegenangriff durch“ (do.). „P-5 Düsenjäger und Hubschrauber“ der thailändischen Armee „flogen über der Gegend und feuerten auf die vietnamesischen Truppen“. Auch vom Tag drauf werden Luftangriffe der thailändischen Armee auf die „ca. 1.500 vietnamesischen Soldaten in dem Dorf (d.h. in dem Flüch-

tinglager) gestiegen“ („Bangkok Post“, 24.6.80, „SWB“, 25.6.). Die thailändische Marine und Luftwaffe wurde in volle Alarmbereitschaft gesetzt, Kampfflugzeuge wurden ins Grenzgebiet geschickt (do.).

Andere Quellen stellen den Sachverhalt ähnlich dar. Der englische „Guardian“ berichtet, daß „die Truppen – einen Angriff auf zwei Khmer-Rouge-Basen nahe der thailändischen Grenze in Westkambodscha“ führten („Guardian“, 26.6.).

Die „New Zürcher Zeitung“ spricht davon, daß die von den Kämpfen betroffenen Lager „teils auf der anderen (kambodschanischen, Red.) Seite der Grenze liegen“ („NZZ“, 27.6.).

Sicher ist auf jeden Fall, daß die Kämpfe in Kambodscha ausbrachen und sich dann ins thailändische Grenzgebiet ausdehnten. Sicher ist auch, daß hierbei nur ein relativ kleines Kontingent kambodschanisch-vietnamesischer Truppen beteiligt war (200 Soldaten, 5 Panzer). Erst das massive Eingreifen der thailändischen Armee („breitgefügter Gegenangriff“) eskalierte die Auseinandersetzung auf das derzeitige Niveau.

Eine „vietnamesische Invasion“ gegen Thailand hat absolut nicht stattgefunden, die angebliche „vietnamesische Invasionsarmee“ („Ham-

bodscher-Flüchtlings“) ist bekannt. Nach Angaben der thailändischen Armee „werden die Kambodschaner, die repariert werden wollen, mit Reis, Nahrungsmitteln und Werkzeugen – ausgerüstet. Sie können später zur Nahrungsmittelversorgung in die Verteilungszentren entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze... zurückkehren“ („Bangkok Home Service“, 14.6.80, „SWB“, 17.6.). Die Flüchtlinge werden von Thailand „auf sicheren Routen eskortiert“ („Bangkok Home Service“, 15.6.80, „SWB“, 17.6.).

Zugleich weigert Thailand sich, mit der kambodschanischen Regierung über eine Flüchtlingrückführung zu verhandeln. Noch am 6. Juni bot die kambodschanische Regierung Gespräche über die Situation im Grenzgebiet und die Flüchtlingsfrage an („SPK“, 13.6.80, „SWB“, 14.6.). Kambodscha und Vietnam wiesen den thailändischen „Repatriierungs“-versuch sofort zurück.

„Die Repatriierung soll im Camp 3a Koo auf thailändischen Boden und unter vollständiger Kontrolle der Pol-Pot-Leute beginnen. Eine Zahl von Pol-Pot-Anhängern, erhalt, trainiert und gut ausgerüstet, sollen als Flüchtlinge getarnt nach Kambodscha geschickt werden.“ Die Quellen berichten, daß die lokale thailändischen Militärbehörden



burger Abendblatt“, 25.6.) ist eine freie Erfindung. Allerdings ist das Übergraben der Kämpfe ins thailändische Grenzgebiet eine logische Folge der thailändischen Aggressionspolitik gegen Kambodscha, speziell eine Folge des Versuchs Thailands, Tausende von Anhängern der Khmer Rouge und Khmer Serai erneut zum Angriff auf Kambodscha zu schicken.

Die sog. Repatriierung der Flüchtlinge

Am 12. Juni gab Thailand die sog. „Freiwillige Repatriierung von Kam-

bodschanern zu vier Grenzpunkten transportieren wollen. Dies ist ein neuer extrem verrückter Schritt in Thailands feindsinnigen Zielen gegen die Regierung Kambodscha, ein Schritt, der die ohnehin bereits gespannte Lage an der Grenze zwischen beiden Staaten noch weiter ausreizt.“ („SPK“, 13.6.80, „SWB“, 14.6.).

Tatsächlich gehen alle Berichterstatter davon aus, daß die „Repatriierung“ fast ausschließlich den Pol-Pot- und Khmer-Serai-Truppen Verstärkung bringen soll.

Den nach Kambodscha zurückgeschickten Widerstandstruppen Pol Pots und der Khmer-Serai soll nicht nur der militärisch abgesicherte Über-

gang nach Kambodscha ermöglicht werden, sondern ihnen soll das gesamte thailändisch-kambodschanische Grenzgebiet als Basis gesichert werden. Sie können sich jederzeit nach Thailand zurückziehen und dann erneut (wieder militärisch eskortiert?) nach Kambodscha infiltrieren.

Mit dieser Aggressionspolitik gegen Kambodscha trägt das thailändische Regime – samt seinen „Partnern“ USA und China – die Verantwortung für die jetzigen militärischen Zwischenfälle.

Politik der Spannung

Die jüngsten Zwischenfälle kommen nicht völlig überraschend. Bereits in den Wochen zuvor wurde von Thailand und China eine Politik der Spannung gegen die Staaten Indochinas durchgeführt.

Anfang Juni kam es an der Grenze zu Laos zu mehreren militärischen Zwischenfällen, verursacht durch Grenzverletzungen von thailändischer Seite. Der laotische Rundfunk meldete für die Zeit vom 14. bis 16. Juni alleine fünf schwere Zwischenfälle („Vientiane Home Service“, 17.6.80, „SWB“, 18.6.). Am 17.6. schloß Thailand die gesamte Grenze nach Laos und verhindert damit jeglichen Transit-Warenverkehr nach Laos („SWB“, 18.6.). Auch an der chinesisch-vietnamesischen Grenze entwickelten sich erneut Kämpfe. Die vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA“ meldete vom 1. bis 8. Juni ca. 10 chinesische Übergriffe („VNA“, 13.6.80, „SWB“, 18.6.).

Zugleich spitzten beide Staaten – Thailand und China – die Situation auf diplomatischer Ebene zu.

China weigerte sich am 23.6., die von Vietnam angebotene dritte Verhandlungsrunde über die Lage im Grenzgebiet aufzunehmen („NCNA“, 23.6.80, „SWB“, 25.6.). Thailand

lehnte sämtliche Angebote über Gespräche zwischen Kambodscha und Thailand ab.

Einen von Vietnam angebotenen Nichtangriffspakt lehnte Thailand schon im Vorwege ab („SWB“, 25.6.80).

Auf der jüngsten ASEAN-Konferenz wurde ebenfalls über Aggressionen gegen Indochina gesprochen. „Singapur trat sogar dafür ein, die Kambodscha-Flüchtlinge sollten bewaffnet und in ihre Heimat zurückgeschickt werden, damit sie dort gegen die vietnamesischen Interventionstruppen und für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen“ („SZ“, 27.6.). Dies macht deutlich, welches Klima von den ASEAN-Staaten derzeit geschürt wird.

Es steht zu befürchten, daß die beteiligten Staaten, vornehmlich Thailand, China und US-Imperialisten (aber auch die anderen ASEAN-Staaten) die derzeitigen Zwischenfälle im Grenzgebiet zum offenen Krieg eskalieren.

„China hat seine Truppen entlang der Grenze mit Vietnam... in Alarmbereitschaft gesetzt und ließ keinen Zweifel an der Bereitschaft, jederzeit erneut gegen Vietnam loszuschlagen“ („SZ“, 27.6.).

Thailand – obwohl bereits durch Waffenlieferungen in Höhe von ca. 1,5 Mrd. DM in den letzten Monaten waffenstärkend – erhält ab sofort weitere amerikanische Offensivwaffen.

Begleitet wird die schrittweise Eskalation der militärischen Lage mit einer Desinformationskampagne gegen die angebliche „vietnamesische Invasion Thailands“. Genau für diesen Fall haben die USA und China Thailand ihre Unterstützung zugesagt. Der Vorwand für einen Großangriff auf Kambodscha und Vietnam liegt nahe.

Asien-Australien-Kommision

Der Burgfrieden der KP Thailands

Der in ARBEITERKAMPF 179 erschienene Aufsatz der Südostasengruppe Frankfurt über die Politik der KP Thailands versucht eine Beantwortung und Erklärung der vermeintlichen widersprüchlichen politischen Entwicklung dieser Partei. Obwohl die Verfasser selbst zahlreiche weitgehende Änderungen in den politischen Positionen dieser Partei feststellen, kommen sie zu dem Schluß, „daß sich an der grundsätzlichen Linie der thailändischen Widerstandsbewegung nichts geändert hat...“, erklären sie die vorhandenen Veränderungen zu „unklaren Stellungnahmen“, die „zweifelhafte vorhandene Differenzen über den einschlägigen Weg angesichts der neuen Bedrohung durch Vietnam“ reflektieren.

Der Burgfrieden der KP Thailands

Der in ARBEITERKAMPF 179 erschienene Aufsatz der Südostasengruppe Frankfurt über die Politik der KP Thailands versucht eine Beantwortung und Erklärung der vermeintlichen widersprüchlichen politischen Entwicklung dieser Partei. Obwohl die Verfasser selbst zahlreiche weitgehende Änderungen in den politischen Positionen dieser Partei feststellen, kommen sie zu dem Schluß, „daß sich an der grundsätzlichen Linie der thailändischen Widerstandsbewegung nichts geändert hat...“, erklären sie die vorhandenen Veränderungen zu „unklaren Stellungnahmen“, die „zweifelhafte vorhandene Differenzen über den einschlägigen Weg angesichts der neuen Bedrohung durch Vietnam“ reflektieren.

Wie bei vielen Dingen, muß auch hier Vietnam als Buhmann herhalten für die neue Politik der KP Thailands, die der „repressiven Politik Vientianes und Hanoi“ geschuldet.

Nun hat die aktuelle Entwicklung im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet auf die zentrale Frage eine deutliche Antwort gegeben.

Die neuen, von der KP Thailands offiziell verbreiteten Einschätzungen führen zur Unterstützung des thailändisch-chinesischen Krieges. Der Aufbau eines neuen Hauptfeldes in Gestalt Vietnams ist fast wortgleich mit dem offiziellen Argumenten für die thailändische Aggression. Das Angebot eines Burgfriedens kann, konsequent zuende gedacht, nur bedeuten, daß Militärs die notwendige Ruhe an der „Heimfront“ beim Waffengang gegen Indochina zu bekommen.

Mehr noch, die Kritik am thailändischen Regime wegen mangelnder Verteidigungsbereitschaft kann angesichts der neuesten Entwicklung nur noch die Forderung nach offenem Krieg betonen – alles andere hat die Junta bereits durchgeführt.

Dies alles ist nicht „unklar“ oder widersprüchlich, sondern geht logisch aus den von den Verfassern selbst zitierten Aussagen der KP Thailands hervor. Unklar ist zur Zeit lediglich die Frage, wieweit die KP Thailands eine solche Politik im Widerstand durchsetzen kann. Die ganzen Berichte über angeblich von Vietnam aufgebauten Abspaltungen der KP Thailands drücken erstmalig nichts anderes als Widerstand im Bereich der KP gegen die offizielle Politik aus.

Wieweit die KP Thailands diese Politik konsequent auch praktisch durchführen will, wird sich ohne Frage anhand der aktuellen Entwicklung zeigen. Wir sind gespannt auf Stellungnahmen der Widerstands.

Für diesen grundlegenden Positionswandel der KP Thailands (gegenüber dem z.B. 1976 verabschiedeten Zehn-Punkte-Programm) ist nicht Vietnam verantwortlich zu machen. Die Verfasser selber schreiben,

daß die KP-Einschätzungen und Schlußfolgerungen „dem offiziellen Vokabular Peking Propaganda entlehnt“ sind und „direktes Resultat der chinesischen sog. Theorie von den drei Welten“ sind. Vietnam für diese Politik oder für die Übernahme dieser Thesen verantwortlich zu machen, ist unnötig.

Wenn überhaupt von Verantwortung gesprochen wird, dann können nur die chinesischen Machthaber genannt werden. Sie haben die auch von der KP Thailands übernommenen Einschätzungen und aggressiven

daß die KP-Einschätzungen und Schlußfolgerungen „dem offiziellen Vokabular Peking Propaganda entlehnt“ sind und „direktes Resultat der chinesischen sog. Theorie von den drei Welten“ sind. Vietnam für diese Politik oder für die Übernahme dieser Thesen verantwortlich zu machen, ist unnötig.

Wenn überhaupt von Verantwortung gesprochen wird, dann können nur die chinesischen Machthaber genannt werden. Sie haben die auch von der KP Thailands übernommenen Einschätzungen und aggressiven Schlußfolgerungen kreiert.

Was die vermeintlichen Repressionen Vietnams gegen den Widerstand angeht, müssen die meisten in dem Artikel gemachten Aussagen erstmal bezweifelt werden. Die Verfasser erheben ohne den Schatten eines Nachweises Vorwürfe der „Verfolgung, Entführung und praktischen Auslieferung von thailändischen Freiheitskämpfern an das Bangkok-Militär...“ vermeintlichen Zusammenarbeit zwischen thailändischem Geheimdienst und vietnamfreundlichen Kommunisten und dergleichen mehr. Das einzige, was tatsächlich bleibt, ist die Aufgabe der Unterstützung für die KP Thailands seitens Vietnams. Dies nun als Repression zu bezeichnen, ist wohl etwas weit hergeholt. Im Gegenteil, es ist doch Vietnam nicht zu verdenken, daß es Beziehungen zu einer Partei, die faktisch den Krieg gegen Indochina fördert, abbricht. So etwas ist eine ganz zwangsläufige Folge der prochinesischen Frontstellung gegen Indochina. Insofern können wir dem Gedankengang, für die Übernahme der chinesischen Politik seitens der KP Thailands Vietnam verantwortlich zu machen, ganz und gar nicht folgen. Auch die Zerstörung der ehemals guten Beziehungen zwischen allen regionalen Bewegungen ist der chinesischen Politik geschuldet.

Abschließend sind wir der Meinung, daß die Entwicklung in der kommunistischen Bewegung Südostasiens insgesamt noch längst nicht abgeschlossen ist. Daß die Revision eines revolutionären Kurses zugunsten der chinesischen Rechtspolitik dabei mit erheblichen innerparteilichen Kämpfen abgeht, liegt in der Natur der Sache. Die Entwicklung einer politischen Alternative zum prochinesischen Kurs ist für den Widerstand in den jeweiligen Ländern eine Überlebensfrage. Deshalb sollten alle sich entwickelnden Alternativen aufmerksam verfolgt werden (soweit dies von hier überhaupt gesehen kann). Abspaltungen, Gruppen usw. einfach als Produkte vietnamesischer Geheimdienstarbeit abzutun (wie es im Artikel in AK 179 geschieht), ist einem solchen Ziel sicher nicht dienlich.

Asien-Australien-Kommision

Afghanistan: Zieht die »rote Armee« ab?

Pünktlich zur Gipfelkonferenz der imperialistischen Staaten in Venedig zauberte die Sowjetunion ihren Joker in der Afghanistanfrage aus der Tasche. Am 22. Juni kündigte die sowjetische Führung überraschend den Rückzug eines Teiles ihrer Truppen aus Afghanistan an. Inzwischen sind nach übereinstimmender Meldung der internationalen Presse 10.000 Soldaten und ca. 100 Panzer in die Sowjetunion zurückgekehrt („FR“, 24.6., 23.6., 26.6.). Ob weitere Truppenteile abgezogen werden, ist derzeit noch offen – sicher ist lediglich, „daß an einen vollständigen Abzug vorerst nicht gedacht sei“ („FR“, 24.6.).

Je nach Sichtweise über die Gesamtstärke der sowjetischen Truppen macht dieser Rückzug eine Verringerung der Truppen von 10 % (USA) bis 50 % (Afghanistan) aus.

Als Grund wird die „Stabilisierung der Lage“ in Afghanistan angegeben. „Der sowjetische Akt des Beistandes für Afghanistan ist überhaupt nicht durch selbstsüchtige Interessen motiviert. Wir hatten keine Wahl, als Truppen zu entsenden. Und die Ereignisse haben uns bestätigt, daß dies die einzig korrekte Entscheidung war. Das Leben in Afghanistan kehrt allmählich zur Normalisierung zurück. Große Banden von Konterrevolutionären wurden vernichtet und geschlagen.“

Die Interventionisten haben eine ernste Niederlage erlitten. Unter diesen Umständen entschieden wir, einige Einheiten unserer militärischen Kontingents aus Afghanistan zurückzuziehen“ (Brechnew in einer Rede lt. „SZ“, 25.6.80).

Es sind aber wohl mehr andere Gründe, die die Sowjetunion zum Teilabzug bewegen – die Lage in Afghanistan stellt sich heute ebenso dar, wie vor einem Monat oder zwei Monaten.

Die Kämpfe haben sich zwar entgegen allen Ankündigungen des Widerstandes nicht zugespitzt – sie sind aber auch nicht nennenswert abgeflaut. Lediglich in der Hauptstadt Kabul ist die Situation offenbar stabiler als zuvor. So wurden die Straßensperren um Kabul weitgehend aufgehoben bzw. erst in größerer Entfernung errichtet („SZ“, 13.6.). Auch die Berichte über Unruhen in jüngerer Zeit in Kabul (Streiks und Schülerdemonstrationen) treffen nach Berichten von in Kabul anwesenden Journalisten nicht zu („SZ“, 13.6.).

Die Gründe des Teilrückzuges sowjetischer Truppen liegen wohl eher in dem Versuch des Krenin, noch rechtzeitig vor der Olympiade, der KSZE-Konferenz im Herbst und dem Schmidt-Besuch, die Bereitschaft zu

einem Arrangement mit den imperialistischen Mächten zu demonstrieren.

Überdies fand zum Zeitpunkt der Bekanntgabe in Genf die propagandistisch groß aufgenommene Konferenz der islamischen Staaten mit dem afghanischen Widerstand statt – ohne Frage wurde dieser Konferenz vorerst die Schau gestohlen. Die Reaktionen auf den sowjetischen Rückzug sind entsprechend. Trotz allen Wortgeraschels haben sich alle

Gipfel in Venedig für ein Arrangement mit der SU ausgesprochen. Zwar wird nach wie vor der „vollständige Rückzug“ gefordert („FR“, 23.6.), aber man würde „eine Übergangsregelung für Afghanistan in Betracht ziehen“ (Carter lt. „SZ“, 26.6.). Konkret ist offenbar an einen „stufenweisen Abzug der Sowjets aus Afghanistan sowie die Stationierung einer neutralen Schutzmacht“ gedacht („SZ“, 26.6.). Diese „Schutzmacht“ wiederum soll „eine Friedensstruppe aus den islamischen Ländern“ sein („SZ“, 26.6.). Die Sowjetunion ihrerseits verwarf diese amerikanischen Pläne als nicht völlig, sondern nannte sie erstmalig „unklar“ und „zweifelhaft“ („SZ“, 26.6.).

Hier kann sich sicherlich noch einiges entwickeln.

Auflösung, Reorganisation oder Selbstkritik

... wir haben drauflosgekämpft

Die Befreiungsaktion 75 in Berlin
1 in einer postfach zugespitzten
situation gelaufen. Der Kampf der
tambnetmer Genossen hatte eine

Verwirrung durch Desinformation

A. Th. Vogel / T. Meyer
Für die Gefährdeten aus der Bewegung 2. Juni

A. Th. Vogel / T. Meyer
Für die gefertigten aus der Bewegung 2. Juni

Horst Mahlers neues Weltbild

Unter dem Titel „Der Minister und der Terrorist“ sind die Gespräche zwischen Innenminister Baum und Horst Mahler, Ende '79 im „Spiegel“ veröffentlicht, vor kurzem als Buch auf dem Markt erschienen, von Baum persönlich autorisiert, von der CDU/CSU lautstark als „Geschmacklosigkeit“ und „Gefahr für die innere Sicherheit“ verurteilt, ungekürzt und darüberhinaus noch ergänzt um je eine Erklärung von Mahler und Baum zu dem Gespräch, „Thesen“ einer Antiterrorismustagung des Bundesinnenministeriums von 1978 sowie einen „amtlichen Ereigniskalender des Terrorismus von 1967-1980“.

Viel Neues bringt das Buch allerdings nicht; bekanntlich wird getretener Quark ja breit und nicht stark. Interessant – und traurig zugleich – ist aber doch, wie Mahler den „Dialog“ mit Baum, die von ihm geforderte Veröhnung mit dem Staat in seiner Erklärung zum Gespräch rechtfertigt.

Mahler gibt an, er wolle von Grund auf die Prämissen einreißen, mit denen die RAF und, auch die anderen Gruppen, die sich verschworen haben, mit bewaffneter Gewalt hier und jetzt ihre sozialrevolutionären Ziele zu verfolgen; ihre Aktionen rechtfertigen.

Mahler behauptet: „Wer eine humane Welt erstrebt, der schlägt auf Menschen nur in Notwehr, und er muß, wenn er die Mittel des Kapitalismus als Ziele markiert, zweierlei annehmen:

– er muß im Kapital das Böse schlechthin sehen, das uns zu vernichten droht, und
– er muß meinen, daß die Mittel, also die Funktionsweise der staatlichen Zwangsgewalt, die Organe des Bösen sind, das sich durch sie als zerstörende Macht durchsetzt.“

Schuld an diesem Irrtum der RAF und anderer sei ihre Annahme, daß diese Gesellschaft „gespalten in sich feindlich gegenüberstehende Klassen“ sei. Das aber seien nur „marxistische Gemeinplätze“, die „Krise des Marxismus“ mache immer deutlicher, „daß wir im Begriff sind, ein für allemal jenes menschliche Weltbild zu überwinden, das durch die Jahrtausende hindurch Eiferer des Guten zur terroristischen Ekstase begeisterte und dessen moderne Gestalt sich auf die Marx'sche Lehre zurückführt.“

Im Übrigen zeige sich das Ende des Marxismus als eine „den Völkern aufzuzugewundene Staatsreligion“ auch „in der erstaunlichen Tatsache, daß die Arbeiter, das von Marx gekorene Subjekt der Geschichte... angefangen haben, die Marx'sche Lehre absichtsvoll zu vergessen und von seiner Revolutionstheorie nichts mehr wissen (zu) wollen.“ Denn so Mahler:

„Die Situation hat sich gründlich gewandelt“. Im 19. Jahrhundert habe den verelendeten Arbeitern tatsächlich nichts anderes einfallen (können) als die Forderung nach Enteignung der Eigentümer, die sie un-

mittelbar als Blutsauger erlebten.“ Heute dagegen dominiere „das institutionalisierte Kapital“. „hinter dem Sachzwang steht niemand mehr, vielmehr werden jetzt von allen – auch von den Managern und den Individuen der politischen Klasse – als eine Bedrohung sowohl ihrer gesellschaftlichen Funktion als auch ihrer privaten Existenz erlebt und empfunden.“ Der „Gegensatz zwischen den Dirigenten des Produktionsapparates und ihren Befehlsempfängern“ sei „durchaus nicht mehr unversöhnlich, sondern überbrückbar angesichts der gemeinsamen Bedrohung durch jene Sachzwänge, die die Lebensmöglichkeiten der Gattung ruinieren und jetzt auch die Dirigenten des Produktionsapparates zu seelenlosen Funktionären einer unüberschaubaren Maschinerie machen.“

Mit diesem, ausdrücklich an Bahro angelehnten „neuen“ Mahler'schen Weltbild ist der Übergang zum platten Reformismus vollzogen. Kein Wunder, daß Baum Mahlers Vorstellungen „interessant“ findet.

Mahler behauptet, es könne heute nicht mehr darum gehen, „den Staatsapparat zu zerstören, weil man damit auch den gesellschaftlichen Prozeß insgesamt zerstört.“ Vielmehr sei das „Regiment“ der „Dirigenten“ nur eine „Herrschaft ohne Macht, die gebrochen wird, sobald die Menschen sich in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Funktionen als ein Ganzes ergreifen und gemeinsam einen begehren Weg zur gesellschaftlichen Kontrolle der Sachzwänge erarbeitet haben, denn Sachzwänge verlieren durch das Wissen von ihrer Zählbarkeit die Selbständigkeit, die sie ohne dieses Wissen gegen die Menschen haben.“

Für den wieder mal „geistig“ total umgestülpten Mahler ist es selbstverständlich, mit dem Polizeiminister und den Staatsorganen im Interesse des „Ganzen“, der „Gattung“, der „Verminderung der Sachzwänge“ usw. zu kooperieren, der nach Mahler Meinung aus der Nazi-Zeit als Relikt zurückgebliebenen „Dämonisierung des Staates“ ein „positives Staatsverständnis“ entgegenzustellen, aktiv zusammen mit den Staatsapparatorganen eine „politische Lösung des Terrorismusproblems“ zu suchen.

Noch ein Wort zum Standort des ganzen Buches: In dem „Ereigniskalender“ heißt es u.a.: „4. Dezember, Berlin – Schußwaffengebrauch gegen einen Polizeibeamten bei Festnahmeversuch, Täter: Georg von Rauch, der in Notwehr erschossen wird. Der Beamte wird verletzt.“ Es ist landbekannt, daß Georg von Rauch mit erhobenen Händen an der Wand stand, als er erschossen wurde! Die anderen Daten der Chronologie werden nach demselben Muster zusammengestellt sein: Staatstuchlegenden.

Noch ein Wort zum Standort des ganzen Buches: In dem „Ereigniskalender“ heißt es u.a.: „4. Dezember, Berlin – Schußwaffengebrauch gegen einen Polizeibeamten bei Festnahmeversuch, Täter: Georg von Rauch, der in Notwehr erschossen wird. Der Beamte wird verletzt.“ Es ist landbekannt, daß Georg von Rauch mit erhobenen Händen an der Wand stand, als er erschossen wurde! Die anderen Daten der Chronologie werden nach demselben Muster zusammengestellt sein: Staatstuchlegenden.

Es ist landbekannt, daß Georg von Rauch mit erhobenen Händen an der Wand stand, als er erschossen wurde! Die anderen Daten der Chronologie werden nach demselben Muster zusammengestellt sein: Staatstuchlegenden.

Antifakommision
KB/Gruppe Hamburg

DDR: Weiter auf dem Wege »wissenschaftlich-technischen zur Revolution« ...

Seit dem 11. ZK-Plenum der SED, das im Dezember letzten Jahres stattfand, und dem 12. SED-ZK-Plenum, das die Einberufung des 10. Parteitages für Anfang 1981 beschloß, sind einige z.T. sehr einschneidende Maßnahmen eingeleitet worden, die vor allem dadurch geprägt sind, daß die „wissenschaftlich-technische Revolution“, also die Einführung von Industrierobotern und Mikroprozessoren in der Industrie und Verwaltung, enorm vorangetrieben werden soll. Ziel dabei ist ein starker Rationalisierungsschub und die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Honecker forderte ein „Umdenken“, also Abkehr von der sog. „Tonnenideologie“, wonach bei der Erfüllung bzw. Übererfüllung der Wirtschaftspläne bisher vor allem quantitative Faktoren zum Gradmesser genommen wurden. (Unter anderem diesem Ziel diene die letzte Wirtschaftsreform. Vergl. AK 167, S. 58.)

Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben und im Exportgeschäft die notwendigen westlichen Devisen zu erhalten, sollen verstärkt qualitative Faktoren eine entscheidendere Rolle spielen.

Zu diesen Maßnahmen gehört auch, daß die SED-Führung zwar zusicherte, daß die Preise für die Grundnahrungsmittel, die Mieten usw. stabil bleiben, aber für Waren des „gehobenen Bedarfs“ Preiserhöhungen ankündigte.

Honecker führte dazu aus, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR von „negativen Entwicklungen“ auf dem Weltmarkt „nicht unberührt“ seien (1), und daß die DDR als ein Land, das „sehr stark von Export und Import abhängig ist“, diese Abhängigkeit „sehr wohl in Rechnung stellen“ müsse (1).

In der Tat ist die DDR vor allem von Rohstoffen (Erdöl, fast sämtliche Metalle) abhängig, die sie z.T. auf dem Weltmarkt für stark gestiegene Preise einkaufen muß. Aus diesen Importen wiederum müssen technisch konkurrenzfähige Industrieerzeugnisse gefertigt werden, um dafür die so dringend benötigten Devisen zu erhalten. Zwei Drittel aller Warenexporte wickelt die DDR innerhalb der RGW ab, vor allem mit der Sowjetunion, und auch diese „Bruderstaaten“ verlangen hochwertige Erzeugnisse.

Die Lösungen der SED-Führung beinhalten im Wesentlichen:

1) Einen „volkswirtschaftlich spärlichen Rationalisierungsschub“ (1), d.h. die Einführung von Mikroprozessoren und Industrierobotern in der Industrie und die Umsetzung der dabei freigesetzten Arbeitskräfte. Honecker gab an, daß zwischen 1976 und 1978 zwar 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, aber nur 7.700 eingespart

Die Lösungen der SED-Führung beinhalten im Wesentlichen:

1) Einen „volkswirtschaftlich spärlichen Rationalisierungsschub“ (1), d.h. die Einführung von Mikroprozessoren und Industrierobotern in der Industrie und die Umsetzung der dabei freigesetzten Arbeitskräfte. Honecker gab an, daß zwischen 1976 und 1978 zwar 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, aber nur 7.700 eingespart worden seien, und forderte eine Umkehrung dieses Verhältnisses.

2) Die „energische Erhöhung der Effektivität auf allen Gebieten“ (1). Dazu zählt vor allem als ein „Hauptfaktor“ die „Senkung der Kosten“ vor allem im Energiebereich und im sparsameren Einsatz von Rohstoffen.

3) Eine zielgerichtete Investitionspolitik. Die Investitionen sollen überwiegend für „Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ eingesetzt werden – also für Rationalisierungen. Aufgrund der Lage auf dem internationalen Weltmarkt mußte Honecker einschränkend hinzufügen, daß Investitionen nur in „bestimmtem Maße“ zur Verfügung stünden.

Honecker wies bereits auf dem 11. ZK-Plenum darauf hin, daß „die ganze Tragweite dieser komplizierter werdenden Zusammenhänge“ noch nicht „überall ... verstanden und zur Grundlage des Handelns gemacht worden“ sei. Das sei eine „wichtige ideologische Frage“ (1).

Wie immer nach solchen „richtungsweisenden“ ZK-Beschlüssen begann der Alltag in der DDR: Betriebsleiter und Werkdirektoren legten zahlreiche „Verpflichtungen“ zur Überhöhung des Plansolls ab, und auch die Kontrolle der Parteidokumente aller SED-Mitglieder diene im Wesentlichen dieser „ideologischen“ Aufgabe (vergl. AK 176).

Darüberhinaus wurden Verordnungen für die 129 Industriekombinate, in denen fast die gesamten Betriebe der DDR in Großkonzernen zusammengefaßt sind, erlassen, die den Verantwortungsbereich der Generaldirektoren noch stärker als bisher absteckten und ausweiteten. Zwar werden diese 129 Kombinate durch die SED-Industrieministerien und durch die „Staatliche Planungskommission“ direkt kontrolliert, auf der anderen Seite besitzen die Herren Generaldirektoren fast uneingeschränkt

te Macht und Handlungsfreiheit, von einer Mitbestimmung oder gar einer Beteiligung der Arbeiter/innen an der Führung der Betriebe kann sowieso keine Rede sein.

Inzwischen ist den Generaldirektoren noch ein Leiter der „Abteilung Preise“ beigegeben worden, um die „Flexibilität“ bei der Preisgestaltung zusätzlich zu erhöhen und dem Weltmarkt anzupassen (2). Diese Maßnahme erfolgte vor dem Hintergrund, daß die SED-Führung zu Recht weitere „Preiserhöhungen“ (Honecker) auf dem Weltmarkt auf sich zukommen sieht und daß dafür die nötige Handlungsfreiheit sichergestellt werden soll.

Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Schürer, legte auf dem 12. ZK-Plenum recht offen dar, daß der Abschied von der „Tonnenideologie“, das Messen der Plan- (über)erfüllungen vor allem an der Warenmenge, längst noch nicht vollzogen ist und der SED-Führung offensichtlich immer noch Schwierigkeiten bereitet. Statt der bisherigen einen Kennziffer, an der sich die Betriebsleitungen und Arbeiter zu orientieren hatten, gibt es nun deren drei: Die erste Kennziffer bezeichnet die „industrielle Warenproduktion“, die zweite die „Nattoproduktion“, die Angaben und kontrollieren soll, wieviele Waren wertmäßig durch „Materialeinsparungen“ produziert werden; die dritte Kennziffer gibt die „Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion“ an. Besonderes Gewicht wird auf die Kontrolle der Energie- und Rohstoffeinsparungen gelegt (3). Schürer erhofft sich durch die Einführung der neuen Kennziffern eine spürbare „Stimulanz“ und zusätzliche „materielle Anreize“, um auf diese Weise „einen größeren neuen Wert“ für die DDR-Wirtschaft, also die erhöhte Akkumulation von Kapital, sicherzustellen (3).

Allerdings ist es mit diesen SED-Beschlüssen nicht getan – es regt sich Widerstand auch auf Betriebsleitungsebene. Nicht umsonst wies Schürer darauf hin, daß die angestrebte Rationalisierungs-, Spar- und Modernisierungswelle in den Industriekombinaten zu einer „Grundfrage“ geworden sei, das „Material höher zu veredeln, mehr Wert, mehr Produkte, mehr volkswirtschaftliche Endprodukte zu schaffen“ (3).

Allerdings scheint das planwirtschaftliche Instrumentarium noch nicht ganz Herr der Lage zu sein, denn das SED-Politbüro faßte einen Beschluß, die Kombinate darauf festzunageln, „welche Konsumgüter zu welchem Termin und in welchen Stückzahlen neu in die Produktion aufgenommen werden“ (4).

Die SED-Führung beabsichtigt

Endprodukte zu schaffen“ (3). Allerdings scheint das planwirtschaftliche Instrumentarium noch nicht ganz Herr der Lage zu sein, denn das SED-Politbüro faßte einen Beschluß, die Kombinate darauf festzunageln, „welche Konsumgüter zu welchem Termin und in welchen Stückzahlen neu in die Produktion aufgenommen werden“ (4).

Die SED-Führung beabsichtigt außerdem, die „Vorgabe, die Erfassung und Kontrolle der Kosten in Kombinatorien ... sowie die exakte Abrechnung und Analyse der Kosten durch die Leiter ... straffer zu organisieren“ (4). Lange Jahre, die den Bericht auf dem 12. ZK-Plenum der SED hielt, kündigte an, den Kampf „um sparsameren Umgang mit Material und Energie, die Senkung der Kosten sowie gegen jegliche Verschwendung von Volkvermögen ... energisch zu führen“ (4).

Als letzte Maßnahme sei angeführt, daß Richtlinien erlassen wurden, um einen „exakten Leistungsvergleich“ zwischen den Industriekombinaten und Betrieben transparenter zu machen. Von einer „gesunden Konkurrenz“ erhofft sich die SED-Führung zusätzliche Stimulanz für die Leistungsteigerung.

Bei der „Aussprache“ auf dem 12. ZK-Plenum wurden allerdings die Mängel und auch Widerstand bei Durchführung der beschlossenen Maßnahmen laut.

So bemängelte Hans Modrow,

Mitglied des ZK und 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden, daß es „skeptische Stimmen von Leitern und ganzen Kollektiven“ zu den „Erfordernissen“ gegeben habe; es beständen noch „Positionen des Wartens“, das Tempo bei der Steigerung der Produktion von hochwertigen Gütern reiche nicht aus. Deshalb müsse noch immer ein „prinzipieller Streit“ um diese Fragen geführt werden (5).

Auch Herbert Ziegenhahn (vom SED-ZK und der Bezirksleitung Gera) beklagte die „noch vorhandene ungerichtetste Differenziertheit und die sich dahinter verborgenden großen noch zu erschließenden Reserven“. Ziegenhahn bemängelte die „erheblichen Unterschiede, die ihre Ursachen im Niveau der Führungsmittel, der politisch-ideologischen Arbeit, der ... Grundorganisationen

und der Leiter haben“ (5). Er forderte, „Reserven in neuen Größenordnungen zu erschließen“ (5).

Bemerkenswert ist bei den „Aussprachen“ ferner die Einführung einer weiteren neuen „Kennziffer“, die der Arbeiter, die der Rationalisierung zum Opfer fallen sollen und entsprechend „umgesetzt“ werden.

– So verspricht Edith Weingart (SED-ZK) die „Freisetzung“ von 400 anstelle der ursprünglich geplanten 173 Arbeitskräfte im Bezirk Arnstadt (5).

– Im Industriegebiet Wismut verspricht der dortige ZK-Betriebssekretär die „Freisetzung“ von 3.000 Arbeitern.

– Im Bezirk Potsdam sind rund 4.000 „Arbeitskräfteeinsparungen“ vorgesehen, die durch 400 Industrieroboter ersetzt werden sollen (6).

– Im Bezirk Gera sind es „annähernd 3.000“, in Karl-Marx-Stadt rund 500, im Bezirk Magdeburg rund 4.000 eingesparte Arbeitsplätze; hinzu kommen weitere 5.000, die „für einen Leistungszuwachs in anderen Bereichen freigesetzt werden“ (7).

– Im Bezirk Leipzig sind es 18.500 Arbeitsplätze, die „neu- oder umgestaltet“ werden sollen – und zwar innerhalb eines knappen Jahres bis zum 10. SED-Parteitag (7).

– In Frankfurt (Oder) beträgt die Arbeitskräfteeinsparung rund 4.500 (7).

Im Rahmen der Einführung elektronischer Datenverarbeitung hat die SED-Führung natürlich auch den gesamten Verwaltungsbereich „entdeckt“, wo es – wie im Westen – noch reichlich zu rationalisieren gilt. „Heute vollbringen in der EDV 70.000 Beschäftigte Leistungen, für die ohne diese Technik 500.000 Arbeitskräfte nötig wären“ berichtet ein „ND“-Kommentator. Seit 1977 seien die Kosten für den Verwaltungsbereich konstant geblieben, und seitdem ging die Anzahl der Beschäftigten in Industrie- und Bauwesen um 3.000 zurück.

Nach den entsprechenden drastischen ZK-Beschlüssen soll sich das ändern: Allein in diesem Jahr sollen rund 8.000 Beschäftigte durch EDV-Anlagen ersetzt werden.

Das sind Zahlen nur für den Industriebereich und das Bauwesen. Es liegt auf der Hand, daß auf die insgesamt 1,8 Mio. in der Verwaltung Beschäftigten noch einiges zukommen wird ... (10).

Wenn die SED-Führung immer wieder darauf hinweist, daß solche Wirtschaftsmaßnahmen „ideologische Grundfragen“ seien, so ist bemerkenswert, welche technokratische Verständnis von Ideologie dahinter steht:

Den Arbeitern wird ausschließlich erklärt, daß ihr Wohlfahrt von der Inzucht ... „nur“ in der Verwaltung Beschäftigten noch einiges zukommen wird ... (10).

Wenn die SED-Führung immer wieder darauf hinweist, daß solche Wirtschaftsmaßnahmen „ideologische Grundfragen“ seien, so ist bemerkenswert, welche technokratische Verständnis von Ideologie dahinter steht:

Den Arbeitern wird ausschließlich erklärt, daß ihr Wohlfahrt von der Informations Wettbewerbsfähigkeit der DDR abhängig sei; der eigentliche Hebel sei das Vortreiben der „wissenschaftlich-technischen Revolution“, und deren Basis wiederum sei die führende Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz. Niemand anders als Günter Mittag, sozusagen der „Dong“ in der DDR, lobte die Rolle der Wissenschaftler in den höchsten Tönen; es hätte sich für diese Schicht eine „neue Rolle“ herausgebildet, die selbstverständlich auch „ihre Stellung in der Gesellschaft“ entscheidend betreffe. Die „Partei“ habe „Achtung“ vor den Wissenschaftlern und vor deren „kühnen Forschungsgedanken“ (9).

Für die Arbeiter/innen bringen die neuen Beschüsse die von der SED-Führung geforderte energische Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um mehr Kapital zu akkumulieren, den Mehrwert zu erhöhen, sowie für Umsetzungen an Arbeitsplätzen, wobei sich wiederum die Trennung von Hand- und Kopfarbeit beträchtlich erhöht dank der „neuen Rolle“ der wissenschaftlichen Intelligenz.

Oder wie es Günter Mittag ausdrückte: „Hier geht es ... um objektive ökonomische Erfordernisse, um objektive Gesetze, die in der Marx'schen Werttheorie formuliert sind“ (9) – aber wohlgerne: Gesetze der kapitalistischen Ökonomie, die zu „objektiven“ Gesetzmäßigkeiten umgedichtet werden.

Anmerkungen:

- (1) „Neues Deutschland“ (1), NO 1, 14.12.79
- (2) „FAZ“, 28.5.80
- (3) „NO“, 23.5.80
- (4) „FAZ“, 24.5.80
- (5) „NO“, 23.5.80
- (6) „ND“, 5.6.80
- (7) „ND“, 6.6.80
- (8) „DDR-Wirtschaft“, herausgegeben vom DfW, Fischer-Handbuch, S. 267
- (9) „NO“, 15.12.79

Italienisch-Sprachkurse in Florenz

Liebe AK-Leser/innen!

Uns erreichen des Öfteren Anfragen zu den Italienisch-Kursen in Florenz. Deshalb seien hier noch einmal die Termine für dieses Jahr genannt (und vervollständigt!). Die vierwöchigen Sprachkurse beginnen am 2.6., 30.6., 4.8., 15.9., 29.9., 27.10. Neben dem quasi-schulischen Sprachunterricht treffen die Teilnehmer mit Mitgliedern von Parteien, alternativen Medien, Stadtteil- und Frauengruppen, Einrichtungen „alternativer Psychiatrie“ (je nach Wunsch und Möglichkeit) zusammen. Es ist das Konzept der Lehrer, die Sprache zu lehren, indem frau/man sich mit den Problemen und Interessengruppen in Italien beschäftigt und sie direkt befragen kann. Die Vier-Wochen-Kurse kosten 350 DM, zusätzlich etwa 200-300 DM für Übernachtung (bei Bedarf).

Außerdem bieten die italienischen Genossen (die nebenbei aus verschiedenen Lagern der Linken kommen) interessante Sonderkurse an: 23.6. - 28.6.: Psychiatrie und Antipsychiatrie – Das italienische Modell

7.7. - 19.7.: Theoretisch-praktisches Theaterseminar (in der Zeit des Sommertheaterfestivals in Florenz)

15.9. - 27.9.: Zehn Jahre italienisches Kino „nach der Revolution“. Von Ferreri bis Bertolucci.

Anmeldung: CENTRO KOINE, Via de' Pandolfini 27, 50122 Firenze, Tel.: 0039 - 55 - 265088.

Leider können wir keine Mitfahrgelegenheiten organisieren. Versucht es doch über TAZ etc. und bittet die italienischen Lehrer um eine Teilnehmerliste! Allerdings verfügen wir über eine Informationsbrochure von KOINE, die wir Euch zuschicken könnten. (1 DM Rückporto). Zur Vorbereitung des Kurses empfehlen wir Euch unsern AK-Artikel in Nr. 116, 132, 155, 158 (Bücher über Italien), 159, 160, 169, 173 (S. 44), 176 (S. 3).

Wer Lust hat, über Italien weiter zu „arbeiten“, kann dies natürlich in der Italienkommission tun. Voraussetzungen sind weder Mitgliedschaft im KB noch fließende italienische Sprachkenntnisse, wohl aber Interesse an der Sache und eine ungefähre Übereinstimmung mit der Linie unserer bisherigen Veröffentlichungen.

– Ko, Italienkommission

In den Briefen an die KPD bezog

Fortsetzung von Seite 46

die KPdSU zwar in einer Reihe von Fragen (Volksfront, Kollektivierung der Landwirtschaft, Klassenkampf im Sozialismus) verbal richtige Positionen.

Die durchaus zutreffende Kritik an der KPJ allerdings, daß in ihr „die elementarsten Rechte der Parteimitglieder mit Füßen getreten werden und daß die geringste Kritik an den unrichtigen Methoden in der Partei schwere Maßregelungen nach sich zieht“, wirkt mehr als heuchlerisch, wenn man sich vor Augen führt, wie die KPdSU auch damals mit innerparteilichen Kritikern umsprang. In der Frage der Kollektivierung der Landwirtschaft, wo die UdSSR sich in ihren Briefen für eine behutsame Gangart aussprach, waren Stalin & Co. im eigenen Land reichlich „atümelnd“ vorgegangen. Und vom Klassenkampf im Sozialismus war von Seiten der Parteiführung in der UdSSR kaum noch die Rede (vergl. AK 120 „Alle Macht den Sowjets“, Schulungshefte des KB, Nr. 2).

Angesichts der sowjetischen politischen Praxis muß die Polemik der KPdSU-Führung eindeutig als demagogisch eingeschätzt werden.

Nicht nur die hohen Gehälter der sowjetischen Offiziere (s.o.) zeigen, daß die Sowjetunion Ende der vierziger Jahre bereits stark bürokratisch-revisionistisch verunpft war.

Die Politik der Sowjetunion hatte schon in den vierziger Jahren starke chauvinistische Züge. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Ersetzung der Internationalen als Nationalhymne durch ein Lied, in dem es heißt, daß die „Union der Sowjetvölker durch Groß-Rußland festgelegt“ wird (vergl. „Texte zur Stalinfrage“, Verlag J. Reents, S. 89) sowie z.B. an die Vertreibung der Krimtataren.

Das damalige Internationalismus-Verständnis der sowjetischen Führung wird an folgender Äußerung Stalins deutlich: „Der Prüfstein und das unfehlbare Kriterium des Internationalismus ist das Verhältnis zur UdSSR – dem sozialistischen Vaterland aller Werktätigen... Internationalist ist derjenige, welcher ohne zu zögern, bedingungslos(!) bereit ist, die UdSSR zu schützen... Dann war die weltweite revolutionäre Bewegung an der Sowjetunion vorbei oder gegen die Sowjetunion zu verteidigen gedacht, der geht gegen die Revolution, der weicht bestimmt ab ins Lager der Feinde der Revolution“ (39).

Per Definition ist damit jede Kritik an der wechselvollen Außenpolitik der UdSSR konterrevolutionär.

Jugoslawien: Acht Jahre Knast für albanische Aktivisten

Im AK 175 berichteten wir darüber, daß in Pristina, der Hauptstadt der jugoslawischen Provinz Kosovo, 50 Aktivisten der albanischen Minderheit (die im Kosovo 74 % der Bevölkerung stellt) vor Gericht gestellt wurden. Ihnen wurde „feindliche Propaganda und Verschwörung mit dem Ziel feindlicher Aktivitäten gegen das System des Selbstverwaltungssozialismus“ vorgeworfen. Während des Besuchs von Tito im Kosovo im Oktober 1979 sollen die Angeklagten Flugblätter verteilt haben, in denen die Vereinigung Kosovos mit Albanien gefordert wurde.

Insbesondere unter der „Dorf- und Schuljugend“ Kosovos, so die Belgrader Zeitung „Politika“, hätten

Mit ähnlichen chauvinistischen Frechheiten ist die UdSSR übrigens auch schon Anfang der fünfziger Jahre gegenüber der Volksrepublik China aufgetreten (vergl. AK 77, „Den Sozialismus verteidigen, den Revisionismus bekämpfen“, auch in: Schulungshefte des KB Nr. 2).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch folgender Satz aus der Kominform-Resolution vom 29.6.48: „Die jugoslawischen Führer“ seien „der Auffassung, daß sie die Unabhängigkeit Jugoslawiens bewahren und den Sozialismus aufbauen können... ohne die Unterstützung der UdSSR“ (21).

Besonders wertvoll ist ebenfalls der Vorwurf der KPdSU-Führung gegen die jugoslawische Führung, sie würde eine „antisowjetische und antisozialistische (!)“ Politik betreiben (14). Mit der Abberufung der sowjetischen Berater vor der eigentlichen Polemik gab die UdSSR gegenüber Jugoslawien ein Beispiel, das noch eine Reihe von Nachahmern finden sollte (Chruschtschow gegen Albanien und China, Deng & Hua gegen Vietnam und Albanien). Bezeichnend ist auch, daß die RGW-Länder 1949 eine Handelsblockade gegen Jugoslawien organisierten.

Bald nach Stalins Tod änderten die sowjetischen Führer ihre Taktik gegenüber Jugoslawien.

Im Sommer 1955 besuchten Chruschtschow und Bulganin Belgrad. Tito meinte nach dem Besuch, dieser habe „positive Ergebnisse“ gehabt. Besonders freute sich Tito, „daß die sowjetischen Führer erklärt haben, daß sie keine Einwände gegen Jugoslawiens gute und freundschaftliche Beziehungen mit den westlichen Ländern haben, daß die Sowjetunion nicht stört“ (41).

Diesem Taktikwechsel lag einmal zugrunde, daß die Chruschtschowsche Führung selbst begann, mit dem Imperialismus zusammenzuarbeiten, die amerikanischen Führer als „vernünftig“ zu loben u.ä.m.

Ein weiterer wesentlicher Grund für den außenpolitischen Schwank der UdSSR liegt in der Herausbildung der Bewegung der Blockfreien (Bandung-Konferenz 1955), in der Jugoslawien nach wie vor ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Da die Sowjetunion die blockfreien Länder als Bündnispartner gewinnen wollte, konnte sie sich eine Fortsetzung ihres partien Konfrontationskurses (s.o.) gegen eines der führenden Länder der Bewegung der Blockfreien nicht leisten.

Eine Aufarbeitung des Kominformkonfliktes hat in den RGW-Ländern bis heute nicht stattgefunden. In einem der neuesten DDR-Geschichtsbücher heißt es nur lapidar: „1948 entstandene Meinungsver-

schiedenheiten zwischen der KPJ einerseits und der KPdSU und den anderen kommunistischen Parteien andererseits zu Fragen der jugoslawischen Innen- und Außenpolitik, die 1949 zum ungerechtfertigten Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien führten“ (42).

RGW-Kommission

Anmerkungen

1. The course Stalin, Der Sturz der Diktatoren in Ihren Briefwechseln, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1949, S. 30 – (2) ebenda, S. 31 – (3) ebenda, S. 33, (4) ebenda, S. 21, (5) ebenda, S. 39, (6) ebenda, (7) ebenda, (8) ebenda, S. 48, (9) ebenda, S. 60, (10) ebenda, S. 66, (11) ebenda, S. 67, (12) ebenda, S. 68, (13) ebenda, S. 64, (14) ebenda, S. 66, (15) ebenda, S. 70, (16) ebenda, S. 71, (17) ebenda, S. 72, (18) ebenda, S. 76, (19) ebenda, S. 77, (20) ebenda, S. 74, (21) ebenda, S. 79, (22) ebenda, S. 78, (23) ebenda, S. 80.
- (24) Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt 1978, S. 418.
- (25) Karl E. Nasske: Tito – der eigene Weg, Kreuzverlag, 1984, S. 167.
- (26) Ministry of Foreign Affairs of the Federal People's Republic of Yugoslavia: White book on aggressive activities by the governments of the USSR, Poland, Czechoslovakia, Hungary, Rumania, Bulgaria and Albania towards Yugoslavia, Belgrad, 1951, S. 109.
- (27) ebenda, S. 283.
- (28) ebenda, S. 286.
- (29) Einheit, theoretisches Organ der SED, Sonderbeilage, 5. Jahrgang, Januar 1960, Heft 1.
- (30) „White book...“, S. 447.
- (31) Ministère des Affaires Étrangères: Documents sur la politique hostile et agressive du gouvernement yougoslave contre la République Populaire de Bulgarie, Sofia 1982, S. 329.
- (32) Sozialistische Theorie und Praxis, Belgrad, Nr. 3/1978, S. 27.
- (33) ebenda, S. 39.
- (34) Schriftenreihe: Tito zu Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, Belgrad 1977, S. 22.
- (35) „Documents sur la politique hostile...“, S. 368.
- (36) zitiert in: Polemik über die Generallinie der kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 182.
- (37) siehe 36, S. 26.
- (38) ebenda, S. 29.
- (39) J.W. Stalin, Werke, Band 10, S. 61.
- (40) Hermann Weber (Herausgeber): Völker hört die Signale, Der deutsche Kommunismus 1918-1986, München 1987, S. 277.
- (41) Josip Broz Tito: Speeches and articles, Zagreb 1963, S. 221.
- (42) Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte, Band 1, Leipzig 1979, S. 669.

sche kroatische Exilorganisation tätig gewesen war, zu lediglich fünf Jahren verurteilt („FR“, 13.3.).

Der Kosovo-Albanier Jusuf Gervalla, der vor kurzem in die BRD emigrierte, berichtete, daß im Kosovo eine organisierte illegale Freiheitsbewegung existiert, die auf der Basis von Zellen mit 3 Mitgliedern aufgebaut ist und von Ortskomitees sowie einem fünfköpfigen Zentralkomitee geleitet wird. Diese Organisation kämpft gegen die Unterdrückung der Provinz Kosovo durch den „serbischen Hegemonismus“ und für die Vereinigung mit Albanien. FREIHEIT FÜR DIE VERURTEILTEN ALBANISCHEN AKTIVISTEN! RGW-Kommission

Spendenliste für den AK

Für die Spenden haben wir ein eigenes Konto eingerichtet:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Kontoz. 4 501 755 00

Bitte auf dieses und nicht auf die Verlagskonten überweisen, um uns die Entflechtung von Verlagsfinanzen und Spenden zu erleichtern.

Nachtrag von bar eingegangenen Spenden beim Verlag

A.	500,00
KB/Hamburg Wandsbek	8,50
N.N.	100,00
KB/Hamburg Wandsbek	15,00
Skatrunde Kiel	103,60
Isny	10,00
Wandsbek	8,00
R., HH	1100,00
Ga., KB/Hamburg	62,50
Wandsbek	17,50
	1925,10

Spenden seit der letzten Veröffentlichung am 10.3.

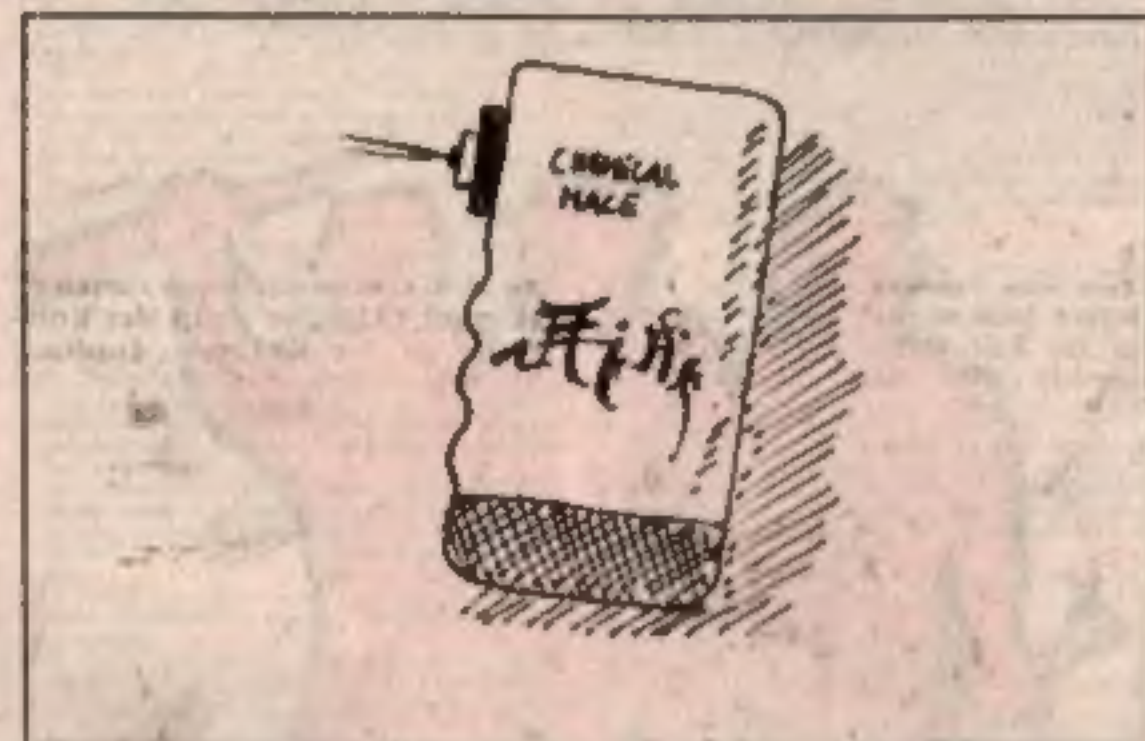
„Strolch“	200,00
3 AK-Leser aus Baden-Baden	10,00
L.W., Dortmund	100,00
KB/Gruppe Stade-Bremervörde	70,74
KB/Gruppe Wolfsburg	55,00
Lein	100,00
Ga., HH	937,50
F.S., Gießen	2,50
P.S., HH	50,00
KB/Gruppe Butzbach	50,00
R. u. H., Hildesheim	100,00
Th., Bochum	100,00
J.E.	7,00
N.N., Bochum	100,00
R.P., Nordheim	100,00
W.S., Karlsruhe	50,00
NN, Hamburg	15,00
Wohngemeinschaft Altona	32,50
B.K., Nürnberg	10,00
E.K. u. A.J., Hannover	45,00
U.O., Konstanz	50,00
B.K., Nürnberg	10,00
U.K.	50,00
Doppelkopfspeil Bielefeld/Dortmund	40,00
H.S., Frankfurt	100,00
K.H., Glinde	50,00
W.S., Karlsruhe	50,00
B.O., Westberlin	7,00
J.E.	7,00
U.W., Stuttgart	10,00
Ein Genosse aus Erlangen	100,00
W.Sch., Aachen	50,00
K.M., Hannover	100,00
J.E.	7,00
B.O., Westberlin	7,00
Th., Bochum	50,00
BO Wandsbek (März)	80,00
BO Hamburg Mitte (Januar)	750,00
KB/Gruppe Bremen (Februar, März)	500,00
KB/Gruppe Bremen (Überschuß Org.)	1400,00
BO Barmbek (Februar)	80,00
BO Hamburg Mitte (Februar)	200,00
KB/Gruppe Bremen (April)	50,00
KB/Gruppe Bremen (Überschuß)	1000,00
KB/Gruppe Bremen, Schmuckverkauf	850,00
Druck/HBV (Februar)	150,00
Druck/HBV (Februar)	150,00
Kinder/Erzieherbereich, HH (Dezember 1979)	360,00
Wandsbek (Mai)	110,00
Wandsbek, Überschuß Bezirkskasse	500,00
N. aus Hamburg	100,00
Alternatives Zentrum, HH	62,50
M., Chemie HH	40,00
Frauengruppe Eimsbüttel	200,00
Frank, Metall	100,00
Skatrunde Bergedorf	46,00
KB/Gruppe Lübeck	1000,00
Ma., FG HH-Eimsbüttel	200,00
WG-Genosse Harburg	20,00
Jens, Metall	40,00
Beim Straßenverkauf	20,00
W., ein Genosse aus Hamburg, Bausparvertrag	10.000,00
Summe der Spenden seit dem 10.3.	20.681,24
Nachtrag bar eingegangener Spenden beim Verlag	1925,10
Stand am 10.3.80	109.989,52
Spenden insgesamt	132.595,86

„Modell Deutschland“ auch für China

Nach Ausschaltung der „Vierverbände“ und ihrer starrsinnigen Anhänger ist in China der Weg frei, um weltweiten und ohne dogmatische Scheuklappen von allem Nützlichen aus dem imperialistischen Ausland zu lernen. Daß dabei ein weltweiter Schlag gegen wie das polizeistaatliche „Modell Deutschland“ nicht übersehen wird, liegt auf der Hand. Völlig locker und undogmatisch bereite zu diesem Zweck der chinesische Minister für Öffentliche Sicherheit vom 11. bis 19. Juni die Bundesrepublik.

Zu seinem Besuchsprogramm gehörten u.a. WGS-Einrichtungen in Neustadt und Lübeck. In Eutin besuchte er die Kaserne der Bereitschaftspolizei – im norddeutschen Raum für vielfältige Knüttel-Einsätze bekannt. In Hamburg ließ er sich das Polizei-Präsidium zeigen.

Bei der Entwicklung der chinesischen Innenpolitik (Jugendarbeitungslosigkeit, Anstieg der Jugendkriminalität usw.) wird es China gewiß gut



tun, sich von Erfahrenen über den Schutz der Inneren Sicherheit beraten zu lassen. Für die nächste Reise des chinesischen Polizeiministers in

die BRD empfiehlt sich ein Ausflug nach Stammheim. Schließlich ist ja immer noch das Problem der „Vierverbände“ offen.

Einzugsmeldung

Hiermit ermächtige(n) ich / wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Ergebnisse einer Rundreise



Dokumentation

7 Interviews mit Basisgruppenvertretern aus verschiedenen Orten.

Ein Einblick in die verschiedenen Bedingungen und die verschiedenen praktischen Arbeitsansätze von Basisgruppen an der Hochschule.

Herausgegeben vom Sozialistischen Studentenbund/Hamburg in Zusammenarbeit mit: Sozialistischer Linker Front im Akt der Uni Kiel, Bochumer Basisgruppen, Rainer vom AStA Osnabrück, AStA der FH S. Detmold, Thüringer Basisgruppen und 'Tubag' von der TU Westfalen.

32 Seiten, 2,50 DM, ab 30 Stück 2 DM

Zu bestellen gegen Vorkasse über:

Sabine Steiner
c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lärchenstraße 75
2 Hamburg 50
Postfachamt Hamburg
BLZ 20010029, Konto Nr. 1119 77-304

Basisgruppen- arbeit an den Hochschulen

In eigener Sache

Der „Arbeiterkampf“ wird künftig in einem neuen Verlag, der „Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH“ erscheinen. Dieser Verlag ist Rechtsnachfolger des J. Reents Verlages und wird, mit Ausnahme des Sektors Buchvertrieb, die bisherigen Aktivitäten weiterführen.

Wir bitten alle Abonnenten, Vertriebsgruppen und Buchläden zukünftige Zahlungen auf die neu errichteten Konten zu leisten, damit uns unnötige Verwaltungskosten erspart bleibt.

Abonnenten, die sich dem Einzelverfahren angeschlossen haben, brauchen nichts zu unternehmen, die Änderung des Bankkontos wird von uns veranlaßt.

Die Bankverbindungen sind:

Postcheckamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Konto Nr. 27175-203

Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto Nr. 4810 68500

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.800.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewähr, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Absender:

(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,80 ☐

jährlich - DM 55,- ☐

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten!), oder wird überwiesen auf das Konto der HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-KOOPERATIVE, Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lärchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Frankreich — eine aggressive imperialistische Macht

Der französische Imperialismus - obgleich 1963 formal aus der NATO ausgestiegen - nimmt als derzeit drittstärkste Atommacht der Welt seine Interessen voll an der Seite der übrigen imperialistischen Länder wahr.

So wird häufig - z.B. bei der ganzen sog. „Nachrüstungs“-Debatte - übersehen, daß Frankreich schon seit langem über strategisch-atomare Waffen verfügt, die gegen die Staaten des Warschauer Paktes gerichtet sind.

Außerdem ist es gerade Frankreich, das für zahlreiche militärische Interventionen und Putsch in Afrika, neuerdings auch auf den Hebriden, verantwortlich ist. Die „FAZ“ wußte die Rolle des „Nachbarn Frankreich“ denn auch entsprechend zu würdigen: „Frankreich unterstützt sehr wohl die westliche, ja, die amerikanische Politik, und nicht nur mit Worten. Wer anders als die Franzosen riskierte bislang etwas gegen kubanischen und sowjetischen Einfluß in Afrika?“

Auch „das besonders freundliche und enge Zusammenwirken von französischer Armee und Bundeswehr ... bleibt weiterhin unbekannt, ebenso die Gemeinsamkeiten auf rüstungstechnischem Gebiet“ („FAZ“, 4.6.80).

„Kalter Krieg“ auch in Frankreich

In jüngster Zeit haben sich insbesondere die Partei des Präsidenten Giscard d'Estaing (UDF) sowie die Gaullisten zu Wort gemeldet.

Für beide Parteien ist der Kalte Krieg bereits ausgebrochen, wenn beispielsweise die Gaullisten von den Giscard d'Estaing (UDF) sowie die Gaullisten zu Wort gemeldet.

Für beide Parteien ist der Kalte Krieg bereits ausgebrochen, wenn beispielsweise die Gaullisten von den „expansionistischen Plänen der UdSSR, unterstützt von einer fanatisch gerüsteten Roten Armee und kubanischen Hilfstruppen“ reden oder davon, daß der „ideologische Kampf zwischen Marxismus und allen anderen Formen der Gesellschaft“ fortgesetzt werden müsse.

Die UDF warnt vor den „direkten oder indirekten Interventionen des Kreml“, die „die Entspannung und den Glauben an die untergeordneten“ („Welt“, 5.6.80).

Schon lange ist auch die offizielle Militärdoktrin von der „Verteidigung“ Frankreichs „nach allen Himmelsrichtungen“ fallengelassen worden. Seit Anfang der siebziger Jahre wird klar benannt, daß der „Feind“ im Osten liegt.

Der französische Ministerpräsident, Barre, machte unmißverständlich klar, daß Frankreich im Falle militärischer Auseinandersetzungen in der Golfregion mit von der Partie sein wird, wenn „sich seine Sicherheit und seine Beziehungen zu verbündeten Staaten in Gefahr sind“ („Tagesspiegel“, 10.2.80).

Der französische Imperialismus betreibt nicht „nur“ eine Politik der direkten, militärischen Einmischung in Ländern der Dritten Welt (Zaire-Konflikt, Tschad, Zentralafrikanische Republik usw.), sondern spielt im Rahmen der Nato eine gewichtige Rolle, was die Rüstungsanstrengungen gegen die Sowjetunion anbelangt.

Im jüngst erschienenen „Weißbuch“ der UDF bekennt sich Frankreich zur sog. „Vorvertheidigung“ über die eigenen Grenzen hinaus.

Angesichts der neuen internationalen Kräfteverhältnisse müsse Frankreich als Atommacht „die Initiative für die europäische Verteidigungs-Zusammenarbeit ergreifen“ („FAZ“, 28.5.80). Giscard d'Estaing schlug ein „gemeinsames europäisches Verteidigungskonzept“ vor.

In diesem Zusammenhang laufen derzeit Diskussionen darüber, die französische Militärdoktrin mit der



der NATO noch besser abzustimmen. Bislang jedenfalls verfolgte der französische Imperialismus eher die „massive Vergeltung“, d.h. einem sofortigen atomaren Schlag.

Die französischen Atomwaffen

Derzeit ist Frankreich dabei, die Force de Frappe erheblich zu modernisieren. Im Mai wurde eine neue Batterie von Mittelstreckenraketen (Reichweite: 3500 km) in Dienst gestellt. Damit verfügt dieses Land über insgesamt 18 Mittelstreckenraketen.

Diese Raketen erhalten zur Zeit neue atomare Sprengköpfe, die rund 1,2 Megatonnen (bisher 150 Kilotonnen = ca. 7 mal stärker als die Bomben von Hiroshima) Sprengkraft besitzen.

Hinzu kommen insgesamt 80 Mittelstreckenraketen auf den 16 Atom-U-Booten, dem wichtigsten „Bein“ der Force de Frappe.

Außerdem hat Frankreich insgesamt 34 „Mirage“-Bomber mit je einer 150-Kilotonnen-Atomombe ausgerüstet (nach „Welt“, 24.5.80).

Hinzu kommt, daß Frankreich seine Mittelstreckenraketen zu Land fest verbunkert hat; 20 Megatonnen an Wasserstoffbomben müßten nach Angaben französischer Militärtheoretiker aufbewahrt werden, um diese weit verstreuten Atomilos zu zerstören.

Doch damit nicht genug; der forcierte Ausbau der Atomstreitkräfte wird in Angriff genommen. So erklärte der französische Kriegsminister Bourges: „Die Atomstreitmacht ist heute doppelt so stark wie 1977, ihre Vernichtungskapazität betrifft das Anderthalbfache an potentiellen Zielen“ („FAZ“, 9.2.).

Zwischen 1985 und 1990 sollen vier weitere Atom-U-Boote mit je 16 Mehrfach-Atomsprenghäupten vom Stapel laufen, die Reichweite der „Mirage“ soll von 2000 auf 5000 km gesteigert, die gesamte atomare Sprengkraft innerhalb von zwei Jahren verdoppelt werden („FAZ“, 9.2.).

Keinesfalls ist damit das Atomwaffenpotential Frankreichs zu unterschätzen; so stellte das „Figaro-Magazin“ fest, daß Frankreich, „selbst zu Tode getroffen“, im atomaren Gegenschlag 60 bis 80 % der Sowjetunion vernichten könne: das sind rund 120 bis 150 Städte mit rund 100 Millionen Menschen (nach „FAZ“, 9.2.80).

Frankreich verfüge damit über eine Zweitschlagskapazität, die nicht völlig bei einem Bruchschlag zu vernichten sei; dies gelte insbesondere für die praktisch unverwundbaren Atom-U-Boote. „Le Figaro“ kam zu dem bemerkenswerten Schluß: „Um Frankreich auszuradieren, müßte der Gegner einen wesentlichen Teil seiner atomaren Kräfte einsetzen. Unser Vergeltungsschlag würde ihn ausbluten, während ... die Vereinigten Staaten unverletzt blieben, bereit zum entscheidenden Stoß“ (nach „FAZ“, 9.2.).

Auch auf dem Gebiet der sog. „Grauzonenwaffen“ prescht der französische Imperialismus vor. In Diskussion ist die Produktion der Neutronenbombe, die dann 1985 in Dienst gestellt werden könnte. Technologisch sei Frankreich zur Produktion dieser Bombe bereits in der Lage (nach „FAZ“, 9.6.80).

Außerdem will der französische „Verteidigungsrat“ Mitte Juli darüber entscheiden, ob bodengestützte „Cruise Missiles“ (Reichweite: 2500 km) oder aber Boden-Boden-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen eingeführt werden sollen („FAZ“, 9.2.80).

Damit ist eindeutig, daß der französische Imperialismus sich voll und ganz an den NATO-Aufrüstungsplänen beteiligt, wobei die Nicht-NATO-Mitgliedschaft sehr zu relativieren ist: Bereits Anfang der siebziger Jahre fand eine starke Annäherung an die NATO statt. Der damalige Kriegsminister Joberi erklärte auf einer NATO-Ratstagung (1) im Dezember 1973, daß es „keine Alternative zum amerikanischen Atomschirm“ gebe und die „Welt“ vom 8.7.1973 bemerkte, daß die „Beteiligung Frankreichs an der Verteidigung des Westens viel umfassender“ sei, als „viele glauben“. Es gebe u.a. eine französische Militärmission in Brüssel, einen französischen General beim Nato-Oberkommando „Shape“, einen französischen Botschafter beim Nordatlantiktatrat in Brüssel usw.

Auch die Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich hat einen nicht unerheblichen Umfang: beide Länder produzieren die Panzerabwehraketen „Hot“ und „Milan“, geplant ist die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers für die 90er Jahre usw.

Alles in allem also ist Frankreich ein bedeutender atomarer „Joker“ im Rahmen des imperialistischen Bündnisses, der mehr Beachtung verdient, da gerade hierzulande die angebliche „Schwäche“ oder „Unterlegenheit“ der NATO eben o h n e die „Force de Frappe“ dargestellt wird.

Antimilitarismuskommission

